

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2018

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	7
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2018	10
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts	12
1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR	12
2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG).....	15
3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA).....	19
4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	23
5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	30
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	34
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern	34
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	47
6.2.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	47
6.2.2 Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	52
6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.	55
6.2.4 KKM Gebäudedienste GmbH	56
6.2.5 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH.....	58
7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	60
8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene).....	76
8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH....	76
8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene).....	91
8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	92
8.2.2 KEV Energie GmbH	95
8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH.....	98
8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	101
8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	103
8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	105
8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG	107
8.2.2.6 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH.....	109
8.2.3 EWP Verwaltungs-GmbH / EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG / EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG	110

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH).....	111
9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH).....	111
9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG).....	111
10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	116
11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.....	122
12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.	125
13. Vogelsang IP gGmbH.....	132
14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....	139
15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) – künftig: Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH).....	154
Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts.....	159
1. d-NRW AöR	159
2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)	160
3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)	167
Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden	175
1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz).....	176
2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)	189
3. Zweckverband Kronenburger See	196
4. Zweckverband Naturpark Rheinland	197
5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE).....	199
6. Zweckverband Region Aachen	215
7. Erftverband	224
8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)	226
9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung	227
Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2019	229
1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen	229
2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht	229

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 Kreisordnung (KrO) einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabschlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabschlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag sowie den Einwohnerinnen und Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2018 wird mit dem Haushaltsplan 2020 veröffentlicht und darüber hinaus dem Kreistag per Info-Vorlage zur Kenntnis gegeben. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt

tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im Einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108b der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht in den Teilen B bis D zu jeder Beteiligung wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Gliederungspunkt A
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Gliederungspunkt B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Gliederungspunkt C
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Gliederungspunkt F
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Gliederungspunkt H
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Gliederungspunkt D
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Gliederungspunkt E
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Gliederungspunkt G

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreibergesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- TPG Technologiezentrum Jülich Projektgesellschaft mbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düşorner Heide)
- RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP – Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

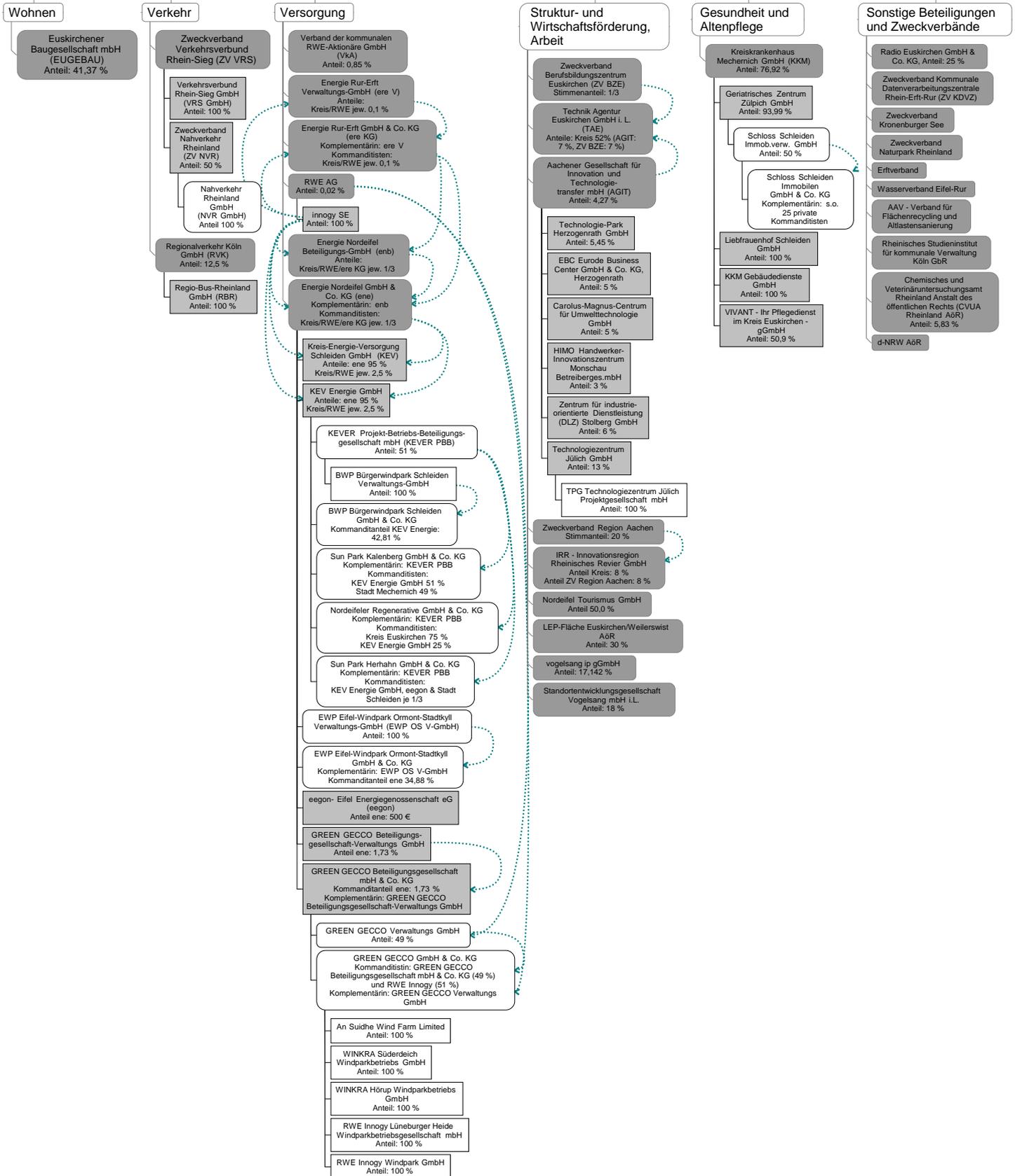
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2018. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 30.11.2019 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

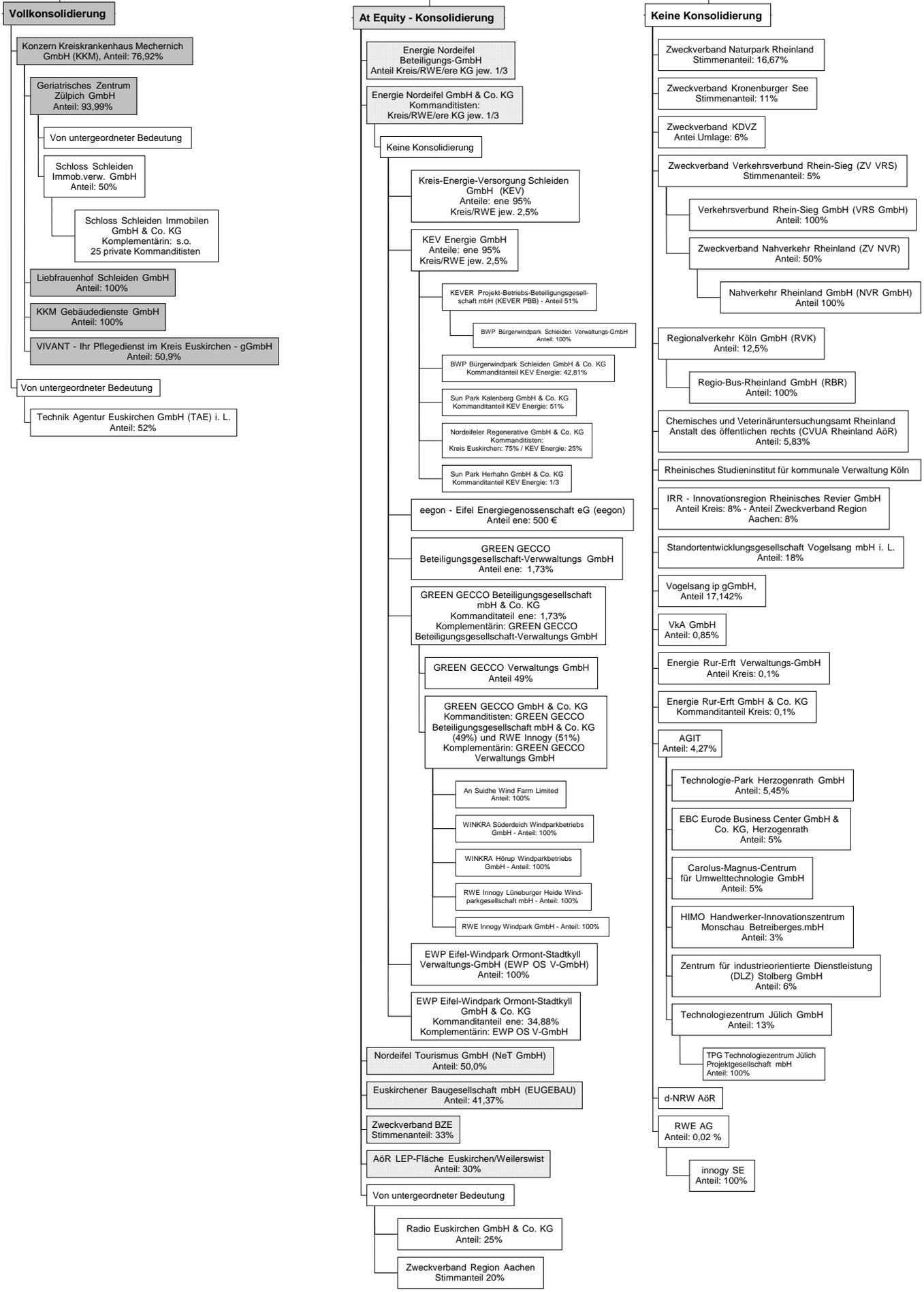
Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 8: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2018
- Seite 9: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2018



Festlegung Konsolidierungskreis Kreis Euskirchen Stand 31.12.2018



5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2018

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 18.04.2018

- Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 als stellvertretendes Mitglied in die Gesellschafterversammlungen der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH** und der **Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG** Frau Dagmar Geschwind entsandt. Ebenso wurden mit Wirkung zum 01.07.2018 an Stelle der Herren Johannes Adams (GBL I) als ordentliches Mitglied und Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als stellvertretendes Mitglied die Herren Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als ordentliches Mitglied und Rolf Kastenholz (AbtL. 10) als stellvertretendes Mitglied in den Institutsausschuss des **Rheinischen Studieninstituts für kommunale Verwaltung in Köln** entsandt (V 402/2018).
- Der Kreistag hat beschlossen, bei der Entsendung der Delegierten der Mitglieder des **Wasserverbandes Eifel-Rur** in die Verbandsversammlung auf einen eigenen Wahlvorschlag seitens des Kreises Euskirchen zu verzichten und den Wahlvorschlag der StädteRegion Aachen zu unterstützen (D 45/2018).
- Der Kreistag hat aufgrund der vollen Beitragseinheiten Herrn Hans Schmitz in die Delegiertenversammlung des **Erftverbandes** entsandt. Für die Mitgliedergruppe 4 – Kreise – hat der Kreistag entsprechend der Beitragsteileinheiten einen einheitlichen Wahlvorschlag beschlossen, wonach der Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss und der Kreis Euskirchen für ihre vollen Beitragseinheiten je 1 Delegierten entsenden. Die zwei zu wählenden Delegierten stellen der Kreis Düren und der Rhein-Sieg-Kreis mit jeweils 1 Delegiertensitz, damit jeder Kreis in der Delegiertenversammlung vertreten ist. Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten stellen die beiden beitragsstärksten Kreise den 1. und 2. Nachfolger, demnach 1. Nachfolger vom Rhein-Erft-Kreis und 2. Nachfolger vom Kreis Euskirchen. Als 2. Nachfolger hat der Kreistag Herrn Karsten Stickeler benannt. Aufgrund des vereinbarten Rotationsverfahrens stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. Für die kommende Legislaturperiode stellt der Rhein-Kreis-Neuss das ordentliche Mitglied und der Kreis Euskirchen das stellvertretende Mitglied. Der Kreistag hat als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat Herrn Andreas Schulte benannt (D 46/2018).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 10.10.2018

- Der Kreistag hat die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) zur entsprechenden Beschlussfassung ermächtigt. Der Zuschuss an die zukünftige ZRR GmbH beträgt somit ab dem Jahr 2019 20.000 € jährlich. Der Kreistag hat der Aufhebung des Gremienvorbehaltes, der in der gemeinsamen Sitzung von Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) am 21.09.2018 beschlossen wurde, zugestimmt (V 475/2018).
- Der Kreistag hat der Ergänzung des § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 wie folgt zugestimmt: „8. Die nach diesem Zeitpunkt nicht veräußerten Anteile werden vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert.“. Ebenso wurde der Veräußerung eines Geschäftsanteils im Nennbetrag von 25,00 € an der **Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH** sowie eines Kommanditanteils im Nennbetrag von 25,00 € an der **Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG** zum Kaufpreis von jeweils 613,50 € je 1,00 € Kommanditbeteiligung an die Stadt Mechernich zugestimmt (V 450/2018).
- Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forderungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des **Zweckverbandes Region Aachen** in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018).
- Der Kreistag hat der Liquidation der **Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH** (SEV GmbH) sowie der Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von jeweils bis zu 75.000 € für die Jahre 2019 und 2020 außerhalb der Gesellschafterstruktur der aufzulösenden SEV GmbH zur Verfügung zu stellen zugestimmt. Der Einstellug der Geländehausmeister und eines weiteren Mitarbeiters der SEV GmbH, für die Zeit vom 01.01.2019 bis 31.12.2020 beim Kreis Euskirchen wurde ebenfalls zugestimmt. Die Finanzierung der Geländehausmeister soll durch die Geländenutzer erfolgen. Darüberhinaus wurde die Fortführung der Lenkungsgruppe der SEV GmbH im Jahr 2019 als zentrales Steuerungs- und Koordinationselement der Standortentwicklung beschlossen und die Verwaltung ermächtigt, die Aufgabenverteilung, Trägerschaft, Finanzierung sowie weitere Zusammenarbeit der Partner für die Jahre 2019 und 2020 mit den Partnern vertraglich zu regeln. Die Beschlussfassungen erfolgten vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Gesellschafter der SEV GmbH (V 473/2018).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 12.12.2018

- Der Kreistag hat die Fusion der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** (ene) und der **e-regio GmbH & Co. KG** (e-regio) grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der Vertraulichkeit der Vertragswerke erfolgte die Zustimmung zu den Verträgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (V 500/2018). Der Kreistag hat in nichtöffentlicher Sitzung der Umsetzung des Vorhabens zur Realisierung der Fusion nach Maßgabe der entsprechenden Entwürfe zugestimmt (V 501/2018).
- Der Kreistag hat das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** (ene) bzw. der **KEV Energie GmbH** zur Kenntnis genommen und der Umsetzung nach Maßgabe des Entwurfs des Gesellschaftsvertrags der **ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH** zugestimmt.

Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH an der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 25.000 € (100 %), dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die **Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG**, die **Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG** und die **Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG**, dem Austritt der **KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH** als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus den v. g. Gesellschaften, der Veräußerung der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der **BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH** durch die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an die KEV Energie GmbH sowie dem Erwerb der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEV Energie GmbH von der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH jeweils zum Nennwert von 25.000 € zugestimmt (V 476/2018). Der Kreistag hat die beabsichtigten Änderungen der Gesellschaftsverträge zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter in den jeweiligen Gremien des Konzerns Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt.

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften in der Rechtsform des privaten Rechts

1. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die rechtlich vorgeschriebenen vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt. Die Fortschreibung des Eigenkapitals richtet sich jeweils nach dem Anteil an der jährlichen Gesellschafterumlage. Zum 31.12.2018 stellt sich das Eigenkapital wie folgt dar:

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	30.323,19 €	4,91 %
Rhein-Erft-Kreis	87.511,11 €	14,17 %
Landschaftsverband Rheinland	51.197,40 €	8,29 %
Oberbergischer Kreis	42.674,79 €	6,91 %
Rheinisch Bergischer Kreis	46.503,79 €	7,53 %
Rhein-Sieg-Kreis	96.342,51 €	15,60 %
Stadt Bonn	67.686,79 €	10,96 %
Stadt Köln	195.340,62 €	31,63 %
Gesamtsumme	617.580,20 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Gesellschafterbeiträge erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	010 11133	59.264 €	62.415 €	53.669 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Institutsausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Johannes Adams (bis 30.06.2018)	GBL I	Ingo Hessenius (bis 30.06.2018)	Kreiskämmerer
2. Ingo Hessenius (ab 01.07.2018)	GBL I	Rolf Kastenholz (ab 01.07.2018)	AbtL 10
3. Hans Peter Wasems	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Der Kreistag hat mit Wirkung zum 01.07.2018 beschlossen, an Stelle der Herren Johannes Adams (GBL I) als ordentliches Mitglied und Ingo Hessenius (Kreiskämmerer) als stellvertretendes Mitglied die Herren Ingo Hessenius (Kreiskämmerer und jetzt GBL I) als ordentliches Mitglied und Rolf Kastenholz (AbtL. 10) als stellvertretendes Mitglied in den Institutsausschuss zu entsenden (V 402/2018).

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Institutsausschuss zu entnehmen.

c) Institutsvorsteher

Erster Landesrat des Landschaftsverbandes Rheinland, Herr Reiner Limbach, vertreten durch Patricia Florack

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	47.549	62.882	59.261	-15.333
	47.549	62.882	59.261	-15.333
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.237.867	575.986	388.805	661.880
Liquide Mittel	559.189	1.627.481	1.361.023	-1.068.292
	1.797.056	2.203.468	1.749.829	-406.412
Summe Aktiva	1.844.605	2.266.350	1.809.090	-421.745
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Anfangskapital	617.580	617.580	625.796	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	-8.216	0
	617.580	617.580	617.580	0
B Rückstellungen	1.076.436	1.460.586	1.143.336	-384.150
C Verbindlichkeiten	127.559	143.544	28.873	-15.985
D Rechnungsabgrenzungsposten	23.030	44.640	19.300	-21.610
Summe Passiva	1.844.605	2.266.350	1.809.090	-421.745

Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	2.601.019	2.275.303	3.242.017	325.716
2	Sonstige betriebliche Erträge	151.427	20.070	49.058	131.357
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.549.903	1.951.984	1.984.132	-402.081
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	116.174	84.217	99.093	31.957
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.433.730	1.867.767	1.885.039	-434.038
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	637.051	514.030	415.705	123.022
	a) Löhne und Gehälter	488.078	396.362	321.160	91.716
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	148.973	117.667	94.544	31.306
5	Abschreibungen	54.065	30.046	22.891	24.019
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.296.447	936.631	876.563	359.816
7	Ergebnis nach Steuern	-785.021	-1.137.318	-8.216	352.297
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-785.021	-1.137.318	-8.216	352.297

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	13	11	10	-

H) Kennzahlen

./.

2. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <https://www.group.rwe/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere auf den Geschäftsfeldern Erzeugung und Beschaffung von Energie einschließlich erneuerbarer Energien, Gewinnung, Beschaffung und Verarbeitung von Bodenschätzen und anderen Rohstoffen, Versorgung und Handel mit Energie, Errichtung, Betrieb und Nutzung von Transportsystemen für Energie, Versorgung mit Wasser und Behandlung von Abwasser und der Erbringung von Dienstleistungen auf den vorgenannten Gebieten einschließlich Energieeffizienzdienstleistungen tätig sind.

Der RWE-Konzern war seit 2014 in 7 Segmente, welche auch als „Unternehmensbereiche“ bezeichnet werden, untergliedert. Die Aufgabenerfüllung erfolgte durch die in Klammern dargestellten Gesellschaften.

- Konventionelle Stromerzeugung (RWE Generation)
- Vertrieb / Verteilnetze Deutschland (RWE Deutschland)
- Vertrieb Niederlande / Belgien (Essent)
- Vertrieb Großbritannien (RWE npower)
- Zentralost- / Südosteuropa (RWE East)
- Erneuerbare Energien (RWE Innogy)
- Trading / Gas Midstream (RWE Supply & Trading)

Ende 2015 wurde beschlossen, die Geschäftsfelder Erneuerbare Energien, Netze und Vertrieb in einer neuen Tochtergesellschaft zusammenzuführen und an die Börse zu bringen. Das Vorhaben wurde 2016 umgesetzt. Am 01.04.2016 nahm die neue Gesellschaft – zunächst als „RWE International SE“ und ab September als „innogy SE“ – ihre Geschäftstätigkeit auf. Anfang Oktober folgte der Börsengang des Unternehmens: Dabei wurden 73,4 Millionen innogy-Aktien aus dem Bestand der RWE AG und weitere 55,6 Millionen im Zuge einer Kapitalerhöhung der innogy SE breit gestreut bei neuen Investoren platziert. Der Anteil der RWE AG an innogy hat sich dadurch auf 76,8 % verringert. Die bei der RWE AG verbliebenen Bereiche Konventionelle Stromerzeugung und Trading/Gas Midstream profitieren durch finanzielle Flexibilität ebenfalls von der Reorganisation. Die Erlöse von 2,6 Mrd. € aus dem Verkauf von innogy-Aktien aus dem Eigenbestand wird die RWE AG für die Dotierung des neuen Kernenergiefonds verwenden.

Durch die Reorganisation ist RWE ein Energieversorger mit vier Standbeinen geworden:

- Braunkohle & Kernenergie (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung)
- Europäische Stromerzeugung (ehemals: Konventionelle Stromerzeugung)
- Energiehandel (ehemals: Trading / Gas Midstream)
- innogy-Beteiligung

Die drei erstgenannten Tätigkeitsfelder bilden das operative Kerngeschäft. Dagegen hat innogy den Status einer Finanzbeteiligung. Eine Grundlagenvereinbarung garantierte der neuen Konzerngesellschaft, dass sie unternehmerisch eigenständig agieren kann und die RWE AG ihren Einfluss als Mehrheitseigentümerin ausschließlich über die gesetzlichen Organe Aufsichtsrat und Hauptversammlung ausübt. Auch über ihre Strategie bestimmt innogy selbst.

E.ON und RWE haben sich in einer im März 2018 getroffenen Vereinbarung auf einen umfassenden Tausch von Geschäftsaktivitäten und Beteiligungen verständigt. Geplant ist, dass E.ON die RWE Finanzbeteiligung an innogy in Höhe von 76,8 % erwirbt, während RWE nahezu das gesamte Erneuerbare-Energien-Geschäft von E.ON und innogy übernimmt. Des Weiteren erhält RWE eine 16,67 %-Beteiligung an E.ON, die Minderheitsanteile der E.ON Tochter PreussenElektra an den RWE Kernkraftwerken Grundremmingen (25 %) und Emsland (12,5 %), das Gasspeichergeschäft von innogy sowie den 37,9 %-Anteil von innogy am österreichischen Energieversorger Kelag. Im Rahmen der Transaktion leistet RWE zudem eine Einmalzahlung in Höhe von 1,5 Mrd. € an E.ON. Die Geschäftsaktivitäten und Beteiligungen sollen mit ökonomischer Rückwirkung zum 01.01.2018 übertragen werden. Beide Unternehmen sind zuversichtlich, das Tauschgeschäft bis Ende 2019 abschließen zu können.

In der Übergangszeit bis zum Abschluss der Transaktion bleibt der RWE-Konzern weiterhin in die vier vorgenannten Segmente untergliedert.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

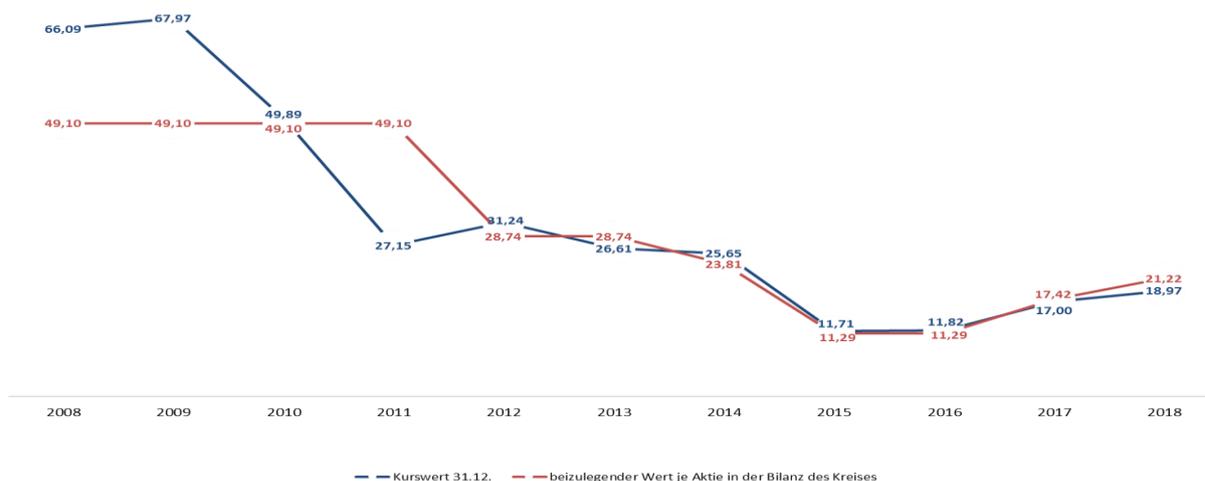
Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.333.681 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.651.150	8.734.666.319 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.745.000	8.736.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend vom Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wurde. Mit dieser Abwertung wurden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2014 erfolgte eine weitere außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 Satz 2 GemHVO auf einen Kurswert von 23,81 € je Aktie, so dass in der Bilanz des Kreises der beizulegende Wert in Höhe von 2.234.850 € angesetzt wurde. Zum 31.12.2015 wurde aufgrund einer weiteren, als dauerhaft eingestuften Wertminderung eine weitere außerplanmäßige Abschreibung auf den Kurswert von 11,285 € je Aktie vorgenommen. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2017 stellte sich heraus, dass die Gründe für die Wertminderung nicht mehr in vollem Umfang bestehen, so dass eine Zuschreibung auf den zum Abschlussstichtag beizulegenden Wert von 17,424 € je Aktie erfolgte. Im Rahmen des Jahresabschlusses zum 31.12.2018 erfolgte eine weitere Zuschreibung gem. § 35 Abs. 8 GemHVO auf den Kurswert von 21,22 € je Aktie. Der beizulegende Wert spiegelt sich in der Bilanz des Kreises mit 1.991.778,55 € wider.

ENTWICKLUNG DER RWE-AKTIE



D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2018	2017	2016
	010 11114	118.497 €	0 €	0 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Hauptversammlung
- b) Aufsichtsrat
- c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Dirk Jahr, CDU

Der in die Hauptversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im **Beirat des RWE Konzerns** und im **Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG**: Landrat Günter Rosenke

Die Vergütungsstruktur des RWE Beirats stellt sich wie folgt dar:

Grundvergütung: 3.000 €/Jahr

Sitzungsgeld: 1.000 €/Sitzung

Auslagenersatzpauschale: 100 €/Sitzung

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

RWE AG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	25.166	24.901	32.115	265
	25.166	24.901	32.115	265
B Umlaufvermögen				
Vorräte	1.906	1.212	2.003	694
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.145	5.311	8.626	-1.166
Liquide Mittel	2.958	2.739	2.884	219
	9.009	9.262	13.513	-253
C Rechnungsabgrenzungsposten	3	5	345	-2
D Aktive latente Steuern	0	0	0	0
Summe Aktiva	34.178	34.168	45.973	10
Passiva	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	1.574	1.574	1.574	0
Kapitalrücklage	2.385	2.385	2.385	0
Gewinnrücklagen	1.265	1.223	733	42
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	430	922	5	-492
	5.654	6.104	4.697	-450
B Rückstellungen	2.700	2.368	2.419	332
C Verbindlichkeiten	25.824	25.696	38.808	128
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	49	0
Summe Passiva	34.178	34.168	45.973	10

RWE AG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1	Ergebnis aus Finanzanlagen	1.091	2.268	-1.240	-1.177
2	Zinsergebnis	-391	-339	-368	-52
3	Sonstige betriebliche Erträge	86	236	1.614	-150
4	Personalaufwand	51	35	47	16
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	262	546	391	-284
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	172	569	-171
7	Ergebnis nach Steuern	472	1.412	-1.001	-940
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	472	1.412	-1.001	-940
9	Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-42	-490	1.006	448
10	Bilanzgewinn	430	922	5	-492

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	17.748*	19.106*	58.652	umgerechnet in Vollzeitstellen

*Die Ausweise für die Jahre 2018 und 2017 entsprechen dem Konzernjahresabschluss zum 31.12.2018 und beinhalten aufgrund des E.ON-Deals nur noch Teile der innogy, die langfristig im RWE-Konzern verbleiben (Fortgeführte Innogy-Aktivitäten).

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Stromerzeugung	176,0	202,2	216,1	Mrd. kWh
Zahl der in Umlauf befindlichen Aktien	614.745	614.745	614.745	in Tsd. Stück
Ergebnis	0,54 €	3,09 €	- 9,29 €	je Aktie
Dividende	0,70 €	1,50 €	0,00 €	je Stammaktie

3. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (Vka)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NRW.

Die Beteiligung an der Gesellschaft steht im engen Zusammenhang mit der Eigenschaft des Kreises Euskirchen als Aktionär der RWE AG.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
25 Städte/Gemeinden		
27 Kreise		
3 kommunale Verbände		
20 weitere Gesellschafter	106.312,84 €	83,17 %
Eigene Anteile	20.426,19	15,98 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	010 11114	1.897 €	1.626 €	1.626 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Verwaltungsrat
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Peter Ottmann, Nettetal

Die Bezüge der Geschäftsführer für das Geschäftsjahr 2017/18 betragen insgesamt 107.852,72 €. Von dem Gesamtbetrag der Bezüge entfielen 53.522,38 € auf Herrn Gerlach und 54.330,34 € auf Herrn Ottmann.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Bilanz -				
Werte zum	30.06.2018	30.06.2017	30.06.2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.190	0	417	2.190
Finanzanlagen	162.602	162.602	162.602	0
	164.792	162.602	163.019	2.190
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.052	8.646	8.323	406
Liquide Mittel	61.854	148.177	200.693	-86.323
	70.906	156.823	209.015	-85.917
C Rechnungsabgrenzungsposten	2.455	2.380	2.380	75
Summe Aktiva	238.154	321.805	374.414	-83.652
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	127.823	127.823	127.823	0
Eigene Anteile	-20.426	-14.183	-12.297	-6.243
Kapitalrücklage	1.871.907	1.701.416	1.528.094	170.491
Gewinnrücklagen	400.000	400.000	412.297	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.159.885	-1.917.363	-1.707.308	-242.522
	219.419	297.692	348.609	-78.274
B Rückstellungen	9.450	14.000	21.500	-4.550
C Verbindlichkeiten	9.285	10.113	4.305	-828
Summe Passiva	238.154	321.805	374.414	-83.652

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		01.07.2017 bis 30.06.2018	01.07.2016 bis 30.06.2017	01.07.2015 bis 30.06.2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.500	0	12.734	4.500
2	Personalaufwand, davon:	198.865	175.562	157.416	23.303
a)	Löhne und Gehälter	185.665	164.615	148.239	21.049
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.200	10.947	9.177	2.254
3	Abschreibungen	341	417	631	-76
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	65.416	63.132	84.888	2.284
5	Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	17.600	16.720	16.060	880
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	39	119	-39
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-242.522	-222.352	-214.022	-20.170
8	Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-1.917.363	-1.707.308	-1.493.286	-210.055
9	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	12.297	0	-12.297
10	Bilanzverlust	-2.159.885	-1.917.363	-1.707.308	-242.522

„Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017/2018

1. Gegenstand und Finanzierung der Gesellschaft

Aufgabe der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energie-wirtschaftlichen, finanzwirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen - auch gegenüber dem RWE-Konzern - sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Versorgung von Energie. Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, dem RWE, anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten. Mit der Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft sind laufende Aufwendungen verbunden, die nicht durch entsprechende Erträge gedeckt werden können. Eigene Umsätze sowie sonstige wesentliche Erträge werden in der Regel nicht erzielt. Dementsprechend führt die Geschäftstätigkeit regelmäßig zu Jahresverlusten, die das Eigenkapital mindern. Die Fehlbeträge werden zu einem wesentlichen Teil durch Nachschüsse der Gesellschafter, die unmittelbar in die Kapitalrücklage der Gesellschaft eingestellt werden, ausgeglichen. Allerdings haben die Nachschüsse in den vergangenen Jahren nicht ausgereicht, um die Fehlbeträge

jeweils vollständig auszugleichen. Ohne die Ergreifung weiterer Maßnahmen führt dies in der Folge zu einer sukzessiven Verminderung des Eigenkapitals und zu einer Belastung der Liquidität der Gesellschaft. Darüber und über mögliche Konsequenzen wurde in den Sitzungen des Verwaltungsrates und der Gesellschafterversammlung am 30.11.2017 intensiv diskutiert. Gemeinsam mit dem ehemaligen Kämmerer der Stadt Essen wurde zuvor untersucht, ob es mögliche Einsparpotenziale in der Gesellschaft gibt. Die Untersuchung hat ergeben, dass eine kurzfristige Reduzierung der Kosten nicht zuletzt wegen der bestehenden vertraglichen Verpflichtungen (Miete, Personal) nicht zu erzielen ist. Zwecks Kostenreduzierung wurde die in der Vergangenheit bereits diskutierte Fusion mit dem westfälischen Schwesterverband erneut in Betracht gezogen, wegen dessen Absage und der unterschiedlichen Finanzierungsstruktur aber erneut verworfen. Im Ergebnis wurde eine Anpassung der von den Gesellschaftern zu zahlenden Nachschüsse um weitere 50 % auf dann 200 % der jeweiligen Stammeinlage ab dem Geschäftsjahr 2018/2019 beschlossen.

2. Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wesentlichen Veränderungen der Vermögenslage der Gesellschaft im Vergleich zum Vorjahresstichtag betreffen die Reduzierung der Guthaben bei Kreditinstituten um 86 T€ auf der Aktivseite und die gleichzeitige Verminderung des Eigenkapitals um 79 T€ auf der Passivseite. Diese Veränderungen sind im Wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, dass der Jahresfehlbetrag von 243 T€ nicht durch die Nachschüsse der Gesellschafter von 171 T€ ausgeglichen werden konnte. Wesentlicher Vermögensgegenstand sind die von der Gesellschaft gehaltenen Aktien einer Versicherungsgesellschaft. Der Buchwert dieser im Finanzanlagevermögen erfassten Wertpapiere des Anlagevermögens beläuft sich unverändert auf 162.602,00 €. Der Bestand an Guthaben bei Kreditinstituten verminderte sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag von 148.177,48 € um 86.323,25 € auf 61.854,23 €. Das Eigenkapital beläuft sich zum 30. Juni 2018 auf 219.418,64 € (Stand 30. Juni 2017: 297.692,21 €). Es wurde durch eine Zuzahlung der Gesellschafter in H. v. 170.491,00 € (Einstellung in die Kapitalrücklage) gestärkt und entspricht 92,1 % (30. Juni 2017: 92,5 %) der Bilanzsumme. Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2017/2018 ein Jahresfehlbetrag von 242.521,61 €, der das Eigenkapital entsprechend gemindert hat. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2017/18 weitere eigene Anteile in Höhe von 6.242,96 € von bisherigen Gesellschaftern zurückerworben. Der Rückerwerb erfolgte zum Nominalwert der Anteile. Die Ertragslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert. Der Jahresfehlbetrag erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr von 222.351,75 € um 20.169,86 € auf 242.521,61 €. Die Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens betragen 17.600,00 € (2016/17: 16.720,00 €) und resultieren aus der Dividendenzahlung einer Versicherungsgesellschaft, von der unverändert 2.200 Aktien gehalten werden. Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2017/18 jederzeit sichergestellt.

3. Internes Kontrollsystem und Risikomanagement

Das interne Kontrollsystem umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Aufgrund der einfachen und übersichtlichen Strukturen der Gesellschaft werden sämtliche Aufgaben im Rahmen des internen Kontroll- und Überwachungssystems von der Geschäftsführung wahrgenommen. Es gilt durchgängig ein striktes Vier-Augen-Prinzip. Sämtliche Genehmigungen und Freigaben erfolgen entweder durch beide Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen. Ein formelles Risikomanagement besteht nicht, aber Chancen und Risiken werden regelmäßig durch die Geschäftsführung identifiziert, analysiert und bewertet. Bei Bedarf greift die Geschäftsführung zudem auf externe Fachleute zurück, die die Gesellschaft bei Entscheidungen unterstützen.

4. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Grundsätzlich wird der Fortbestand der Gesellschaft auch in Zukunft davon abhängen, dass der Bestand an Gesellschaftern weitgehend erhalten bleibt und die Finanzierung der Gesellschaft auch zukünftig durch die Gesellschafter erfolgt. Die Gesellschafter befinden sich gegenwärtig in einer schwierigen und komplexen Situation, in der es gilt, sich zur Energiewende und der Geschäftspolitik des RWE-Konzerns sowohl kurzfristig als auch in langfristiger Hinsicht zu positionieren. Dabei sind sowohl gesetzliche Anforderungen als auch kurz- und langfristige finanzwirtschaftliche Aspekte in die Überlegungen einzubeziehen. So müssen die kommunalen Anteilseigner des RWE-Konzerns jenseits ökonomischer Aspekte berücksichtigen, dass sie ihren gesetzlichen Auftrag zur Energieversorgung innerhalb ihrer Kommunen auch weiterhin sicherstellen können. Gleichzeitig belasten nahezu sämtliche beteiligten Kommunen Sparzwänge, die die ökonomischen Handlungsspielräume stark einschränken. Nach zwei Jahren Ausfall an Dividenden konnte in 2018 wieder eine Dividende gezahlt werden. Unter Berücksichtigung der Rückzahlung aus der Brennelementsteuer konnte insgesamt eine Dividende von 1,50 € gezahlt werden. Auch die Prognose für die kommenden zwei Jahre ist positiv. Der Vorstand der RWE AG strebt an, für 2018 und 2019 einen Betrag von 0,70 € auszuschütten. Damit ist Stabilität eingeleitet, sowohl was die Dividende betrifft als auch den Kurs. Das gilt insbesondere nach der Ankündigung der Neuaufstellung von RWE und E.ON, die von den Kapitalmärkten überwiegend positiv aufgenommen wurde und auch durch eine positive Kursentwicklung zum Ausdruck kommt. Obwohl der Gründungsge-

danke der Anteilseigner des Vka unverändert die gemeinsame und gebündelte Interessenvertretung ist, haben im Geschäftsjahr 2017/2018 insgesamt fünf Gesellschafter ihre Anteile an die Gesellschaft verkauft. Hierbei handelt es sich in vier Fällen um kommunalnahe Gesellschaften oder Kreditinstitute. Auslöser war auch die inzwischen erfolgte Auflösung der RWE Holding AG. Nicht zuletzt aufgrund dieser Entwicklung stuft die Geschäftsführung es als potentiell Risiko ein, dass Gesellschafter, die sich zur (teilweisen) Veräußerung ihrer RWE-Aktien entschließen, beabsichtigen ihre Anteile am Vka zurückzugeben. Durch das Ausscheiden weiterer Gesellschafter würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten der Gesellschaft verschlechtern. Die Gesellschafterversammlung hat daher die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die grundsätzliche Strukturfragen im Zusammenhang mit einer dauerhaft auskömmlichen Finanzierung erörtern soll. Im Vordergrund soll die Frage des Zusammenhaltes der Aktien in der kommunalen Familie stehen sowie die Akquise neuer Gesellschafter, z. B. aus dem Kreis der RW Holding Aktionäre. Die sich aus den beabsichtigten Transaktionen zwischen RWE und E.ON ergebenden Veränderungen in den Unternehmensstrukturen und die daraus erwachsenden Konsequenzen für den Vka werden ebenfalls Gegenstand der Arbeit der Arbeitsgruppe sein. Chancen werden darin gesehen, dass - erst recht nach der Auflösung der RW Holding AG - die Geschäftsführung des Vka die Interessen der kommunalen RWE-Aktionäre auch zukünftig bestmöglich vertritt und unterstützt. Die Geschäftsführung möchte dabei auch weiterhin den Weg des offenen Dialogs fortsetzen und ihre Verbandsarbeit weiter stärken. Über regelmäßige Meetings sowie über die eigene Homepage werden die Gesellschafter regelmäßig über alle wichtigen Diskussionsergebnisse mit Vertretern des RWE-Konzerns informiert. Weitere positive Aspekte und damit Chancen werden in der bereits erwähnten Neuaufstellung von RWE und E.ON gesehen. Es wird allerdings noch bis in die 2. Jahreshälfte des Jahres 2019 dauern, bis die einzelnen Schritte dieser Transaktion durchgeführt sind. Die Geschäftsführung ist ständig bemüht, durch zahlreiche Gespräche trotz dieses share-deals etwaige Veräußerungsabsichten der Gesellschafter zu verhindern. Vielleicht überzeugt die neue Unternehmensstruktur die Gesellschafter, Verkaufsüberlegungen noch einmal zu überdenken. Mit dem neuen grünen Label passt das Unternehmen RWE darüber hinaus besser ins eigene Anlagen-Portfolio. Auch die Ankündigung der RWE AG auf der letzten Hauptversammlung, zukünftig wieder Dividenden ausschütten zu können, macht die positive Entwicklung deutlich. Weitere wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen könnten, werden von der Geschäftsführung gegenwärtig nichtgesehen.

5. Ausblick

Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter bzw. durch Erlöse aus der Veräußerung von Vermögen ausgeglichen werden. Durch die beschlossene Anhebung der Nachschüsse ist zwar die Finanzierungsproblematik nicht dauerhaft gelöst, aber es wurde ein erweiterter Zeitrahmen geschaffen, innerhalb dessen die eingerichtete Arbeitsgruppe Ideen zur zukunftsorientierten Ausrichtung des Verbandes prüfen kann. Auch für das Geschäftsjahr 2018/19 erwartet die Geschäftsführung einen Jahresfehlbetrag, der leicht über dem Niveau des Geschäftsjahres 2017/18 liegen wird. Wesentliche Erträge sind nicht zu erwarten. Die Kosten des Geschäftsapparates werden sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2017/18 wieder im Rahmen der allgemeinen Kostenentwicklung bewegen.

Essen, den 13. September 2018

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Die Geschäftsführer

Peter Ottmann
Landrat a.D.

Ernst Gerlach
Staatssekretär a.D.“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	3	3	3	-

H) Kennzahlen

./.

4. Euskirchener Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wohnraumförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850 €	41,37 %
Kreisstadt Euskirchen	1.507.420 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070 €	0,08 %
Stadt Zülpich	6.210 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530 €	0,10 %
Eigene Anteile	3.450 €	0,13 %
2 private Gesellschafter	1.610 €	0,06 %
Summe	2.610.500 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4 % der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2018	2017	2016
Kreis	010 11114	109.076 €	109.076 €	109.076 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Michael Höllmann

SPD

Stellvertreter:

Hans-Erhard Schneider

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- | | |
|----------------------|------------|
| 1. Hans-Josef Engels | CDU |
| 2. Bernd Kolvenbach | CDU |
| 3. Norbert Häger | SPD |
| 4. Ellen Mende | B 90/Grüne |

Die Gesamtbezüge des Aufsichtsrates betragen in 2018 17.775,60 €.

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

Die Bezüge der Geschäftsführung betragen in 2018 123.588,71 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Euskirchener Baugesellschaft mbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	28.126	40.350	46.134	-12.224
Sachanlagen	65.376.038	63.194.701	56.279.333	2.181.338
Finanzanlagen	14.744	14.766	14.750	-22
	65.418.908	63.249.817	56.340.217	2.169.092
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.576.435	2.556.839	2.651.132	19.596
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	470.769	411.501	109.923	59.269
Liquide Mittel	1.887.496	2.330.974	2.827.378	-443.477
	4.934.701	5.299.314	5.588.433	-364.613
C Rechnungsabgrenzungsposten	41.220	34.980	27.073	6.239
Summe Aktiva	70.394.829	68.584.110	61.955.723	1.810.719
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	2.610.500	2.610.500	2.610.500	0
Eigene Anteile	-3.450	-3.450	-3.450	0
Gewinnrücklagen	12.741.793	12.485.656	11.804.843	256.137
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	408.486	568.983	993.659	-160.497
	15.757.330	15.661.689	15.405.552	95.640
B Rückstellungen	172.591	342.450	321.019	-169.859
C Verbindlichkeiten	52.993.193	51.874.233	46.003.673	1.118.960
D Rechnungsabgrenzungsposten	1.471.715	705.738	225.478	765.977
Summe Passiva	70.394.829	68.584.110	61.955.723	1.810.719

Euskirchener Baugesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.062.657	9.021.433	9.012.166	41.224
2	Bestandsveränderungen	-3.665	-94.079	-63.263	90.414
3	Sonstige betriebliche Erträge	372.848	207.680	443.585	165.167
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	4.483.241	4.296.972	3.853.370	186.269
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	4.483.241	4.296.972	3.853.370	186.269
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.547.015	1.433.237	1.308.239	113.778
	a) Löhne und Gehälter	1.218.010	1.126.645	1.020.797	91.365
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	329.005	306.592	287.442	22.413
6	Abschreibungen	1.637.097	1.408.054	1.359.397	229.043
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	483.239	407.483	482.855	75.756
8	Erträge aus Ausleihungen Finanzanlagevermögen davon aus verbundenen Unternehmen	10 0	10 0	10 0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon aus verbundenen Unternehmen	188.713 0	144.079 0	6.933 0	44.634
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	818.027 0	831.523 0	879.952 0	-13.496
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-10.332	82.026	287.578	-92.358
12	Ergebnis nach Steuern	662.275	819.829	1.228.042	-157.554
13	Sonstige Steuern	253.789	250.846	234.383	2.943
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	408.486	568.983	993.659	-160.497

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„Rahmenbedingungen Allgemeine Angaben

Die Euskirchener Baugesellschaft mit beschränkter Haftung wurde am 28. April 1907 gegründet. Sie wurde beim Amtsgericht Euskirchen am 5. Juli 1907 unter HRB 18 eingetragen. Seit dem 1. Dezember 2002 wird sie beim Amtsgericht Bonn unter HRB 10808 geführt. Der Sitz der Gesellschaft ist Euskirchen. Die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse regelt der Gesellschaftsvertrag. Die Gesellschaft firmierte bis zum 27. Januar 2016 unter dem Namen Euskirchener gemeinnützige Baugesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH). Der Gesellschaftsvertrag wurde zuletzt am 28. Januar 2016 durch die Gesellschafterversammlung geändert.

Zweck der Gesellschaft

Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, bebaute Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese mittelbar oder unmittelbar dem Gesellschaftszweck dienlich sind.

Berichterstattung über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung

Es wird festgestellt, dass die Gesellschaft im Berichtsjahr ihren vorrangigen Aufgaben - der sicheren und sozial verantwortbaren Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung - nachgekommen ist. Die Geschäfte der Gesellschaft wurden im Sinne des GmbH-Gesetzes, des Gesellschaftsvertrages sowie der Geschäftsordnungen für die Geschäftsführung und des Aufsichtsrates geführt.

Gesamtwirtschaftliche Grundlagen

Nach einer zunächst expandierenden globalen Produktion haben sich die Aussichten der Weltkonjunktur in der zweiten Jahreshälfte 2018 eingetrübt. Für 2019 und 2020 erwarten die wirtschaftlichen Institute zwar weiter einen Aufwärtstrend, jedoch werden die Zuwachsraten gegen Ende des Prognosezeitraums allmählich in Richtung der Potenzialraten sinken. Für 2018 prognostizieren die Institute für den berücksichtigten Länderkreis einen Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 3,3 %; für die Jahre 2019 und 2020 werden Expansionsraten von ebenfalls 3,0 % bzw. 2,9 % erwartet. Im Euroraum schwächte sich die Konjunktur nach einer zunächst kräftigen Expansion im ersten Halbjahr ab. Ursächlich war dafür ein Nachlassen der Export-Dynamik, die im Vorjahr noch starke Zuwächse zu verzeichnen hatte. Der sogenannte Abgas-Skandal in der Automobilindustrie und die folgenden Probleme in der Produktionsumstellung wirkten sich im dritten Quartal auch auf die Gesamtwirtschaft aus. Das Bruttoin-

landsprodukt (BIP) entwickelte sich in der ersten Jahreshälfte 2018 jedoch unterdurchschnittlich positiv. Der Zuwachs des BIP soll in 2019 1,8 % und in 2020 1,6 % betragen. Die Expansion wird tendenziell mehr von der Entwicklung des Binnenmarktes getragen. Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft geht in sein sechstes Jahr und wird vor allem durch die Binnenwirtschaft getragen, welche durch einen starken Beschäftigungsaufbau und niedrige Zinsen angeregt wird. Die Auslastung der Produktionskapazitäten ist hoch, stagniert aber seit Anfang 2018 auf Grund nachfrage- und produktionsseitiger Gründe. In den wichtigsten Absatzmärkten im Euroraum hat sich die Konjunktur verlangsamt, auf der anderen Seite gibt es angebotsseitige Engpässe im Bereich Arbeitskräfte und Vorleistungsgüter. Die Risiken für die deutsche Wirtschaft ergeben sich vor allem aus den weltwirtschaftlichen Entwicklungen für die die deutsche Wirtschaft auf Grund ihres Offenheitsgrades besonders anfällig ist. Die protektionistische Außenwirtschaftspolitik der USA, Wirtschaftskrisen in der Türkei oder Argentinien, die finanzpolitischen Pläne der neuen italienischen Regierung und insbesondere die Unsicherheiten in Hinsicht auf den EU-Austritt Großbritanniens bergen potentielle Risiken. Im Jahr 2018 hat die Wirtschaftsleistung um 1,4 % zugenommen. Für 2019 wird mit einer leicht ansteigenden Leistung von 0,8 % gerechnet, im Jahr 2020 mit 1,8 %. Die Überauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten dürfte damit fortbestehen. (Quelle zu „Gesamtwirtschaftliche Grundlagen“: VdW Rheinland Westfalen Informationen zur gesamtwirtschaftlichen Lage und zur Branchenentwicklung, Stand 24. Januar 2019; Statistisches Bundesamt; 2018-2020: Prognose der Institute. In: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur deutlich abgekühlt - Politische Risiken hoch – Frühjahr 2019)

Branchenspezifische Entwicklung

Im Kreis Euskirchen wurden im Jahr 2018 rund 1.044 Wohnungen erstellt (Vorjahr: 574), das sind 81,9 % mehr als in 2017. Weiterhin wurden im Jahr 2018 für 1.036 Wohnungen Baugenehmigungen beantragt (Vorjahr: 841). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet das eine Zunahme von 23,2 %. (Quelle Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen IT.NRW). Die demografische Entwicklung im Kreis, aber vor allen Dingen in der Stadt Euskirchen, wird nach allen Prognosen in den kommenden zehn Jahren keine nennenswerten negativen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Gesellschaft haben. Die stabile Bevölkerungsentwicklung wird den Bedarf an guten und preiswerten Wohnungen sichern. Die Auswirkungen der Flüchtlingskrise sind für den Kreis Euskirchen immer noch nicht absehbar. (Siehe hierzu Statistische Berichte des Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen „Vorausberechnung der Bevölkerung in den kreisfreien Städten und Kreisen NRW 2014 bis 2040“).

Wohnungsmarkt

Der Wohnungsmarkt der Stadt Euskirchen ist ein „Vermietermarkt“. Die Vermietungssituation der Gesellschaft ist nach wie vor zufriedenstellend.

Mietwohnungs- und andere Neubauten

Der in 2016 begonnene Bau eines Mehrfamilienhauses mit 20 öffentlich geförderten und 2 freifinanzierten Wohneinheiten in der Erftbleiche 6-8, Euskirchen, wurde Anfang 2018 abgeschlossen. Die Vermietung der Wohnungen begann am 01.04.2018. Zudem wurde im Jahr 2017 mit dem Bau eines Gebäudes mit 20 öffentlich geförderten und 2 freifinanzierten Wohnungen in der Erftbleiche 2-4 in Euskirchen begonnen. Dieses wurde Mitte 2018 fertiggestellt. Die Vermietung erfolgte ab dem 01.08.2018. In der Bauvorbereitung befinden sich zwei Mehrfamilienhäuser in der Elbinger Straße 16-18 in Euskirchen mit insgesamt 32 öffentlich geförderten Wohnungen. Bei diesem Anfang 2019 begonnenen Bauvorhaben ist mit der Fertigstellung Mitte 2020 zu rechnen. Außerdem soll Ende 2019 mit dem Bau von 18 Wohnungen in der Rohmedrägerstraße in Erftstadt-Bliesheim und mit dem Bau von 8 Wohnungen in der Niederberger Straße 33 in Weilerswist-Lommersum begonnen werden. Auch diese Wohnungen werden öffentlich gefördert. Hier ist mit der Fertigstellung im Jahr 2021 zu rechnen. Des Weiteren soll im öffentlich geförderten Wohnungsbau Anfang 2020 mit dem Bau von 8 Wohnungen und einem Quartiersgemeinschaftsraum in den Herrenbenden 28, Euskirchen, begonnen werden. Die Bezugsfertigkeit ist gleichfalls im Jahr 2021 geplant. In Planung ist zudem der Bau von 24 Wohnungen mit einem Gemeinschaftsraum im St.-Sebastianus-Weg in Schleiden-Gemünd.

Instandhaltung / Instandsetzung

Die Kosten der Instandhaltung für den eigenen Hausbestand in 2018 betragen TEUR 2.199 (Vorjahr TEUR 1.935). Aktivierte Aufwendungen für die Modernisierungen beliefen sich auf TEUR 1.141 (Vorjahr TEUR 442). Eigene Verwaltungsleistungen wurden hierbei nicht berücksichtigt.

Modernisierung

Das Quartier Hubert-Salentin-Straße/Appelsgarten in Euskirchen mit elf Häusern wird z.Z. modernisiert. Die in 2016 begonnene Modernisierung des Hauses Hubert-Salentin-Straße 34 in Euskirchen wurde Anfang 2018 abgeschlossen. Außerdem wurde in 2017 mit der Modernisierung des Hauses Appelsgarten 6 in Euskirchen begonnen, welche Mitte 2019 abgeschlossen sein soll. Zum Ende 2018 wurde mit der Modernisierung des Hauses Am Marienpütz 12 in Euskirchen begonnen.

Bauträrgeschäft

In 2018 wurden kein Bauträrgeschäft begonnen oder umgesetzt.

Entwicklung des Wohnungsbestandes

Die Gesellschaft bewirtschaftete in 2018 insgesamt 1.471 Wohnungen, 15 gewerbliche Einheiten, 397 Garagen und 655 Einstellplätze. Von den Wohnungen waren 897 freifinanziert, die übrigen unterlagen der öffentlich-rechtlichen Zweckbindung. Die Zugänge im Immobilienvermögen in 2018 resultieren im Wesentlichen aus der Neubautätigkeit in der Erftbleiche 2-4 und 6-8 mit 44 Wohnungen und dem Dachgeschoßausbau mit zwei Wohnungen in der Hubert-Salentin-Straße 34 in Euskirchen.

Fremdverwaltung

Ende 2018 verwaltete die Gesellschaft 298 Wohnungen, 2 gewerbliche Einheiten und 41 Garagen sowie 189 Stellplätze für Dritte.

Verwaltung nach WEG

Weiterhin war die Gesellschaft in 2018 für die zwei Wohnungseigentümergeinschaften in Euskirchen Charleviller Platz 1 mit 24 Wohnungen sowie 17 Garagen und Thüringer Straße 11a mit 11 Wohnungen als Verwalter nach dem Wohnungseigentumsgesetz bestellt.

Unbebaute Grundstücke

Die Gesellschaft verfügte zum Berichtszeitpunkt über zehn baureife Grundstücke mit 10.690 qm, fünf Grundstücke mit 4.607 qm im Zustand der Erschließung, vier Ackerlandflächen mit 14.922 qm, zwei Gartenparzellen von 663 qm sowie eine Freifläche von 247 qm.

Ertragslage

Es wird für das Geschäftsjahr 2018 ein Jahresüberschuss von 408 TEUR (Vorjahr: 569 TEUR) ausgewiesen. In der folgenden Übersicht ist die Zusammensetzung der Jahresergebnisse des Berichtsjahres und des Vorjahres dargestellt:

	2018 <u>TEUR</u>	Vorjahr <u>TEUR</u>	Veränderung <u>TEUR</u>
Deckungsbeiträge aus			
- Hausbewirtschaftung	1.938	2.178	-240
- Bauträgertätigkeit	-16	-47	31
- Betreuungstätigkeit	89	140	-51
- Sonstigem	<u>74</u>	<u>79</u>	<u>-5</u>
	2.085	2.350	-265
Nicht direkt zurechenbare Aufwendungen	<u>2.091</u>	<u>1.887</u>	<u>-204</u>
Betriebsergebnis	-6	463	-469
Ergebnis der Finanzrechnung	55	144	-89
Ergebnis der neutralen Rechnung	349	44	305
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u>-10</u>	<u>82</u>	<u>92</u>
Jahresergebnis	<u>408</u>	<u>569</u>	<u>-161</u>

Die Mietausfälle von TEUR 273 betragen 3,0 % (Vorjahr: 2,1 %) der Sollmieten und Umlagen. Die Leerstandsquote belief sich auf 2,0 % (Vorjahr: 1,8 %) des Wohnungsbestandes per 31. Dezember 2018. Der Rückgang des Deckungsbeitrages aus der Hausbewirtschaftung im Vergleich zum Vorjahr resultiert aus gestiegenen Instandhaltungsaufwendungen. Weiterhin entwickelte sich der Deckungsbeitrag aus der Betreuungstätigkeit rückläufig aufgrund von niedrigeren Erlösen aus der Verwaltungstätigkeit. Die künftige Geschäftstätigkeit wird auch weiterhin neben der Bewirtschaftung und Modernisierung des eigenen Hausbesitzes durch den Erwerb oder den Neubau von Mietwohnungen und die Bauträgertätigkeit geprägt sein. Entsprechend dem Wirtschaftsplan ist die Ertragslage der Gesellschaft für das Jahr 2019 gesichert.

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr 2018 um TEUR 1.811 auf TEUR 70.395 erhöht. Es wurde für die durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen und Modernisierungen in erheblichem Maß Eigenkapital und für die Neubautätigkeiten überwiegend Fremdkapital eingesetzt. Die Vermögensstruktur wird zu 92,9 % (Vorjahr: 92,2 %) durch das Anlagevermögen geprägt. Nach den Bilanzzahlen beträgt die Eigenkapitalquote (nach Dividende) 21,9 % (Vorjahr: 22,4 %). Die Finanzlage ist gesichert. Die Gesellschaft konnte im Berichtsjahr ihre finanziellen Verpflichtungen jederzeit erfüllen.

Finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 1 HGB

Finanzielle Leistungsindikatoren sind das Jahresergebnis mit TEUR 408 (Vorjahr: TEUR 569), die Eigenkapitalquote (nach Dividende) mit 21,9 % (Vorjahr: 22,4 %), die Gesamtkapitalrentabilität mit 1,73 % (Vorjahr: 2,16 %) und der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit mit TEUR 1.873 (Vorjahr: TEUR 2.503). Im Berichtsjahr konnten die im Vorjahr abgegebenen Prognosen der bedeutsamen finanziellen Leistungsindikatoren größtenteils erfüllt werden. Die Prognose des Jahresergebnisses wurde leicht unterschritten. Einhergehend mit dem geringeren Jahresergebnis und der höheren Bilanzsumme ist die Gesamtkapitalrentabilität unter das Vorjahresniveau gesunken. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen und entspricht der Prognose. Dies resultiert im Wesentlichen aus den Investitionen im Anlagevermögen und den damit verbundenen Darlehensvaluierungen. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Diese Entwicklung ist auf die Zunahme der sonstigen Vermögensgegenstände zurückzuführen.

Gesamtaussage zur Wirtschaftlichen Lage

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist geordnet. Die Prämisse der Unternehmensfortführung ist weiterhin gegeben.

Besondere Ereignisse im Geschäftsjahr

Besondere Ereignisse sind im Geschäftsjahr 2018 nicht eingetreten.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren nach § 289 Abs. 3 HGB

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren sind 2018 die Fluktuationsquote mit 9,1 % (Vorjahr 6,8 %) und die Leerstandsquote mit 2,0 % (Vorjahr 1,8%). Die Leerstandsquote liegt mit 2,0 % über dem Vorjahresniveau. Die Fluktuationsquote ist auf 9,1 % gestiegen und liegt somit oberhalb des Vorjahresniveaus.

Ergänzende Angaben nach § 289 Abs. 2 Nr. 1 HGB

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31. Dezember 2018 nicht eingetreten.

Risikobericht und Risikomanagement / Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Risiken, die einen bestandsgefährdenden Einfluss auf die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft haben, sind nicht erkennbar. Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sind geeignete Maßnahmen zu treffen, insbesondere ein angemessenes Überwachungssystem einzurichten, damit Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden, früh erkannt werden. Die Angemessenheit beurteilt sich nach der Größe eines Unternehmens, nach Art, Umfang und Komplexität seiner Aufgaben und dem Maß der Diversifikation seiner Struktur. Dabei muss das Risikomanagement dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit entsprechen. Tätigkeitsschwerpunkte der Gesellschaft sind in erster Linie die Bewirtschaftung des eigenen Wohnungsbestandes mit eigener Mietbautätigkeit, danach die Bauträgertätigkeit. Daraus ergeben sich die maßgeblichen Risiken: Hauptrisiken sind die Unvermietbarkeit der Wohnungen, die Überschreitung der Plankosten durch Baukostensteigerungen bei Neubauten und Modernisierungen, die Unverkäuflichkeit fertiggestellter Häuser, die Unverwertbarkeit erworbener Grundstücke sowie die Gewährleistungspflichten aus dem Bauträgergeschäft. Von 2008 bis 2018 erhöhte sich die bewirtschaftete Wohn- und Nutzfläche der Gesellschaft von 86.000 m² auf 101.206 m². Dieses Wachstum von mehr als 17 % geht grundsätzlich mit dem Risiko künftiger Leerstände einher. Im Geschäftsjahr 2018 wurde die Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH von der Gesellschaft beauftragt, eine Wohnungsbedarfsprognose und ein Handlungskonzept für den öffentlich geförderten Wohnungsbau jeweils für die Kreisstadt Euskirchen bis zum Jahr 2040 zu erarbeiten. Bis zum Jahr 2040 weist das Handlungskonzept einen Wohnungsbedarf im Mehrfamilienhausbau von rund 1.600 Wohnungen aus. Der Bedarf an öffentlich geförderten Wohnungen wird für die nächsten 10 Jahre auf 400 geschätzt. Die Bestandszuwächse der Gesellschaft und das damit verbundene expansive Neubauprogramm erscheinen aufgrund des testierten Wohnungsbedarfes des Handlungskonzeptes als nunmehr richtig. Weitere Neubauprojekte können unter Berücksichtigung der Eigenkapitalquote der Gesellschaft folgen. Diesen Risiken wird durch kontinuierliche intensive und vorausschauende Beobachtung des Marktes sowie der finanziellen, wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen Rechnung getragen. Das Instrumentarium, Risikopotentiale rechtzeitig zu erkennen und Steuerungsmaßnahmen auszulösen, ist vorhanden und wird kontinuierlich ausgebaut. Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse werden in Ihren Zusammenkünften über alle wichtigen Entwicklungen und bestehenden Geschäftsrisiken mündlich und schriftlich informiert. Für die Entwicklung der Gesellschaft ist vorgesehen, den bestehenden Hausbestand energetisch und qualitativ stetig zu verbessern und außerdem die geplanten Neubauprojekte unter der Berücksichtigung des demografischen Wandels barrierefrei zu erstellen. Die eigenen innerstädtischen Grundstücke werden zukünftig einer wirtschaftlichen Nutzung zugeführt und nachfragegerecht bebaut. Hierzu gehören die Grundstücke der Quartiere Wilhelmstraße und Frauenberger Straße. Die Investitionen in den vorhandenen Wohnungsbestand der Gesellschaft werden auch weiterhin zu einer stetigen und nachhaltigen Steigerung der Wertschöpfung der Gesellschaft führen.

Prognosebericht

Nach dem aktuellen Wirtschaftsplan wird mit einem Jahresergebnis für 2019 von ca. TEUR 314 gerechnet. Es wird erwartet, dass andere Leistungsindikatoren wie Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, Fluktuationsquote, Leerstandsquote und Gesamtkapitalrentabilität dem Niveau des Jahres 2018 entsprechen. Die Eigenkapitalquote (ohne Dividende) aus 2018 in Höhe von 21,9 % (Vorjahr: 22,4 %) wird in 2019 voraussichtlich sinken. Grund hierfür sind die Investitionen in Neubauten und die Modernisierung des Gebäudebestandes. Diese Planung erfolgt aufgrund § 21 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages. § 21 Abs. 5 wurde in den Gesellschaftsvertrag im Zuge der Umsetzung des § 108 Abs. 3 GO NRW durch die Gesellschafter aufgenommen. Der Wirtschaftsplan wurde deshalb in sinngemäßer Anwendung der für die Eigenbetriebe geltenden Vorschriften aufgestellt.

Euskirchen, den 11. Oktober 2019

Die Geschäftsführung:

(Knuth)“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	23	22	21	insgesamt
	6	4	5	davon Teilzeitkräfte und Auszubildende

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Wohnungseinheiten	1.471	1.426	1.407	Anzahl
Gewerbeeinheit	15	15	13	Anzahl
Garagen/Einstellplätze	1.052	1.001	923	Anzahl
Wohn- und Nutzfläch	101.206	99.066	95.327	m ²
Fluktuationsquote	9,1	6,8	8,7	%
Leerstandsquote	2,0	1,8	1,0	%

5. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 53 des Landesmediengesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 62 des Landesmediengesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der kulturellen Betreuung der Einwohner – insbesondere auf den Gebieten der Bildung und der Kultur. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragkonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2018	2017	2016
Kreis	010 11114	28.357 €	4.036 €	18.367 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung:

Dominik Schmitz CDU Stellvertreter: Emmanuel Kunz SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Die Geschäftsführung erfolgt durch die persönlich haftende Gesellschafterin, die Radio Euskirchen GmbH, die durch ihren Geschäftsführer Dietmar Henkel, Leichlingen, vertreten wird.

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

1. Wolfgang Andres Stabsstelle 12
2. Stefanie Seidler SPD

Die in die Veranstaltergemeinschaft entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.354	1.991	1.932	-637
Sachanlagen	35.991	42.374	38.869	-6.383
Finanzanlagen	25.565	25.565	25.565	0
	62.910	69.930	66.366	-7.020
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.247.097	1.315.451	1.220.478	-68.354
Liquide Mittel	102	158	75	-56
	1.247.199	1.315.609	1.220.553	-68.410
C Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	250	0
Summe Aktiva	1.310.108	1.385.539	1.287.169	-75.430
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	511.292	511.292	511.292	0
Kapitalrücklage	488.708	488.708	488.708	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	0	0	0
	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
B Rückstellungen	59.194	47.470	43.900	11.724
C Verbindlichkeiten	250.915	338.069	243.269	-87.154
Summe Passiva	1.310.108	1.385.539	1.287.169	-75.430

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	3	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.616	4.041	2.187	-2.424
Liquide Mittel	10.340	11.342	8.656	-1.003
	11.956	15.383	10.843	-3.427
B Rechnungsabgrenzungsposten	600	0	0	600
Summe Aktiva	12.556	15.383	10.843	-2.827
Passiva	€	€	€	€
A Rückstellungen	3.233	6.728	2.900	-3.496
B Verbindlichkeiten	9.323	8.655	7.943	669
Summe Passiva	12.556	15.383	10.843	-2.827

Radio Euskirchen GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	813.227	958.311	872.371	-145.084
2	Sonstige betriebliche Erträge	27.082	3.678	7.457	23.404
3	Materialaufwand	1.543	1.589	855	-46
4	Personalaufwand	0	16.462	4.064	-16.462
5	Abschreibungen	15.075	17.084	14.599	-2.009
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	773.348	788.244	810.213	-14.896
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.243	3.988	3.512	2.254
	davon an verbundene Unternehmen	5.405	3.685	2.656	1.720
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	4.997	19.554	4.722	-14.557
9	Ergebnis nach Steuern	39.104	115.068	41.864	-75.965
10	Sonstige Steuern	81	216	309	-135
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	39.023	114.852	41.555	-75.830
12	Gutschrift auf Verlustsonderkonten der	0	0	0	
13	Gutschriften auf Gesellschafterkonten	39.023	114.852	41.555	-75.830
14	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

Veranstaltergemeinschaft für den lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V. - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	374.478	364.979	350.302	9.499
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.244	925	105	320
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	100.025	93.572	104.998	6.452
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	100.025	93.572	104.998	6.452
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	257.120	257.156	230.649	-36
	a) Löhne und Gehälter	212.433	213.862	191.890	-1.429
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	44.688	43.294	38.759	1.394
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.534	14.050	13.397	3.484
6	Ergebnis nach Steuern	1.043	1.125	1.363	-82
7	Sonstige Steuern	1.043	1.125	1.363	-82
8	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„I. Grundlagen des Unternehmens

Bei der Gesellschaft Radio Euskirchen GmbH & Co. KG handelt es sich um eine sogenannte Betriebsgesellschaft im Sinne des Landesrundfunkgesetzes NRW. Die Betriebsgesellschaft ist eine der beiden Säulen im lokalen Rundfunkmodell NRW. Daneben gibt es als zweite Säule die sogenannte Veranstaltergemeinschaft, ein e.V., der Inhaber der Sendelizenz und verantwortlich für die journalistischen Inhalte ist. Die Betriebsgesellschaft trägt die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, insbesondere die Personalkosten der Redaktion und erhält im Gegenzug im Rahmen eines tauschähnlichen Vorgangs das Vermarktungsrecht für zweimal 5 Minuten Sendezeit je Stunde. Mit der Vermarktung der 5-minütigen Werbezeiten hat die Betriebsgesellschaft für das lokale Werbefenster die HSG Hörfunk Service GmbH, Köln, beauftragt. Das 5-minütige nationale Werbefenster wird vom Mantelprogrammzulieferer Radio NRW GmbH über die RMS Radio Marketing Service GmbH, Hamburg, vermarktet. Neben der Vermarktung der Werbezeiten ist die Betriebsgesellschaft für die Bereitstellung der Sende- und Übertragungstechnik, das Marketing und allgemeine Verwaltungsaufgaben verantwortlich. Auch für diese Aufgaben hat die Betriebsgesellschaft einen Dienstleistungsvertrag mit der HSG Hörfunk Service GmbH geschlossen.

II. Wirtschaftsbericht

a. Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland verzeichnet im Jahr 2018 insgesamt einen Rückgang von -0,4 %. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzplus von 0,4 % aus. TV-Werbeerlöse steigen zum Vorjahr um 1,1%. Die Internetwerbeumsätze sinken zum Vorjahr um -6,9 %. Die Gattung Radio erzielte 2018 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzwachstum von + 2,0 %. Die Betriebsgesellschaft Radio Euskirchen

schließt das Geschäftsjahr 2018 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 39 ab. Damit wird das Ergebnis des Vorjahres von TEUR 115 um TEUR 76 unterschritten (-66,0 %). Geplant waren TEUR 159. Die Umsatzerlöse sind in Summe um TEUR 145 (-15,1 %) auf TEUR 813 gesunken. Hiervon entfallen TEUR 487 (TEUR -134 bzw. -21,5 % zum Vorjahr) auf die lokalen und regionalen sowie nationalen Werbeumsätze und TEUR 314 (TEUR -5 bzw. -1,7 % zum Vorjahr) auf die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen liegen mit TEUR 773 um -1,9 % (TEUR -15) niedriger als im Vorjahr. Die Kosten der Veranstaltergemeinschaft stiegen um TEUR 9 (+2,6%). Die Umlage der HSG Hörfunk Service GmbH sank erneut deutlich um TEUR 23 auf TEUR 139 (-14,3 %).

b. Liquidität und Finanzstruktur

Neben dem Kommanditkapital von TEUR 511 bestehen weitere Kapitalrücklagen von TEUR 489. Damit weist die Gesellschaft zum 31.12.2018 ein Eigenkapital von TEUR 1.000 aus. Die Gesellschaft verfügt über ausreichend liquide Mittel.

III. Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2019 plant die Gesellschaft einen Jahresüberschuss von TEUR 39. Die lokalen und regionalen Werbeumsätze sind in der Planung mit TEUR 470 enthalten. Die Vertriebsprovisionen von Radio NRW sind mit TEUR 329 im Plan enthalten.

IV. Chancen und Risiken

Die Ergebnisse des Senders sind stark abhängig zum einen von den erzielten Werbeerlösen und zum anderen von den Hörer-Reichweiten als Grundlage der Vertriebsprovision von Radio NRW. Über die Jahre sind die Werbeerlöse, die direkt für die Sender akquiriert werden, relativ stabil. Umsatzrückgänge bei regionalem Großhandel und im nationalen Geschäft konnten durch höhere lokale Erlöse aufgefangen werden. Die für die Auszahlung der Vertriebsprovision anzusetzende Hörer-Reichweite aus den E.M.A.-Messungen im März und Juli eines Jahres können schwanken und zu Erlösrissen führen. Über die Jahre hinweg sind jedoch größere Schwankungen eher die Ausnahme. Für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 sieht die Geschäftsführung keine besonderen Risiken, die die Gesellschaft außerordentlich gefährden.

Euskirchen, 22. März 2019

Geschäftsführung“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	0	0	0	kein eigenes Personal

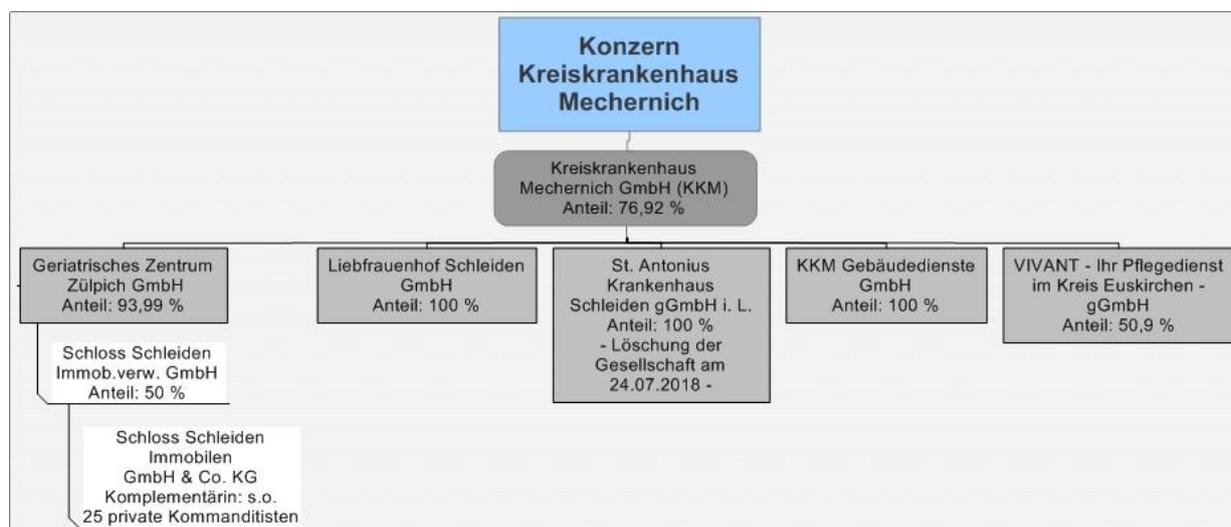
H) Kennzahlen

./.

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kkhm.de/>



6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) und Konzern

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

Mit Erklärung vom 13.06.2019 hat die Geschäftsführung bestätigt, dass die Betätigung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich im Geschäftsjahr 2018 den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und somit der öffentlichen Zwecksetzung entsprochen hat.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500 €	23,08 %
Summe	665.000 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Lt. Gesellschaftsvertrag sind die Gesellschafter nicht verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

a) Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)

b) Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)

c) Geschäftsführung

1. Günter Rosenke	Landrat
2. Rita Gerdemann	CDU
3. Rudi Mießeler	CDU
4. Hans-Peter Wasems (Stimmführer)	CDU
5. Leo Wolter	CDU
6. Heinrich Hettmer	SPD
7. Hans Schmitz (stv. Stimmführer)	SPD
8. Dr. Manfred Wolter	skB/FDP
9. Nathalie Konias	B 90/Grüne
10. Dr. Klaus-Peter Jeck	skB/fraktionslos

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Ordentliche Mitglieder

		<u>Aufwandsentschädigung 2018</u>
1. Günter Rosenke	Landrat	1.200 €
2. Josef Reidt (Vorsitzender)	CDU	2.400 €
3. Günther Schulz	CDU	1.200 €
4. Ute Stolz	CDU	1.200 €
5. Karl Vermöhlen	SPD	1.200 €
6. Wolfgang Heller	SPD	1.200 €
7. Hans Reiff	FDP	1.200 €
8. Nathalie Konias	B 90/Grüne	1.200 €

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung)

		<u>Aufwandsentschädigung 2018</u>
1. Manfred Poth	AV	0 €
2. Dirk Jahr	CDU	0 €
3. Ursula Beul	CDU	0 €
4. Dr. Sabine Dirhold	CDU	0 €
5. Heinrich Hettmer	SPD	0 €
6. Andreas Schulte	SPD	0 €
7. Frederik Schorn	FDP	0 €
8. Angela Kalnins	B 90/Grüne	0 €

c) Geschäftsführung

Mitglieder der Geschäftsführung

	<u>Bezüge 2018</u>
Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik	233,8 T€
Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen	225,0 T€

Aufgrund der Geschäftsordnung für die Zweiergeschäftsführung nimmt der Geschäftsführer „Finanzen“ die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	175.015	189.715	268.754	-14.700
Sachanlagen	53.384.218	52.951.473	51.130.118	432.745
Finanzanlagen	5.625.805	5.655.805	5.680.805	-30.000
	59.185.038	58.796.993	57.079.677	388.045
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.866.437	2.193.542	2.344.932	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	24.623.483	20.336.192	15.831.544	4.287.291
Liquide Mittel	9.105.383	10.076.653	10.446.094	-971.270
	36.595.303	32.606.388	28.622.570	3.988.916
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	157.473	68.999	39.541	88.474
Summe Aktiva	99.427.888	94.962.453	89.231.863	4.465.434
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.304.594	4.304.594	4.304.594	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	19.955.493	18.830.699	17.746.154	1.124.794
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	620.146	1.124.794	1.084.545	-504.648
	29.327.929	28.707.783	27.582.989	620.146
B Sonderposten	19.462.364	18.714.969	19.272.451	747.395
C Rückstellungen	16.867.494	15.732.390	13.614.590	1.135.104
D Verbindlichkeiten	32.805.977	30.816.224	28.060.125	1.989.752
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	577.831	639.174	700.517	-61.343
F Rechnungsabgrenzungsposten	386.294	351.913	1.190	34.381
Summe Passiva	99.427.888	94.962.453	89.231.863	4.465.434
Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	210.332	273.952	379.380	-63.620
Sachanlagen	70.002.401	69.121.106	68.095.509	881.295
Finanzanlagen	18.805	18.805	18.805	0
	70.231.538	69.413.862	68.493.695	817.675
B Umlaufvermögen				
Vorräte	2.911.844	2.240.719	2.816.504	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	25.603.235	21.441.406	16.815.075	4.161.830
Liquide Mittel	11.527.433	13.994.649	11.474.018	-2.467.216
	40.042.512	37.676.774	31.105.597	2.365.739
C Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490.074	3.490.074	3.490.074	0
D Rechnungsabgrenzungsposten	499.271	402.726	422.826	96.545
Summe Aktiva	114.263.395	110.983.436	103.512.192	3.279.959
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	665.000	665.000	665.000	0
Kapitalrücklage	3.782.696	3.782.696	3.782.696	0
Gewinnrücklagen	4.305.451	4.305.451	4.305.451	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	22.077.413	20.633.758	19.157.959	1.443.655
Unterschiedsbetrag aus Kapitalkonsolidierung	476.867	1.501.518	1.501.518	-1.024.650
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.743.148	1.563.531	1.383.526	179.618
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.055.728	1.443.655	1.475.799	612.073
	35.106.303	33.895.608	32.271.948	1.210.695
B Sonderposten	19.464.021	18.716.860	19.274.576	747.161
C Rückstellungen	18.564.152	17.347.976	14.984.407	1.216.176
D Verbindlichkeiten	40.049.378	39.900.378	36.143.752	149.000
E Ausgleichsposten aus Darlehensförderung	577.831	639.174	700.517	-61.343
F Rechnungsabgrenzungsposten	501.710	483.441	136.991	18.269
Summe Passiva	114.263.395	110.983.436	103.512.192	3.279.959

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	98.320.010	95.321.062	92.450.115	2.998.948
2	Bestandsveränderungen	474.500	-399.900	203.449	874.400
3	Sonstige betriebliche Erträge	4.356.190	4.856.913	5.229.630	-500.723
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	23.508.554	23.744.654	23.672.063	-236.100
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	12.103.370	11.821.112	11.340.009	282.258
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.405.184	11.923.542	12.332.054	-518.358
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	63.628.558	61.576.036	58.604.604	2.052.521
	a) Löhne und Gehälter	51.384.289	49.935.594	47.651.095	1.448.695
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	12.244.268	11.640.442	10.953.509	603.826
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.609.123	3.741.635	2.456.869	-1.132.512
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.643.035	3.580.434	3.588.845	-937.398
8	Erträge aus Auflösung des Ausgleichspostens für Darlehensförderung	61.343	61.343	61.343	
9	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.758.949	3.884.121	2.636.812	-1.125.173
10	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	207.211	215.742	238.771	-8.531
11	Abschreibungen	4.651.211	5.479.970	5.400.468	-828.759
12	Sonstige betriebliche Aufwendungen	12.588.682	10.615.729	12.045.869	1.972.953
13	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.926	23.062	239.322	-8.136
	davon aus verbundenen Unternehmen	4	855	9.788	-852
14	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	469.490	483.104	498.418	-13.614
15	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16.585	30.414	17.962	-13.828
16	Ergebnis nach Steuern	649.887	1.154.778	1.114.604	-504.891
17	Sonstige Steuern	29.741	29.985	30.059	-243
18	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	620.146	1.124.794	1.084.545	-504.648

Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	117.569.881	115.430.291	111.818.927	2.139.589,63
2	Bestandsveränderungen	474.500	-399.900	203.449	874.400,00
3	Sonstige betriebliche Erträge	7.191.646	4.690.330	5.531.637	2.501.315,88
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	24.745.066	25.061.554	24.898.583	-316.487,29
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	13.261.213	12.981.904	12.710.010	279.309,30
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	11.483.853	12.079.650	12.188.573	-595.796,59
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	78.648.889	75.668.959	72.213.074	2.979.930,22
	a) Löhne und Gehälter	63.417.202	61.403.366	58.685.213	2.013.835,25
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	15.231.687	14.265.592	13.527.862	966.094,97
6	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen nach KHG	2.609.123	3.741.635	2.456.869	-1.132.512,15
7	Erträge aus Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.704.612	3.642.011	3.650.422	-937.398,39
8	Aufwendungen aus Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach KHG	2.758.949	3.884.121	2.636.812	-1.125.172,56
9	Aufwendungen für die nach KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	207.211	215.742	238.771	-8.530,79
10	Abschreibungen	5.297.886	6.154.435	6.149.462	-856.548,38
11	Sonstige betriebliche Aufwendungen	15.795.921	13.590.265	15.064.931	2.205.656,19
12	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.471	28.112	260.286	-12.640,94
13	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	796.043	845.520	897.201	-49.476,65
14	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	33.684	41.869	81.149	-8.184,81
15	Ergebnis nach Steuern	2.281.582	1.670.014	1.741.607	611.568,10
16	Sonstige Steuern	46.236	46.354	95.894	-117,98
17	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	2.235.346	1.623.660	1.645.712	611.686,08
18	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-179.618	-180.005	-169.913	386,83
19	Konzerngewinn	2.055.728	1.443.655	1.475.799	611.299,25

Lagebericht des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2018

„1. Grundlagen des Unternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns

Zweck der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Die Unternehmen des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind gemeinnützig tätig.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Mutterunternehmen des gleichnamigen Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit den im Folgenden dargestellten Konzerngesellschaften. Gesellschafter der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind der Kreis Euskirchen (76,9 %) und die Stadt Zülpich (23,1 %). Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist zugleich Trägergesellschaft der Krankenhäuser Mechernich und Schleiden, die im Jahr 2018 durchgängig mit 523 Betten/Plätzen im Krankenhausplan des Landes Nordrhein-Westfalen geführt wurden. In Trägerschaft der Muttergesellschaft befinden sich zudem das Sozialpädiatrische Zentrum Mechernich, der Ambulante Kinderpflegedienst 'Eifelkids' und die Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, mit 75 Ausbildungsplätzen.

An folgenden Konzerngesellschaften hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH Anteile:

An der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist sie mit einem Anteil von 93,99 % am Stammkapital beteiligt; dies entspricht einem Betrag von 5.361 TEUR. Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatriischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülpich) an. Zudem betreibt die Gesellschaft das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Chirurgie, Orthopädie und Gynäkologie.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH, deren Stammkapital 27,6 TEUR beträgt. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt. Bezüglich der mittelbaren Beteiligung in Höhe von 50 % wurde das Wahlrecht des § 310 HGB (quotale Einbeziehung) nicht ausgeübt. Auf die Einbeziehung nach der Equity-Methode wurde wegen der untergeordneten Bedeutung der Gesellschaft für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns gemäß § 311 Abs. 2 HGB verzichtet.

An der ursprünglich mit dem Familienpflege der Franziskuswestern e. V., Essen, gegründeten Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit dem 1. Januar 2015 100 % des Stammkapitals in Höhe von 100 TEUR. Die Liebfrauenhof Schleiden GmbH betreibt zwei Altenpflegeheime, den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatriischen Zentrums in Zülpich mit 61 Plätzen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von 25,05 TEUR hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 50,9 % (12,75 TEUR). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile von jeweils 6,15 TEUR. Die VIVANT gGmbH betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Schleiden sowie Tagespflegeeinrichtungen in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich und zum Liebfrauenhof in Schleiden sowie auf dem Gelände des Geriatriischen Zentrums in Zülpich. Gegenstand der KKM Gebäudedienste GmbH, als 100 %iger Tochtergesellschaft mit einem Stammkapital von 25 TEUR, ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

Die Liquidation der St. Antonius-Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L., die nach Übertragung des Krankenhauses Schleiden zum 01.01.2016 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH lediglich als GmbH-Hülle ohne Geschäftsbetrieb verblieb, wurde Mitte 2018 abgeschlossen.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die weltwirtschaftlichen Risiken sind nach Einschätzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung derzeit sehr hoch. Neben dem weiterhin unsicheren Ausgang der Brexitverhandlungen trügen dazu insbesondere die ungelösten Handelskonflikte zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und China bei. Anlässlich einer bereits nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik besäße eine Spirale aus protektionistischen Maßnahmen das Potenzial, die deutsche Wirtschaft in eine Rezession abgleiten zu lassen. Aufgrund einer robusten Binnenkonjunktur sei dies aktuell zwar nicht zu erwarten, der Sachverständigenrat hat seine Konjunkturprognosen - vor dem Hintergrund nachfrageseitig deutlich schwächerer Exportnachfragen auf wichtigen Absatzmärkten sowie angebots-

seitig erreichter Kapazitätsgrenzen und bestehender Arbeitskräfteengpässe - mit Verlautbarung vom 19. März 2019 allerdings auf Zuwachsraten des realen Bundesinlandsprodukts von 0,8 % für 2019 und 1,7% für 2020 nach unten revidiert.

Für die beitragsfinanzierten Leistungsbereiche der bundesdeutschen Sozialsysteme stellen sich rückläufige Konjunkturerwartungen grundsätzlich problematisch dar, wenn steigenden demografischen und gesellschaftlichen Leistungsanforderungen stagnierende oder real sogar sinkende Beitragsvolumina gegenüberstehen. In der Folge steigt die Gefahr, dass sich der bereits seit Jahrzehnten bestehende Ökonomisierungsdruck mit der Grundproblematik einer sich weiter erhöhenden Arbeitsverdichtung fortsetzt.

Die für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH maßgeblichen Rahmenbedingungen im **Gesundheitssektor** lassen sich für 2018 wie folgt beschreiben:

Die im DRG-System problematische Finanzierungssituation der ca. 1.950 Akutkrankenhäuser in Deutschland hat sich auch im Jahr 2018 nicht verbessert. Weiterhin werden die über die Anstiege der Landesbasisfallwerte hinausgehenden Tarifkostensteigerungen (linear und strukturell) und Personalkostensteigerungen aufgrund zusätzlicher Anforderungen an Qualifikation oder Qualität nicht vollständig refinanziert. Damit werden die Krankenhäuser einem Wirtschaftlichkeitsdruck ausgesetzt, der über zusätzliche Arbeitsverdichtung (Fallzahlanstieg) oder Personalabbau ausgeglichen werden muss. Eine Anforderung, die sich vor dem Hintergrund der auch im Krankenhausbereich zunehmenden Problematik der Fachkräftegewinnung kontraproduktiv darstellt. Des Weiteren ist festzustellen, dass die in bundesdeutschen Krankenhäusern versorgte Zahl der Patienten im Jahr 2017 erstmals nach vielen Jahren rückläufig ist. Die Fallzahl reduzierte sich von 19,532 Mio. in 2016 auf 19,442 Mio. Fälle (-0,5%). Die durchschnittliche Verweildauer lag dabei im Vergleich zum Jahr 2016 unverändert bei 7,3 Tagen, die durchschnittliche Auslastung der Planbetten sank leicht von 77,9 % in 2016 auf 77,8 % in 2017 (Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.)).

Zu den oft schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen kommt ein enormer Investitionsbedarf, der durch die Mittelbereitstellungen der Länder nicht finanziert werden kann. Die Konsequenz ist ein kontinuierlich wachsender Investitionsstau, der durch eigenmittelfinanzierte Investitionen allenfalls abgemildert werden kann.

Problematisch stellt sich auch der Anstieg bürokratischer Anforderungen im Krankenhausbereich dar. Neben stetig steigenden Dokumentationsanforderungen ist dies insbesondere auch an den fortwährend ansteigenden Prüfquoten des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen festzumachen. Zusätzliche Erschwernisse resultieren aus neueren Entscheidungen des Bundessozialgerichtes (BSG) u. a. zur Abrechnung der geriatrischen, frührehabilitativen Komplexbehandlung. Das BSG hat entschieden, dass auf Ebene der Selbstverwaltung einvernehmlich abgestimmte und über Jahre angewandte Abrechnungsregeln rückwirkend abweichend auszulegen sind. Allein für Krankenhäuser im Land Nordrhein-Westfalen sind damit - trotz vereinbarungsgemäßer Leistungserbringung - nun Rückforderungsansprüche der Krankenkassen in Höhe von bis zu 550 Mio. Euro verbunden. Der Bundesgesetzgeber hat vor dem Hintergrund der auch aus seiner Sicht unsachgemäßen BSG-Rechtsprechung Ende 2018 über das Pflegepersonalstärkungsgesetz (PpSG) reagiert, indem zum einen die Verjährungsfristen für Forderungen der Krankenkassen zum Stichtag 09.11.2018 von vier auf zwei Jahr verkürzt wurden und zum anderen das für die Festlegung der OPS-Leistungskodes zuständige Institut (DIMDI) ermächtigt wurde, OPS-Leistungskodes rückwirkend zu ändern. Trotz dieser rechtlichen Änderungen ist die Thematik der Abrechenbarkeit geriatrisch frührehabilitativer Komplexbehandlungen weiterhin nicht geklärt und führte landesweit zu erheblichen Klagewellen.

Zur Bewältigung der dargestellten Herausforderungen fordern die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG e. V.) und die Landeskrankenhausesellschaften mit dem Pakt für eine bedarfsgerechte Krankenhausversorgung einen konstruktiven Dialog unter politischer Federführung der Länder (Krankenhausplanung), damit Versorgungsstrukturen aktiv und verantwortungsvoll weiterentwickelt werden können. Selbstverständlich sind dabei auch Fragen einer Strukturbereinigung zu beachten. Kostenträger und zum Teil auch die Politik fokussieren in ihren Zielsetzungen zur Weiterentwicklung von Krankenhausstrukturen aber oft einseitig und undifferenziert auf den Aspekt des Kapazitätsabbaus. Leider stehen dabei oftmals Initiativen im Mittelpunkt, die auf eine restriktive Regulierung, eine undifferenzierte, medizinisch nicht validierte Ausweitung von Qualitäts- und Strukturanforderungen und auf zusätzliche Restriktionen der Krankenhausfinanzierung abzielen.

Auf die unzureichende Finanzierung von Krankenhausleistungen hat der Bundesgesetzgeber mit dem Pflegepersonalstärkungsgesetz vom 11. Dezember 2018 (PpSG) reagiert, mit dem die Finanzierung von Pflegepersonalkosten für die unmittelbare Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen verbessert werden soll. Dazu sollen die Pflegepersonalkosten ab dem Jahr 2020 aus dem DRG-Budget ausgegliedert und über gesonderte Vergütungen („Pflege-DRGs“) hausindividuell vergütet werden. Für das Jahr 2019 wurde das, für die Jahre 2016 bis 2018 aufgelegte Pflegestellenförderprogramm im Vorgriff auf die neue Pflegepersonalkostenfinanzierung neu ausgerichtet und über das Jahr 2018 hinaus verlängert. In diesem Zusammenhang werden die Rahmenbedingungen der Förderung weiter ausgebaut, indem eine 100%-ige Förderung (bisher 90 %) erfolgt und die bisherige jährliche Förderhöchstgrenze von 0,15 % des Gesamtbudgets nach KHEntgG entfällt. Verbesserungen werden auch im Rah-

men der Finanzierung der Ausbildungsvergütungen erwartet, die zukünftig im ersten Jahr der Ausbildung vollständig refinanziert werden sollen. Die zur Finanzierung von Ausbildungskapazitäten durch den Bundesgesetzgeber vorgesehene Öffnung des Krankenhausstrukturfonds wird in Nordrhein-Westfalen leider nicht zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation beitragen, da die Landesregierung eine Verwendung von Mitteln des Strukturfonds für Ausbildungsstätten in den Jahren 2019 und 2020 durch die Festlegungen von Förderkriterien ausgeschlossen hat. Negativ wird sich die anteilige Streichung des bisher gewährten „Pflegezuschlags“ ab 2020 auswirken, den die Bundesregierung ebenfalls mit dem PpSG als Gegenfinanzierungsmaßnahme vorsieht.

Noch auf Initiative der Vorgänger-Bundesregierung ist mit § 137i SGB V die Rechtsgrundlage zur Schaffung einer Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PpUGV) geschaffen worden. Auf dieser Grundlage sind mit Wirkung ab dem 01.01.2019 Pflegepersonaluntergrenzen für definierte pflegesensitive Bereiche sicherzustellen.

Für den **Altenpflegesektor** ist Folgendes auszuführen:

Im Auftrag der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen hat der Geschäftsbereich Statistik des Landesbetriebs Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW) im Jahr 2015 eine neue Bevölkerungsvorausberechnung für das Land Nordrhein-Westfalen erstellt. Zentrales Ergebnis der Berechnung ist langfristig (bis 2060) ein Rückgang der Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens um rd. eine Million Personen. Zugleich steigt die Zahl der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 20,6% im Jahr 2014 auf 29,4% im Jahr 2040. Für den Kreis Euskirchen stellen sich die Ergebnisse auf regionaler Ebene wie folgt dar: Bei einem leichten Rückgang der Bevölkerungszahl um 2,5% bis zum Jahr 2040 auf dann ca. 183.000 Personen erhöht sich die Zahl der über 65-Jährigen von aktuell 20,3% überproportional auf 33,6% (+65,5%). Absolut gesehen entspricht dies einem Anstieg von 38.000 auf 61.500 Personen im Alter von über 65 Jahren. Aufgrund dieses demografischen Wandels wird die Nachfrage nach Altenpflegeleistungen weiter ansteigen.

Mit der Zielsetzung, die Pflegeversicherung zukunftssicher zu gestalten und die Situation der Pflegebedürftigen und deren Angehörigen zu verbessern, haben sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung Nordrhein-Westfalen in den letzten Jahren verschiedene Gesetze und Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht: Hierzu gehören das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz und das Pflegeneuausrichtungsgesetz, das Wohn- und Teilhabegesetz NRW, das Ende 2015 in Kraft getretene Hospiz- und Palliativgesetz, das seit 2016 gültige Krankenhausstrukturgesetz sowie die Pflegestärkungsgesetze I, II und das ab Januar 2017 gültige Pflegestärkungsgesetz III.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass infolge des demographischen Wandels die genannten Gesetze darauf abzielen, verbesserte Rahmenbedingungen zu schaffen, um pflegebedürftigen Menschen einen möglichst langen Verbleib in ihrem häuslichen Umfeld zu ermöglichen und gleichzeitig die Inanspruchnahme ambulanter und (teil-)stationärer Pflege- und Rehabilitationsleistungen für Menschen im hohen Alter zu verbessern.

Der Deutsche Bundestag hat am 09.11.2018 das Pflegepersonalstärkungsgesetz beschlossen. Das Gesetz sieht zahlreiche Initiativen vor, um Personalengpässe in der Pflege zu verringern und die Versorgung der Alten- und Krankenpflege nachhaltig zu verbessern. In der stationären Altenpflege sollen 13.000 neue Stellen geschaffen und ab dem 01.01.2019 durch einen Personalzuschlag aus dem SGB V über die Krankenkassen refinanziert werden. Dabei ist zusätzliches Pflegepersonal von 0,5 Vollkräften (VK) bei einer Einrichtungsgröße bis zu 40 Plätzen, 1,0 VK bis 80 Plätze, 1,5 VK bis 120 und 2,0 VK über 120 Plätze vorgesehen. Die Personalzuschläge gelten auch für die Kurzzeitpflegeeinrichtungen. Für die Einrichtung in Schleiden resultieren aus dem Pflegepersonalstärkungsgesetz 1,5 VK und für das Brabenderstift in Zülpich 1,0 VK. Des Weiteren umfassen die Reforminhalte die Förderung von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf sowie von digitalen Anwendungen zur Entlastung des Pflegepersonals. Nachteilig wird sich die Umstellung der Investitionskostenrefinanzierung gemäß § 12 Abs. 6 APGDVO-NRW ab 2019 von ursprünglich 95 % Auslastung auf die durchschnittliche Belegung der letzten 3 Jahre auswirken. Für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen Folgendes festzuhalten:

b) Geschäftsverlauf

In der **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** mit den beiden Krankenhausstandorten in Mechernich und Schleiden hat die Zahl der stationären Krankenhausfälle (ohne interne Verlegungsfälle) von 24.242 in 2017 auf 24.199 in 2018 leicht abgenommen (-43,5; -0,2 %). Die durchschnittliche Verweildauer stellt sich mit 6,45 Tagen gegenüber dem Vorjahr unverändert dar. Im Ergebnis liegt auch die Auslastung der insgesamt 523 Planbetten /-plätze mit 82,4 % in 2018 konstant gegenüber 2017 (82,4 %) im Bundesvergleich weiterhin auf einem überdurchschnittlich hohen Niveau dar.

Die Zahl der Case-Mix-Punkte ist von 23.985 Punkten im Jahr 2017 auf 23.350 Punkte im Jahr 2018 stark rückläufig (-2,6 %). Der Case-Mix-Index, d. h. die Fallschwere ist von 0,967 in 2017 auf 0,940 in 2018 zurückgegangen. Neben Veränderungen in der Leistungsstruktur ist dieser Rückgang zu einem bedeutenden Anteil auf steigende MDK-Prüf- und Kürzungsquoten zurückzuführen.

Die Inanspruchnahme der Geriatrischen Rehabilitationsklinik der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** war im Jahr 2018 mit 99,1 % wiederum sehr gut. Die solitäre Kurzzeitpflegeeinrichtung in Zülpich mit 13 Plätzen konnte mit durchschnittlich 10,2 belegten Plätzen das Vorjahresniveau (10,4 Plätze) weitgehend halten.

Die Gesamtbelegung im Barbarahof Mechernich liegt bei 64,8 Plätzen (99,7 %) und ist damit gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Von den darin enthaltenen 22 Pflegeplätzen für Menschen mit geistiger Behinderung waren 22,0 Plätze (100 %) ausgelastet.

Die insgesamt 65 betreuten Seniorenwohnungen waren in 2018 durchschnittlich zu 92,2 % (59,9 Wohnungen) belegt. Damit liegt der Auslastungsgrad um 1,6 %-Punkte unter dem Vorjahreswert (93,8 %).

Die Belegung der von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheimen stellte sich in 2018 wie folgt dar: Die Inanspruchnahme des Liebfrauenhofes in Schleiden (102 Soll-Plätze) lag 2018 bei 102,87 Plätzen und damit um 1,19 Plätze oberhalb des Vorjahresniveaus (101,68 Plätze). Das Brabenderstift in Zülpich war bei 61 Soll-Plätzen im Durchschnitt des Jahres 2018 mit 61,04 Plätzen und damit entsprechend der Vorjahrsbelegung (61,09 Plätze) ausgelastet. Beide Pflegeheime sind weiterhin Vollausgelastet und konnten die den Entgeltkalkulationen zugrunde zu legenden Soll-Auslastungsgrade von 98 % auch im Jahr 2018 weiterhin überschreiten.

Auch der Geschäftsverlauf der **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** war weiterhin positiv: Im Berichtsjahr konnte die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle aller Sozialstationen gegenüber dem Vorjahr stabilisiert werden, allerdings verlor die Sozialstation Weilerswist aufgrund personeller und organisatorischer Gründe 260 Abrechnungsfälle, dagegen konnten alle anderen Sozialstationen, insbesondere am Standort Schleiden (+ 239) ihre Fallzahlen erhöhen. Insgesamt konnten die SGB V-Leistungen um 92 Fälle gesteigert werden, dagegen verlor die Gesellschaft 80 SGB XI-Fälle - vorrangig in Weilerswist (./. 133). Der deutliche Leistungsanstieg in der Sozialstation Schleiden ist - in Fortsetzung der Vorjahresentwicklung - auf die zunehmende Akzeptanz dieser Station bei der Bevölkerung im Schleidener Tal zurückzuführen.

Die Auslastung aller drei Tagespflegeeinrichtungen beträgt im Berichtsjahr 91,8 % (32,1 Plätze) und ist damit gegenüber dem Vorjahr mit 32,2 belegten Plätzen weitgehend unverändert. Die Inanspruchnahme der Tagespflege im Barbarahof lag bei 94,2 % (Vorjahr: 93,6 %), die im Liebfrauenhof Schleiden bei 88,2 % (Vorjahr: -82,4 %) und im Geriatrischen Zentrum Zülpich bei 93,0 % (Vorjahr: 100,0 %). Insgesamt stellt sich der Geschäftsverlauf der Unternehmen im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH weiterhin zufriedenstellend dar.

c) Lage der Gesellschaft **Ertragslage**

Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** hat im Wirtschaftsjahr 2018 ein Jahresergebnis von 620 TEUR erwirtschaftet (Vorjahr: 1.125 TEUR). Maßgeblich ist dies auf den Anstieg der Personalaufwendungen (+3,3 %) zurückzuführen, der die Erhöhung der Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen (2,5 %) im Jahr 2018 deutlich übersteigt. Der Jahresfehlbetrag für das Krankenhaus Schleiden konnte im Vorjahresvergleich (322 TEUR) auf 194 TEUR deutlich reduziert werden und stellt sich damit gegenüber dem für 2018 geplanten Ergebnis (-210 TEUR) leicht verbessert dar. Das Ergebnis für den Krankenhausstandort Mechernich hat gegenüber dem Vorjahr (1.517 TEUR) auf 892 TEUR deutlich abgenommen. Das Planergebnis in Höhe von 1.093 TEUR wurde damit im Jahr 2018 nicht erreicht. In dem Ergebnis sind wie in den Vorjahren Verlustübernahmen für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich (75 TEUR) sowie die Mietreduzierung für den Liebfrauenhof in Schleiden mit 96 TEUR enthalten. Im Jahresergebnis sind Aufwendungen aus der Bildung einer Rückstellung für Rückforderungsrisiken im Zusammenhang mit der Bundessozialgerichtsrechtsprechung in Sachen Geriatrische frührehabilitative Komplexbehandlung in Höhe von 1.148 TEUR enthalten. Dem Aufwand stehen periodenfremde Erträge aus der Auflösung einer in früheren Jahren für die Sanierung der Altbausubstanz des Zentral-OP im Krankenhaus Mechernich gebildeten Instandhaltungsrückstellung in Höhe von 1.200 TEUR gegenüber.

Unter Berücksichtigung der Abschreibungsaufwendungen aus eigenmittelfinanzierten Investitionen beträgt der Liquiditätsgewinn der Gesellschaft 2.835 TEUR. Vor diesem Hintergrund ist die Ertragslage der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH weiterhin als positiv zu bezeichnen.

Für die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wurde im Geschäftsjahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 141,1 TEUR nach einem Vorjahresgewinn von 265,4 TEUR erwirtschaftet. Positive Jahresergebnisse konnten in den Leistungsbereichen Rehabilitation, Betreutes Altenwohnen und Vermietungen erreicht werden. Aus dem Betrieb des Altenpflegeheims Barbarahof resultierte im Geschäftsjahr 2018 ein Jahresfehlbetrag (./. 23,3 TEUR). Auch im Medizinischen Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich ergab sich - wie im Vorjahr - ein Verlust (./. 234,6 TEUR), der wie im Vorjahr mit 75 TEUR durch Zuschüsse der Konzernmutter abgemildert wurde.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde in der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ein Jahresüberschuss von 62 TEUR im Vergleich zu 76 TEUR im Vorjahr erwirtschaftet. Davon entfällt auf das Brabenderstift in Zülpich ein Fehlbetrag von 15 TEUR (Vorjahr: 40 TEUR) und auf die Altenpflegeeinrichtung im und am Schloss Schleiden ein Überschuss von 77 TEUR (Vorjahr + 116 TEUR). Zu der Verschlechterung des Jahresergebnisses um 14 TEUR trug insbesondere die negative Entwicklung im Liebfrauenhof Schlei-

den, sowohl im Leistungsbereich mit einer Verlusterhöhung von 140 TEUR im Vorjahr auf 213 TEUR wie auch im Investitionsbereich mit einer Überschussreduzierung um 18 TEUR auf 157 TEUR in 2018 bei. Ursächlich für den Überschuss im Liebfrauenhof in Schleiden ist - wie bereits in den Vorjahren - wiederum ein positives Ergebnis im Investitionskostenbereich, das insbesondere aus der Gewährung einer 12,5 %-igen Mietreduzierung durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH resultiert. Diese Mietreduzierung ist mit einem jährlichen Entlastungsbetrag von 96 TEUR verbunden und wird durch die Alleingesellschafterin Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zum Ausgleich resultierender Unterdeckungen im Leistungsbereich aus der Umsetzung des so genannten Präsenzkraftekonzeptes gewährt.

Die **VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** konnte im Geschäftsjahr 2018 wiederum einen Jahresüberschuss erwirtschaften. Er beträgt 348,5 TEUR nach 334,0 TEUR im Vorjahr. Die Prognose für das Jahr 2018 (Jahresüberschuss von 254,3 TEUR) wurde insbesondere aufgrund eines unerwartet hohen Anstiegs der Leistungen und damit einer Ertragssteigerung von 286 TEUR gegenüber der Wirtschaftsplanung übertroffen. Alle Sozialstationen erzielten positive Jahresergebnisse; dabei konnten die Standorte Mechernich, Weilerswist und Schleiden ihre Ergebnisse gegenüber dem Vorjahr verbessern. Auch die Tagespflegeeinrichtungen erzielten - bis auf die Einrichtung in Schleiden (./ 0,6 TEUR) - positive Jahresergebnisse und konnten insgesamt einen Überschuss von 35,3 TEUR erwirtschaften, der aber gegenüber dem Vorjahr mit 45,6 TEUR leicht rückläufig war.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** wurde unter Berücksichtigung der vorstehenden Ergebnisse ein Konzerngewinn in Höhe von 2.056 TEUR nach 1.444 TEUR in 2017 erwirtschaftet. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2018 Gewinnanteile in Höhe von 180 TEUR (Vorjahr: 180 TEUR) zugewiesen. Der Anstieg des Konzerngewinnes ist mit 1.024 TEUR auf die Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags aus der Entkonsolidierung der St. Antonius Schleiden gGmbH i. L. zurückzuführen. Unter Herausrechnung dieses Einmaleffektes betrug der Konzerngewinn 1.031 TEUR, der damit - insbesondere infolge des Rückganges des Jahresüberschusses der Konzernmuttergesellschaft - gegenüber dem Vorjahr um 413 TEUR rückläufig war.

Insgesamt konnte das prognostizierte Konzernergebnis im Geschäftsjahr 2018 aber dennoch leicht überschritten werden. Die Summe aus der Gesamtleistung des Konzerns und der sonstigen betrieblichen Erträge - ohne Auflösung des passiven Unterschiedsbetrags - konnte um 4,5 Mio. Euro (+3,8%) auf 124,2 Mio. Euro gesteigert werden. Der Gesamtanstieg entfällt dabei im Wesentlichen auf die Leistungsbereiche Altenpflege, Altenwohnungen und Geriatrische Rehabilitation (+625 TEUR; +2,9%) und die Erlöse aus Krankenhausleistungen (+2.541 TEUR; +2,9%) sowie aus einer Zunahme der Erlöse aus Bestandveränderungen (+875 TEUR), die hauptsächlich aus einer Zunahme des Bestandes an teilfertigen Leistungen (aus DRG-Fallpauschalen) resultiert.

Analog zur Entwicklung der Gesamtleistung erhöhten sich die Personalkosten um 3,9% (2.980 TEUR) auf 78.649 TEUR. Damit entsprechen die Personalkosten einem Anteil von 64,5 % der Gesamtleistung. Neben tariflichen Kostensteigerungen wirkten sich hier insbesondere auch leistungsbezogene Erhöhungen der Mitarbeiterzahl aus. In den Krankenhäusern konnten tarifliche Personalkostensteigerungen wiederum nicht über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen vollständig refinanziert werden.

Insgesamt ist das Konzernergebnis mit Steuern in Höhe von 80 TEUR (Vj. 88 TEUR) belastet.

Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert. Das Eigenkapital erhöhte sich insgesamt um 1.211 TEUR (+ 3,6 %) auf 35.106 TEUR. Von dem Gesamtanstieg entfällt ein Betrag in Höhe von 1.031 TEUR auf den Konzerngewinn und ein Betrag von 180 TEUR auf fremden Gesellschaftern zugewiesene Gewinnanteile. Vom Konzerneigenkapital entfällt weiterhin der überwiegende Anteil mit 29.328 TEUR (83,5 %) auf die Konzernmutter. Die Konzern-Eigenkapitalquote stellt sich mit 30,7% trotz der Erhöhung des Eigenkapitals um 3,6 % infolge einer zum Bilanzstichtag 2018 verlängerten Bilanz nur leicht oberhalb der Quote per 31.12.2017 (30,5 %) dar. Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich um 3.280 TEUR (+ 3,0 %) von 110.983 TEUR auf 114.263 TEUR. Auf der Aktivseite ist die Erhöhung durch den Anstieg des Anlagevermögens um 818 TEUR, die Zunahme von Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um 4.162 TEUR auf 25.603 sowie des Vorratsvermögen um 671 TEUR auf 2.912 TEUR bedingt, denen die Abnahme des Finanzmittelfonds um 2.468 TEUR von 13.995 TEUR auf 11.527 TEUR gegenübersteht. Auf der Passivseite sind neben dem gestiegenen Eigenkapital (1.211 TEUR) insbesondere die Zunahme der Rückstellungen (+1.216 TEUR), der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (+1.396 TEUR) sowie der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (747 TEUR) zu nennen.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde in der Muttergesellschaft ein Darlehen in Höhe von 3.750 TEUR für die Sanierung und den Umbau der zentralen OP-Einheit in Mechernich aufgenommen. Planmäßige Darlehenstilgungen im Konzern erfolgten in Höhe von 2.354 TEUR. Zum Anstieg der Rückstellungen führten insbesondere die Zunahmen der Rückstellung zur Abgrenzung von Abrechnungsrisiken (+1.466 TEUR) sowie aus der Zunahme von Verpflichtungen gegenüber Mitarbeitern in Höhe von 136 TEUR. Rückläufig waren die Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (-595 TEUR).

Der Finanzmittelbestand des Konzerns betrug zum Bilanzstichtag 11.527 TEUR (31.12.2017: 13.995 TEUR). Der Rückgang (- 2.468 TEUR) resultiert im Wesentlichen aus Mittelabflüssen im Rahmen von Investitionstätigkeiten. Dem Finanzmittelbestand stehen Ausgabeverpflichtungen im Bereich von Baumaßnahmen sowie im Rückstellungsbereich gegenüber. Es bestanden zu jeder Zeit ausreichend finanzielle Mittel, um den Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen. Engpässe für die Zukunft sind nicht ersichtlich. Die Ertrags- und Ergebnissituation und auch die Vermögens- und Finanzlage des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als stabil zu bezeichnen. Die Liquidität der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und des Konzerns war zu jeder Zeit ausreichend und sichergestellt.

Investitionen

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind im Jahre 2018 folgende Baumaßnahmen fertiggestellt, begonnen, weitergeführt sowie beschlossen worden:

- In seiner Sitzung am 30. Juni 2017 hat der Verwaltungsrat der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH die Sanierung und den Umbau der vorhandenen zentralen OP-Einheit mit zukünftig zwei OP-Sälen, einer zentralen Patienteneinschleusung, entsprechenden Lagerräumlichkeiten und der Anbindung an den neuen OP-Trakt beschlossen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 2,5 Mio. EUR, wovon 0,5 Mio. EUR auf die OP-Ausstattung entfallen. Die entsprechenden Umbaumaßnahmen laufen planmäßig; die Inbetriebnahme des zweiten Bauabschnitts soll im Oktober 2019, die des dritten Bauabschnitts im Mai 2020 erfolgen.
- Für das Krankenhaus Schleiden ist bereits im Jahr 2014 beschlossen worden, das Erdgeschoss mit einem Gesamtkostenvolumen von 3,28 Mio. EUR neu zu gestalten. Die Maßnahme wird sich unter Berücksichtigung der Umsetzung der Baumaßnahme im laufenden Betrieb des Krankenhauses über einen Zeitraum von mehreren Jahren erstrecken. Bis Dezember 2018 wurden die Bauabschnitte 1 bis 6 und 9 von insgesamt zehn Bauabschnitten erfolgreich abgeschlossen und in Betrieb genommen. Der Abschluss der Maßnahme ist für das 4. Quartal 2019 vorgesehen.
- Auf der Grundlage entsprechender Verwaltungsratsbeschlüsse wurden die Räumlichkeiten der Zentralen Notaufnahme an beiden Krankenhausstandorten erweitert und zwischenzeitlich in Betrieb genommen. Die Finanzierung musste aus Eigenmitteln realisiert werden, da entsprechende Fördermittel des Landes Nordrhein-Westfalen nicht zur Verfügung stehen.
- Das am Krankenhausstandort Schleiden befindliche, bereits langjährig an die Lebenshilfe H.P.Z GmbH, Bürvenich, vermietete Wohnheim soll in Eigenregie nach den Bedürfnissen der Lebenshilfe und den Vorschriften des Wohn- und Teilhabegesetzes umgebaut und weiterhin langfristig an die Lebenshilfe vermietet werden. Einen entsprechenden Grundsatzbeschluss fasste der Verwaltungsrat in seiner Sitzung am 29.06.2018. Die Bauplanungen laufen in Abstimmung mit der Lebenshilfe und dem Landschaftsverband Rheinland. Da mit dem Umbau eine Reduzierung der Wohnheimplätze von bisher 48 auf 24 Plätze verbunden sein wird, muss die Lebenshilfe vor Umbaubeginn einen Ersatzneubau für 24 Bewohner am Standort Schleiden-Gemünd errichten. Mit dem Beginn der Baumaßnahme am Krankenhausstandort Schleiden wird daher nicht vor dem Jahr 2021 gerechnet.
- Vor dem Hintergrund der langjährig stabilen Vollausslastung der Geriatrischen Rehabilitation und bestehender Wartelisten haben die Gremien der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH und der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Dezember 2016 Beschlüsse zur Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitation um 22 auf 62 Betten gefasst. Die Baukosten inklusive Ausstattung belaufen sich auf 3,47 Mio. EUR. Der Baubeginn erfolgte Mitte 2017, die Inbetriebnahme ist Mitte 2019 vorgesehen.

Personal

In 2018 wurden 1.694 Mitarbeiter in den Diensten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienst, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 71,3 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Diensten.

Im Konzern werden insgesamt 110 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflege, in der Altenpflege und im Rahmen der OTA-Ausbildung (Operations-Technische Assistenz) vorgehalten. Mit der Ausbildung besteht ein wichtiges und effektives Instrument, um dem Fachkräftemangel in den genannten Ausbildungsbereichen entgegen zu wirken.

3. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

a) Risiko- und Chancenbericht

Mit den in Kapitel 2. a) dargestellten branchenbezogenen Risiken sachgerecht umzugehen heißt, die bestehenden Instrumente im Bereich des Qualitäts- und des Risikomanagements für die Krankenhäuser in Mechernich und Schleiden fortzuführen und auszubauen. Unter Berücksichtigung einer weiterhin zunehmenden Leistungsanspruchnahme werden für die Krankenhäuser in Mechernich und in Schleiden keine grundlegenden Risiken gesehen.

Für das Krankenhaus Schleiden wird erwartet, dass sich die zum 01.01.2016 umgesetzte Integration in die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die damit einhergehende Möglichkeiten der Intensivierung der Zusammenarbeit weiterhin positiv auswirken wird.

Da sich die, für die Krankenhausbranche zunehmend kritische Entwicklung einer nicht ausreichenden Fachkräftegewinnung auch für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH problematisch darstellt, ist dieser Entwicklung durch zahlreiche geplante und bereits umgesetzte Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung entgegen zu wirken. Die Maßnahmen beziehen sich auf eine bessere Personalausstattung, den Ausbau monetärer Anreize, die Schaffung von Fort- und Weiterbildungsangeboten und die Verbesserung der Personalbindung durch Maßnahmen im Bereich der Mitarbeiterführung. Soweit Fachkräfte nicht in ausreichender Anzahl bereit stehen, droht die Gefahr von Leistungseinschränkungen, da Versorgungskapazitäten nicht im erforderlichen Umfang zur Verfügung gestellt werden können. Im Bereich des Pflegepersonals drohen bei der Unterschreitung von Pflegepersonaluntergrenzen nach der PpUGV Sanktionen in Form von Vergütungsabschlägen. Finanzielle Belastungen resultieren aus der weiterhin nicht ausreichenden Bereitstellung von Fördermitteln durch das Land NRW nach dem Krankenhausgestaltungsgesetz NRW (KHGG NRW) für bereits in der Vergangenheit durchgeführte Bau- und Investitionsmaßnahmen (Erneuerung der Zentralsterilisation, des OP-Neu- und -umbaus, Schaffung der Räumlichkeiten der Zentralen Notaufnahme) und in der nahen Zukunft dringend durchzuführenden Investitionsmaßnahmen zur Erweiterung der Gesundheits- und Krankenpflegeschule und der Erneuerung der Zentralküche am Krankenhausstandort Mechernich.

Chancen wie Risiken resultieren aus dem Beschluss des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) vom 19. April 2018 zum gestuften System von Notfallstrukturen. Krankenhäuser, die danach als "nicht an der Notfallversorgung teilnehmend" eingestuft werden, müssen Abschläge gegen sich gelten lassen. Die Krankenhäuser, die einer Versorgungsstufe zugeordnet werden, erhalten - gestaffelt nach den Stufen - Zuschläge. Mit dem räumlichen Ausbau der Zentralen Notaufnahmen, der an beiden Krankenhausstandorten umgesetzt wurde, sind gute Voraussetzungen für die Teilnahme / Einstufung der Krankenhäuser Mechernich und Schleiden geschaffen worden. Problematisch stellt sich die Mindestvoraussetzung der Vorhaltung von sechs Intensivbetten am Krankenhausstandort Schleiden dar, da dort nur fünf Betten im Krankenhausplan des Landes NRW genehmigt sind. Zur Umsetzung des sechsten Intensivbettes läuft aktuell ein Krankenhausplanungsverfahren. Sollte dieses Verfahren wider Erwarten nicht bis zum 30. Juni 2019 positiv abgeschlossen werden können, wurde beim Landesgesundheitsministerium NRW ergänzend ein Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung (§ 26 G-BA-Beschluss) gestellt.

Langjährig problematisch stellt sich weiterhin die Entwicklung der MDK-Prüf- und Kürzungsquote dar. Ob diesbezüglich der mit Datum 03.05.2019 durch das Bundesgesundheitsministerium vorgelegte Gesetzentwurf zur Reform des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen (MDK) Abhilfe schaffen kann, bleibt abzuwarten.

Die Änderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen im Altenpflegesektor, insbesondere durch das Pflegestärkungsgesetz II bewirken gesamtwirtschaftlich primär eine stärkere Fokussierung auf ambulante und teilstationäre Leistungsangebote. Dies könnte sich für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH positiv auswirken, während für die Liebfrauenhof Schleiden GmbH und die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH als Träger von vollstationären Altenpflegeeinrichtungen eher Risiken resultieren könnten. Aus der Neuregelung der rechtlichen Grundlagen zur Refinanzierung von Investitionskosten, die durch das ab dem 01.01.2015 geltende Alten- und Pflegegesetz NRW (APG NRW) und die damit verbundene Durchführungsverordnung (APG DVO) vorgegeben ist, resultieren für die Einrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH und der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH aufgrund einer gesetzlich fixierten Übergangsregelung hinsichtlich der Höhe der zu berücksichtigenden Investitionskosten bis zum 31.12.2020 zunächst keine erheblichen Auswirkungen. Für Folgejahre ab dem Jahr 2021 bleibt insbesondere vor dem Hintergrund erwarteter rechtlicher Überprüfungen der Zulässigkeit und Angemessenheit der Übergangsregelungen abzuwarten, welche Änderungen sich hinsichtlich der Refinanzierung von Investitionskosten für die Einrichtungen tatsächlich ergeben werden.

Ergebnisrelevante Nachteile resultieren aus der ab 2017 gem. PSG II geltenden Verpflichtung zur Rückerstattung von Personalkosten infolge nicht besetzter, aber mit den Kostenträgern verhandelter Pflegestellen und aus der Umstellung der Investitionskostenrefinanzierung, der ab 2019 anstatt einer 95%-igen Sollauslastung die durchschnittliche Ist-Auslastung der letzten drei Jahre zugrunde gelegt wird.

Spezielle Risiken können sich durch die weitere Etablierung vorhandener oder neuer Altenpflegeheime und Tagespflegeeinrichtungen, insbesondere in Euskirchen, Hellenthal, Bad Münstereifel, Dahlem und Mechernich ergeben. Durch die Inbetriebnahme zusätzlicher Altenpflegeheime in der Region wird es generell schwieriger, frei werdende Altenpflegeplätze in den Einrichtungen zeitnah wieder zu besetzen. Für die VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH besteht mittel- und langfristig nach wie vor eine nicht zu unterschätzende Konkurrenzsituation zum einen durch andere Pflegedienste im Kreis Euskirchen sowie zum anderen durch privat beschäftigte Mitarbeiter aus den so genannten „Billiglohnländern“, die zu einer Reduzierung der Leistungsanspruchnahme im SGB-XI-Bereich führen können. Wie im Gesundheits- und Krankenhaussektor stellt sich die Findung von Fachkräften auch im Altenpflegesektor zunehmend schwieriger dar.

b) Prognosebericht

An den Krankenhausstandorten Mechernich und Schleiden wurden per 30.04.2019 insgesamt 8.773 stationäre DRG-Fälle erbracht. Damit konnte die DRG-Vorjahresfallzahl (8.489 Fälle) um 284 Fälle (+3,3 %) übertroffen werden. Von den Mehrfällen entfielen dabei 164 Fälle (+2,3%) auf das Krankenhaus Mechernich und 120 Mehrfälle (+8,0%) auf das Krankenhaus Schleiden. Die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** geht auf der Grundlage der Leistungsentwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2019 sowie der darauf zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2019 davon aus, dass auch im Jahre 2019 zumindest der im Wirtschaftsplan ausgewiesene Jahresüberschuss (336 TEUR) erreicht werden kann. Die gegenüber den Vorjahren pessimistische Ergebniserwartung resultiert trotz weiterhin leicht steigenden Fallzahlen insbesondere aus einer erwarteten, erheblichen Unterfinanzierung von tariflichen Personalkostensteigerungen durch den Anstieg des Landesbasisfallwertes 2019 um lediglich 2,6 %.

Für die weiteren Konzernunternehmen ist Folgendes festzuhalten:

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wird maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen geprägt. In den ersten vier Monaten 2019 konnte in der Geriatrischen Rehabilitation das hohe Vorjahresbelegungslevel mit ca. 99 % beibehalten werden. In der Kurzzeitpflege stellte sich die Inanspruchnahme mit durchschnittlich 9,9 Plätzen unter der Belegung im Vorjahreszeitraum (ca. 10,8 Plätze) dar. Im Barbarahof lag die Auslastung bei durchschnittlich 64,3 Plätzen (98,9 %) und damit um 1,2 Plätze unter der Belegung in 2018.

Trotz der per April 2019 erreichten guten Belegungsentwicklung wird für das Geschäftsjahr 2019 insgesamt mit einem Verlust von ca. 90 TEUR gerechnet. Bei weiterhin negativen Ergebniserwartungen aus dem Betrieb des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich resultiert der erwartete Ergebnisrückgang zum einen aus Ergebnisverschlechterungen für den Barbarahof Mechernich, die insbesondere aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der Umstellung der Investitionskostenrefinanzierung sowie aus Rückzahlungsverpflichtungen nach dem PSG II im Personalkostenbereich folgen. Zum anderen tragen Anlaufverluste nach Inbetriebnahme der Erweiterung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik zu abnehmenden Ergebniserwartungen bei.

Die wirtschaftliche Entwicklung der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** ist maßgeblich von der Belegungsentwicklung in den Einrichtungen abhängig. Diese stellt sich in den ersten beiden Monaten des Jahres 2019 gegenüber dem Vorjahresstand zwar leicht verschlechtert dar. Beide Einrichtungen sind mit 99,6 % bzw. 99,0 % aber weiterhin voll ausgelastet.

Für den langfristigen Erfolg der Einrichtungen ist es vor dem Hintergrund der beschriebenen Rahmenbedingungen von besonderer Bedeutung, die hohe Leistungsqualität beizubehalten. Neben zahlreichen Maßnahmen im Bereich des einrichtungsbezogenen Qualitätsmanagements ist es dazu erforderlich, dass so genannte Präsenzkraftkonzepte weiterhin aufrecht zu erhalten, obwohl keine ausreichende Finanzierung der Leistungen über die Entgelte möglich ist.

Trotz der erreichten Vollauslastungsgrade der Altenpflegeeinrichtungen der Liebfrauenhof Schleiden GmbH wird für 2019 ein Verlust von 79 TEUR erwartet, der mit 59 TEUR auf den Liebfrauenhof in Schleiden und mit 20 TEUR auf das Brabenderstift in Zülpich entfällt. Maßgeblich hierfür sind insbesondere die nachteiligen Wirkungen durch die Umstellung der Investitionskostenfinanzierung sowie die aufgrund etwaiger Rückzahlungsverpflichtungen aus dem PSG II resultierende Personalkostenunterdeckung.

Für die **Vivant - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** ist durch die zu erwartende steigende Nachfrage nach qualifizierten Pflege- und Betreuungsleistungen - bedingt durch die demographische Entwicklung und die unter 2.a) dargestellten gesetzlichen Rahmenbedingungen - bei gegebener hoher Leistungsqualität weiterhin ein positiver Rahmen für eine gute Entwicklung der VIVANT gGmbH sowohl im Bereich der ambulanten Pflege als auch der Tagespflege gegeben.

Während für die Sozialstationen Zülpich, Mechernich und Schleiden für das Jahr 2019 Überschüsse prognostiziert werden, wird für die Sozialstation Weilerswist aufgrund organisatorischer Umstellungen ein leichter Verlust erwartet. Die Entwicklung der Tagespflegeeinrichtungen wird - mit Einschränkungen für den Standort Mechernich - für 2019 insgesamt positiv gesehen, so dass im gesamten Leistungsbebereich mit einem Jahresüberschuss geplant wird.

Insbesondere vor dem Hintergrund der guten Inanspruchnahme der bereits langjährig etablierten Sozialstationen ist insgesamt davon auszugehen, dass die VIVANT gGmbH auch in 2019 ein positives Jahresergebnis - geplant in der Größenordnung von ca. 194 TEUR - erreichen wird. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sowohl für das Mutterunternehmen Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH als auch für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** im Jahr 2019 weiterhin positive Ergebnisse erwartet werden, die Ergebniserwartung sich insgesamt aber mit deutlich abnehmender Tendenz darstellt.

Vor dem Hintergrund der zum Zeitpunkt der Wirtschaftsplanerstellung und auch aktuell nur unvollständig vorliegender Informationen ist für das Mutterunternehmen zudem darauf hinzuweisen, dass in dem für 2019 dargestellten Ergebnis weder die aus dem Pflegepersonalstärkungsgesetz erwarteten positiven Auswirkungen der erweiterten Refinanzierung von Personalkosten noch die möglichen negativen Konsequenzen aus der Umsetzung der Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung enthalten sind. Auch

mögliche Ergebniswirkungen aus Vergütungszu- oder abschlügen aufgrund der Regelungen zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Abs. 4 SGB V sind in der Ergebnisplanung nicht berücksichtigt. In Abhängigkeit von den tatsächlichen Entwicklungen im Jahr 2019 können daher für das Mutterunternehmen und damit auch für den Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH von der Planung abweichende, ggf. auch erheblich negativere Ergebnisse resultieren.

Mechernich, 31. Mai 2019
gez. Hermann Gemke
Geschäftsführer

gez. Manfred Herrmann
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
KKM GmbH	1.155	1.125	1.099	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
KKM Konzern	1.694	1.659	1.630	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Planbetten / -plätze	523	523	523	
davon:				
vollstationäre Betten	513	513	513	
Tagesklinik Geriatrie	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	24.846	24.795	24.437	inkl. Jahresüberliegerfälle und Asylbewerber
Casemixpunkte	23.350	23.985	24.366	Bewertungsrelationspunkte (BWR), inkl. Asylbewerber
Casemixindex	0,940	0,967	0,997	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	82,40 %	82,40 %	85,30 %	bezogen auf vollstationäre Betten
Ø Verweildauer in Tagen	6,45	6,45	6,76	bezogen auf vollstationäre Betten

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Die nachstehenden Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

6.2.1 Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000 €	6,01 %
Summe	5.704.000 €	100,00 %

Beteiligungsgesellschaften der Geriatrischen Zentrum Zülpich GmbH:

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH	13.804,87 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,89 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
21 private Kommanditisten, insgesamt:	1.348.413,50 €	100,00 %
Summe	1.348.413,50 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2018

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Beirats durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführung der KKM GmbH vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Aufgrund der Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ nimmt Herr Gemke die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.818	44.295	97.079	-37.477
Sachanlagen	16.577.122	16.121.369	16.194.326	455.753
Finanzanlagen	13.805	13.805	13.805	0
	16.597.745	16.179.469	16.305.210	418.276
B Umlaufvermögen				
Vorräte	30.000	30.000	37.716	0
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	585.445	676.045	586.685	-90.600
Liquide Mittel	1.444.991	2.592.079	115.981	-1.147.088
	2.060.437	3.298.124	740.383	-1.237.688
C Rechnungsabgrenzungsposten	273.770	323.455	370.917	-49.685
Summe Aktiva	18.931.952	19.801.048	17.416.510	-869.097
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	5.704.000	5.704.000	5.704.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.172.000	906.572	890.703	265.428
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	141.121	265.428	15.868	-124.307
	7.017.121	6.876.000	6.610.572	141.121
B Rückstellungen	653.285	564.656	377.302	88.629
C Verbindlichkeiten	11.159.314	12.247.788	10.308.322	-1.088.474
D Rechnungsabgrenzungsposten	102.232	112.604	120.314	-10.372
Summe Passiva	18.931.952	19.801.048	17.416.510	-869.097

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	10.829.584	10.686.861	10.253.135	142.723
2	Sonstige betriebliche Erträge	146.424	65.967	21.565	80.456
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.324.781	2.270.076	2.249.090	54.705
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	751.311	743.218	713.615	8.094
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.573.470	1.526.859	1.535.475	46.611
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.355.175	5.048.007	4.830.102	307.169
a)	Löhne und Gehälter	4.265.338	3.958.088	3.803.845	307.251
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.089.837	1.089.919	1.026.256	-82
5	Abschreibungen	621.654	652.779	676.952	-31.125
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.164.407	2.097.471	2.086.166	66.936
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	45	843	305	-798
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	163	0	-163
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	356.104	407.099	421.816	-50.995
	davon an verbundene Unternehmen	38.770	38.299	39.820	471
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-16.500	
10	Ergebnis nach Steuern	153.931	278.239	27.379	-124.307
11	Sonstige Steuern	12.811	12.811	11.511	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	141.121	265.428	15.868	-124.307

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.937	49.591	48.234	346
Liquide Mittel	1.947	1.131	1.164	816
	51.884	50.721	49.399	1.162
Summe Aktiva	51.884	50.721	49.399	1.162
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	27.610	27.610	27.610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	20.759	19.597	18.434	1.162
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.163	1.162	1.162	1
	49.532	48.369	47.207	1.163
B Rückstellungen	1.935	1.936	1.718	-1
C Verbindlichkeiten	416	416	474	0
Summe Passiva	51.884	50.721	49.399	1.162

Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -				
	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Position	€	€	€	€
1 Sonstige betriebliche Erträge	13.966	14.415	13.580	-450
2 Personalaufwand, davon:	11.252	11.214	11.266	39
a) Löhne und Gehälter	8.536	8.536	8.706	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.716	2.678	2.559	39
3 Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.714	3.212	2.314	-498
4 Erträge aus Beteiligungen	1.380	1.380	1.380	
davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
5 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	217	218	218	-1
6 Ergebnis nach Steuern	1.163	1.162	1.162	
7 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.163	1.162	1.162	1

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1	1	1	0
Sachanlagen	3.881.313	4.072.286	4.263.307	-190.973
	3.881.314	4.072.287	4.263.308	-190.973
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	20.679	16.309	2.793	4.370
Liquide Mittel	29.836	28.243	15.267	1.593
	50.515	44.552	18.061	5.963
Summe Aktiva	3.931.829	4.116.840	4.281.369	-185.010
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile der Kommanditisten	-629.391	-611.005	-601.875	-18.385
Kapitalrücklage	1.977.804	1.977.804	1.977.804	0
	1.348.414	1.366.799	1.375.929	-18.385
B Rückstellungen	7.600	7.600	7.600	0
C Verbindlichkeiten	2.575.816	2.742.441	2.897.840	-166.625
Summe Passiva	3.931.829	4.116.840	4.281.369	-185.010

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	514.816	524.666	522.067	-9.850
2	Abschreibungen	190.973	191.021	191.070	-48
3	Sonstige betriebliche Aufwendungen	103.915	98.696	88.180	5.219
4	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	92.973	98.739	104.307	-5.767
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
5	Ergebnis nach Steuern	126.955	136.210	138.510	-9.255
6	Sonstige Steuern	17.240	17.240	17.240	0
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	109.715	118.970	121.270	-9.255
8	Gutschrift auf Kapitalkonto	-109.715	-118.970	-121.270	9.255
9	Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0	0	0	0

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
GZZ	148	147	142	durchschnittliche Mitarbeiterzahl
Schloß Schleiden	0	0	0	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Geriatrische Reha	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	12	12	12	
Auslastung	99,1 %	99,1 %	108,7 %	
Kurzzeitpflege GZZ	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	78,5 %	80,0 %	70,0 %	
Dauer-/ Kurzzeitpflege Barbarahof	65	65	65	Platzzahl
Auslastung	99,7 %	99,7 %	100,0 %	
Betreutes Wohnen	65	65	65	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	92,2 %	93,9 %	96,9 %	

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.142	4.284	6.426	-2.142
Sachanlagen	1.657	1.891	2.125	-234
	3.799	6.175	8.551	-2.376
B Umlaufvermögen				0
Vorräte	15.407	17.177	16.382	-1.770
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.969.303	1.731.047	1.639.746	238.256
Liquide Mittel	394.264	550.222	412.430	-155.958
	2.378.975	2.298.446	2.068.558	80.528
C Rechnungsabgrenzungsposten	5.191	1.928	6.050	3.263
Summe Aktiva	2.387.965	2.306.549	2.083.159	81.416
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	100.000	100.000	0
Gewinnrücklagen	1.070	1.070	1.070	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.375.554	1.299.746	1.085.286	75.808
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	62.153	75.808	214.460	-13.655
	1.538.777	1.476.624	1.400.816	62.153
B Sonderposten	1.657	1.891	2.125	-234
C Rückstellungen	510.266	475.304	359.856	34.962
D Verbindlichkeiten	324.080	333.807	304.875	-9.726
E Rechnungsabgrenzungsposten	13.184	18.923	15.487	-5.740
Summe Passiva	2.387.965	2.306.549	2.083.159	81.416

Liebfrauenhof Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	8.653.723	8.366.912	7.995.053	286.812
2	Sonstige betriebliche Erträge	206.245	119.555	148.184	86.690
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.296.245	1.340.853	1.229.213	-44.607
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	508.477	513.783	503.213	-5.305
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	787.768	827.070	726.000	-39.302
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.006.979	4.560.113	4.128.952	446.866
a)	Löhne und Gehälter	3.956.984	3.590.875	3.175.006	366.110
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.049.995	969.238	953.945	80.756
5	Erträge aus Auflösung SoPo aus Zuwendungen zur Finanzierung des Avnlagevermögens	234	234	234	
6	Abschreibungen	2.376	2.376	2.376	
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.502.496	2.525.537	2.615.081	-23.041
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.898	19.622	47.185	-724
	davon aus verbundenen Unternehmen	18.898	19.615	21.913	-717
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.851	1.636	575	7.215
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	62.153	75.808	214.460	-13.655
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	62.153	75.808	214.460	-13.655

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	148	145,75	137,5	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Bettenzahl	163,0	163,0	163,0	
davon				
Liebfrauenhof	102,0	102,0	102,02	
Brabenderstift	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad	100,6 %	98,8 %	98,6 %	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon:				
Liebfrauenhof	100,9 %	99,7 %	98,1 %	
Brabenderstift	100,1 %	100,1 %	99,6 %	

6.2.3 St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH i. L.

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Zum 01.01.2014 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH durch die Übernahme von 44,33 % der Geschäftsanteile der Caritas Trägergesellschaft West gGmbH (CTW) ihre Beteiligung an der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** von bisher 49 % auf 93,33 % erhöht. Nach Umsetzung der Betriebsstättenlösung sollten bis spätestens 31.12.2015 auch die bei der CTW verbleibenden Geschäftsanteile von 6,67 % durch die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übernommen werden (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 62/2013). Nach dem Vertrag über den Kauf und die Abtretung von Geschäftsanteilen der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH vom 30.10.2013 musste das Angebot zum Kauf und zur Abtretung der verbleibenden GmbH-Geschäftsanteile bis spätestens zum 31.12.2016 in notarieller Form angenommen werden. Mit Notarurkunde vom 13.10.2016 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich die restlichen, bei der CTW verbliebenen Anteile an der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH mit Wirkung zum 01.01.2016 übernommen. Der Betrieb des Krankenhauses Schleiden wurde mit allen Aktiva und Passiva mit Wirkung zum 01.01.2016 auf die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH übertragen. Die St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH stellt sich seitdem als GmbH-Mantel ohne konkreten Gesellschaftszweck dar. Die Gesellschaft wird aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung vom 16.12.2016 liquidiert.

In 2018 wurde die Liquidation beendet. Die Gesellschaft wurde am 24.07.2018 gelöscht.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt. Die Bekanntmachung der Auflösung wurde am 03.03.2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

C) Beteiligungsverhältnisse bis 24.07.2018

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	30.000 €	100,00 %
Summe	30.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt.

E) Zusammensetzung der Organe

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 16.12.2016 wurden die Herren Manfred Herrmann und Hermann Gemke als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zu Liquidatoren bestellt.

Die Liquidatoren erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

6.2.4 KKM Gebäudedienste GmbH

A) Ziele der Beteiligungen

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der v.g. mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter seit 01.01.2017	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geschäftsführung Manfred Herrmann

Die Geschäftsführung erhielt im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KKM Gebäudedienste GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	160.544	154.235	149.741	6.309
Liquide Mittel	131.889	177.655	145.554	-45.766
	292.433	331.890	295.296	-39.457
Summe Aktiva	292.433	331.890	295.296	-39.457
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	95.606	79.606	80.912	16.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	31.967	16.000	-1.306	15.967
	152.573	120.606	104.606	31.967
B Rückstellungen	35.822	37.716	69.028	-1.893
C Verbindlichkeiten	104.037	173.568	121.662	-69.531
Summe Passiva	292.433	331.890	295.296	-39.457

KKM Gebäudedienste GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	1.878.235	1.787.216	1.757.190	91.019
2	Sonstige betriebliche Erträge	534	3.130	4.301	-2.596
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.576.062	1.508.806	1.475.305	67.255
a)	Löhne und Gehälter	1.287.219	1.227.643	1.196.470	59.576
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	288.843	281.163	278.835	7.680
4	Sonstige betriebliche Aufwendungen	253.641	253.624	248.620	17
5	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	460	2.866	-460
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
6	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	17.099	11.456	35.555	5.643
7	Ergebnis nach Steuern	31.967	16.000	-856	
8	Sonstige Steuern	0	0	450	
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	31.967	16.000	-1.306	15.967

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
KKM Gebäude GmbH	113	110	112	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

./.

6.2.5 VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

A) Ziele der Beteiligungen

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt bei der mittelbaren Beteiligungsgesellschaft des Kreises eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck liegt in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150 €	24,55 %
Summe	25.050 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und nach Genehmigung des Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen. Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Die Geschäftsführer der KKM GmbH, Herr Manfred Herrmann und Herr Hermann Gemke, vertreten diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. In der Sitzung des Verwaltungsrates der KKM GmbH am 24.06.2016 wurde die überarbeitete Geschäftsordnung für die „Zweiergeschäftsführung“ beschlossen. Aufgrund dessen nimmt Herr Gemke mit Wirkung ab dem 01.07.2016 die Gesellschaftsrechte in den mit der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verbundenen Unternehmen alleine wahr. Dabei hat er die Weisungen des Verwaltungsrates zu beachten. Beschlüsse stehen unter dem Vorbehalt der nachträglichen Zustimmung des Verwaltungsrates. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge erhalten.

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Karl Vermöhlen

b) Geschäftsführung

Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Für die Geschäftsführungstätigkeit erhalten die Geschäftsführer von der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH keine Vergütung.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	26.357	35.658	6.893	-9.301
Sachanlagen	39.404	46.373	37.224	-6.969
	65.761	82.031	44.117	-16.270
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2.899.311	2.547.395	2.382.987	351.916
Liquide Mittel	450.905	598.039	344.780	-147.134
	3.350.216	3.145.434	2.727.767	204.782
C Rechnungsabgrenzungsposten	62.837	8.344	6.318	54.493
Summe Aktiva	3.478.814	3.235.809	2.778.202	243.005
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.050	25.050	25.050	0
Gewinnrücklagen	610	610	610	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	2.316.524	1.982.435	1.638.336	334.089
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	348.525	334.089	344.099	14.436
	2.690.708	2.342.184	2.008.095	348.525
B Rückstellungen	290.821	534.630	476.260	-243.809
C Verbindlichkeiten	497.285	358.996	293.847	138.289
Summe Passiva	3.478.814	3.235.809	2.778.202	243.005

VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	5.163.401	4.972.297	4.561.445	191.104
2	Sonstige betriebliche Erträge	311.992	188.986	129.249	123.007
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	743.295	683.873	564.855	59.422
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	175.368	165.543	204.570	9.825
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	567.927	518.330	360.285	49.598
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	3.082.115	2.964.707	2.665.977	117.409
a)	Löhne und Gehälter	2.523.371	2.441.612	2.193.080	81.759
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	558.745	523.095	472.897	35.650
5	Abschreibungen	22.645	19.310	15.573	3.335
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.294.713	1.181.991	1.124.380	112.721
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	19.952	26.506	27.524	-6.554
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon aus verbundenen Unternehmen	19.869	26.407	27.387	-6.538
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	369	260	310	109
9	Ergebnis nach Steuern	352.209	337.648	347.123	
10	Sonstige Steuern	3.684	3.559	3.024	125
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	348.525	334.089	344.099	14.436

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	131	129,75	120,5	durchschnittliche Mitarbeiterzahl

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Abrechnungsfälle SGB V	393	386	359	durchschnittliche Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	292	298	275	durchschnittliche Zahl pro Monat
Tagepflegeplätze gesamt	35	35	35	Mechernich, Schleiden und Zülpich
Auslastung Tagespflegeeinrichtungen gesamt	91,8 %	89,6 %	84,3 %	

7. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 19 - 21
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Stadt Köln	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	357.920 €	10,00 %
Stadtwerke Hürth AöR	89.480 €	2,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Kreis	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

Die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH hat ihren Anteil mit Wirkung zum 01.01.2018 an den Rhein-Erft-Kreis übertragen.

Der Kreistag hat am 12.07.2017 einer Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt. Gleichzeitig stimmte er der Abtretung von jeweils 2,5 % Anteilen an der RVK GmbH durch die SSB GmbH an die Stadtwerke Hürth AöR, die Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH, die Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH zu (V 325/2017). Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse erfolgte teilweise erst in 2018. Zum 30.07.2018 erfolgte die Übertragung des SSB-Anteils in Höhe von 2,5 % an die Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH und zum 21.12.2018 erfolgten die restlichen Übertragungen an die Stadtwerke Brühl GmbH und die Stadtwerke Wesseling GmbH.

Gesellschafter 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400 €	12,50 %
Stadt Köln	447.400 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Hürth AöR	89.480 €	2,50 %
Stadtverkehrsgesellschaft Euskirchen GmbH (SVE)	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Brühl GmbH	89.480 €	2,50 %
Stadtwerke Wesseling GmbH	89.480 €	2,50 %
Kreisholding Rhein-Sieg GmbH (RSK)	447.400 €	12,50 %
Rhein-Erft-Kreis	447.400 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400 €	12,50 %
Oberbergischer Kreis	89.480 €	2,50 %
Eigene Anteile	357.920 €	10,00 %
Summe	3.579.200 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an der **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln. Sie ist Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind um auszugleichende Verluste vorangegangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negativen Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011). In seiner Sitzung am 25.03.2015 hat der Kreistag einer weiteren Änderung des Gesellschaftsvertrages zugestimmt (V 94/2015). Hiernach sind negative Ergebnisse der Gesellschaft durch die Gesellschafter jährlich bis zur Höhe von 0,5 Mio. € (Ausnahme: SWBV bis zu 1 Mio. €) auszugleichen. Diese Höchstbeträge sind nicht auf die Finanzierungspflicht der einzelnen Gesellschafter aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen anwendbar. Die notarielle Beurkundung der Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte am 21.08.2015.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	120 54702	5.780.491 €	5.506.857 €	5.256.000 €

erhaltene Zahlungen (ohne Steuern) *

2018	2017	2016
396.900 €	663.750 €	531.200 €

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1) nachgewiesen

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Hans Schmitz (SPD)

Der in die Gesellschafterversammlung entsandte Vertreter des Kreises erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)

Die im Berichtsjahr gewährten Aufsichtsratsbezüge belaufen sich insgesamt auf 20 T€.

c) Geschäftsführung

Eugen Puderbach

Gesamtbezüge 2018

233 T€

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Regionalverkehr Köln GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	717.029	240.175	388.376	476.854
Sachanlagen	37.474.508	29.865.174	32.610.674	7.609.334
Finanzanlagen	237.071	236.601	236.383	471
	38.428.607	30.341.950	33.235.433	8.086.658
B Umlaufvermögen				
Vorräte	133.969	139.010	158.984	-5.040
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.954.792	7.048.579	5.812.477	906.213
Liquide Mittel	14.590.812	11.371.090	11.881.753	3.219.722
	22.679.573	18.558.679	17.853.213	4.120.894
C Rechnungsabgrenzungsposten	83.275	80.934	81.970	2.341
Summe Aktiva	61.191.456	48.981.563	51.170.616	12.209.893
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	5.698.753	6.510.207	6.594.207	-811.454
Gewinnrücklagen	710.470	710.470	710.470	0
Bilanzgewinn	1.816.177	1.121.964	4.337.265	694.213
	11.446.681	11.563.922	14.863.222	-117.241
B Sonderposten	1.899.469	2.749.146	5.169.764	-849.677
C Rückstellungen	6.689.219	7.688.532	5.831.873	-999.314
D Verbindlichkeiten	40.701.102	26.480.525	24.749.252	14.220.577
E Rechnungsabgrenzungsposten	454.987	499.438	556.505	-44.451
Summe Passiva	61.191.456	48.981.563	51.170.616	12.209.893

Konzern Regionalverkehr Köln - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	717.031	240.177	388.378	476.854
Sachanlagen	37.475.318	29.866.320	32.612.219	7.608.998
Finanzanlagen	10.071	9.601	9.383	471
	38.202.420	30.116.098	33.009.980	8.086.322
B Umlaufvermögen				
Vorräte	133.969	139.010	158.984	-5.040
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.016.042	7.104.851	5.841.442	911.190
Liquide Mittel	14.904.164	11.542.246	12.267.163	3.361.919
	23.054.175	18.786.107	18.267.589	4.268.069
C Rechnungsabgrenzungsposten	84.525	82.478	85.366	2.047
Summe Aktiva	61.341.121	48.984.683	51.362.935	12.356.438
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.579.200	3.579.200	3.579.200	0
Eigene Anteile	-357.920	-357.920	-357.920	
Kapitalrücklage	5.695.882	6.507.336	6.591.336	-811.454
Gewinnrücklagen	710.944	710.944	710.944	0
Bilanzgewinn	1.833.269	1.139.056	4.354.357	694.213
	11.461.375	11.578.616	14.877.917	-117.241
B Sonderposten	1.899.469	2.749.146	5.169.764	-849.677
C Rückstellungen	7.618.415	8.504.909	6.606.256	-886.495
D Verbindlichkeiten	39.906.875	25.652.573	24.152.493	14.254.303
E Rechnungsabgrenzungsposten	454.987	499.438	556.505	-44.451
Summe Passiva	61.341.121	48.984.683	51.362.935	12.356.438

Regionalverkehr Köln GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	72.357.069	70.164.240	67.505.315	2.192.829
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.257.431	20.497.660	21.015.941	-240.228
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	58.875.957	54.761.169	51.168.456	4.114.789
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.539.142	5.661.410	5.171.994	877.733
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	52.336.815	49.099.759	45.996.462	3.237.056
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	18.642.824	19.018.259	19.732.579	-375.435
a)	Löhne und Gehälter	15.508.988	15.709.279	16.452.133	-200.291
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.133.835	3.308.979	3.280.446	-175.144
5	Abschreibungen	5.511.885	7.235.371	7.197.875	-1.723.486
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.578.103	8.607.122	8.399.802	-29.020
7	Erträge aus Gewinnabführung	19.358	25.464	21.131	-6.106
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2.867	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	514.605	2.259.348	579.806	-1.744.743
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	510.485	-1.193.905	1.466.736	1.704.390
11	Sonstige Steuern	27.815	26.235	39.422	1.580
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	482.670	-1.220.140	1.427.314	1.702.810
13	Gewinnvortrag	-278.036	1.837.265	1.871.760	-2.115.300
14	Entnahme aus Kapitalrücklage	504.839	504.839	1.038.191	
15	Bilanzgewinn	709.474	1.121.964	4.337.265	-412.491

Konzern Regionalverkehr Köln - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	69.964.874	68.036.384	65.461.735	1.928.490
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.359.516	20.575.928	21.059.527	-216.412
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	38.307.014	36.154.747	34.430.162	2.152.266
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.489.142	5.612.949	5.123.273	876.193
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	31.817.871	30.541.798	29.306.889	1.276.073
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	36.711.513	35.355.147	34.271.164	1.356.366
a)	Löhne und Gehälter	30.558.777	29.314.977	28.570.890	1.243.799
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.152.737	6.040.170	5.700.274	112.567
5	Abschreibungen	5.512.221	7.235.770	7.198.396	-1.723.549
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.765.040	8.790.550	8.574.661	-25.510
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2.867	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	517.789	2.269.842	582.851	-1.752.053
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	510.813	-1.193.745	1.466.896	
10	Sonstige Steuern	28.143	26.395	39.582	1.748
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	482.670	-1.220.140	1.427.314	1.702.810

Lagebericht und Konzern-Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Das deutsche Wirtschaftswachstum des Jahres 2018 ist mit 1,5 % hinter den Erwartungen (ca. 2,0 %) zurückgeblieben. Besonders enttäuschend war das 2. Halbjahr 2018, in dem es überhaupt kein Wachstum mehr gab. Eine wesentliche Ursache hierfür lag in den massiven, hausgemachten Problemen der deutschen Automobilindustrie, bzw. den Abgastest-Manipulationen und dem daraus resultierenden Vertrauensverlust, hinzu kam die weltweit schwächelnde Konjunktur.

Tatsächlich in einer leichten Rezession hat sich im 2. Halbjahr 2018 die deutsche Exportindustrie befunden. Günstig für deutsche Exporte war dabei immerhin noch der relativ schwache Euro bzw. der

starke US-Dollar. Eine starke Konjunkturstütze war hingegen auch in 2018 der private Konsum, getragen von mehrjährigen Reallohnzuwächsen und sehr niedrigen Kreditzinsen.

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2019 bestand bis Mitte Mai, anders als im Vorjahr, in Wirtschaft und Politik nahezu kein Optimismus mehr. Es wurde für Deutschland nur noch mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 0,5 % gerechnet; ein wieder etwas stärkeres Wachstum von bis zu 1,5 % wurde hingegen für 2020 prognostiziert.

Nachdem Mitte Mai die Zahlen für das 1. Quartal 2019 bekannt wurden, die mit einem Wachstum von 0,4 % besser als erwartet ausfielen, wird allgemein davon ausgegangen, dass vorerst keine Rezessionsgefahr besteht.

Zumindest die Binnennachfrage wird durch die weiterhin lockere Geldpolitik der EZB, die infolgedessen schwach ausgeprägte Sparneigung der Verbraucher, die immer noch moderate Inflation und die kräftigen Reallohn erhöhungen der Jahre 2014 bis 2018 stimuliert.

Der über mehrere Jahre anhaltende Wirtschaftsaufschwung in Deutschland, der mit durchschnittlich gut 2 % Wachstum pro Jahr freilich moderater verlaufen ist, als die Aufschwünge früherer Jahrzehnte, hat bis Mitte 2018 ein zumindest vorläufiges Ende gefunden. Der weiterhin ungeklärte „Brexit“, die aggressive Wirtschafts- und Zollpolitik der Trump-Administration, drohende Konflikte der USA mit China, Russland, Nordkorea und dem Iran, eine latent schwelende Euro-Schuldenkrise, insbesondere in Italien sowie hausgemachte Probleme der deutschen Automobilhersteller, des Bayer-Konzerns („Monsanto“) und mancher deutscher Banken (Deutsche Bank, NordLB) haben bei uns in Deutschland und weltweit die Konjunktur kräftig gebremst. Als Exportnation trifft Deutschland die zunehmenden Einschränkungen des freien Welthandels besonders hart.

Arbeitsmarktbezogene Rahmenbedingungen

Wie schon in den vergangenen 13 Jahren, entwickelte sich der deutsche Arbeitsmarkt auch im Jahr 2018 ausgesprochen positiv. Die Zahl der Arbeitslosen hat im Jahr 2018 um weitere 193 T Personen abgenommen. Im Jahresdurchschnitt waren etwa 2,34 Millionen Menschen arbeitslos; dies ist der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung von 1990. Die Arbeitslosenquote ging dadurch um 0,5 Punkte auf 5,2 % im Jahresdurchschnitt zurück und lag im Dezember 2018 sogar nur noch bei 4,9 %.

Nachdem die Arbeitslosigkeit also binnen 13 Jahre um fast 2,8 Millionen Menschen zurückgegangen ist, sind die jetzt noch verbliebenen Arbeitslosen allerdings trotz des zunehmenden Arbeitskräftemangels nur sehr schwer vermittelbar. Dies gilt insbesondere für die 750 T Langzeitarbeitslosen. Dies sind allerdings 100 T weniger als in 2017. Sehr viele dieser Arbeitslosen entsprechen leider in keiner Weise den Anforderungen der Unternehmen. Ganz besonders gilt dies für die vielen Geringqualifizierten (ohne Schulabschluss und/oder Ausbildung, oftmals aus Migrantenfamilien) und für die über 50 Jahre alten Langzeitarbeitslosen, von denen gut zwei Drittel bereits seit mehr als vier Jahren Beziehher von Leistungen nach „Hartz IV“ sind.

Offene Stellen werden deshalb seit mehreren Jahren überwiegend nicht mehr durch Arbeitslose, sondern durch Zuwanderer und vor allem durch neu in den Arbeitsmarkt eintretende Frauen besetzt. Die Erwerbstätigkeitsquote von Frauen ist daher in den letzten 15 Jahren von 62 % auf 76 % gestiegen.

Auf diese Weise konnte die Zahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmer, Beamte, Soldaten und Selbstständige) in Deutschland im Dezember 2018 mit rd. 45 Millionen wieder einen neuen Rekordwert erreichen, was einem Wachstum von etwa 500 T gegenüber 2017 entspricht.

Die Zahl der Leiharbeiter ist im Jahr 2018 hingegen um 94 T auf 773 T zurückgegangen.

Die Erwerbstätigkeitsquote (das ist der Anteil an Personen im Alter zwischen 20 und 64 die in Voll- oder Teilzeit erwerbstätig sind) ist in Deutschland zwischen 2005 und 2018 von 69 % auf 80 % gestiegen. Damit hat Deutschland einen europäischen Spitzenwert erreicht (der EU-Durchschnitt liegt bei 73 %).

Allerdings kann hieraus zweifelsfrei abgeleitet werden, dass die Arbeitskräfte reserven in Deutschland damit weitestgehend erschöpft sind.

Für das Jahr 2019 wird trotz der schwächelnden Konjunktur bei der Arbeitslosenzahl mit einer weiteren Verbesserung um 150 bis 200 T Personen gerechnet.

Im April 2019 sank die Arbeitslosenzahl auf 2,23 Mio. (um 155 T niedriger als im April 2018) und damit auf den niedrigsten April-Wert seit 1990.

Personalpolitische Rahmenbedingungen

In den 20 Jahren von 1993 bis etwa 2013 ging es vielen unter Wettbewerbsdruck stehenden Arbeitgebern in Deutschland häufig um mehr „Flexibilität“ am Arbeitsmarkt und möglichst geringe Personalkostensteigerungen. Themen wie abgesenkte Vergütungen für Neueinstellungen, Lockerung des Kündigungsschutzgesetzes, erleichterte Befristungsmöglichkeiten, Fremdvergaben an billiger arbeitende Subunternehmer, Fremdvergaben über Werkverträge, Einsatz von Leiharbeitnehmern usw. beherrschten die Agenden in den Unternehmen.

Seit etwa fünf Jahren hat sich die Perspektive in der Personalpolitik schrittweise verändert.

Der Demografie bedingt ab 2019 und in den nächsten Jahren noch stärker zunehmende Arbeitskräftemangel ist dadurch begründet, dass die besonders geburtenstarken „Babyboomer“-Jahrgänge 1954 bis 1968 sukzessive in Rente gehen und durch Arbeitnehmer aus wesentlich geburtenschwächeren Jahrgängen ersetzt werden müssen.

Insbesondere der schon heute in vielen Bereichen und Regionen Deutschlands bestehende Fachkräftemangel zwingt die Arbeitgeber zu einem grundlegenden Umdenken.

Noch ist der Fachkräftemangel zwar kein alle Branchen betreffendes und kein bundesweites Phänomen; aber es breitet sich feststellbar immer schneller und weiter aus. Die deutsche Wirtschaft sucht aktuell 1,4 Millionen neue Arbeitskräfte für offene Stellen, jedes zweite Unternehmen ist betroffen. Gleiches gilt für die staatlichen Behörden und für öffentliche Einrichtungen.

Dringend benötigt werden u.a. Ingenieure, Lehrer, Pflegekräfte, Elektrotechniker, Softwareentwickler, LKW-Fahrer, Fleischer, Bäcker.

Auch in der Mobilitäts- und Verkehrsbranche besteht dieses Problem. Bei fast allen Unternehmen fehlen Lokomotivführer, Busfahrer, Begleit- und Servicepersonal, Mechatroniker und qualifizierte Handwerker. Der Personalmangel führt vielerorts zu erheblicher Mehrarbeit (Leistung von Überstunden) der Belegschaften, die als langfristige Dauererscheinung mit den vermehrten Freizeitwünschen vieler Arbeitnehmer kollidieren und zunehmend, auch seitens der Gewerkschaften, zu entsprechenden Forderungen nach Entlastung des Personals führen.

Auf dem Lehrstellenmarkt verschärft sich die „Krise“ bereits seit 2010 von Jahr zu Jahr. Auch 2018 blieben viele angebotene Lehrstellen unbesetzt. Vor allem kleinere Betriebe können ihre Plätze oftmals nicht besetzen. Hinzu kommt, dass jeder vierte Azubi seine Ausbildung abbricht.

Es wird künftig viel intensiver als bisher darum gehen, vorhandene qualifizierte Arbeitnehmer möglichst lange an das Unternehmen zu binden und neue qualifizierte oder zu qualifizierende Arbeitnehmer am Arbeitsmarkt zu gewinnen bzw. selbst qualifiziert auszubilden. Die eigenständige Aus- und Weiterbildung der Arbeitnehmer wird zu einer der für die Zukunft der Unternehmen wichtigsten Aufgaben werden.

Dieser durch eine klar vorhersehbare demografische Entwicklung bedingte Perspektivwechsel wird auch die künftige Tarifpolitik nachhaltig beeinflussen. Es ist kaum zu erwarten, dass die eingetretene Arbeitsmarktentwicklung zu einer „Mäßigung“ bei den Gewerkschaftsforderungen und zu sonderlich moderaten Personalkostensteigerungen führen wird. Zunehmend schwierigere Zeiten stehen also für die im Wettbewerb um immer weniger Fachkräfte stehenden Arbeitgebern bevor.

Bei der wünschenswerten Integration hierfür geeigneter Flüchtlinge und Migranten ist nach neuesten Untersuchungen nicht nur die deutsche Sprache ein großes Hindernis. Hauptproblem sind vielmehr das allgemein sehr niedrige Schul- und Berufsausbildungsniveau sowie das geringe Leistungsvermögen. Es fehlt sehr häufig an grundlegenden Rechenfähigkeiten und einem ausreichenden Umgang mit textbasierten Aufgaben. Darüber hinaus liegen berufsbezogene Integrität, Kundenorientierung, emotionale Stabilität und Vertrauen bei Flüchtlingen und Migranten deutlich unter dem Niveau deutscher Arbeitnehmer. Den sehr hohen Anforderungen qualifizierter Positionen des deutschen Arbeitsmarktes sind viele der Flüchtlinge und Migranten bis auf Weiteres schlicht nicht gewachsen, besser sieht es hingegen im Bereich einfacher Tätigkeiten aus.

Ob der seit März 2019 zur Beratung dem Deutschen Bundestag vorliegende Entwurf zum „Fachkräfteeinwanderungsgesetz“ eine nennenswerte Verbesserung der Lage mit sich bringt, wird die Zukunft zeigen.

Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen ist zum einen dadurch geprägt, dass die Verkehrsunternehmen und ihre Eigentümer bzw. die Aufgabenträger, den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen folgend Vorbereitungen für EU-rechtskonforme Beauftragungen treffen. Zum anderen befinden sich die Strukturen des Nahverkehrsmarktes in einem Veränderungsprozess.

Das sich nähernde Ende der Übergangsfrist der EU-VO (EG) 1370/2007 führt zu verstärkten Aktivitäten sowohl im Ausschreibungsbereich als auch zu Direktvergaben von Personenverkehrsdiensten. Die nicht immer eindeutige Rechtslage (bedingt durch Auslegungsspielräume der maßgeblichen EU-VO (EG) 1370/2007) führt bundesweit zu einer Fülle von vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahren.

Die grundsätzliche Wahlfreiheit der ÖPNV-Aufgabenträger zur Gestaltung der Personenverkehrsdienste, indem sie sich zwischen der Finanzierung durch öffentliche Dienstleistungsaufträge oder durch allgemeine Vorschriften entscheiden können, wurde in Nordrhein-Westfalen durch Änderung des § 11 a ÖPNVG bestärkt. Es steht gemäß zwischenzeitlicher Entscheidungen wie in der Vergangenheit im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Die RVK sieht daher weiterhin verstärkt die Notwendigkeit der engen Zusammenarbeit zwischen dem RVK-Konzern und ihren Gesellschaftern.

Im Hinblick auf die für die künftige Finanzierung des ÖPNV maßgeblichen Vorgaben der EU-VO 1370/2007 hat die RVK in Zusammenarbeit mit ihren Gesellschaftern Vorbereitungen zur Sicherstellung einer Direktvergabefähigkeit begonnen. Hierzu ist die Änderung des Gesellschaftsvertrages der RVK unter Berücksichtigung der Vorgaben der EU-VO 1370/2007 erfolgt. Diese sind auch im Hinblick auf die durch den Europäischen Gerichtshof festgestellte Möglichkeit der Direktvergabe im Wege der Anwendung der sogenannten Inhouse-Vergabe nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Die erfolgte Schärfung der Kontrolle der RVK durch die Gesellschafter und die Instrumente der Abrechnung der Verkehrsleis-

tungen sind auch im Hinblick auf die von den Gesellschaftern gewünschte Steuerung der RVK notwendig.

Zwischenzeitlich ist ein Öffentlicher Dienstleistungsauftrag durch den Rhein-Sieg-Kreis an die RVK erarbeitet worden. Gegen die Vorabkennzeichnung für einen öffentlichen Dienstleistungsauftrag des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK wurde ein Nachprüfungsverfahren in Gang gesetzt, das in erster Instanz (Vergabekammer Rheinland) zur Untersagung der Direktvergabe des öffentlichen Dienstleistungsauftrages an die RVK durch den Rhein-Sieg-Kreis geführt hat. Gegen die Beschlüsse der Vergabekammer vom 29. April 2016 sind sofortige Beschwerden beim OLG Düsseldorf eingelegt worden. Mit Beschluss des Vergabesenats des OLG Düsseldorf am 03. Mai 2017 wurden dem europäischen Gerichtshof Vorlagefragen gestellt, welche die Einhaltung des Kontroll- und des Tätigkeitskriteriums bei der Direktvergabe des Rhein-Sieg-Kreises an die RVK betreffen. Aufgrund des im Dezember 2018 erwarteten Zeitlaufes bis zur endgültigen Entscheidung des OLG Düsseldorf fährt die RVK derzeit die Fahrleistungen im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis auf der Basis einer Notmaßnahme nach Art. 5 Abs. 5 der VO 1370/2007 und einstweiligen Erlaubnissen nach PBefG.

Nach mündlicher Verhandlung des Verfahrens vor dem EUGH am 31. Mai 2018 und Antrag des Generalanwaltes der EU vom 13. September 2018 ist ein Urteil des EUGH am 21. März 2019 ergangen.

Demnach richtet sich die Vergabe eines Öffentlichen Dienstleistungsauftrags, welcher ein Dienstleistungsauftrag im Sinne der Vergaberichtlinien der EU ist nach diesen Vergaberichtlinien. Die in diesen Vergaberichtlinien vorgesehene Möglichkeit der sogenannten Inhouse-Vergabe eröffnet den Gesellschaftern der RVK - unter Rückgriff auf ihre Gesellschafterstellung und die gemeinsam ausgeübte Kontrolle über die RVK - unter Berücksichtigung des Wesentlichkeitskriteriums, die direkte und ausschreibungsfreie Vergabe von öffentlichen Dienstleistungsaufträgen an die RVK.

Das OLG Düsseldorf wird voraussichtlich im Oktober 2019 zum Nachprüfungsverfahren mündlich verhandeln.

Die Vorabkennzeichnungen des Rheinisch-Bergischen Kreises und des Kreises Euskirchen zu einer Direktvergabe an die RVK wurden ebenfalls vor der Vergabekammer angegriffen und erstinstanzlich wurde durch Beschlüsse die Vergabe untersagt. Auch hierzu wurden seitens der o. g. Aufgabenträger sofortige Beschwerden eingereicht.

Nach Umsetzung der Gesellschaftsvertragsänderungen zur Sicherung der durch die Stadtbusgesellschaften Euskirchen, Hürth, Brühl und Wesseling beauftragten Verkehre, ist zwischenzeitlich der Erwerb von Beteiligungen der vier Stadtbusgesellschaften/Stadtwerke in Höhe von je 2,5 % Anteilen an der RVK erfolgt. Da gegen die Direktvergabeabsichten der Städte Euskirchen, Brühl und Wesseling Nachprüfungsverfahren angestrengt worden sind, kam es zu Beschlüssen der Vergabekammer, die diese Direktvergaben untersagten. Die zu den hiergegen eingelegten sofortigen Beschwerden laufenden Verfahren ruhten wegen einer Vorlage des OLG Düsseldorf beim EUGH. Der EUGH hat mit Urteil vom 08. Mai 2019 die Anwendbarkeit der Richtlinien der EU zum Vergaberecht festgestellt. Die Verfahren wurden vom OLG Düsseldorf inzwischen wieder aufgenommen.

Unverändert betreibt die RVK Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen - im Wesentlichen Gesellschafter der RVK - erbracht.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifräumen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) eingebunden. Tarifgestaltung und Ticketangebot innerhalb des aktuellen Tarifrums entsprechen jedoch nicht (mehr) den Anforderungen an ein zeitgemäßes und zukunftsorientiertes, also, eines an den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung im Verkehrsgebiet der RVK orientierten, Systems. Insbesondere die zu erwartenden oder bereits eingetretenen demografischen Veränderungen in den eher ländlich strukturierten Bereichen unserer Region, machen ein weitgehend nachfrageorientiertes Nahverkehrsangebot notwendig, wenn das Ziel allen Menschen, ganz gleich in welcher Lebenssituation oder welchen Alters, einen Zugang zum öffentlichen Verkehrsangebot zu sichern, umsetzbar bleiben soll.

Hierzu sind intelligente Vertriebslösungen, wie z.B. der „Ticket- und bargeldlose Zugang“- seitens der Verkehrsunternehmen ebenso erforderlich wie Öffnungsklauseln im Rechtsrahmen des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen (BO Kraft), die es z.B. ermöglichen „ad hoc-Haltestellen“ einzurichten oder die Anforderungen an das einzusetzende Verkehrsmittel zu flexibilisieren.

Die RVK reagiert auf diese Notwendigkeiten mit intensiven Vorbereitungen bzw. bereits erfolgten Umsetzungen wie der RVK-App, Taxi plus, Vorbereitungen auf „on-demand“-Verkehre, Beteiligung an Mobilstationen-Modellen im Rheinisch-Bergischen Kreis, E-Bike-Verleihsystemen in linksrheinischen Kommunen.

Geschäftsverlauf

Die Gesamtfahrleistungen sind im Berichtsjahr 2018 im RVK-Konzern gestiegen und umfassen insgesamt 27,55 Mio. Km (Vorjahr 27,04 Mio. Km). In den einzelnen Verkehrsarten waren sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Die bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren des Unternehmens sind die Linienverkehre nach § 42 PBefG und die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen, da mit diesen Leistungen rd. 94 % des gesamten Beschäftigungsvolumens generiert werden, sowie das Betriebsergebnis. Bei beiden Verkehren ist im Geschäftsjahr 2018 ein Anstieg zu verzeichnen. Dieser beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG 2,28 % (+499 T€) auf insgesamt 22.402 T€ und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen 2,90 % (+1.234 T€) auf insgesamt 42.567 T€. Beim Betriebsergebnis ergibt sich eine Minderung um 3,29 % (-34 T€) auf insgesamt 1.006 T€.

Die Veränderung bei den Kilometerleistungen beträgt bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG 4,19 % (+484 Tkm) auf insgesamt 12.025 Tkm und bei den Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen 0,17 % (+23 Tkm) auf insgesamt 13.767 Tkm.

Eine Minderung hat sich bei den AST-Verkehren ergeben. Diese sind um 37,42 % (-13 Tkm) gesunken. Bei den TaxiBus-Leistungen ist ein Zugang zu verzeichnen. Dieser beträgt 0,81 % (+12 Tkm) und ist im Wesentlichen begründet durch eine gestiegene Nachfrage und eine Ausdehnung des vorhandenen Angebotes. Im Bereich der Verkehre nach der Freistellungsverordnung ist eine geringfügige Erhöhung um 0,98 % (+1 Tkm) festzustellen. Leistungen im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG wurden in unveränderter Höhe erbracht.

Wie in den Jahren zuvor wird die RVK bei den jeweiligen Aufgabenträgern Gestaltungen des Busfahrleistungsangebots anregen, ggf. ergänzt durch andere, an der Nachfrage orientierte, Verkehrsangebote (Ruf- oder Taxi Bus). Zudem werden zusätzliche Angebote zur Sicherstellung der Mobilität - wie z.B. E-Bike-Angebote - konzipiert bzw. umgesetzt. Bei entsprechender Berücksichtigung in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften und entsprechender Beschlusslage des jeweiligen Aufgabenträgers wird die RVK diese Angebote umsetzen. Auch die flexiblere Verwendung von verschiedenen Größen der die Strecken bedienenden Fahrzeuge, je nach Nachfrageumfang, ist eine Möglichkeit zur Kostendämpfung. Natürlich können auch Taktverbesserungen oder Anschlusssicherungen an den Schienenverkehr über solche Angebote möglich gemacht werden.

Ein Schwerpunkt der konzeptionellen und operativen Vorbereitungen lag in der Sicherstellung emissionsfreier Transportmittel - insbesondere der Brennstoffzellen-Hybridtechnik (Wasserstoffbusse). Die hierzu zwischenzeitlich erfolgten Förderbescheide in erheblicher Höhe werden im Verlauf der Geschäftsjahre 2019 und 2020 zum Aufbau einer umfassenden Flotte von Wasserstoffbussen nebst Infrastruktur genutzt.

Der Verlauf des Geschäftsjahres 2018 kann zusammenfassend als insgesamt positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen sind im Berichtsjahr lediglich auf Ebene der Muttergesellschaft, in Sachanlagen und in einem Umfang von ca. 13.608 T€ getätigt worden.

Das Investitionsvolumen auf Konzernebene beträgt somit ebenfalls 13.608 T€. Die Investitionen wurden überwiegend im Bereich Busbeschaffung (10.748 T€) und Tankstellen (1.844 T€) getätigt.

Die finanziellen Mittel im Konzern sind im Vorjahresvergleich um 3.362 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 3.220 T€. Die Steigerung ist im Wesentlichen begründet durch die Bereitstellung von Darlehensmitteln für Investitionen im Folgejahr.

Im Vorjahresvergleich ist die Höhe der Bilanzsumme um 12.356 T€ auf 61.341 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 12.210 T€ auf 61.191 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2018 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 19,31 % (Vorjahr 25,04 %). Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) 19,28 % (Vorjahr 25,01 %).

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgte grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, durch Zuschüsse, sowie aus Eigenmitteln und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung.

Bei den bis zum Ende des Geschäftsjahres in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 4.174 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 28.913 T€. Dieser Schuldenstand betrifft nur die Muttergesellschaft.

Die Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht - auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Perso-

nalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Berichtsjahr 2018 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2018	2017
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	2.032	8.308
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-13.579	-4.762
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	14.767	-4.057
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	3.220	-511
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.371	11.882
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	14.591	11.371

Ertragslage

Das positive Betriebsergebnis 2018 in Höhe von rd. 1.029 T€ (Muttergesellschaft 1.006 T€) ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis.

Im Vergleich mit den Planwerten für das Geschäftsjahr 2018 ergibt sich beim Betriebsergebnis eine Steigerung in Höhe von 11,75 % (+106 T€). Bei den Linienverkehren nach § 42 PBefG ist im Planvergleich ein Rückgang um 1,74 % (-398 T€) zu verzeichnen, bei den Leistungen für andere Verkehrsunternehmen ergibt sich eine geringfügige Steigerung in Höhe von 0,08 % (+33 T€).

Im Finanzergebnis wird ein negativer Wert in Höhe von -518 T€ (Muttergesellschaft -515 T€) ausgewiesen. Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen geprägt durch lfd. Zinszahlungen im Rahmen der bestehenden Investitionsdarlehen, sowie die Zahlung von Negativzinsen auf vorhandene Bankguthaben.

Insgesamt ergibt sich für das Geschäftsjahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 483 T€ (Konzern und Muttergesellschaft jeweils in gleicher Höhe).

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Eine Steigerung in Höhe von insgesamt ca. 1.928 T€ auf 69.965 T€ ergibt sich im RVK-Konzern bei den Umsatzerlösen. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Steigerung 2.193 T€ auf 72.357 T€ und ergibt sich im Wesentlichen im Bereich der Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen und der Einnahmen im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG sowie Erlösen aus der Erbringung von Dienstleistungen für andere Verkehrsunternehmen.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG eine Steigerung zu verzeichnen (+2,3 %). Bei den Sonderlinienverkehren nach § 43 PBefG ergibt sich eine Minderung (-0,5 %). Beim freigestellten Schülerverkehr ist ebenfalls eine Minderung festzustellen (-0,1 %). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind im Vorjahresvergleich gestiegen (+3,0 %).

Eine Minderung um 56 T€ (-7,7 %) – nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen – ist bei den Abgeltungen nach SGB IX festzustellen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11 und des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt 1.676 T€ (+2,42 %).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 1.760 T€ auf 89.296 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um 1.987 T€ auf 91.606 T€.

Eine Zunahme ergibt sich auf Konzernebene auch bei den Personalkosten. Diese beträgt insgesamt 1.356 T€. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 375 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Steigerung um insgesamt 10 Personen (RBR +34, RVK -24).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 2.152 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 4.115 T€, welche im Wesentlichen durch entsprechende Zunahmen im Bereich der Auftragsunternehmerleistungen, der Vergütung für bezogene Personaldienstleistungen und des Dieseleinkaufs begründet ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Konzern um 26 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 29 T€ gesunken.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 415 T€ aufgewendet. Diese betreffen vollumfänglich die Muttergesellschaft.

Zinserträge konnten aufgrund der im Geschäftsjahr 2018 durchgängig zu zahlenden Negativzinsen nicht mehr erwirtschaftet werden.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Situation im Rhein-Erft-Kreis

Nachdem die seit Dezember 2015 zwischen der REVG und der RVK geführten Gespräche über Möglichkeiten einer weiterhin gemeinsamen Leistungserbringung des Linienverkehrs im Rhein-Erft-Kreis nicht zu einer Fortsetzung führten, hat der REK im September 2017 beschlossen, den Busverkehr im REK ab dem Jahr 2019 grundlegend neu zu gestalten. Hierzu wurde die Management-Gesellschaft REVG zu einem Verkehrsunternehmen mit eigenem Betrieb ausgebaut.

Damit ergab sich die Notwendigkeit des teilweisen Rückzugs der RVK aus dem REK unter Wahrung der Interessen der Stadtbusstädte Hürth, Wesseling und Brühl deren Bedienung weiterhin sichergestellt werden muss.

Bereits im Oktober 2016 wurde der Betriebshof in der Kreisstadt Bergheim aufgegeben und erforderliche Stellflächen und Büroräumlichkeiten für die Abwicklung des Fahrleistungsauftrages der REVG und der Stadtbusstädte auf dem Betriebshof der Fa. Schilling Omnibusverkehr GmbH (SOV) angemietet. Des Weiteren werden zum Fahrbetrieb erforderliche betriebsnahe Dienstleistungen von der Fa. SOV in Anspruch genommen.

Diese hierzu erforderlichen Miet- und Dienstleistungsverträge wurden im Hinblick auf die Vertragslaufzeit des REVG-Fahrleistungsauftrages alle bis zum 31. Dezember 2018 befristet abgeschlossen und endeten mit dem Vertragslaufzeitende des Fahrleistungsvertrages mit der REVG zum 31. Dezember 2018. Ebenso wurden die Mietverträge für Bürocontainer entsprechend befristet.

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Folgen bleibt festzustellen, dass der Fahrleistungsauftrag der RVK für die REVG zwar rd. ein Drittel des Gesamtleistungsvolumens der RVK ausmachte, von diesem Drittel aber nur rd. 45 % der Fahrleistungen von der RVK selbst mit eigenem Personal und eigenen Betriebsmitteln (Fahrzeuge, Betrieb, Wartung, Niederlassung) erbracht wurden. 55 % der Fahrleistungen im REK wurden durch von der RVK beauftragte Auftragsunternehmer aus dem Mittelstand des Rhein-Erft-Kreises und Umgebung erbracht und sind damit im wirtschaftlichen Ergebnis der REVG als durchlaufende Posten (bis auf einen Gewinnzuschlag) zu betrachten. Insofern macht der Teil der Eigenerbringung der RVK, durch welchen Personal und Betriebsmittel gebunden und finanziert werden müssen, nur 15 % des Gesamtvertragsvolumens der RVK aus.

Neben den Eigenregie-Fahrleistungen wurden bekanntlich auch private Auftragsunternehmer im Rhein-Erft-Kreis von der RVK beschäftigt. Mit allen privaten Omnibusunternehmern wurden bereits nach Bekanntwerden der Vertragskündigung der REVG Einzelgespräche geführt und alle Verträge fristgerecht zum 31. Dezember 2018 gekündigt.

Wie erwartet ist es im Fahrbetrieb aus diesem und folgenden Gründen nicht zu einem Personalüberhang gekommen

- deutlicher Unterbestand an Fahrpersonal im RVK-Konzern,
- Verpflichtungen, mindestens 50 + x% eigene Fahrleistungen in den „MOD/ÖDAKreisen“ Euskirchen, Rhein-Berg und Rhein-Sieg durch die RVK/RBR selbst erbringen zu müssen,
- erhebliche Fahrleistungssteigerungen für mehrere unserer Gesellschafter,
- eine um 2,5 % gestiegene Krankenquote
- sowie dem Umstand, dass auch außerhalb des Konzerns bei anderen Verkehrsunternehmen ein erheblicher Mangel an Fahrpersonal besteht.

Insofern besteht der Restrukturierungsbedarf im Wesentlichen nur für die Hauptverwaltung und betriebsnahe Verwaltungsdienste. Damit ergibt sich die Notwendigkeit einer Restrukturierung auch nur für diese Bereiche.

Auch die Reduktion im Omnibusbestand der RVK fiel auf Grund der bereits angeführten erheblichen Fahrleistungssteigerungen und der notwendigen Leistungsumschichtungen von AU zu Regie im Kreis Euskirchen (50 + x% Verpflichtung) erheblich geringer aus. Zudem wurden die im Rhein-Erft-Kreis nicht mehr benötigten jüngeren Fahrzeuge im Fuhrpark integriert und dafür ältere Omnibusse auf anderen Niederlassungen ausgemustert.

Die REVG hat die RVK nach Kündigung des Fahrleistungsvertrages um die Erbringung von technischen Dienstleistungen für den Produktivbetrieb in erheblichem Umfang gebeten, wodurch die Remanenzkosten entsprechend entlastet werden konnten.

Die Unterzeichnung des Rahmenvertrages einschließlich der vorgesehenen Einzelleistungsverträge erfolgte nach Beschlussfassung in den Gremien am 21. Juni 2018 durch den Geschäftsführer der RVK. In diesem Rahmenvertrag sind nachstehende Einzelleistungsverträge vereinbart:

- HASTUS (Betriebsplanung) ab 01. September 2018
- PERDIS (Personaldisposition/Abrechnung) ab 01. September 2018
- Technischer Vertrieb ab 01. November 2018
- Statistik ab 01. Januar 2019
- Disposition AST ab 01. Juli 2018

Aus vorstehenden Verträgen werden jährlich rd. 1.200 T€ Umsatzerlöse erwartet. Im ersten Jahr 2019 kommen rd. 200 T€ für Umstellungsarbeiten hinzu. Alle erforderlichen Vorbereitungsmaßnahmen zum

Einsatz der Systeme im Zusammenhang mit den Dienstleistungsverträgen sind seitens der RVK fristgerecht erledigt worden und gewährleisten eine ordnungsgemäße Vertragserfüllung gegenüber der REVG.

Die Erträge aus den Dienstleistungsverträgen mit der REVG fließen in den über einen Fünfjahreszeitraum entwickelten Restrukturierungsplan ein und sind gemeinsam mit weiteren Maßnahmen (z. B. Umsetzung der Organisationsuntersuchung) Teil der Restrukturierung. Der Plan sieht die stufenweise Eliminierung der remanenten Kosten nach erfolgreicher Restrukturierung zum 31. Dezember 2023 vor.

Zusammengefasst kann folgendes festgestellt werden:

1. Bedingt durch den Wegfall des Fahrleistungsvertrages zwischen der REVG und der RVK zum 31. Dezember 2018 kommt es zu keinem Überhang von Personal- und Sachkosten für den Fahrbetrieb.
2. Es fallen auf der Basis des letzten testierten Jahresabschlusses 2017 anfängliche Remanenzkosten in Höhe von rd. 3.450 T€ für die Hauptverwaltung und die betriebsnahen Verwaltungsdienste an.
3. In dem von der Gesellschafterversammlung im Mai 2018 beschlossenen Restrukturierungsplan werden die Remanenz-Kosten über einen Fünfjahreszeitraum (01. Januar 2019 bis 31. Dezember 2023) abgebaut.
4. Verträge mit der REVG für Dienstleistungen von Hintergrundsystemen außerhalb des Fahrbetriebs über eine Vertragslaufzeit von fünf Jahren mit einem Volumen von rd. 1.200 T€/Jahr sind Teil der Restrukturierung. Die Dienstleistungen werden reibungslos erfüllt.
5. Die Abwicklung der Fahrleistungen für die REVG ist zum 31. Dezember 2018 vollzogen.

Beschäftigungsvertrag mit der RBR

Der Vertrag endet am 31. Dezember 2019, da zum 01. Januar 2020 die bisherigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die RVK überführt sein sollen. Durch diese Maßnahme soll - im Hinblick auf den erfolgten Abschluss eines Konzerntarifvertrages - eine einheitliche Personalstruktur, auch mit der Zielsetzung der Reduzierung von Verwaltungsaufwand, geschaffen werden.

Die Geschäftstätigkeit der RBR wird sich in der Zukunft auch weiterhin auf mögliche Arbeitnehmerüberlassungen sowie zunehmend auf die Abwicklung von Projekten konzentrieren. Die Geschäftsführung geht insofern von einem Fortbestand der Gesellschaft aus.

Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die durch die RVK seit 2008 initiierten Zukunftsprojekte, welche sich mit den Auswirkungen des demografischen Wandels und der Sicherstellung einer angemessenen Mobilität als Teil der Daseinsvorsorge in den Städten und Gemeinden unserer Region beschäftigen, wurden auch im Jahr 2018 fortgeführt.

Hierbei handelte es sich sowohl um die auf spezifische kommunale Interessen angelegte Untersuchungsreihe „Mobilitätssicherung und sichere Mobilität älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen (MoSiM)“ als auch um die Untersuchung „Regionale Mobilitätssicherung 2030 (RegioM)“.

Im Sinne der Übertragbarkeit von Einzelmaßnahmen aus RegioM auf andere Kommunen steht die Palette der Maßnahmensteckbriefe zur Überprüfung der Adaptierbarkeit zur Verfügung und die RVK begleitet die Umsetzungsschritte in ihrem Bedienungsgebiet und auf Anfrage auch darüber hinaus.

Die Untersuchungsreihe „MoSiM“ wurde fortgesetzt. Im Rheinisch-Bergischen Kreis wurden bis auf die Stadt Leichlingen in allen Kommunen die MoSiM-Untersuchungen abgeschlossen. Dies gilt auch für Kommunen, in denen die RVK keine oder nicht überwiegende Verkehre erbringt. Der Aufgabenträger RBK hat die RVK beauftragt, die über Jahre gewonnenen Erfahrungen auch in den von der wupsi bedienten Gebieten des RBK einzubringen und gemeinsam mit der wupsi zu begleiten.

Sowohl infrastrukturelle Maßnahmen, wie Aufwertung von Haltestellen, als auch verkehrliche Verbesserungen durch Taktverdichtungen und Ausweitung des Angebotes, insbesondere durch Taxibusverkehre, sind umgesetzt worden.

Darüber hinaus hat sich die RVK mit einem eigenen Projektbeitrag an dem gemeinsam vom Rheinisch-Bergischen und Oberbergischen Kreis ins Leben gerufenen Leader-Wettbewerb beteiligt. Im Projektraum des Bergischen Talsperrenlandes wird ein (Fahrrad-)Busverkehr (Titel: Bergischer Fahrrad-Bus) angeboten, der sowohl für Wanderer als auch für Rad- und Mountainbiker die Freizeitwege um die „Große Dhünn-Talsperre“ und die Talsperren des Wasserquintetts erschließt und somit die Erreichung des jeweiligen Ausgangspunktes garantiert. Nach einer nur halbjährigen Vorlaufzeit ist der Bergische FahrradBus am 01. Juli 2017 sehr erfolgreich gestartet und hat im Jahr 2018 eine überaus positive zweite Erfolgsetappe absolviert.

Im Kreis Euskirchen ging bereits im Jahr 2017 der in enger Abstimmung mit der Nordeifeltouristik entwickelte Wanderbus (Linie 770) in Betrieb. Diese Linie verkehrt im Kreisgebiet entlang des populären Eifelsteiges und garantiert Wanderern so eine attraktive Möglichkeit, zum Anfang der Etappe zurückzukehren. Die Nutzerzahlen zeigen, dass sich diese Linie bereits seit Beginn einer großen Beliebtheit erfreut.

Zur Saison 2019 wurde die Fahrradbuslinie 771 von Dahlem nach Hellenthal eingeführt. Auf dieser Linie verkehren mit Fahrradanhängern ausgestattete Busse. Die Linie bietet Radfahrern eine gute Möglichkeit, die Einstiege in die Eifel-Höhen-Route oder den Kylltalradweg mit dem ÖPNV zu erreichen, oder wieder bequem zum Ausgangspunkt zurückzukehren.

Mobilstationen

Der RBK hat sich im Förderwettbewerb „Kommunaler Klimaschutz“ des Landes NRW mit der Idee zur Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Mobilstationen beworben und den Zuschlag erhalten. Hierbei sollen bestehende ÖPNV-Knotenpunkte durch die Schaffung weiterer Mobilitätsangebote (Details siehe weiter unten) zu Mobilstationen ausgebaut werden. Der Rheinisch-Bergische Kreis wird somit zu einer Pilotregion hierfür im Gebiet des Nahverkehrs Rheinland. Mit der Einrichtung neuer, umweltfreundlicher Mobilitätsangebote verfolgt das Fördervorhaben das Ziel durch den Umstieg der Bürgerinnen und Bürger auf umweltfreundliche Verkehrsmittel Treibhausgasemissionen einzusparen und so einen signifikanten Beitrag zum Klimaschutz und zu einer lebenswerten Umwelt im Rheinisch-Bergischen Kreis und der umliegenden Region beizusteuern. Insgesamt sollen durch das Vorhaben geschätzt rund 25.000 Tonnen CO₂ im Durchführungszeitraum von drei Jahren eingespart werden.

Das Projekt besteht aus folgenden Einzelmaßnahmen / Bausteinen:

- Aufbau von (digitalen) Informationsstelen
- Einrichtung einer Mitfahrbörse
- Errichtung von Mitfahrbänken
- Errichtung von Fahrradboxen
- Schaffung von herkömmlichen Fahrradabstellanlagen
- Einrichtung eines kreisweiten Pedelec-Verleihsystems
- Einrichtung von E-Carsharing
- Schaffung neuer Park & Ride - Anlagen

Der RVK wurden im Rahmen des Kooperationsprojektes „Mobilstationen im Rheinisch-Bergischen Kreis - Das Bausteinsystem“ die beiden Maßnahmenbausteine

- Errichtung von Fahrradboxen
- Einrichtung eines kreisweiten Pedelec-Verleihsystems

zur Umsetzung zugeteilt. Insbesondere für die Einrichtung des kreisweiten Pedelec-Verleihsystems kann und wird die RVK in hohem Maße aus den Erfahrungen des Projekts RVK e-Bike im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis und Weilerswist profitieren. Zur Planung und Umsetzung dieser Bausteine wird zudem auch eine Personalstelle bei der RVK zur Förderung beantragt und bei Bewilligung eingerichtet.

Umweltschutz und Ressourcenschonung

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Ebenfalls beinhaltet dies die ständige Kontrolle der Einhaltung gesetzlicher Vorgaben. Somit wurden die Forderungen der europäischen Richtlinie der Novelle des Energiedienstleistungsgesetzes und des daraus entstandenen Bundesgesetzes (EDG-L) an allen Standorten (Hauptverwaltung, eigene bzw. angemietete Betriebshöfe, KundenCenter) bis zum Ende des Jahres 2016 umgesetzt. Die RVK hat nach externen Audits durch die TÜV-Rheinland GmbH seit September 2016 ein zertifiziertes Energiemanagement nach ISO 50001.

Konzernweit wurde, in enger Zusammenarbeit zwischen unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge getroffen, um Notfälle zu vermeiden. Gleichzeitig haben wir uns verpflichtet, transparent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeit zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen jeweils die höchste Umweltnorm, aktuell die Schadstoffklasse Euro 6, einhalten.

Im Jahr 2018 wurde der Fuhrpark um vier zusätzliche Midi-Busse erweitert. Diese Fahrzeuge werden auf einer neuen Linie der Stadtwerke Wesseling mit entsprechender Fahrgastnachfrage eingesetzt. Nach den Osterferien 2019 werden dann noch zwei weitere Kleinbusse im Rhein-Sieg- Kreis zum Einsatz kommen. Durch das geringere Gewicht wird erheblich weniger Kraftstoff verbraucht. Dies ist ein aktiver Beitrag zum Umweltschutz. Dieser Weg der stetigen Verbesserung der Umweltbilanz soll auch in Zukunft konsequent weitergegangen werden.

Außerdem wurde im Jahr 2018 im Rahmen des BMVI Förderprogramms „Saubere Luft“ von der RVK acht Förderprojekte angestoßen, die über die Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ und den Masterplänen der Städte Köln und Bonn abgedeckt sind. Hierbei handelte es sich um Projekte wie z.B. den Aufbau einer personenbesetzten RVK Leitstelle, umfangreiche Fahrgastinformationen in den Bussen der RVK, ein Betriebshofmanagementsystem oder eine Mobilitäts-App für die RVK, die den normalen HandyTicketverkauf unterstützt, aber auch das geplante e-bike-Sharing oder die Onlinebestellung des Taxibusses. Alle Projekte haben das Ziel den ÖPNV attraktiver zu machen um dem Individualverkehr eine umweltschonendere Alternative anbieten zu können.

Projektumsetzung „Firmen-PKW mit alternativen Antriebsarten“

Fahrzeuge mit alternativen Antrieben (Batterieelektrisch oder Brennstoffzelle) werden weiterhin im Unternehmen eingesetzt. Sollte sich ein machbares Förderszenario darstellen, werden batterieelektrisch betriebene Fahrzeuge nach Ablauf der Verträge gegen Brennstoffzellenfahrzeuge getauscht.

Energetische Sanierung der Niederlassungen

Um unser gestecktes Umweltziel zu erreichen, sind bereits die Niederlassungen Wermelskirchen und Meckenheim energetisch saniert worden. Dazu wurde auf die Fassade eine dem Untergrund entsprechende Wärmeisolierung aufgebracht und verputzt. Ebenso wurden die Fenster (wenn notwendig) erneuert und das Dachgeschoss isoliert. Somit kommen wir unseren Umweltzielen einen Schritt näher und es wird durch die Einsparung von Energie (Gas und Strom) auch eine Amortisation erreicht.

Projektumsetzung Wasserstoff-Brennstoffzellen-Hybridbusse.

Um die angestrebten Klimaschutzziele des Unternehmens erreichen zu können, wurde das ambitioniertere Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, ab 2030 ausschließlich emissionsfreie bzw. klimaneutrale Fahrzeuge anzuschaffen. Parallel zu diesen Bemühungen soll die benötigte Infrastruktur aufgebaut sowie bereits bis 2030 eine signifikante Anzahl an Null-Emissions-Fahrzeugen beschafft werden.

Aktuell werden zwei Brennstoffzellen-Hybridbusse des Typs Van Hool A330 FC im Linienverkehr der Städte Hürth und Brühl eingesetzt.

Die RVK ist derzeit auch weiterhin einziger Betreiber von Brennstoffzellen-Hybridbussen in NRW und verfügt dadurch über einen signifikanten organisatorischen, betrieblichen und technischen Wissensvorsprung. Im Zuge der EU-Förderprojekte JIVE und JIVE 2 arbeitet die RVK sehr eng mit den Kollegen der WSW aus Wuppertal zusammen, die zukünftig ebenfalls Brennstoffzellen-Busse einsetzen werden.

Um den angestrebten Ausbau der H2-Busflotte voranzutreiben, hat die RVK 2016 und 2017 mehrere Förderanträge - teils als Partner in europäischen Konsortien - für die Beschaffung von 30 Brennstoffzellen-Hybridbussen sowie den Bau von 2 Wasserstofftankstellen für die Standorte Wermelskirchen und Meckenheim gestellt. Mittlerweile liegen die entsprechenden Förderbescheide vor und die Bestellung der 30 Brennstoffzellen-Hybridbusse ist im Jahr 2018 ausgelöst worden. Weiterhin wird die bestehende H2-Tankstelle in Hürth ausgebaut und damit deren Betankungskapazität bis Juli 2019 auf 10 Busse erweitert. Bezüglich der Nutzung der am Flughafen Köln/Bonn vorhandenen PKW-Wasserstofftankstelle (700 bar) zur Betankung von RVK-Bussen (350 bar) sind die Verhandlungen mit der H2Mobility abgeschlossen. Die 350 bar Tankoption soll ebenfalls im Juli 2019 bereitstehen.

Mit der Lieferung der ersten neuen Brennstoffzellen-Hybridbusse ist ab Ende Juli 2019 zu rechnen. Die ersten fünf neuen Busse sind für den Standort Hürth vorgesehen. Die neuen H2Tankstellen in Wermelskirchen und Meckenheim werden zeitgerecht mit der Auslieferung der Brennstoffzellen-Hybridbusse ihren Betrieb aufnehmen.

Durch das Ausscheiden eines Projektpartners im JIVE Projekt ist weiterhin ein Förderbudget für fünf Brennstoffzellen-Busse frei geworden, das der RVK zugesprochen wurde. Die Busse wurden im März 2019 europaweit ausgeschrieben und sollen im Sommer 2020 beschafft werden.

Die RVK hat darüber hinaus einen Bedarf nach weiteren fünfzehn zusätzlichen Brennstoffzellen-Hybridbussen im Zuge des so genannten JIVE 2 Projektes angemeldet. Der Förderantrag bei der FCHJU wurde fristgerecht eingereicht und mittlerweile bewilligt. Bezüglich der Ko-Finanzierung wurden Förderanträge beim Bund (NIP2-Programm) und beim Land NRW gestellt. Der Förderbescheid über 4,7 Mio. € des Bundes liegt bereits vor.

Projektumsetzung (Bio-)Erdgasbusse

Seit August 2017 werden die ersten drei Erdgasbusse im Kreis Euskirchen zum Einsatz gebracht. Sie ersetzen drei Busse, welche als Nationalpark-Shuttle auf der Linie SB 82 zum Einsatz kamen und 2017 auf Grund ihres Alters zur Ausmusterung anstanden. Sie werden auf dem Weg zwischen Einsatzort und Betriebshof in Kall betankt. Der Einsatz der Fahrzeuge erfolgt bis zum Frühjahr 2018 störungsfrei.

Am 25. Juli 2018 hatten der Kreis Euskirchen, e-regio und die RVK einen Letter of Intent unterzeichnet, in dem die Partner ihre Zusammenarbeit bei der Umstellung der Fahrzeugflotte von Diesel auf den sauberen Energieträger Bio-Erdgas dokumentiert haben. Am 19. Dezember 2018 musste der LoI aufgelöst werden. Hintergrund ist, dass e-regio die Erdgastankstelle auf dem Betriebshof der RVK in Euskirchen nur auf eigene Rechnung planen, bauen und betreiben konnte, sofern ein langfristiger Liefervertrag abgeschlossen würde. Ein solcher Vertragsabschluss war aus vergaberechtlichen Gründen sowie der aktuellen Notvergabe über 2 Jahre nicht darstellbar. Um den Zeitplan für die Umsetzung des Projekts nicht zu gefährden wird die RVK nunmehr den Bau und Betrieb der Erdgastankstelle selbst übernehmen und wird durch die e-regio und Zukunft Erdgas hierbei fachlich unterstützt. Unter Berücksichtigung der Vorplanungen der e-regio/Zukunft Erdgas ist die Fertigstellung der Erdgastankstelle sowie die Auslieferung der Erdgasbusse weiterhin für Ende Oktober/ Anfang November 2019 vorgesehen. Entsprechend wurden die ersten 20 Erdgasbusse im Januar 2019 ausgeschrieben.

Projekt RVK e-Bike

Für das Jahr 2019 strebt die RVK zusammen mit den sechs Kommunen des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises, der Gemeinde Weilerswist im Kreis Euskirchen und den beiden beteiligten Kreisen / ÖPNV-Aufgabenträgern die Einrichtung eines regionalen E-Bike-Verleihsystems an. Hierbei soll pro

Kommune zunächst eine E-Bike-Station am jeweils wichtigsten ÖPNVKnotenpunkt mit je zehn rund-um-die-Uhr verfügbaren Leih-Pedelecs entstehen, um somit einerseits den (täglichen) ÖPNV attraktiver zu machen (Angebot für „Letzte Meile“) und andererseits der wachsenden Bedeutung des Freizeitverkehrs / (Nah-) Tourismus an Wochenenden und Feiertagen gerecht zu werden. Das Projekt wurde in einem Auswahlverfahren des nationalen Förderwettbewerbs „Klimaschutz durch Radverkehr“ berücksichtigt und wird daher mit Bundesmitteln aus der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) gefördert. Da sich Fahrradverleihsysteme in Verbindung mit dem ÖPNV in Deutschland bisher zum allergrößten Teil auf die Ballungszentren konzentrieren, soll mit dem Projekt RVK e-Bike u.a. auch die Akzeptanz eines solchen Angebots im ländlichen/suburbanen Raum untersucht werden.

Das E-Bike-Projekt der RVK steht zudem im engen Kontext der verbundweiten Bestrebungen zum Ausbau von stark frequentierten ÖPNV-Haltestellen zu Mobilstationen. E-Bikes bieten dabei gerade in der Region aufgrund der weiteren Distanzen zwischen Siedlungen und ÖPNV-Knotenpunkten und der Topographie für Fahrgäste die wesentlich bessere Alternative im Vergleich zu herkömmlichen Leih-Rädern und gelten daher bei Mobilstationen außerhalb der Großstädte als Kern-Bestandteil.

Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Die Diskussion über die Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009, mit einer Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlich geprägten Raum in die Ballungsräume einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene und den naturgemäß negativen Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten mündete in gerichtlichen Auseinandersetzungen.

Nach dem endgültigen Scheitern einer einstimmigen Feststellung des Ergebnisses der Jahresabrechnung 2009, kam es zwischenzeitlich zu Klageverfahren, die nach erstinstanzlichen Urteilen durch einige private Verkehrsunternehmen zur Berufung gebracht wurden.

Die weit überwiegende Anzahl der Verkehrsunternehmen im VRS, welche gleichzeitig den weit überwiegenden Anteil an den Einnahmeansprüchen innehaben, haben sich zwischenzeitlich auf einen Vergleich geeinigt. Die hieraus resultierenden gegenseitigen Ansprüche wurden abgewickelt.

Der Vergleich hat für die RVK zur Folge, dass die Abrechnungen der Jahre 2009 bis 2015 auf der Basis der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 anerkannt werden. Infolgedessen hat sich der Tatbestand, der bei der RVK in Erwartung dieser Abrechnungen zu Rückstellungen geführt hat, verwirklicht.

Ein Klageverfahren gegen den Abschluss des Vergleichs führte zur Klageabweisung durch das OLG Düsseldorf. Die im Übrigen gegen die Ergebnisse der Verkehrserhebung geführten Verfahren wurden vom OLG Düsseldorf mit Urteil abgeschlossen gegen das private Busunternehmen Nichtzulassungsbeschwerde (der Revision) beim BGH eingereicht haben. Eine Entscheidung des BGH zur Nichtzulassungsbeschwerde wird erst in der zweiten Jahreshälfte erwartet.

Das Risiko einer Zahlungsverpflichtung der RVK für die Jahre 2009 ff in den „Verbundtopf“ wurde bereits im Rahmen des Jahresabschlusses 2015 für die Geschäftsjahre 2009 - 2015 in Höhe von jährlich rd. 1.080 T€ Euro berücksichtigt.

Zwischenzeitlich wurde eine neue Verkehrserhebung in Gang gesetzt, deren Ergebnisse jedoch voraussichtlich nicht vor Ende 2019 vorliegen werden.

Erklärung zur Unternehmensführung gem. §§ 289f, 315d HGB

Mit Datum vom 01. Mai 2015 ist das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst in Kraft getreten.

Durch die gesetzlichen Neuregelungen zur Geschlechterquote und zu den verbindlichen Zielgrößen soll mittelfristig eine signifikante Verbesserung des Frauenanteils an Führungspositionen der Privatwirtschaft erreicht werden.

Bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind zur Förderung des Anteils weiblicher Führungskräfte sogenannte „Zielgrößen“ festzulegen und zwar für die Führungsebenen und den Aufsichtsrat. In Bezug auf den Aufsichtsrat eines Unternehmens besteht die Verpflichtung der Gesellschaft zur Festlegung eines Frauenanteils im Aufsichtsrat. Die Festlegung soll durch die Gesellschafterversammlung erfolgen. In Bezug auf die Führungsebenen der Gesellschaft obliegt diese Aufgabe der Geschäftsführung.

Eine Mindestzielgröße ist jedoch nicht vorgesehen. Die Unternehmen können sich die Zielvorgaben selbst setzen und sich dabei an ihren Unternehmensstrukturen ausrichten.

In Bezug auf den Aufsichtsrat der RVK gilt, dass die aktuellen Mitglieder des Aufsichtsrates in der Regel bis zum Jahr 2020 bestellt sind. Da die Mitglieder des Aufsichtsrates von den einzelnen Gesellschaftern bestellt bzw. von der Belegschaft gewählt werden, konnte die Gesellschafterversammlung bei einer anstehenden Neubestellung lediglich Empfehlungen an die Gesellschafter bzw. an die Arbeitnehmer aussprechen. Die Gesellschafterversammlung der RVK hat am 14. Dezember 2015 beschlossen: "Für die Zusammensetzung des Aufsichtsrates der Regionalverkehr Köln GmbH wird eine Zielgröße für den weiblichen Anteil der Mitglieder von einem Mitglied festgelegt."

In Bezug auf die oberen Führungsebenen wurde festgestellt, dass die Gesellschaft derzeit nur über einen Geschäftsführer verfügt. Bei nur einem einzigen Geschäftsführer erübrigt sich aber die Festlegung einer Zielgröße.

Die Geschäftsführung der RVK ist jedoch gem. § 36 GmbHG verpflichtet, für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb der Geschäftsführung Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils festzulegen. Die Geschäftsführung hat hierzu am 29. September 2015 eine Festlegung getroffen. In Anbetracht der nicht zu erwartenden Besetzung von Positionen der zweiten, und dritten Führungsebene in der ersten Fristlaufzeit bis zum 30. Juni 2017 wurde festgestellt, dass keine Schaffung neuer Stellen der zweiten und dritten Führungsebene erfolgen wird, jedoch eine Zielgröße für den Fall von Neubesetzungen festgelegt wird. Diese Maßgabe galt auch für 2018.

Die Geschäftsführung hat eine Zielgröße von 30 % für die zweite und dritte Führungsebene festgelegt. Im Jahr 2018 sind keine neuen Stellen geschaffen worden und es sind auch keine Personen aus der zweiten und dritten Führungsebene ausgeschieden.

Nach Ausscheiden eines Abteilungsleiters im Frühjahr 2019, ist die Neubesetzung dieser Stelle mit einer weiblichen Führungskraft vorgesehen.

Frühzeitige Erkennung von Risiken und Chancen (Risiko- und Chancen-Management)

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken und Chancen frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Früherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind. Zu Entwicklungen und Handlungen im Hinblick auf die wesentlichen Risiken wird auf die entsprechenden Berichterstattungen in anderen Teilen des Lageberichtes verwiesen.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risiko- und Chancen-Management“ untersucht und ggf. neu bewertet, dies umfasst auch die aus anhängigen Rechtsverfahren resultierenden Chancen und Risiken. Über die Ergebnisse wird der Aufsichtsrat der RVK in regelmäßigen Abständen unterrichtet.

Zum Ende des Berichtsjahres sind u. a. die nachfolgenden, wesentlichen Risiken Bestandteil des Risiko- und Chancen-Kataloges. Die Darstellung der Risiken erfolgt in der Reihenfolge einer abnehmenden Bedeutung für die Gesellschaft.

- Betrauungen und Fahrleistungsaufträge
- Verfügbarkeit von Personal am Arbeitsmarkt
- Veränderung des Rechtsrahmens und laufende Verfahren
- Ausfall von Auftragsunternehmern
- Entwicklung der Einkaufspreise beim Dieseltreibstoff

Den o. g. Risiken stehen u. a. die folgenden Chancen gegenüber

- Vermarktungsstrategien aller Dienstleistungen
- Etablierung neuer Geschäftsfelder im Bereich Mobilität
- Nutzung von Potenzialen im Bereich neuer technischer Anforderungen (insbes. Digitalisierung)

Herausforderung für die RVK wird es sein, in den o. g. Prozessen ihre Rolle als innovativer Verkehrsdienstleister zu finden und auch vermeintliche Gefahren als Chance wahr zu nehmen, um sich am Markt zu behaupten.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risiko- und Chancen-Managements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der Liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Für das Jahr 2019 wird lt. beschlossenen Wirtschaftsplan der RVK ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von ca. 520 T€ erwartet. Der Planwert für die Linienverkehre gem. § 42 PBefG beträgt 23.960 T€, bei den Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen beträgt die Prognose 17.300 T€.

In der Planung ist die voraussichtliche Restrukturierungsentwicklung in Folge der Beendigung des Fahrleistungsauftrags für die Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH zum 31. Dezember 2018 berücksichtigt.

Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Jahres 2018 kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Die geplanten Gesamtfahrleistungen des Konzerns für das Jahr 2019 liegen in einer Größenordnung von rd. 19,0 Mio. Wagenkilometer. Diese Größenordnung ergibt sich auch auf Ebene der Muttergesellschaft. In den Gesamtfahrleistungen sind die Fahrleistungen gem. § 42 PBefG mit 14,0 Mio. Wagenkilometern und die Auftragsleistungen für andere Verkehrsunternehmen mit jeweils 5,1 Mio. Wagenkilometern enthalten.

Arbeitsziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Arbeitsziele der Geschäftsführung des RVK-Konzerns sind:

1. Den Eigentümern bzw. Aufgabenträgern sowie allen sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen, welche den spezifischen Wünschen und Anforderungen der uns Beauftragenden gerecht wird.

2. Die Erbringung von Dienst- und Fahrleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden sowie den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden, als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen und marktgerechten Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern. Dazu werden u.a. Projekte wie die Weiterentwicklung des Tarif- und Vertriebssystems, Digitalisierung (Smarte Mobilität), „MoSiM“ und „RegioM“ sowie „Null Emission“, als wesentliche Aspekte zur Verdeutlichung der Innovationsfähigkeit des RVK-Konzerns verfolgt und aktualisiert.
8. Die Darstellung des Personennahverkehrs mit möglichst umwelt- und klimafreundlicher Technologie. Hierzu zählt insbesondere auch die Weiterentwicklung der Wasserstoff-Technologie zu einem bedeutenden Instrument der klimaschonenden Mobilität und der Luftreinhaltung. Zur weiteren, intensiveren Nutzung dieser emissionsfreien Zukunftstechnologie wird die Geschäftsführung daher das Handlungskonzept für die einzelnen Verkehrsgebiete permanent fortschreiben und mit den jeweils betroffenen Aufgabenträgern bzw. Eigentümern abstimmen. Dies gilt ebenso für den Einsatz von Bio-Erdgas- oder Batterie-Bussen in ihrer Rolle als möglicher Bestandteil der Brückentechnologie im Nutzfahrzeugbereich, hin zur Erreichung des Ober-Ziels „Null Emission“.
9. Das Bedienungsgebiet der RVK „im Schatten des Doms“ bietet enorme Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Verkehrs zur Nutzung im Freizeit- und Naherholungsbereich. Die von der RVK initiierten und bereits im Rheinisch-Bergischen Kreis und im Kreis Euskirchen umgesetzten Projekte des WanderBusses und des FahrradBusses sind Erfolgsgeschichten und Beleg für diese Entwicklungschancen, ebenso, wie das E-Bike-Verleihsystem linksrheinisch. Die Weiterentwicklung (z. B. durch Aufbau und Betrieb von Mobilstationen bei gleichzeitiger Integration von Pedelec-Verleihsystemen) ist ein erklärtes Ziel zur Standortstärkung in den Kommunen unserer Gesellschafter.
10. Die Heranführung und weitere Qualifizierung von motivierten und leistungsbereiten Menschen in das Unternehmen und die Fortbildung der bereits hier tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ist eine der weiteren zentralen Voraussetzungen für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit des Konzerns. Ebenfalls ist ein zentrales Ziel, die erforderliche Ausbildungs-Infrastruktur auf- und auszubauen und Kapazität und Qualität für eine umfassende Ausbildung von geeignetem Fachpersonal insbesondere im Bereich des Fahrbetriebs, zu optimieren.

Köln, 24. Mai 2019
 Regionalverkehr Köln GmbH
 Eugen Puderbach
 Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
RVK GmbH	368	392	408	-
RVK Konzern	834	824	794	-

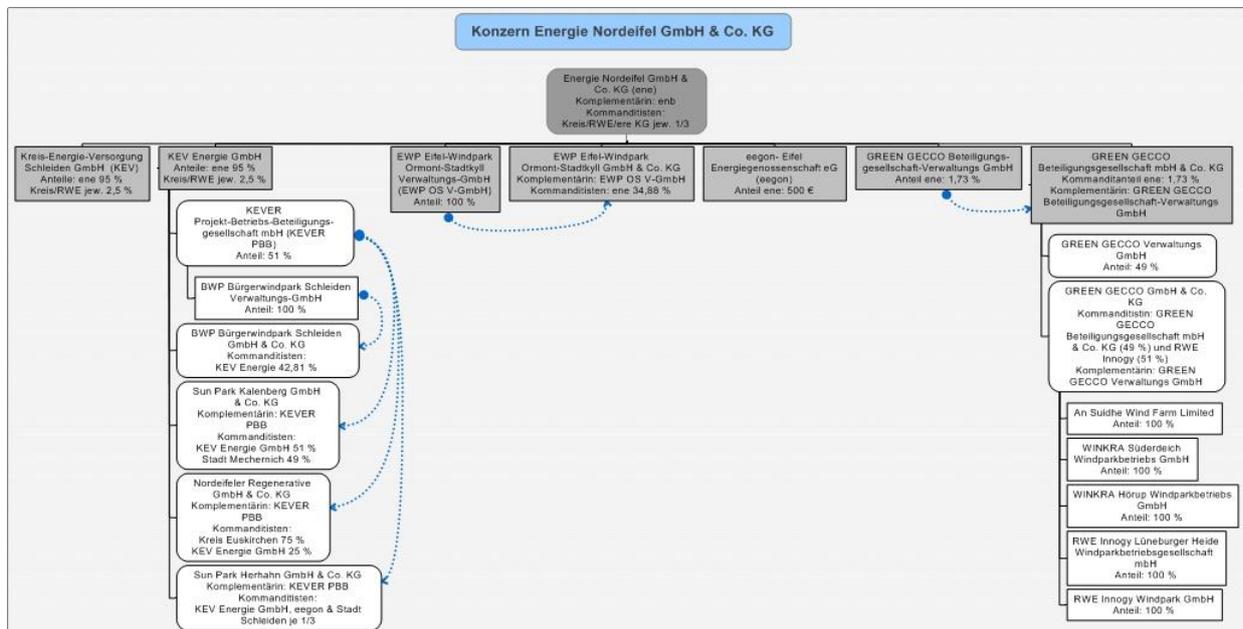
H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Fahrleistungen:	27,55	27,04	26,44	Mio. km

8. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-eifel.de/>



nachrichtlich:

Konzern e-regio GmbH & Co. KG (ab 01.10.2019)

Rheinbacher Weg 10

53881 Euskirchen

Internet: <http://www.e-regio.de>

8.1 Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Konzern und Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	8.350 €	33,40 %
Innogy SE	8.350 €	33,40 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	8.300 €	33,20 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 die Fusion der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)** und der **e-regio GmbH & Co. KG (e-regio)** grundsätzlich befürwortet. Aufgrund der Vertraulichkeit der Vertragswerke erfolgte die Zustimmung zu den Verträgen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung (V 500/2018). Der Kreistag hat in nichtöffentlicher Sitzung der Umsetzung des Vorhabens zur Realisierung der Fusion nach Maßgabe der entsprechenden Entwürfe zugestimmt (V 501/2018).

Die Umsetzung erfolgt in folgenden Schritten:

1. Einlage der Minderheitsanteile an der KEV Schleiden GmbH und an der KEV Energie GmbH in die ene
2. Verschmelzung der KEV Energie GmbH auf die ene
3. Verschmelzung der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH auf die e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH
4. Verschmelzung der ene auf die e-regio
5. Übertragung der neuen Geschäftsanteile der e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH auf die e-regio GmbH & Co. KG

Bei der e-regio GmbH & Co. KG handelt es sich in der Zielstruktur um eine sog. Einheits-GmbH & Co. KG.

nachrichtlich:

Die Umsetzung des gesamten Fusionsvorhabens erfolgte abschließend durch Eintragung im Handelsregister mit Wirkung zum 01.10.2019.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich anschließend wie folgt dar:

e-regio GmbH & Co. KG

Komplementärin: e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter ab 01.10.2019	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	981.000 €	8,72 %
Innogy SE	981.000 €	8,72 %
Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG	975.375 €	8,67 %
Stadtverkehr Euskirchen GmbH	4.156.875 €	36,95 %
Rhenag Rheinische Energie AG	3.570.750 €	31,74 %
Stadt Rheinbach	351.000 €	3,12 %
Stadt Bornheim	234.000 €	2,08 %
Summe	11.250.000 €	100,00 %

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

Gesellschafter ab 01.10.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	50.000 €	100,00 %
Summe	50.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 08.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflö-

sung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Mit Vereinbarungen vom 10.12.2013 wurden die Bestimmungen zur Verlustübernahme (jeweils § 2 der v.g. Gewinnabführungsverträge) aufgehoben und vollständig neu gefasst. Hiernach ist die ene bei der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH grundsätzlich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen.

Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene.

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen und Auswertungen dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern) *		
		2018	2017	2016
Kreis	120 54702	1.262.490 €	910.026 €	730.114 €

* Hier ist die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ (inkl. Anteile aus Gewinnausschüttungen der Regionalverkehr Köln GmbH und der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG) berücksichtigt.

E) Zusammensetzung der Organe Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (9 Mitglieder, davon 3 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Josef Reidt (Stimmführer)	CDU	Ute Stolz	CDU
3. Frank Weimbs	CDU	Johannes Mertens	CDU
4. Hans-Peter Wasems	CDU	Franz-Josef Nießen	CDU
5. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD
6. Angela Kalnins	B 90/Grüne	Jörg Grutke	B 90/Grüne
7. Hans Reiff	FDP	Christian Grau	FDP

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>Ordentliche Mitglieder</u>		<u>Aufwandsentschädigung 2018</u>
1. Günter Rosenke	Landrat	2.750 €
2. Johannes Esser	CDU	3.250 €
3. Thilo Waasem	SPD	2.750 €

c) Geschäftsführung^{1*}

	<u>Bezüge 2018</u>
Markus Böhm	33.674 €

Die persönlich haftende Gesellschafterin erhielt im Geschäftsjahr eine Vergütung von 4.500 €.

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ene KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Johannes Mertens	CDU	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

nachrichtlich:

nach Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio setzen sich die Organe wie folgt zusammen:

e-regio GmbH & Co. KG

a) Gesellschafterversammlung

b) Aufsichtsrat (11 Mitglieder, davon 1 Vertreter des Kreises Euskirchen)

c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Stimmführer) Landrat

2. Thilo Waasem (Stimmführer) SPD

Stellvertreter/innen

Ingo Hessenius

Dr. Manfred Milz

GBL I

FDP

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Johannes Esser

CDU

c) Geschäftsführung

Lt. Gesellschaftsvertrag der e-regio GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

e-regio Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft mbH

a) Gesellschafterversammlung (wird durch e-regio GmbH & Co. KG besetzt.)

b) Geschäftsführung

b) Geschäftsführung

Dipl.-Kfm. Christian Metze

Dipl.-Kfm. Stefan Dott

Dipl.-Ing. Markus Böhm

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	24.311	26.391	7.894	-2.080
Sachanlagen	397.226	339.270	396.400	57.956
Finanzanlagen	13.467.787	13.497.385	9.374.437	-29.598
	13.889.324	13.863.046	9.778.731	26.278
B Umlaufvermögen				
Vorräte	629.835	604.134	625.524	25.701
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	9.061.730	7.116.430	8.740.761	1.945.299
Liquide Mittel	2.618.984	3.987.341	593.101	-1.368.357
	12.310.548	11.707.906	9.959.386	602.643
C Rechnungsabgrenzungsposten	34.209	32.262	33.147	1.947
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.824	300	0	1.524
Summe Aktiva	26.235.904	25.603.513	19.771.264	632.391
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	10.112.111	9.112.111	2.947.287	1.000.000
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	5.686.404	4.578.601	5.426.909	1.107.803
	15.798.515	13.690.712	8.374.196	2.107.803
B Rückstellungen	4.159.869	3.723.301	2.589.164	436.568
C Verbindlichkeiten	6.277.520	8.189.500	8.807.904	-1.911.979
Summe Passiva	26.235.904	25.603.513	19.771.264	632.391

Konzern Energie Nordeifel - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	293.721	570.611	719.172	-276.890
Sachanlagen	31.684.113	32.054.682	33.020.004	-370.570
Finanzanlagen	5.471.216	5.467.658	5.285.247	3.558
	37.449.050	38.092.951	39.024.423	-643.901
B Umlaufvermögen				
Vorräte	882.007	604.134	625.524	277.873
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	16.073.082	6.959.838	10.011.760	9.113.244
Liquide Mittel	7.268.943	10.996.015	4.620.616	-3.727.072
	24.224.032	18.559.988	15.257.900	5.664.045
C Rechnungsabgrenzungsposten	112.672	145.410	134.146	-32.738
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	4.916	2.604	242.308	2.312
Summe Aktiva	61.790.670	56.800.953	54.658.777	4.989.717
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	16.848.595	15.225.037	13.479.193	1.623.558
Bilanzgewinn	5.758.958	5.202.159	5.185.844	
Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter	1.189.338	1.149.521	786.131	39.817
	23.796.891	21.576.717	19.451.168	2.220.174
B Sonderposten	483.381	750.362	1.065.399	-266.981
C Rückstellungen	14.716.249	13.339.506	11.229.743	1.376.742
D Verbindlichkeiten	20.907.977	19.254.539	21.165.143	1.653.438
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.886.173	1.879.828	1.747.324	6.345
Summe Passiva	61.790.670	56.800.953	54.658.777	4.989.717

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	0	0	0	0
Liquide Mittel	29.982	29.116	29.150	866
	29.982	29.116	29.150	866
Summe Aktiva	29.982	29.116	29.150	866
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	218			218
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	850	218	792	631
	26.068	25.218	25.792	850
B Rückstellungen	3.659	3.689	3.116	-30
C Verbindlichkeiten	255	209	242	46
Summe Passiva	29.982	29.116	29.150	866

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	11.138.842	8.927.991	12.947.442	2.210.851
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	8.954	35	474	8.919
3	Sonstige betriebliche Erträge	177.281	111.084	143.065	66.197
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.880.435	2.542.789	6.559.235	1.337.647
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.858.503	1.147.767	3.179.856	710.736
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.021.933	1.395.022	3.379.380	626.910
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.301.335	1.303.079	1.175.379	-1.744
a)	Löhne und Gehälter	1.032.950	1.038.187	958.356	-5.237
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	268.384	264.892	217.023	3.492
6	Abschreibungen	51.993	118.529	65.286	-66.536
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.070.354	3.668.432	3.689.769	401.922
8	Erträge aus Beteiligungen/Gewinnabführungsverträgen	5.595.723	4.576.166	5.855.035	1.019.557
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1.765	19.312	0	-17.547
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	280.217	321.481	357.023	-41.264
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
11	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.650.000	1.100.000	1.670.681	550.000
12	Ergebnis nach Steuern	5.688.231	4.580.278	5.428.642	1.107.953
13	Sonstige Steuern	1.827	1.677	1.733	150
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.686.404	4.578.601	5.426.909	1.107.803

Konzern Energie Nordeifel					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	76.317.144	77.344.376	78.365.214	-1.027.232
2	Bestandsveränderungen	252.172	0	-190.671	252.172
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	147.270	157.537	151.970	-10.267
4	Sonstige betriebliche Erträge	1.109.162	435.715	795.815	673.447
5	Materialaufwand, <u>davon:</u>	50.409.270	53.156.579	54.031.494	-2.747.309
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	28.874.128	32.109.618	30.949.020	-3.235.490
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	21.535.141	21.046.961	23.082.474	488.180
6	Personalaufwand, <u>davon:</u>	9.692.635	8.854.916	9.471.486	837.719
a)	Löhne und Gehälter	7.491.893	7.105.311	7.441.852	386.582
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	2.200.742	1.749.605	2.029.634	451.137
7	Abschreibungen	3.236.452	3.167.603	2.809.086	68.849
8	Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.844.136	5.321.876	5.177.081	1.522.260
9	Erträge aus Beteiligungen	602.611	619.135	381.080	-16.524
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18.690	28.187	9.846	-9.497
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
11	Aufwendungen aus Verlustübernahme				
12	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	736.879	807.958	891.993	-71.079
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
13	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.680.923	1.470.967	1.787.878	209.956
14	Ergebnis nach Steuern	5.846.754	5.805.050	5.344.236	41.704
15	Sonstige Steuern	33.405	234.718	35.601	-201.312
16	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	5.813.349	5.570.332	5.308.635	243.016
17	auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	54.391	368.174	122.792	-313.783
18	Konzerngewinn	5.758.958	5.202.159	5.185.844	556.799

Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	4.879	4.500	4.500	379
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.870	4.241	3.558	-370
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	159	41	150	118
4	Ergebnis nach Steuern	850	218	792	
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	850	218	792	631

Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG mit Sitz in Kall (ene) ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welche in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall, (KEV Schleiden GmbH) hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

An der ene sind zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 der Kreis Euskirchen und die innogy SE mit Sitz in Essen, mit jeweils 33,4 % und die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere), Kall, mit 33,2 % beteiligt. Kreis Euskirchen, innogy SE und ere haben ihre Kommanditeinlage in Höhe von je 8.350 € bzw. 8.300 € in bar erbracht. Die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb), Kall, ist als Komplementärin ohne Kapitaleinlage (Stammkapital: 25.000,00 €) an der ene beteiligt.

Die ene erbringt Dienstleistungen wie Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, sowie kaufmännische und technische Betriebsführung; ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV Schleiden GmbH), Kall, und der KEV Energie GmbH (KEV Energie GmbH), Kall, und die Verwaltung der Beteiligungen.

Zum ene-Konzern gehören Unternehmen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere die KEV Schleiden GmbH, Kall, die KEV Energie GmbH, Kall, die KEVER, Kall, die Sun Park Kalenberg GmbH & Co KG, Mechernich, sowie die EWP Verwaltungs-GmbH, Kall, und BWP Verwaltungs-GmbH, Schleiden.

Die ene hält an der KEV Schleiden GmbH eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie GmbH ebenfalls eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen und die innogy SE sind jeweils mit 2,5 % an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 8. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV Schleiden GmbH und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie GmbH und der ene ein Gewinnabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor ihrem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt werden.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2018:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

	Anteil Mitarbeiter in %	Mitarbeiter 2018 im Jahresdurchschnitt	Betriebliches Ergebnis 2018 T€	Gezeichnetes Kapital / Kommanditkapital T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	14	21	2.021	7.123	Energiedienstleistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall	74	108	1.341	3.100	Regionale Energieversorgung und Asset Owner
KEV Energie GmbH, Kall	12	17	3.905	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH, Kall	0	0	-20	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, Mechernich	0	0	400	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
BWP Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG, Schleiden	0	0	1.260	5.620	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
BWP Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH, Schleiden	0	0	2	25	Komplementär der BWP Schleiden GmbH & Co KG
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH, Kall	0	0	2	25	Komplementär der EWP KG
EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG, Ormont	0	0	1.788	4.300	Planung, Errichtung u. Betrieb eines Windparks
Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG, Schleiden	0	0	219	360	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlagen
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG, Kall	0	0	97	200	Planung, Errichtung u. Betrieb v. Anlagen zur Erzeugung o. Umwandlung regenerativer Energien

1.2 Ziele und Strategie des Konzerns

Der Energiesektor befindet sich in Deutschland – insbesondere aufgrund der Energiewende – in einem stetig wandelnden Umfeld. Die politischen und regulatorischen Rahmenbedingungen verändern sich schneller und umfassender als in den vergangenen Dekaden. Dies nimmt erheblichen Einfluss auf die Markt- und Wettbewerbsstrukturen. Vor diesem Hintergrund ist der ene-Konzern gehalten, die Geschäftsmodelle entlang der Wertschöpfungskette (Energieerzeugung, Netzbetrieb, Vertrieb und Dienstleistungen) ständig zu prüfen und ggf. auf neue Marktgegebenheiten auszurichten.

Hierbei verfolgt der ene-Konzern eine ausgewogene und langfristig orientierte Unternehmensstrategie mit dem Ziel, die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens zu sichern. Die Strategie berücksichtigt die Interessen der Kunden, des kommunalen Umfeldes, der Gesellschafter sowie der Mitarbeiter.

Wesentliche Elemente der strategischen Ausrichtung des ene-Konzerns spiegelt das Beteiligungsportfolio der KEV Energie GmbH wider.

Dezentrale Erzeugungskonzepte sowie eine Ausweitung von Energiedienstleistungen sind politisch erwünscht und werden gefördert. Insbesondere die Steigerung der Energieeffizienz in Industrie, Handel und Gewerbe wird durch die jüngsten gesetzlichen Entwicklungen verpflichtend. Ziel ist, am steigenden Bedarf an energieeffizienten und klimafreundlichen Versorgungskonzepten und der resultierenden Nachfrage an spezialisierten Dienstleistungen zu partizipieren.

Ein weiterer wichtiger Themenkomplex im Dienstleistungssegment ist die Planung von Anlagen in der technischen Gebäudeausrüstung. Neben Industrie, Handel und Gewerbe rückt hier zunehmend das kommunale Umfeld in den Vordergrund.

Die strategische Ausrichtung der KEV Schleiden GmbH wird im Wesentlichen durch die Ziele des Energiewirtschaftsgesetzes bestimmt, wodurch eine möglichst sichere, preisgünstige, verbraucherfreundliche, effiziente und umweltverträgliche leitungsgebundene Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität sichergestellt werden soll. Die KEV Schleiden GmbH bewirtschaftet dabei die Stromverteilnetze in den Netzgebieten der Kommunen Blankenheim, Dahlem, Heimbach, Hellenthal, Kall, Nettersheim und Schleiden sowie in Teilnetzgebieten der Städte Bad Münstereifel und Mechernich.

Die seit dem 1. Januar 2011 mit der Westnetz GmbH, Dortmund, erfolgreich bestehende Verpachtung dieses Verteilnetzes sowie die damit verbundene vertragliche Aufgabenteilung, führt zu Pacht- und Dienstleistungserlösen für das Stromnetz der KEV Schleiden GmbH.

Dafür stehen der Westnetz GmbH die Netznutzungserlöse sowie die Erlöse aus Messung und Abrechnung zu. Das Regulierungsmanagement wird von der Westnetz GmbH als Pächterin übernommen. Ergänzende Dienstleistungen zum Regulierungsmanagement sowie Berichtswesen, Monitoring und Regelkommunikation werden von der Verpächterin KEV Schleiden GmbH durchgeführt. Des Weiteren erfolgt die gesamte technische und kaufmännische Betriebsführung für das verpachtete Netz durch die KEV Schleiden GmbH.

2 Wirtschaftsbereich

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2018 um 1,5 Prozent höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat das Wachstum aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP jeweils um 2,2 Prozent gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,2 Prozent lag.¹

2.2 Branchenbezogene Rahmenbedingungen

Stromverbrauch

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland ging im Jahr 2018 verglichen mit dem Vorjahr um 3,5 Prozent auf 12.963 PJ (442,3 Mio. t SKE) zurück. Der absolute Rückgang betrug 477 PJ (16,3 Mio. t SKE). Damit sank der Primärenergieverbrauch auf das Verbrauchsniveau Anfang der 1970er Jahre. Die meisten Energieträger wiesen Rückgänge auf. Die Nutzung der Kernenergie nahm um 0,4 Prozent ab. Die Erneuerbaren zeigten in Summe einen Zuwachs von insgesamt 1,1 Prozent, Windenergie an Land und auf See konnte mit +5,6 Prozent einen guten Zuwachs verzeichnen. Die Solarenergie erzielte mit +16,5 Prozent ein deutliches Plus, die Nutzung der Geothermie nahm um 7,6 Prozent zu. Für den gesunkenen Energieverbrauch in Deutschland waren vor allem die gestiegenen Energiepreise, die milde und trockene Witterung sowie Verbesserungen bei der Energieeffizienz verantwortlich. Die verbrauchssteigernde Wirkung der Faktoren Konjunktur und Bevölkerungszuwachs trat angesichts der abgeschwächten wirtschaftlichen Entwicklung und des nur moderaten Bevölkerungszuwachses 2018 in den Hintergrund. Bereinigt um den Witterungseffekt lag der Verbrauch um 2,4 Prozent unter dem Niveau des Vorjahres.²

Gasverbrauch

Der Erdgasverbrauch in Deutschland nahm 2018 um ca. 1,6 Prozent auf 3.071 PJ (das entspricht 945 Mrd. kWh) ab. Dieser Rückgang liegt hauptsächlich im gesunkenen Erdgasverbrauch für Wärmezwecke begründet.³

Entwicklung des Wettbewerbs

Der Wettbewerb im Endkundenmarkt ist weiterhin dynamisch: Die kumulierte Wechselquote der Haushalte betrug im Oktober 2018 bei Strom knapp 44 Prozent und lag damit gut einen Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor. Auch im Erdgasmarkt wechseln die Kunden: Hier haben bis Oktober 2018 schon 34 Prozent der Haushalte mit eigenem Vertragsverhältnis mindestens einmal den Anbieter gewechselt. Ein Jahr zuvor waren es noch gut 33 Prozent.⁴

Preisentwicklung

Die Strompreise im Spotmarkt an der Strombörse haben im Jahresverlauf 2018 zugelegt und lagen im Jahresmittel bei 44,45 Euro/MWh (Phelix Day Base) gegenüber 34,19 Euro/MWh im Jahr 2017. Das entspricht einem Anstieg um 30 Prozent. Der mittlere Preis des Phelix Day Peak 2018 betrug 48,15 Euro/MWh (2017: 38,04 Euro/MWh) und legte damit um 27 Prozent zu.

Am Strom-Terminmarkt hat sich der ansteigende Trend des Jahres 2017 im Jahr 2018 fortgesetzt und sogar nochmal verschärft. Der durchschnittliche Preis 2018 für eine Jahreslieferung Grundlast-Produkt im Folgejahr (Phelix-Base-Year-Future) lag bei 43,92 Euro/MWh gegenüber 32,44 Euro/MWh im Vorjahr und war damit um durchschnittlich 35 Prozent höher.

Die Strompreise für Haushalte stiegen nur geringfügig um 0,6 Prozent an. Gestiegene Beschaffungskosten wurden teilweise durch gesunkene Netzentgelte kompensiert, Steuern, Abgaben und Umlagen blieben nahezu unverändert hoch. Ihr Anteil betrug 54 Prozent gegenüber 55 Prozent im Vorjahr.

Der durchschnittliche Erdgaspreis für Haushalte mit einem Jahresverbrauch von 20.000 kWh stieg 2018 um 1,4 Prozent an. Grund dafür sind ebenfalls gestiegenen Beschaffungskosten im Großhandel. Die Netzentgelte gingen leicht zurück, die Abgabenlast blieb in etwa unverändert. Der Anteil für Steuern und Abgaben lag 2018 bei 25 Prozent (20.000 kWh/a) bzw. 26 Prozent (80.000 kWh/a) P5F⁵

¹ Statistisches Bundesamt Pressemitteilung NR. 018 vom 15. Januar 2019

² BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2018, Veröffentlichung vom 27.03.2019

³ BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2018, Veröffentlichung vom 27.03.2019

⁴ BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2018, Veröffentlichung vom 27.03.2019

⁵ BDEW Entwicklung der Energieversorgung 2018, Veröffentlichung vom 27.03.2019

2.3 Geschäftsverlauf 2018

Für den ene-Konzern als regionaler Energieversorger war auch in 2018 das regionale Umfeld wichtigster Absatzmarkt für Strom, Erdgas und energienahe Dienstleistungen.

Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 478 GWh (Vj. 491 GWh).

Die Preise in der Grundversorgung der KEV Energie GmbH konnten in 2018 stabil gehalten werden. Im Geschäfts- und Industriekundensegment (Lieferstellen mit registrierender Leistungsmessung) wurden geänderte Umlagen und Aufschläge sowie angepasste Netznutzungsentgelte über entsprechende Preisanpassungsklauseln in den Verträgen im Markt weitergegeben. Die Absatzmenge ist bei den SLP-Kunden leicht um 0,3 % gestiegen.

Durch eine insgesamt gute Auftragslage einiger Schlüsselkunden ist die Stromverkaufsmenge bei leistungsgemessenen Geschäfts- und Industriekunden insgesamt gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Hierbei konnte die außerhalb des Grundversorgungsgebietes gelieferte Menge auf 104,0 GWh (Vj. 59,4 GWh) gesteigert werden.

Das Privat- und Gewerbekundensegment wird weiterhin stark vom Wettbewerbsumfeld beeinflusst. Durch gezielte Akquisemaßnahmen konnten Kunden zurückgewonnen werden, insgesamt bleibt ein positiver Saldo bei Kunden- und Mengenentwicklung. Im Raumheizungssegment (Wärmespeicherheizung, Wärmepumpen) sind die Verkaufsmengen aufgrund der mildereren Witterung während der Heizperiode im Vergleich zum Vorjahr leicht zurückgegangen.

Bezogen auf alle Liefersegmente des Unternehmens musste eine Mengenreduktion von 0,1 % hingenommen werden.

Tab. 2: Stromverkauf Mengenveränderungen nach Kundengruppen

Stromverkauf	2018 GWh	2017 GWh	Abweichung	
			GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	108,9	108,5	0,4	0,4
Kunden mit temperaturabhängigem Lastprofil (TLP)	17,4	17,9	-0,5	-2,8
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	184,5	184,7	-0,2	-0,1
Summe Stromverkauf	310,8	311,1	-0,3	-0,1

Im Jahresverlauf konnten weitere Gaslieferverträge im Privat- und Gewerbekundensegment gewonnen werden. Die Absatzmenge im Berichtsjahr betrug 17.930 MWh (Vj. 10.762 MWh).

2.4 Lage des Konzerns

Neben dem operativen Netzgeschäft der KEV Schleiden GmbH, dem Stromvertriebsgeschäft der KEV Energie GmbH und der Erbringung von Dienstleistungen inner- und außerhalb des Konzerns durch die ene selber, entwickeln sich die Aktivitäten der KEVER im Bereich der Projektierung von regenerativen Energieerzeugungsanlagen zunehmend zu einem weiteren wirtschaftlichen Standbein des ene-Konzerns.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage im abgelaufenen Geschäftsjahr als gut bezeichnet werden.

2.4.1 Ertragslage

Die Umsatzerlöse (ohne Strom- und Erdgassteuer) des Konzerns betragen im Berichtszeitraum 76.317 T€ (Vj. 77.344 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 3: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

	2018	2017 €
Grundversorgung/Tarifkunden	8.902.112,64	9.266.413,96
Sondervertragskunden	22.636.964,20	26.168.442,66
Sonstige Sonderverträge	16.008.293,91	15.842.782,05
Wärmespeicheranlagen	1.492.958,23	1.628.490,79
Wärmepumpen	1.067.026,41	1.025.770,92
Gaserlöse - Haushaltskunden	576.482,84	375.953,50
Gaserlöse - Sonderverträge	97.194,91	26.013,36
Vereinnahme Baukostenzuschüsse	415.877,65	456.316,66
Erlöse Netzverpachtung an Westnetz GmbH	16.715.527,19	16.289.622,64
Übrige	8.404.705,66	6.264.569,02
Gesamt	76.317.143,64	77.344.375,56

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Konzern-Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 7,5 % (Vj. 7,2 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 5.813 T€ (Vj. 5.570 T€).

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (KEV Schleiden GmbH) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Die in das betriebsführende Verteilnetz der KEV Schleiden GmbH eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 478 GWh (Vj. 491 GWh). Davon wurden 325 GWh (Vj. 327 GWh) aus erneuerbaren Energien in dieses Netz eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 68 % an der Gesamteinspeisung.

Insgesamt lag die Netznutzung bei 320 GWh (Vj. 324 GWh). Hinzu kamen 141 GWh (Vj. 147 GWh) Rückeinspeisung an die vorgelagerte Netzebene.

Bei den Stromkonzessionen des bisherigen Netzgebietes der KEV Schleiden GmbH gab es in 2018 keine Veränderungen.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Dortmund, erzielte der Konzern Erlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 16.716 T€ (Vj. 16.290 T€).

Energievertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebs des Konzerns (KEV Energie GmbH) nach Abzug von Stromsteuer betragen im Berichtszeitraum 50.182 T€ (Vj. 54.007 T€). Im SLP-Kundensegment haben sich die Erlöse um 0,8 % vermindert. Im Geschäfts- und Industriekundensegment verringerten sich die Erlöse um 13,5 %. Bei nahezu identischer Menge liegt der Grund in der Differenz darin, dass 4 Großkunden die Abrechnung der EEG-Umlage direkt mit dem Übertragungsnetzbetreiber Amprion abwickelten.

Die Umsatzerlöse aus dem Gasvertrieb betragen insgesamt nach Abzug der Erdgassteuer 676 T€ (Vj. 404 T€).

2.4.2 Finanz- und Vermögenslage

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 4: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2018	2017	Veränderung
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit	4.660	13.047	-8.387
Cash Flow aus Investitionstätigkeit	-1.941	-1.599	-342
Cash Flow aus Finanzierungstätigkeit	-6.446	-5.072	-1.374
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-3.727	6.375	-10.102
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	10.996	4.621	6.375
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	7.269	10.996	-3.727

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2018 einen positiven Cash Flow in Höhe von 4.660 T€ (Vj. 13.047 T€). Im Saldo hat sich der Bestand an liquiden Mitteln von 10.996 T€ auf 7.269 T€, im Wesentlichen durch die Erhöhung von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und Veränderung der Verbrauchabgrenzung, vermindert. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war

zu jedem Zeitpunkt gegeben. Die Beteiligungen KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 68,9 % abgeschrieben. Die Anlagenintensität beträgt 60,6 %. Die Konzern-Bilanzsumme erhöhte sich um 4.990 T€ auf 61.791 T€. Kompensierende Effekte ergaben sich aus der Abnahme der flüssigen Mittel von 3.727 T€. Die Eigenkapitalquote des Konzerns beträgt 38,5 % (Vj. 38,0 %).

2.5 Leistungsindikatoren

2.5.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmensteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzerlöse sowie Jahres- bzw. Konzernüberschuss und Cash Flow. Die Cash Flows sind in dem Abschnitt Finanzlage dargestellt. Das Controlling der ene stellt dem Management in einem regelmäßigen Reporting und in Prognoserechnungen sowie in darüber hinausgehenden Analysen ein umfassendes Bild der aktuellen wirtschaftlichen Situation sowie der zukünftigen Entwicklung bereit.

Im Konzern lag die Umsatzrendite 2018 bei 7,5 % (Vj. 6,7 %). Die Nettorendite in Bezug auf das eingesetzte Kapital lag in 2018 bei 9,3 % (Vj. 9,2 %).

2.5.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Als nicht finanzielle Leistungsindikatoren eruiieren wir die Kundenzufriedenheit durch regelmäßige Rückfragen bei unseren Kunden.

Die Kundenzufriedenheit und Qualität unserer Leistungen hängt wesentlich von der Qualifikation unserer Mitarbeiter/innen ab. Damit wir weiterhin qualifizierte Mitarbeiter/innen an unser Unternehmen binden können, haben wir in 2018 Personalentwicklungsmaßnahmen und die Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen fortgeführt.

Seit dem Jahre 2013 sind wir von der Bertelsmann-Stiftung als familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 Gemeindeordnung NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Der ene-Konzern erfüllt im Kreisgebiet einen öffentlichen Zweck durch den Betrieb des Stromverteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb regenerativer Stromerzeugungsanlagen und die Erzeugung erneuerbarer Energien in diesen Anlagen.

4 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 146 Mitarbeiter (Vj. 148) inklusive Auszubildende.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

ohne Geschäftsführung, nach HGB § 267 und Auszubildende (zum 31.12.2018)

	2018	2017	Veränderung	
Konzern	Personen	Personen	Personen	[%]
Mitarbeiter	147	146	1	0,7
davon Teilzeit	21	25	-4	-16
davon Altersteilzeit	9	10	-1	-10
Mitarbeiter nach Gesellschaften	Personen	Personen	Personen	[%]
ene GmbH & Co. KG	21	21	0	0
KEV GmbH	109	109	0	0
KEV Energie GmbH	17	16	1	6,3
Auszubildende nach Gesellschaften	Personen	Personen	Personen	[%]
ene GmbH & Co. KG	3	3	0	0
KEV GmbH	15	14	1	7,1
KEV Energie GmbH	0	0	-	-

5 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

5.1 Risikobericht

5.1.1 Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem ist konzernumfassend in die Aufbau- und Ablauforganisation integriert und gewährleistet so weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems identifizieren, dokumentieren und bewerten wir potenzielle Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und -ausprägung analysiert.

Die folgende Tabelle skizziert die Risikoportfolio-Matrix – nach Umsetzung von Risikobegrenzungsmaßnahmen – bestehend aus den Dimensionen Eintrittswahrscheinlichkeit des potenziellen Schadens (in %) und erwartete Schadenshöhe (in Mio. €). Die Festlegung der Wesentlichkeitsgrenze erfolgt in Abhängigkeit des Betrieblichen Ergebnisses (BE).

Risikoportfolio

Schadenshöhe ↑	existenzbedrohend ab 50 % des EK	H	H	H	H
	schwerwiegend ab 50 % des BE	B/H	H	H	H
	gravierend ab 20 % des BE	B/H	B/H	H	H
	mittel ab 10 % des BE	Ü	B/H	B/H	H
	gering bis 10 % des BE	Ü	Ü	B/H	B/H
		niedrig bis 10 %	mittel bis 20 %	hoch bis 50 %	sehr hoch ab 50 %

Eintrittswahrscheinlichkeit
→

H = dringender Handlungsbedarf
 B/H = beobachten, evtl. handeln
 Ü = überwachen
 EK = Eigenkapital laut Handelsbilanz
 BE = betriebliches Ergebnis
 = (Umsatzerlöse+ akt. Eigenleistungen+ sbE - Materialaufwand-Personalaufwand
 - Abschreibungen-sbA)
 sbE = sonstige betriebliche Erträge
 sbA = sonstige betriebliche Aufwendungen

Den erkennbaren Risiken wird, soweit handelsrechtlich zulässig, durch Bildung angemessener Rückstellungen sowie durch ausreichenden Versicherungsschutz Rechnung getragen. Darüber hinaus sind sämtliche Einzelrisiken als nicht wesentlich und zur Überwachung eingestuft.

Der Risikobestand des Konzerns weist per 31. Dezember 2018 insgesamt über alle Gesellschaften 12 Risiken aus. Neben den allgemeinen Vertriebsrisiken sind Markt- sowie Beschaffungsrisiken abgebildet. Dabei ergibt sich folgende Risikoverteilung:

Risikoklasse	2018
	Anzahl
H	0
B/H	2
Ü	10

Im Rahmen des Risikomanagements wurden kein Risiken mit dringendem Handlungsbedarf identifiziert.

5.1.2 Chancen und Risiken

Die starke Position der KEV Energie GmbH im Grundversorgungsgebiet bietet Chancen, über die klassische Rolle als reiner Energielieferant, im Verbund mit der ene verstärkt Energieberater und Energiedienstleister zu sein.

Die aktive Mitgestaltung der Energiewende, welche wir mit unserer Beteiligungsgesellschaft KEVER, insbesondere beim Bau von Windenergieanlagen in der Region vorantreiben wollen, stellt einen wesentlichen Eckpfeiler unserer Strategie dar. Als Chance sehen wir die zukünftigen Entwicklungen der Strompreise in Deutschland und die daraus erwachsenden Möglichkeiten, den mit den von uns entwickelten Projekten erzeugten Strom auch außerhalb des EEG zu Marktpreisen verkaufen zu können. Hier bietet sich speziell im Privat- und Gewerbekundensegment die Vermarktung von attraktiven Produkten – z.B. Umsetzung von Bürgerstrommodellen in Kooperation mit regionalen regenerativen Erzeugungsanlagen – an. Mit der Region verbundene Kunden können so langfristig gebunden werden. Wir sehen hier auch gute Chancen, als reiner Dienstleister für energiewirtschaftliche Prozesse (Portfoliobewirtschaftung, Marketing- und Vertriebsleistungen, Kundenwechselmanagement, Call- und Billingleistungen usw.) für Projektgesellschaften (z.B. Bürgerwindparks) zu agieren.

Die für den ene-Konzern aus heutiger Betrachtung wesentlichen Risikofelder, die die Geschäftsentwicklung und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage beeinflussen können, stellen sich wie folgt dar:

Risiken betreffen neben der ene insbesondere die beiden Tochtergesellschaften KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH.

Branchenspezifische Risiken

- Risiken aus regulatorischen und rechtlichen Risiken aufgrund äußerer Eingriffe wie Gesetzesänderungen und behördlichen Maßnahmen (Risikoklasse B/H)
- Wettbewerbsrisiken, die durch die Öffnung der Energiemärkte bedingt sind und die aus einhergehender Veränderung des Kundenbestandes und der Kundenbindung resultieren (Risikoklasse Ü)
- Höchststrichterliche Entscheidungen können zu Sonderkündigungsrechten und Rückforderungsansprüchen führen (Risikoklasse Ü)

Ertragsorientierte Risiken

- Kredit- und Forderungsausfallrisiken, die sich aus unseren Geschäftsbeziehungen mit Kunden und Lieferanten ergeben (Risikoklasse Ü)
- Insolvenzrisiken von Geschäftskunden und dadurch mögliche Rückforderungsansprüche durch den Insolvenzverwalter (Risikoklasse Ü)
- Wegfall von Tarifikunden (Risikoklasse Ü)
- Preisschwankungen bei der Energiebeschaffung (Risikoklasse Ü)
- Mengenrisiken bei der Beschaffung (Risikoklasse Ü)

Betriebsrisiken

- Systemausfälle der EDV können zu fehlerhaften Prognosen bei der Beschaffung und damit zu zusätzlichen Ausgleichsenergiekosten führen (Risikoklasse B/H)
- Systemausfälle der EDV können zur fehlerhaften Bewirtschaftung des Netzes und zu Schadensersatzansprüchen führen (Risikoklasse Ü)
- Imageschaden (Risikoklasse Ü)

Wirtschaftliche Risiken

- Risiken die sich aus dem Beteiligungsportfolio ergeben können (Risikoklasse Ü)

Im Rahmen des etablierten Risikofrüherkennungssystems ergab sich im Geschäftsjahr 2018 weder aus Einzelrisiken noch aus der Gesamtbetrachtung eine Bestandsgefährdung für den ene-Konzern.

5.2 Prognosebericht

5.2.1 Ausblick

Konjunktur

Mit einem Wachstum von 1,4 Prozent im Jahr 2018 ist die deutsche Wirtschaft das neunte Jahr in Folge gewachsen, allerdings hat die Wachstumsdynamik an Schwung verloren.

Gegenüber dem Vorjahresquartal beträgt das Wachstum immerhin noch 0,9 Prozent. Positive Impulse kamen weiterhin aus dem Inland: Sowohl die Investitionen als auch privater und staatlicher Konsum haben im 4. Quartal 2018 zugelegt.

Für das Jahr 2019 geht die Bundesregierung aktuell von einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 Prozent aus.¹

Verteilnetz

Zur Stabilisierung der Ergebnisse hat die KEV Schleiden GmbH das Pacht- und Dienstleistungsverhältnis mit der Westnetz GmbH vom 1. Januar 2016 bis zum 31. Dezember 2020 abgeschlossen.

Energievertrieb

Der Entwicklung im „heimischen“ Stromgeschäft wird durch verstärkte Akquise von Strommengen außerhalb des Grundversorgungsgebietes entgegen gewirkt. Durch Neukunden im Geschäfts- und Industriekundensegment können auslaufende und nicht verlängerte Vertragsmengen nahezu ausgeglichen werden. Die Stromverkaufsmenge außerhalb des Grundversorgungsgebietes prognostizieren wir für 2019 auf ca. 111,4 GWh (2018: 111,9 GWh). Trotz weiter rückläufiger Kundenzahlen und Verkaufsmengen im Privat- und Gewerbekundensegment rechnen wir für 2019 mit einem Letztverbraucherabsatz Strom leicht über Vorjahresniveau.

Die Preise in der Grundversorgung Strom konnten über den Jahreswechsel 2018/2019 stabil gehalten werden. Im Jahr 2019 soll das Gasvertriebsgeschäft weiter ausgebaut werden.

Bei den Beteiligungsergebnissen SPK, SPH, NER und BWP Schleiden KG werden für 2019 Erträge auf Basis der zum Zeitpunkt der jeweiligen Investitionsentscheidung vorliegenden Business-Cases der Projektgesellschaften erwartet. In den kommenden Jahren gehen wir von stabilen Erträgen aus diesem Beteiligungseingagement aus.

Dienstleistungsgeschäft

Das Geschäft der ene ist neben den Beteiligungserträgen nach wie vor durch die Dienstleistungen der ene für den Bauplan (Investitionsprojekte und Instandhaltungsmaßnahmen) der KEV Schleiden GmbH sowie kaufmännischen und technischen Betriebsführungen der regenerativen Projektgesellschaften geprägt.

Es werden verminderte Umsatzerlöse im Dienstleistungsgeschäft (Anlagenbau, Beleuchtungstechnik, TGA-Planung) erwartet.

¹ BDEW Konjunktur und Energieverbrauch, Veröffentlichung vom 13.03.2019

Das Geschäftsfeld mit der Dienstleistung „Windanlagenservice“ das in 2017 gestartet wurde, entwickelt sich weiterhin sehr positiv. Der Vertrag umfasst die Wartung der Windenergieanlagen des Herstellers Enercon in der Region. Wir gehen hier von steigenden Umsatzerlösen aus.

E-Mobilität ist ein Trend in die Zukunft. Die ene baut die Ladeinfrastruktur in der Region kontinuierlich aus. Die Anzahl der installierten öffentlichen Ladepunkte wurde in 2018 auf 35 erweitert. Hierzu hat die ene öffentliche Fördermittel im Rahmen eines Förderprogramms des BMWi und des Landes erhalten.

5.2.2 Ergebnisprognose

Der Konzern hatte für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Ertragsteuern von rd. 4.119 T€ geplant. Das tatsächliche Ergebnis vor Steuern liegt bei 7.528 T€. Dabei wurde das Ergebnis insbesondere durch folgende Effekte beeinflusst:

- Ergebnisverbesserungen im operativen Geschäft
- Auflösung von Rückstellungen/Rechnungsabgrenzung

Die Umsatzerlöse werden sich in 2019 auf ca. 76.000 T€ belaufen.

Für das Jahr 2019 wurde ein Ergebnis vor Ertragsteuern von ca. 5.000 T€ prognostiziert.

Es ist geplant die Konzerngesellschaften KEV Energie GmbH und ene rückwirkend zum 01. Januar 2019 auf die e-regio GmbH & Co. KG zu verschmelzen.

Kall, 31. März 2019

(Markus Böhm, Geschäftsführer)

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
ene GmbH & Co. KG	18	18	16	
davon:	3	3	3	Teilzeitkräfte
	3	3	2	Auszubildende
ene Konzern	146	148	146	Beschäftigte zum 31.12.
davon:	21	23	22	Teilzeitkräfte
	16	16	15	Auszubildende
enb	0	0	0	kein eigenes Personal

H) Kennzahlen

./.

8.2 Beteiligungen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Die ene und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden.

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in den Gesellschafterversammlungen der Tochterunternehmen. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

Bei den mittelbaren Beteiligungen der ene wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Von einer ausführlichen Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH (Windpark Düshorner Heide)
 - RWE Innogy Windpark GmbH (Windpark Titz)
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll Verwaltungs-GmbH
- EWP Eifel-Windpark Ormont-Stadtkyll GmbH & Co. KG

8.2.1 Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550 €	2,50 %
Innogy SE	77.550 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	2.944.900 €	95,00 %
Summe	3.100.000 €	100,00 %

nachrichtlich:

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte durch den Kreis Euskirchen und die innogy SE im ersten Schritt die Einlage der Minderheitsanteile an der Gesellschaft in die ene. Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister am 01.10.2019. Nach Verschmelzung der ene auf die e-regio stellen sich die Beteiligungsverhältnisse wie folgt dar:

Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter ab 01.10.2019	Stammkapital	Anteil
e-regio GmbH & Co. KG	3.100.000 €	100,00 %
Summe	3.100.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Franz-Josef Nießen	CDU	Franz Cremer	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Helmut Kläßen

Bezüge 2018
137.431,32 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	262.463	518.545	674.510	-256.082
Sachanlagen	25.787.142	25.795.235	26.257.323	-8.093
Finanzanlagen	27.343	25.589	28.555	1.754
	26.076.948	26.339.369	26.960.388	-262.421
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.523.507	1.428.465	3.434.750	4.095.041
Liquide Mittel	220.414	2.378.062	100.285	-2.157.648
	5.743.920	3.806.527	3.535.035	1.937.393
C Rechnungsabgrenzungsposten	77.042	113.148	100.999	-36.106
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung	0	744	242.308	-744
Summe Aktiva	31.897.911	30.259.788	30.838.731	1.638.123
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.100.000	3.100.000	3.100.000	0
Kapitalrücklage	8.397.955	8.397.955	8.397.955	0
Gewinnrücklagen	4.599.791	4.599.791	4.599.791	0
	16.097.746	16.097.746	16.097.746	0
B Sonderposten	483.381	750.362	1.065.399	-266.981
C Rückstellungen	9.536.444	8.778.972	8.094.969	757.472
D Verbindlichkeiten	3.894.166	2.752.880	3.833.292	1.141.287
E Rechnungsabgrenzungsposten	1.886.173	1.879.828	1.747.324	6.345
Summe Passiva	31.897.911	30.259.788	30.838.731	1.638.123

Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	20.469.597	19.607.010	22.388.981	862.588
2	Sonstige betriebliche Erträge	568.560	151.971	529.212	416.589
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	3.989.116	3.304.018	5.971.509	685.098
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	23.654	9.357	30.863	14.297
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	3.965.462	3.294.662	5.940.645	670.801
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.902.863	6.438.022	7.163.735	464.841
a)	Löhne und Gehälter	5.472.835	5.175.104	5.571.993	297.730
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.430.029	1.262.918	1.591.742	167.111
5	Abschreibungen	2.735.758	2.579.364	2.296.176	156.394
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	6.069.842	4.767.384	5.327.821	1.302.458
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	18	9	171	9
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	209.207	227.025	256.245	-17.817
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	-3.409	
10	Ergebnis nach Steuern	1.131.389	2.443.176	1.906.286	-1.311.788
11	Sonstige Steuern	22.092	222.035	21.755	-199.943
12	Gewinnabführung	1.109.296	2.221.141	1.884.532	-1.111.845
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	108	110	111	

H) Kennzahlen**Geschäftsjahr**

	2018	2017	2016	Erläuterung
Eingespeiste Strommenge	478	491	471	GWh - bezogen auf das Netz-Bilanzierungsgebiet der KEV
ÜNB	153	164	170	GWh - Übertragungsbetzbetreiber (ÜNB)
Lieferung ÜNB in %	32,0	33,4	36,1	
davon:				
dezentrale Einspeisung	326	327	301	GWh - gem. EEG und KWKG
dezentrale Einspeisung in %	68,0	66,6	64,0	
Netznutzung	320	324	329	Abweichung zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Minder-mengen und Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung				
Händler KEV Energie	198	244	247	GWh - im Netz-Bilanzierungsgebiet der KEV
übrige Händler	122	80	82	GWh

8.2.2 KEV Energie GmbH

A) Ziele der Beteiligung

Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500 €	2,50 %
Innogy SE	7.500 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	285.000 €	95,00 %
Summe	300.000 €	100,00 %

nachrichtlich:

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte durch den Kreis Euskirchen und die innogy SE im ersten Schritt die Einlage der Minderheitsanteile an der Gesellschaft in die ene. Schritt 2 der Umsetzung führte zur Verschmelzung der KEV Energie GmbH mit allen Rechten und Pflichten auf die ene. Die KEV Energie geht mit Eintragung ins Handelsregister zum 01.10.2019 als selbständiger Rechtsträger unter.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung

Die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter vertritt die ene in der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung bzw. der von der Gesellschaft bevollmächtigte Vertreter die vorherige Zustimmung des Aufsichtsrates der ene einzuholen.

Die KEV Energie GmbH wird in den Gesellschafterversammlungen der Beteiligungsgesellschaften durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied

Thilo Waasem

CDU

Stellvertreter

Dominik Schmitz

SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Markus Böhm

Bezüge 2018

152.190,30 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEV Energie GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	6.947	25.675	36.768	-18.728
Sachanlagen	418.610	435.284	477.629	-16.674
Finanzanlagen	2.956.341	2.957.185	2.958.029	-844
	3.381.898	3.418.143	3.472.425	-36.246
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	7.864.863	3.955.622	3.450.130	3.909.241
Liquide Mittel	1.677.272	1.480.999	3.159.418	196.273
	9.542.135	5.436.621	6.609.548	4.105.514
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.421			1.421
D Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	3.092	1.560	0	1.532
Summe Aktiva	12.928.546	8.856.325	10.081.974	4.072.221
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Kapitalrücklage	157.115	157.115	157.115	0
	457.115	457.115	457.115	0
B Rückstellungen	1.055.526	719.807	735.850	335.719
C Verbindlichkeiten	11.415.905	7.679.403	8.889.009	3.736.502
Summe Passiva	12.928.546	8.856.325	10.081.974	4.072.221

KEV Energie GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	54.055.318	55.077.486	52.414.412	-1.022.167
2	Sonstige betriebliche Erträge	348.347	176.137	128.524	172.210
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	46.221.303	49.460.521	45.997.599	-3.239.218
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	27.235.751	31.182.829	28.545.096	-3.947.078
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	18.985.552	18.277.692	17.452.504	707.860
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.488.437	1.113.815	1.132.372	374.622
a)	Löhne und Gehälter	986.108	892.020	911.503	94.088
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	502.329	221.795	220.869	280.534
5	Abschreibungen	44.942	65.951	43.902	-21.009
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.744.292	2.631.379	2.470.429	112.913
7	Erträge aus Beteiligungen	480.662	347.729	1.035.088	132.934
	davon aus verbundenen Unternehmen	15.169	4.979	23.373	10.190
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	12.597	7.250	8.541	5.347
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.909	5.507	5.033	1.402
	davon an verbundene Unternehmen	2.317	1.695	1.181	622
10	Ergebnis nach Steuern	4.391.042	2.331.429	3.937.231	2.059.613
11	Sonstige Steuern	9.486	11.005	12.113	-1.519
12	Gewinnabführung	4.381.556	2.320.423	3.925.118	2.061.133
13	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	17	17	17	

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Stromverkauf	310,8	311,1	289,3	GWh
Gasverkauf	17,9	10,8	2,3	GWh

Über die **Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH** wird nachstehend unter den Gliederungsnummern 8.2.2.1 bis 8.2.2.6 berichtet.

nachrichtlich:

Im Rahmen der Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio (vgl. Nr. 8.1) erfolgte nach Verschmelzung der KEV Energie GmbH auf die ene die Verschmelzung der ene auf die e-regio zum 01.10.2019. In den nachstehenden Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH ist die e-regio zum 01.10.2019 in den Gesellschafterstatus der KEV Energie GmbH eingetreten.

Bei der Berichterstattung zu den Beteiligungsgesellschaften der KEV Energie GmbH wurden aus Gründen der Übersichtlichkeit die Auswirkungen aus der Fusion zwischen ene und e-regio nicht dargestellt. Eine ausführliche Berichterstattung erfolgt im nächsten Beteiligungsbericht.

8.2.2.1 KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

A) Ziele der Beteiligung

Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und/oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250 €	49,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Beteiligungsgesellschaft der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH:

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	25.000 €	100,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat der Veräußerung der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH an die KEV Energie GmbH sowie dem Erwerb der gesamten Geschäftsanteile (100 %) der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH durch die KEV Energie GmbH von der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH jeweils zum Nennwert von 25.000 € zugestimmt (V 476/2018). Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18.06.2019.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene. Gleiches gilt für die mittelbaren Beteiligungen der KEV Energie GmbH.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Geschäftsführung

Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Bezüge.

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH
Geschäftsführung
Markus Mertgens

Die Geschäftsführung erhält für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr keine Bezüge.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.241	1.466	1.691	-225
Finanzanlagen	25.000	25.000	25.000	0
	26.241	26.466	26.691	-225
B Umlaufvermögen				
Vorräte	252.172	0	0	252.172
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	356.970	461.234	1.585.934	-104.264
Liquide Mittel	1.703.537	2.485.730	75.805	-782.193
	2.312.679	2.946.964	1.661.739	-634.286
Summe Aktiva	2.338.920	2.973.430	1.688.430	-634.511
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Kapitalrücklage	400.000	400.000	400.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	1.218.045	496.412	255.578	721.633
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	23.921	721.633	240.833	-697.712
	1.666.966	1.643.045	921.412	23.921
B Rückstellungen	154.601	372.754	65.670	-218.153
C Verbindlichkeiten	517.353	957.631	701.348	-440.278
Summe Passiva	2.338.920	2.973.430	1.688.430	-634.511

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	488.315	2.521.331	2.310.965	-2.033.015
2	Bestandsveränderungen	252.172	0	-190.671	252.172
3	Sonstige betriebliche Erträge	41.305	41.693	40.605	-388
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	406.606	1.138.606	1.523.101	-732.000
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	578	504	50	74
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	406.028	1.138.102	1.523.051	-732.074
5	Abschreibungen	225	225	187	
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	394.664	362.492	302.567	32.172
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.257	0	0	4.257
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	513	0	0	513
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-39.879	340.068	94.211	-379.947
10	Ergebnis nach Steuern	23.921	721.633	240.833	-697.712
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	23.921	721.633	240.833	-697.712

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.567	4.502	21.717	1.065
Liquide Mittel	34.629	31.875	25.297	2.754
	40.197	36.377	47.014	3.819
Summe Aktiva	40.197	36.377	47.014	3.819
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	4.760	3.328	1.187	1.432
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.503	1.432	2.141	71
	31.263	29.760	28.328	1.503
B Rückstellungen	3.082	3.670	2.592	-588
C Verbindlichkeiten	5.852	2.947	16.094	2.905
Summe Passiva	40.197	36.377	47.014	3.819

Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	18.962	18.083	18.245	880
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	17.177	16.383	15.703	14.122
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	283	268	401	15
4	Ergebnis nach Steuern	1.503	1.432	2.141	71
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.503	1.432	2.141	71

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

8.2.2.2 Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900 €	49,00 %
Summe	310.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Der Kreistag hat die beabsichtigten Änderungen des Gesellschaftsvertrages zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter in den jeweiligen Gremien des Konzerns Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	5.079.894	5.483.428	5.886.962	-403.534
	5.079.894	5.483.428	5.886.962	-403.534
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	19.711	236.327	230.980	-216.617
Liquide Mittel	979.604	599.915	643.700	379.690
	999.315	836.242	874.680	163.073
Summe Aktiva	6.079.209	6.319.670	6.761.642	-240.461
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	310.000	310.000	310.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	87.081	29.742	9.762	57.338
	397.081	339.742	319.762	57.338
B Rückstellungen	125.853	64.500	64.882	61.353
C Verbindlichkeiten	5.556.275	5.915.428	6.376.998	-359.153
Summe Passiva	6.079.209	6.319.670	6.761.642	-240.461

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	919.449	836.559	820.662	82.891
2	Sonstige betriebliche Erträge	20.473	4.310	2.084	16.163
3	Materialaufwand, davon:	37.717	25.664	14.859	12.053
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.556	4.847	3.576	-291
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	33.162	20.817	11.283	12.344
4	Abschreibungen	403.534	403.534	403.534	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	98.174	94.583	96.435	3.591
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	2.370	3.312	2.315	-941
	davon aus verbundenen Unternehmen	2.317	1.695	1.181	622
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	245.650	260.421	274.873	-14.771
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	70.137	30.236	25.598	39.901
9	Ergebnis nach Steuern	87.081	29.742	9.762	57.338
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	87.081	29.742	9.762	57.338

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Erzeugte Energie	4.274,5	3.930,0	3.887,6	MWh

8.2.2.3 Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000 €	25,00 %
Summe	200.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Der Kreistag hat die beabsichtigten Änderungen des Gesellschaftsvertrages zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter in den jeweiligen Gremien des Konzerns Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

Finanzbeziehung zu	Produkt/ Kostenträger	erhaltene Zahlungen (nach Steuern)		
		2018	2017	2016
Kreis	120 54702	26.583 €	14.305 €	41.438 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliches Mitglied

Franz Cremer

SPD

Stellvertreter

Hans-Peter Wasems

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.275.341	1.271.421	1.361.169	3.920
	1.275.341	1.271.421	1.361.169	3.920
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	26.269	7.403	11.491	18.866
Liquide Mittel	141.841	217.144	199.490	-75.302
	168.111	224.547	210.980	-56.437
Summe Aktiva	1.443.452	1.495.968	1.572.149	-52.517
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	200.000	200.000	200.000	0
Kapitalrücklage	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	30.455	35.444	31.667	-4.989
	230.455	235.444	231.667	-4.989
B Rückstellungen	61.700	38.300	40.800	23.400
C Verbindlichkeiten	1.151.297	1.222.224	1.299.682	-70.928
Summe Passiva	1.443.452	1.495.968	1.572.149	-52.517

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	246.029	225.587	217.669	20.442
2	Sonstige betriebliche Erträge	367	0	0	367
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	9.715	7.724	3.105	1.991
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2.846	616	742	2.230
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	6.870	7.109	2.363	-239
4	Abschreibungen	90.934	89.748	89.748	1.186
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	49.204	47.297	46.897	1.907
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	36.604 0	36.280 0	38.152 0	324
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	29.485	9.095	8.100	20.390
8	Ergebnis nach Steuern	30.455	35.444	31.667	-4.989
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	30.455	35.444	31.667	-4.989

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Erzeugte Energie	1.099,4	1.014,0	986,3	MWh

8.2.2.4 Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	120.000 €	33,33 %
eegon - Eifel-Energiegenossenschaft eG	120.000 €	33,33 %
Stadt Schleiden	120.000 €	33,33 %
Summe	360.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung zugestimmt.

Der Kreistag hat dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG und dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus der v. g. Gesellschaft zugestimmt (V 476/2018). Der Kreistag hat die beabsichtigten Änderungen des Gesellschaftsvertrages zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter in den jeweiligen Gremien des Konzerns Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Umsetzung erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister im Juni 2019.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine feste jährliche Haftungsvergütung in Höhe von 2.500,00 Euro zzgl. einer jährlichen Indizierung von 1,5 %, die jeweils zum Ende eines Geschäftsjahres zu zahlen ist.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	2.666.942	2.848.779	3.030.616	-181.837
	2.666.942	2.848.779	3.030.616	-181.837
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	14.280	10.031	19.674	4.249
Liquide Mittel	540.700	473.692	452.451	67.008
	554.980	483.723	472.126	71.257
Summe Aktiva	3.221.922	3.332.502	3.502.742	-110.580
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	360.000	360.000	360.000	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	92.131	84.305	79.256	7.825
	452.131	444.305	439.256	7.825
B Rückstellungen	61.284	40.040	69.440	21.244
C Verbindlichkeiten	2.708.507	2.848.157	2.994.046	-139.650
Summe Passiva	3.221.922	3.332.502	3.502.742	-110.580

Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	490.105	459.236	445.886	30.869
2	Sonstige betriebliche Erträge	162	576	1.365	-415
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	17.387	15.554	7.910	1.833
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	4.349	2.090	2.803	2.258
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	13.038	13.464	5.108	-426
4	Abschreibungen	181.837	181.837	181.837	
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	71.738	69.635	66.527	2.103
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	84.331	86.185	90.586	-1.855
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	42.844	22.295	21.140	20.548
8	Ergebnis nach Steuern	92.131	84.305	79.256	7.825
9	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	92.131	84.305	79.256	7.825

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Erzeugte Energie	2.011,9	1.905,9	1.875,1	MWh

8.2.2.5 BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG

A) Ziele der Beteiligung

Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz oder Anlagen zur mittelbaren oder unmittelbaren Speicherung sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Erzeugungsanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse auf dem Gebiet der Stadt Schleiden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft ist kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllt im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	2.406.200 €	42,81 %
PE Becker GmbH	2.293.800 €	40,81 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	520.000 €	9,26 %
Stadt Schleiden	400.000 €	7,12 %
Summe	5.620.000 €	100,00 %

nachrichtlich:

Mit Beschluss des Kreistages vom 04.12.2013 (D 12/2013) wurde bereits die Ermächtigung zur sukzessiven Veräußerung der Kommanditanteile der KEV Energie GmbH an der "Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG" an neu hinzukommende Kommanditisten mit Ausnahme eines bei der KEV Energie GmbH verbleibenden Sockelbetrages von 500 T€ erteilt.

In 2019 erfolgte die Veräußerung weiterer Anteile durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Schleiden und die eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG.

Die Beteiligungsverhältnisse stellten sich anschließend wie folgt dar:

Komplementärin: BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	1.882.700 €	33,5 %
PE Becker GmbH	1.770.300 €	31,5 %
eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG	1.405.000 €	25,0 %
Stadt Schleiden	562.000 €	10,0 %
Summe	5.620.000 €	100,0 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe hierzu Ausführungen zur Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Nr. 8.1)

E) Zusammensetzung der Organe

Die KEV Energie GmbH wird in der Gesellschafterversammlung der BWP – Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG durch die Geschäftsführung vertreten. In grundsätzlichen Angelegenheiten (z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung des Geschäftsführers) hat die Geschäftsführung die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen. Diese Entscheidungen bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrates der ene.

Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

b) Geschäftsführung

BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH

Die Geschäftsführung erhält lt. Gesellschaftsvertrag eine Haftungsvergütung i. H. v. 6 % des zum Ende des Geschäftsjahres bei der BWP – Bürgerwindpark Schleiden Verwaltungs-GmbH bestehenden Eigenkapitals.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	23.580.426	25.601.653	27.629.909	-2.021.227
	23.580.426	25.601.653	27.629.909	-2.021.227
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	746.834	814.146	804.867	-67.312
Liquide Mittel	3.887.309	4.511.223	3.968.888	-623.914
	4.634.143	5.325.369	4.773.754	-691.226
Summe Aktiva	28.214.569	30.927.022	32.403.663	-2.712.453
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Kapitalanteile	5.620.000	5.620.000	5.620.000	0
Rücklagen	0	0	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	410.721	1.000.891	721.801	-590.171
	6.030.721	6.620.891	6.341.801	-590.171
B Rückstellungen	189.485	241.116	73.270	-51.631
C Verbindlichkeiten	21.992.984	24.059.250	25.979.180	-2.066.266
D Passive Latente Steuern	1.379	5.764	9.412	-4.385
Summe Passiva	28.214.569	30.927.022	32.403.663	-2.712.453

Bürgerwindpark Schleiden GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.583.673	4.647.619	3.091.202	-63.947
2	Sonstige betriebliche Erträge	14.452	376.473	1.632.124	-362.021
3	Materialaufwand, davon:	661.419	282.690	232.159	378.729
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	9.839	6.249	8.241	3.590
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	651.580	276.441	223.918	375.139
4	Abschreibungen	1.981.227	1.982.554	1.985.838	-1.327
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	695.399	711.632	759.756	-16.234
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	28	17	-28
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	728.644	783.746	833.761	-55.102
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	120.715	262.606	190.029	-141.891
9	Ergebnis nach Steuern	410.721	1.000.891	721.801	-590.171
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	410.721	1.000.891	721.801	-590.171

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Erzeugte Energie	45.871,2	50.009,3	46.460,8	MWh

8.2.2.6 ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH

Der Kreistag hat am 12.12.2018 das geplante Vorgehen zu den Anpassungen in den Beteiligungsstrukturen der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) bzw. der KEV Energie GmbH zur Kenntnis genommen und der Umsetzung nach Maßgabe des Entwurfs des Gesellschaftsvertrags der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH zugestimmt.

Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH an der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH unter Übernahme eines Geschäftsanteils von 25.000 € (100 %), dem Eintritt der ESP Eifel Sun Park Verwaltungs-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – in die Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG, die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG und die Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG sowie dem Austritt der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin – Komplementärin – aus den v. g. Gesellschaften zugestimmt (V 476/2018). Der Kreistag hat die beabsichtigten Änderungen der Gesellschaftsverträge zustimmend zur Kenntnis genommen und die Vertreter in den jeweiligen Gremien des Konzerns Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Eintragungen ins Handelsregister erfolgten am 18.06.2019.

8.2.3 EWP Verwaltungs-GmbH / EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG / EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 10.07.2019 der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € (bis zu 50%) zugestimmt. Die prozentuale Beteiligung kann sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt von weiteren Kommanditisten zur „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenfalls von der Zustimmung erfasst ist eine etwaige spätere Veräußerung von Kommanditeilen der ene an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten bis auf eine bei der ene verbleibende Sockelkommanditeinlage in Höhe von 360 T€. Der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) an der „EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 400.000 € (bis zu 50%) und der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG an der persönlich haftenden Gesellschafterin der beiden vorgenannten Betreiber-Gesellschaften, der „EWP Verwaltungs-GmbH“ [Arbeitstitel], mit einem Stammkapital von bis zu 12.500 €, was einer prozentualen Beteiligung von 50% entspricht, wurde ebenfalls zugestimmt (V548/2019).

Die Beteiligung an der EWP Blankenheim Verwaltungs-GmbH erfolgte durch Eintragung ins Handelsregister zum 27.11.2019. Die übrigen Beteiligungen sind zum 30.11.2019 noch nicht erfolgt.

9. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG) und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

A) Ziele der Beteiligung

ere KG: Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) und Halten einer Beteiligung an der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).

ere V-GmbH: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der ere KG.

nachrichtlich:

Nach Umsetzung der Fusion zwischen der ene und der e-regio GmbH und Co. KG zum 01.10.2019 stellt sich der Gesellschaftszweck der ere KG im Halten einer Beteiligung an der e-regio GmbH & Co. KG dar.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

9.1 Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 10.10.2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 zu ergänzen. Die nach dem 30.06.2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Geschäfts- und Kommanditanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses ene bis zum 30.11.2019 noch nicht erfolgen.

9.2 Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

Komplementärin: Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	25 €	0,10 %
Innogy SE	25 €	0,10 %
Gemeinde Blankenheim	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Hellenthal	4.250 €	17,00 %
Gemeinde Kall	4.250 €	17,00 %
Stadt Schleiden	4.950 €	19,80 %
Stadt Mechernich	250 €	1,00 %
Stadt Bad Münstereifel	5.500 €	22,00 %
Stadt Heimbach	1.500 €	6,00 %
Summe	25.000 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 10.10.2018 (V 450/2018) beschlossen, § 4 des Konsortialvertrages vom 18.12.2014 zu ergänzen. Die nach dem 30.06.2017 nicht veräußerten Anteile sollen demnach vollständig durch die Gründungskommanditisten an die Stadt Mechernich veräußert werden. Der Veräußerung der Geschäfts- und Kommanditanteilen an die Stadt Mechernich wurde in gleicher Sitzung zugestimmt. Die Umsetzung dieses Beschlusses ist bis zum 30.11.2019 noch nicht erfolgen.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

An einem Gewinn sowie an einem Verlust nehmen die Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil. Über die Ergebnisverwendungen beschließen die Gesellschafterversammlungen der ere KG und der ere V-GmbH.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger 120 54702	erhaltene Zahlungen (ohne Steuern *)		
		2018	2017	2016
		50.050 €	270.180 €	384.899 €

* Die gesamte Steuerbelastung des Betriebes gewerblicher Art (BgA) „Verkehrsunternehmen“ ist bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Gliederungsnummer 8.1) nachgewiesen.

E) Zusammensetzung der Organe

1. Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (ere V-GmbH)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius Kreiskämmerer/ Stellvertreter: Johannes Adams (bis 30.06.2018) GBL I
GBL I (seit 16.08.2018) Stellvertreterin: Dagmar Geschwind (ab 01.07.2018) AbtLin 20

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Hermann-Josef Esser, Bürgermeister Gemeinde Kall
Marcel Wolter, Erster Beigeordneter Stadt Schleiden

Die Geschäftsführung hat für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr von der Gesellschaft keine Vergütung erhalten.

2. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere KG)

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ingo Hessenius Kreiskämmerer/ Stellvertreter: Johannes Adams (bis 30.06.2018) GBL I
GBL I (seit 16.08.2018) Stellvertreterin: Dagmar Geschwind (ab 01.07.2018) AbtLin 20

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH ^{1*}

^{1*} Lt. Gesellschaftsvertrag der ere KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung berechtigt und verpflichtet.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	16.600	16.600	16.600	0
	16.600	16.600	16.600	0
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.936.741	1.506.004	1.909.111	430.737
Liquide Mittel	474.647	285.815	524	188.832
	2.411.388	1.791.819	1.909.635	619.569
Summe Aktiva	2.427.988	1.808.419	1.926.235	619.569
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Rücklagen	101.857	54.768		47.088
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.656.644	1.147.088	1.094.768	509.556
	1.783.500	1.226.857	1.119.768	556.644
B Rückstellungen	637.704	575.819	779.367	61.885
C Verbindlichkeiten	6.783	5.743	27.099	1.040
Summe Passiva	2.427.988	1.808.419	1.926.235	619.569

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	6.671	1.543	5.815	5.128
Liquide Mittel	29.783	31.654	25.877	-1.871
	36.454	33.197	31.692	3.257
Summe Aktiva	36.454	33.197	31.692	3.257
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	5.245	3.982	2.920	1.263
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.263	1.263	1.063	-0
	31.508	30.245	28.982	1.263
B Rückstellungen	4.637	2.880	2.443	1.757
C Verbindlichkeiten	309	71	267	237
Summe Passiva	36.454	33.197	31.692	3.257

Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG - Gewinn- und Verlustrechnung -				
	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Position				
1 Sonstige betriebliche Erträge	0	314.952	760.167	-314.952
2 Sonstige betriebliche Aufwendungen	65.242	131.201	47.661	-65.958
3 Erträge aus Beteiligungen	1.721.886	1.188.289	1.128.524	533.597
4 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	224.952	746.261	-224.952
5 Ergebnis nach Steuern	1.656.644	1.147.088	1.094.768	509.555
6 Sonstige Steuern				
7 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.656.644	1.147.088	1.094.768	509.555

Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Sonstige betriebliche Erträge	6.671	6.043	5.815	628
2	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.171	4.543	4.279	628
3	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	237	237	474	
4	Ergebnis nach Steuern	1.263	1.263	1.063	
5	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	1.263	1.263	1.063	

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1 Grundlagen des Unternehmens

1.1 Rechtliche Verhältnisse

Die Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (ere) wurde am 2. Januar 2015 mit Sitz in Kall gegründet. Gesellschafter der ere sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die innogy SE (vormals RWE Deutschland AG), Essen, mit einem Anteil von jeweils 0,1 % (vormals 20,5 %) und die Gemeinden Blankenheim, Hellenthal und Kall mit jeweils 17 % (vormals 14,0 %) sowie die Städte Mechernich mit 1 %, Schleiden mit 19,80 % (vormals 16,0 %), Bad Münstereifel mit 22 % (vormals 0 %) und Heimbach mit 6 % (vormals 0 %) sowie die ere V-GmbH, Kall als Komplementär ohne Kapitalanteil (0 %). Die Eintragung ins Handelsregister erfolgte zum 18.01. und 31.08.2017.

1.2 Ziele und Strategie des Unternehmens

Gegenstand der ere ist das Halten, die Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichts Düren unter der HR A 2498 eingetragenen Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene) mit Sitz in Kall sowie das Halten einer Beteiligung (33,2 %) an der im Handelsregister des Amtsgerichtes Düren unter HRB B 4438 eingetragenen Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb) mit Sitz in Kall. Das Gesellschaftskapital beträgt 25.000 €.

2 Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Lage in Deutschland war im Jahr 2018 gekennzeichnet durch ein kräftiges Wirtschaftswachstum. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes (Destatis) im Jahr 2018 um 1,5 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das sechste Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat das Wachstum aber an Schwung verloren. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP jeweils um 2,2 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2018 über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von + 1,2 % lag.¹

2.2 Geschäftsverlauf 2018

Das Geschäft der ere besteht ausschließlich in dem Halten von Beteiligungen an der ene und an der enb. Damit steht die Geschäftsentwicklung im direkten Zusammenhang mit der allgemeinen Entwicklung dieser Gesellschaften. Die Umsätze im externen Dienstleistungsgeschäft der ene (Anlagenbau, Straßenbeleuchtung, Windenergieservice, Planungsleistungen im Bereich technischer Gebäudeausrüstung usw.) wurden in der bewährten vertrieblichen Kooperation mit der KEV Energie GmbH realisiert. Wichtigste Ertragssäule der ene sind unverändert die Erlöse aus der Gewinnabführung der KEV und KEV Energie GmbH sowie das konzerninterne und konzernexterne Dienstleistungsgeschäft. 2018 war für die ene ein gutes Jahr. Das prognostizierte Jahresergebnis von 3.625 T€ wurde übertroffen und beträgt 5.686 T€. Das Mehrergebnis wurde durch folgende Effekte beeinflusst:

- Ergebnisverbesserungen im operativen Geschäft
- Auflösung von Rückstellungen/Rechnungsabgrenzungsposten
- gestiegenen Erträgen aus Ergebnisabführung

2.3 Lage des Unternehmens

2.3.1 Ertragslage

Aus Beteiligungen resultieren Erträge in Höhe von 1.722 T€ (Vj. 1.188 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von 65 T€ (Vj. 131 T€) betreffen im Wesentlichen Honorare für Steuer- und Rechtsberatung sowie Aufwendungen für die Betriebsführung und Geschäftsführungsvergütung für die ere. Nach Abzug von Kosten für die kfm. Betriebsführung sowie sonstiger Kosten (u.a. Jahresabschlusskosten) verbleibt ein Jahresüberschuss von 1.657 T€ (Vj. 1.147 T€).

2.3.2 Vermögenslage und Finanzlage

Die Gesellschaft hat kein Sachanlagevermögen sondern im Wesentlichen Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht in Höhe von 1.722 T€ (Vj. 1.188 T€), Forderungen gegenüber Gesellschaftern in Höhe von 214 T€ (Vj. 318 T€), Finanzanlagen von 16,6 T€ (Vj. 16,6 T€)

¹ Statistisches Bundesamt Pressemitteilung NR. 018 vom 15. Januar 2019

und liquide Mittel von 475 T€ (Vj. 286 T€), die aus der Einzahlung des Gesellschaftskapitals resultieren. Alle Forderungen haben eine Laufzeit bis zu einem Jahr.

2.4 Leistungsindikatoren

2.4.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Steuerung der Gesellschaft erfolgt durch den finanziellen Leistungsindikator Beteiligungserträge, die die Einkünfte aus der Beteiligung der ene widerspiegelt.

2.4.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Im Berichtszeitraum hatte die ene keine angestellten Mitarbeiter. Die vertraglich vereinbarte Betriebsführung der Gesellschaft erfolgt durch Mitarbeiter der Energie Nordeifel GmbH & Co KG. Als nicht finanzieller Leistungsindikator der Gesellschaft wird insbesondere die gute Reputation der Beteiligungen im Bereich der Energieversorgung mit regionaler Verwurzelung gesehen.

3 Berichterstattung gem. § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO

Gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden. Die ene, deren Gesellschaftszweck auf das Halten von Beteiligungen im Energieversorgungssektor gerichtet ist, trägt hierbei indirekt einen Beitrag zur Stromversorgung in der Nordeifel bei.

4 Risiko- und Chancen- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

4.1.1 Branchenspezifische Risiken

Die Gesellschaft erzielt als Gesellschafterin der ene Beteiligungserträge. Die ene wiederum hat mit den Tochtergesellschaften KEV Energie GmbH und Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen. Die für die ene und ihre Tochtergesellschaften bestehenden Risiken gelten daher im Wesentlichen auch für die ene. Mögliche Risikopotentiale liegen insbesondere im regulatorischen Umfeld sowie in den liberalisierten Energiemärkten. Bei Letzteren ergeben sich neben Preis- und Mengenrisiken auch Ausfallrisiken bei Marktpartnern.

4.1.2 Ertragsorientierte Risiken

Veränderungen der bestehenden energiewirtschaftlichen Rahmenbedingungen können Investitionen und Ertragslage der Gesellschaft signifikant beeinflussen. Die Geschäfte des ene-Konzerns sind einem dynamischen und starken Wettbewerb ausgesetzt. Risiken bestehen darin, dass Beteiligungserträge ausfallen, d.h. Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft der ene und Erträge aus deren Beteiligungen bleiben aus. Mittelbare Risiken bestehen insoweit aus der Abhängigkeit der erzielten Beteiligungserträge aus der ene. Sämtliche Risiken werden als Risiken mit niedriger bis mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit eingestuft.

4.2 Chancenbericht

Die ene als Gesellschafter übt über den Aufsichtsrat der ene eine Steuerungsfunktion des ene-Konzerns aus. Mit der Verfolgung der für den ene-Konzern relevanten strategischen Ziele eröffnen sich gute Chancen, bestehende Geschäftsaktivitäten weiterzuentwickeln und eine Verbesserung der Ertragslage nachhaltig zu realisieren. Die ene profitiert dann von höheren Beteiligungserträgen.

4.3 Prognosebericht

4.3.1 Ausblick

Für die Ergebnisentwicklung sind insbesondere die Beteiligungsergebnisse der ene und enb maßgeblich. Nach der vorliegenden Planung werden die von der KEV Schleiden GmbH und KEV Energie GmbH abzuführenden Gewinne auch künftig neben den Dienstleistungserlösen zu stabilen Erträgen führen. Ein weiteres Geschäftsfeld der ene wurde mit der Dienstleistung „Windanlagenservice“ in 2016 gestartet. Hierzu wurde ein Rahmenvertrag mit Enercon abgeschlossen. Der Vertrag umfasst die Wartung der Windenergieanlagen des Herstellers in der Region. Das konzerninterne Geschäft ist nach wie vor durch die Dienstleistungen der ene für den Bauplan (Investitionsprojekte und Instandhaltungsmaßnahmen) der KEV Schleiden GmbH sowie kaufmännischen und technischen Betriebsführungen der regenerativen Projektgesellschaften geprägt.

4.3.2 Ergebnisprognose

Wir gehen in 2019 davon aus, dass wir geringere Beteiligungserträge als 2018 erzielen werden. Nach Abzug von Aufwendungen für kfm. Betriebsführung, Jahresabschlussprüfung und Beratungskosten gehen wir von einem niedrigeren Ergebnis gegenüber 2018 aus. Die ene hatte für das Geschäftsjahr 2018 Beteiligungserträge von 1.062 T€ geplant. Die tatsächlichen Beteiligungserträge betragen 1.722 T€ und liegen somit oberhalb der Planung. Das Mehrergebnis wurde durch Ergebnisverbesserung der ene beeinflusst. Für das Geschäftsjahr 2019 wird ein Beteiligungsergebnis von ca. 1.270 T€ geplant.

Kall, 11. September 2019

(Hermann Josef Esser, Geschäftsführer)

(Marcel Wolter, Geschäftsführer)“

G) Personalbestand

./.

H) Kennzahlen

./.

10. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Vorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000 €	1,60%
Kreis Düren	277.867 €	8,54%
Kreis Heinsberg *	138.934 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg *	39.075 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075 €	0,09 %
Summe	3.253.000 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

* Der Kreis Heinsberg und die Kreissparkasse Heinsberg kündigten die Gesellschaft bereits zum 31. Dezember 2017 gemäß § 18 des Gesellschaftsvertrages. Infolgedessen schieden beide Gesellschafter

mit Wirkung zum 1. Januar 2018 aus der Gesellschaft aus. Im Geschäftsjahr 2018 wurde weder über eine Einziehung der Gesellschaftsanteile noch eine Abtretung gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages beschlossen, auch eine Abfindung der ehemaligen Gesellschafter erfolgte nicht.

nachrichtlich:

Die Gesellschaftsanteile des Kreises Heinsberg und der Kreissparkasse Heinsberg sollen nach der Veräußerung des TZA im Jahre 2019 von der AGIT eingezogen und die ehemaligen Gesellschafter abgefunden werden. Die Abwicklung erfolgte bis zum 30.11.2019 noch nicht.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) wurden bis zum Geschäftsjahr 2012 wie nachstehend beschrieben getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64 %) und die StädteRegion Aachen (36 %)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 waren zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20 %)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74 % des kommunal zu tragenden Aufwandes)

In 2013 wurde im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgenommen. Mit dieser Trennung stellt sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich dar. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationale Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen, entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung, finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie durch die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschusschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen wurden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden war, getroffen (Beschluss des Kreistages vom 09.10.2013, V 59/2013).

Die notarielle Beurkundung des Gesellschaftsvertrages und der Vereinbarung der AGIT-Gesellschafter erfolgte am 29.11.2013. Die Regelungen der Gesellschaftervereinbarung gelten vom 01.01.2013 zunächst bis zum 30.06.2019.

Die Gesellschafterversammlung der AGIT hat im Herbst/Winter 2016 eine teilweise vom Gesellschaftsvertrag abweichende Finanzierungsart im Rahmen der Beschlussfassung des Wirtschaftsplanes 2017 beschlossen. Der Kreistag hat am 14.12.2016 diesem Vorgehen zugestimmt (V 273/2016).

nachrichtlich:

Anpassungen bzw. Änderungen hinsichtlich der zunächst bis zum 30.06.2019 geltenden Gesellschaftervereinbarung sowie zum Gesellschaftsvertrag sind bis zum 30.11.2019 noch nicht erfolgt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57104 08	61.695 €	61.695 €	52.239 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der GesellschafterversammlungOrdentliches Mitglied:

Franz Cremer

SPD

Stellvertreter:

Hans Peter Wasems

CDU

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: Franz Cremer

SPD

(stv. Aufsichtsratsvorsitzender)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

c) Geschäftsführung

Dr. Lothar Mahnke

Bezüge 2018

139 T€

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	353	1.015	12.362	-662
Sachanlagen	3.161.520	3.652.651	4.542.441	-491.131
Finanzanlagen	34.077	42.605	42.605	-8.528
	3.195.949	3.696.271	4.597.408	-500.321
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	586.539	478.022	410.611	108.517
Liquide Mittel	480.693	277.298	308.878	203.396
	1.067.232	755.320	719.489	311.912
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.070	940	14.819	130
Summe Aktiva	4.264.252	4.452.530	5.331.716	-188.279
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	3.253.000	3.253.000	3.253.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.003.995	-2.150.119	-2.320.313	146.123
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	658.545	146.123	170.194	512.422
	1.907.550	1.249.005	1.102.881	658.545
B Sonderposten	301	321.794	963.732	-321.493
C Rückstellungen	76.050	205.500	64.651	-129.450
D Verbindlichkeiten	2.211.598	2.661.232	3.146.895	-449.633
E Rechnungsabgrenzungsposten	68.752	15.000	53.558	53.752
Summe Passiva	4.264.252	4.452.530	5.331.716	-188.279

AGIT Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.054.652	3.661.618	3.433.773	393.034
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.670.999	1.826.754	1.770.361	-155.755
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.551.205	2.406.905	2.149.425	144.300
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	2.551.205	2.406.905	2.149.425	144.300
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.496.357	1.497.097	1.399.048	-739
	a) Löhne und Gehälter	1.187.077	1.196.448	1.111.800	-9.371
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	309.280	300.648	287.248	8.632
5	Abschreibungen	502.606	905.077	910.138	-402.471
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	353.687	330.276	366.136	23.411
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4	2	127	2
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	46.080	85.626	91.820	-39.546
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	775.719	263.393	287.695	512.326
10	Sonstige Steuern	117.174	117.270	117.501	-96
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	658.545	146.123	170.194	512.422

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 „Vorbemerkungen zum Jahr 2018“

Die AGIT konnte sich im Jahr 2018 sowohl organisatorisch-personell als auch finanziell weiter stabilisieren und auch bei den Gesellschaftern positiv positionieren. Eine längere Zeit der Diskussionen um eine Neuausrichtung der AGIT konnte damit abgeschlossen werden. Grundsätzlich wurde von den Aufsichtsgremien ein Verkauf des TZA am Europaplatz und ein Neubau auf dem RWTH Campus-Melaten für das Jahr 2019 beschlossen. Im Dezember 2018 beschloss die nordrhein-westfälische Fachhochschule der öffentlichen Verwaltung ihre neue Aachen-Niederlassung in das TZA am Europaplatz zu verlegen. Auf insgesamt rund 3.000 qm sollen dort zukünftig 850 Studenten der FHöV ausgebildet werden.

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die AGIT ist die regionale Entwicklungsgesellschaft für Innovation und Technologietransfer der Region Aachen, die zwei Technologiezentren in Aachen betreibt, technologie-orientierte Unternehmen in der Gründung und in ihrem Wachstum berät und Wirtschaftsförderungsprojekte in der Region Aachen und in der Euregio Maas-Rhein durchführt. Entsprechend diesem Aufgabenprofil ist die AGIT in zwei Geschäftsbereichen organisiert: Im Bereich „Technologiezentrummanagement“ wird das Technologiezentrum am Europaplatz und als Dienstleister für die Stadt Aachen das Zentrum für Bio-Medizin Technik (ZBMT) auf dem Campus der RWTH betrieben. Dieser Geschäftsbereich finanziert sich aus den Mieterträgen, Verluste im ZBMT werden von der Stadt Aachen getragen. Der Bereich „Wirtschaftsförderung“ umfasst die Beratung von Existenzgründern und Unternehmen, die Ansiedlungswerbung für die Region Aachen sowie die Durchführung von Wirtschaftsförderungsprojekten, insbesondere in der Euregio Maas-Rhein. Dieser Bereich finanziert sich aus Zuschüssen der Gesellschafter und über Projektförderungen.

2. Forschung und Entwicklung

Die AGIT betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das gute konjunkturelle Umfeld hat in 2018 die Vermietung von Flächen in den beiden Technologiezentren begünstigt. Die Nachfrage nach Mietflächen in den beiden Technologiezentren war auch in 2018 auf einem gleichbleibend hohen Niveau, sodass die beiden Zentren fast über das ganze Jahr hinweg voll ausgelastet waren. In 2018 hatten insgesamt 73 Unternehmen, davon 19 Gründerfirmen, ihren Sitz im TZA. Damit konnte der Anteil der Gründerfirmen - dem ursprünglichen Zweck des TZA gemäß - wieder etwas gesteigert werden. Obwohl im direkten Umfeld des TZA neue Vermietungsangebote an den Markt gingen (Digital Church, Jülicher Straße), schlug sich dies nicht auf die Nachfrage nach Flächen in den AGIT-Gebäuden nieder. Auch die Nachfrage nach Beratungsleistungen durch technologie-orientierte Unternehmen aus der Region blieb weiterhin hoch.

Geschäftsverlauf

Die Gesellschaft verfügte in 2018 unverändert über 21 Mitarbeiter sowie drei Studenten im dualen Fachhochschulausbildungsgang. Die AGIT hat keine befristet Angestellten. Am 7.9.18 feierte die AGIT das 25jährige Bestehen des TZA am Europaplatz.

Geschäftsbereich 1: Technologiezentrumsmanagement

Die 73 Unternehmen im TZA verfügen über 850 Arbeitsplätze. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach Mietflächen im TZA konnte die Auslastung über das gesamte Jahr 2018 hinweg nahe 100 % gehalten werden. Insgesamt zogen 7 Firmen aus, während 2 Gründerfirmen neu in das TZA einzogen. 10 bereits im TZA ansässige Firmen vergrößerten ihren Flächenbedarf. Im ZBMT zogen im Berichtszeitraum 2 Unternehmen aus. Des Weiteren vergrößerten 2 Unternehmen ihren Flächenbedarf. Damit konnte auch für das ZBMT in 2018 eine Vollauslastung erreicht werden. Insgesamt sind dort 15 Unternehmen mit rund 160 Arbeitsplätzen angesiedelt. Der Konferenzbereich hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder stabilisiert, insgesamt ist die Auslastung weiterhin gut. Über 42.000 Teilnehmer nahmen an insgesamt 1.100 Konferenzen, Besprechungen und Veranstaltungen in 2018 im TZA teil, wovon rund ein Drittel durch Vermietung an externe Veranstalter zustande kam. Herausragend war zusätzlich die Veranstaltung „Aachen 2025“ mit 10.000 Teilnehmern im Oktober 2018.

Geschäftsbereich II: Wirtschaftsförderung

a) Beratung technologie-orientierter Unternehmen

Die betriebswirtschaftliche Beratung für technologie-orientierte Gründer und Unternehmen lag mit 173 Beratungsfällen im Durchschnitt der letzten zehn Jahre. Zusätzlich wurden 52 Patentberatungen durchgeführt. Bei den AGIT-Veranstaltungen zum Thema Innovation konnten insgesamt rund 2.000 Unternehmensvertreter begrüßt werden.

b) Ansiedlungswerbung und Investorenberatung In der Ansiedlungs- und Standortwerbung konnte die AGIT in 2018 insgesamt 70 Ansiedlungsanfragen bearbeiten. Die Ansiedlungen wurden alle in der Städteregion Aachen realisiert. Erheblich zugenommen haben Anfragen nach der Vermittlung von Büro- und Hallenflächen aus der Region selbst. Neben eigenen Ansiedlungsaktivitäten in China (gemeinsam mit der Stadt Aachen) wurde vor allem die neu aufgenommene Partnerschaft zwischen der Städteregion Aachen und der Stadt Ansan in Südkorea genutzt, um Investorenseminare in Ansan und Seoul durchzuführen. Diese Aktivitäten konnten gemeinsam mit der Städteregion und verschiedenen Instituten der RWTH durchgeführt werden. Eine erste konkrete Ansiedlung aus diesen Aktivitäten - die Firma CTR - konnte im TPH Herzogenrath realisiert werden.

c) Euregionale Unternehmensnetzwerke

Die beiden Interreg-Projekte „Early Tec“ und „12M“ konnten in 2018 voll umgesetzt werden. Daneben wurde auch das EFRE-geförderte Projekt „Science Link“ in der Region Aachen umgesetzt. Aus beiden Projekten konnte sich die AGIT personell in erheblichem Umfang refinanzieren. Das seit über zehn Jahren regelmäßig durchgeführte Gewerbeflächenmonitoring und das daraus abgeleitete Gewerbeflächenkonzept wurden auch in 2018 für alle Teilregionen der Region Aachen erstellt.

Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse wurden wie in den Vorjahren hauptsächlich im Bereich Technologiezentrumsmanagement erwirtschaftet, nahmen aber mit insgesamt 4.055 TEUR gegenüber dem Vorjahr um 393 TEUR zu. In beiden Zentren lag die Auslastung über das ganze Jahr hinweg bei nahe 100 %, wobei im TZA der Anteil der tatsächlichen Neugründer (mit reduzierten Mieten) leicht gesteigert werden konnte. Erfreulich ist ebenfalls die Entwicklung im ZBMT. Hier konnte das Ergebnis in Höhe von -8 TEUR gegenüber allen Vorjahren seit Bestehen deutlich verbessert werden. Dies liegt auch daran, dass der Aufbau- und Akquisitionsaufwand - und damit die Personalkosten - deutlich reduziert werden konnten. Insgesamt konnte der Bereich Technologiezentrumsmanagement aber trotz der weiter angestiegenen Leasingrate für den II. Bauabschnitt ein Gesamtergebnis in Höhe von 392 TEUR erreichen. Die Gesellschafterzuschüsse zur Grundfinanzierung des Bereiches „Wirtschaftsförderung“ blieben in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Die Einnahmen aus Projekten konnten die entstandenen Personalkosten ausgleichen, so dass im Bereich „Wirtschaftsförderung“ ein Plus in Höhe von rund 266 TEUR aufgebaut werden konnte. Insgesamt konnte die Gesellschaft damit wieder mit 659 TEUR ein außergewöhnlich positives Gesamtergebnis erwirtschaften.

b) Vermögenslage

Die Vermögenslage der AGIT ist durch eine hohe Anlagenintensität durch das früher errichtete TZA gekennzeichnet.

2. Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Bezüglich der Auslastung der beiden Technologiezentren bewegt sich die AGIT weiterhin auf einem hohen Niveau. Die Beratung von technologie-orientierten Unternehmen befindet sich in 2018 weiter wie auch in den Vorjahren auf einem hohen Niveau.

IV. Prognosebericht

Die Leasingrate für den II. Bauabschnitt wird sich im Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr mit rund 350.000 € halbieren, sodass geplant ist, die Gesellschafterzuschüsse für 2019 ebenfalls zu halbieren. Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung haben beschlossen, in 2019 das TZA am Europaplatz zu verkaufen und von dem Erlös das ZBMT zu kaufen und dort einen Anbau neu zu errichten. Zum 30.6.19 läuft die Finanzvereinbarung zwischen den Gesellschaftern, die eine Spartenerlösermittlung für das Technologiezentrumsmanagement und den Bereich Wirtschaftsförderung erfordert, aus.

V. Chancen-und Risikobericht

1. Risikobericht

Besondere Risiken bestehen derzeit nicht.

2. Chancenbericht

Mit dem in 2019 geplanten Verkauf und der Verlagerung der Technologiezentrumsaktivitäten auf den RWTH-Campus Melaten ergeben sich für die AGIT wesentliche neue Chancen. Die geplante Dezentralisierung der Wirtschaftsförderungsaktivitäten in Jülich und Euskirchen sollen die Vor-Ort-Präsenz stärken und dort neue Initiativen und Projekte ermöglichen.

3. Gesamtaussage

Die Gesellschaft befindet sich in einer stabilen Lage mit erheblichen neuen Entwicklungschancen in 2019.

Aachen, im Mai 2019

Dr. Lothar Mahnke

Geschäftsführer"

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	21	18	19	Ø Arbeitnehmer ohne Geschäftsführer

H) Kennzahlen

./.

11. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) i.L.

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Kreistagsfraktionen CDU und SDP haben zum Thema Berufliche Bildung und Wissenstransfer in Einrichtungen des Kreises Euskirchen eine erneute aufgabenkritische Untersuchung der Schnittstellen zwischen dem Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE), der Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE) und der Stabsstelle Wirtschaftsförderung des Kreises Euskirchen beantragt (A 103/2016). Zu diesem Zweck wurde eine politische Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich gemeinsam mit der Verwaltung mit einer möglichen Verteilung der TAE-Aufgaben auf BZE und Struktur- und Wirtschaftsförderung des Kreises befassen sollte. Im Verlauf des 2. Halbjahres 2016 stellte sich diese Möglichkeit als umsetzbar dar. Entsprechende Beschlussfassungen erfolgten in der Gesellschafterversammlung am 29.11.2016. Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2016 aufgelöst und befindet sich nunmehr in der Liquidation. Der Geschäftsführer wurde abberufen und zum Liquidator bestellt. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 03.01.2017.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Im Berichtsjahr wurde keine operative Geschäftstätigkeit durch die Gesellschaft ausgeübt. Die Bekanntmachung der Auflösung wurde am 27.01.2017 im Bundesanzeiger bekannt gemacht.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt lt. Gesellschaftsvertrag durch die Gesellschafter nach den Anteilen der Stammkapitaleinlagen. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden im Voraus an die Gesellschaft gezahlt. Etwaig verbleibende Fehlbeträge sind bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen. Eventuell zu viel gezahlte Beträge verbleiben in der Gesellschaft. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich Verlustübernahme wird auf den jährlichen Betrag von insgesamt 85.500 € begrenzt (V 45/2014).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57101 04	0 €	0 €	44.460 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

ordentliche Mitglieder:

- | | |
|--|-----|
| 1. Hans-Erhard Schneider (Stimmführer) | CDU |
| 2. Karsten Stickeler | CDU |
| 3. Heinrich Hettmer (stv. Stimmführer) | SPD |
| 4. Dirk van Meenen | FDP |

Stellvertreter/innen:

- | | |
|--------------------|-----|
| Clas Kohlheyer | CDU |
| Franz-Josef Nießen | CDU |
| Stefanie Seidler | SPD |
| Hans Reiff | FDP |

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 29.11.2016 wurde Herr Jochen Kupp zum 31.12.2016 als Geschäftsführer abberufen und gleichzeitig zum Liquidator bestellt.

Für die Tätigkeit als Liquidator erhielt Herr Kupp in 2017* eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 6.000 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

*Der letzte Jahresabschluss der Gesellschaft wurde für das Geschäftsjahr 2017 erstellt und wird hier dargestellt. Die Liquidationsschlussbilanz lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i.L.				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1	-1
Sachanlagen	0	7	89	-7
	0	8	90	-8
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	944	21.306	81.140	-20.362
Liquide Mittel	20.925	23.445	0	-2.520
	21.868	44.750	81.140	-22.882
Summe Aktiva	21.868	44.758	81.230	-22.890
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.565	25.565	25.565	0
Kapitalrücklage	7.145	88.744	89.243	-81.599
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-20.600	-81.599	-85.998	61.000
	12.110	32.710	28.809	-20.600
B Rückstellungen	9.150	4.500	30.650	4.650
C Verbindlichkeiten	608	7.549	21.770	-6.940
Summe Passiva	21.868	44.758	81.230	-22.890

Technik-Agentur Euskirchen GmbH i. L.					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2017	2016	2015	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	0	61.373	71.263	-61.373
2	Sonstige betriebliche Erträge	0	3.250	4.252	-3.250
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	0	0	4.867	
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	4.650	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	217	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	156	74.221	104.390	-74.065
	a) Löhne und Gehälter	10	60.958	87.261	-60.948
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	146	13.264	17.130	-13.117
5	Abschreibungen	0	82	197	-82
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	20.443	72.800	51.948	-52.356
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon an verbundene Unternehmen	0	1.190	110	-1.190
		0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	-20.600	-83.671	-85.998	
9	Sonstige Steuern	0	-2.071	0	2.071
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-20.600	-81.599	-85.998	61.000

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	*	0	2	Stand 31.12. ohne Geschäftsführer und Aushilfen

H) Kennzahlen

./.

* Die Liquidationsschlussbilanz lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

12. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.

Vogelsang 70
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03. / 30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2016. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2016, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären. Nach Änderung des Gesellschaftsvertrages am 06.12.2016 endet die Gesellschaft mit Ablauf des 31.12.2018. Der Austritt eines Gesellschafters wird bis zum Ablauf des 31.12.2018 ausgeschlossen, es sei denn aus wichtigem Grund.

Der Kreistag hat am 09.10.2013 den Beschluss gem. V 68/2013 zur weiteren Beteiligung des Kreises Euskirchen nach dem 31.12.2013 als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH um bis zu fünf weitere Jahre beschlossen. Die Beschlussfassung erfolgte vorbehaltlich der weiteren Beteiligung des Landes NRW, der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) und der übrigen kommunalen Gebietskörperschaften als Gesellschafter an der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH. Nachdem die übrigen Gesellschafter der Fortführung der Gesellschaft, wenn auch

teilweise nur für zwei Jahre, zugestimmt haben, erfolgte die Änderung des Gesellschaftsvertrages am 03.12.2014.

In einem am 30.09./12.10./14.10.2016 unterzeichneten Letter of Intent (LOI) zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, dem Land NordrheinWestfalen (NRW) und der Region haben sich die Partner über die Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018 verständigt. Die Laufzeit der zu diesem Zweck gegründeten Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde durch Gesellschafterbeschluss bereits mehrfach verlängert. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Gesellschaft soll nun für zwei weitere Jahre (2017-2018) fortgesetzt werden. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert.

Zielsetzung des gemeinsamen Engagements in einer strukturell und personell unveränderten Standortentwicklungsgesellschaft ist vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim inklusive der Umweltbildungsflächen.

Die Vermarktung der Gebäude bzw. Grundstücke soll wie bisher durch die SEV in enger Abstimmung mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf der Grundlage eines Verwertungsplans erfolgen. Der Verwertungsplan ist wesentlicher Bestandteil des o. g. Letter of Intent. Das im Konsens der Partner beschlossene Leitbild „Vogelsang IP Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“ ist nach wie vor die maßgebliche Richtschnur der weiteren Verwertung.

Der Kreistag hat der planmäßigen Liquidation der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH (SEV GmbH) sowie der Bereitstellung von Finanzmittel in Höhe von jeweils bis zu 75.000 € für die Jahre 2019 und 2020 außerhalb der Gesellschafterstruktur der aufzulösenden SEV GmbH zur Verfügung zu stellen zugestimmt (V 473/2018). Die Eintragung der Auflösung erfolgte im Handelsregister am 29.01.2019

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der „Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH“ in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008). Ferner hat der Kreistag am 09.10.2013 für bis zu fünf weiteren Jahren die Bereitstellung eines jährlichen Finanzierungsanteils in Höhe von 81.000 € beschlossen (V 68/2013).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57104 07	81.000 €	81.000 €	81.000 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Frank Weimbs (Stimmführer)	CDU	Dominik Schmitz	CDU
3. Franz Cremer (stv. Stimmführer)	SPD	Markus Ramers	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Josef Reidt	CDU	Ute Stolz	CDU
2. Manfred Poth	AV	Günter Rosenke	Landrat
3. Franz Cremer	SPD	Markus Ramers	SPD

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhielten im Berichtsjahr für ihre Tätigkeit keine Bezüge.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

Die Geschäftsführung erhält keine direkte Vergütung von der Gesellschaft. Die Gestellung der Geschäftsführung erfolgt über einen Dienstleistungsvertrag mit der NRW.Urban GmbH & Co. KG. Die jährliche pauschale Vergütung für die Geschäftsführung beträgt 147.560 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	1	1	-1
Sachanlagen	0	31.007	34.357	-31.007
	0	31.008	34.358	-31.008
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	49.076	20.576	29.824	28.501
Liquide Mittel	224.420	206.893	241.714	17.527
	273.497	227.469	271.538	46.028
C Rechnungsabgrenzungsposten	479	1.471	3.465	-992
Summe Aktiva	273.976	259.948	309.361	14.027
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	36.000	36.000	36.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	168.374	197.230	217.682	-28.856
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-43.942	-28.856	-20.452	-15.085
	160.432	204.374	233.230	-43.942
B Rückstellungen	27.424	18.724	18.351	8.700
C Verbindlichkeiten	86.119	36.850	57.779	49.269
Summe Passiva	273.976	259.948	309.361	14.027

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH i. L.					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	157.489	172.934	149.436	-15.445
2	Sonstige betriebliche Erträge	462.309	455.764	454.170	6.546
3	Personalaufwand, <u>davon:</u>	125.082	124.080	107.197	1.002
	a) Löhne und Gehälter	100.866	100.055	87.345	811
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	24.216	24.025	19.852	191
4	Abschreibungen	4.154	5.904	9.528	-1.750
5	Sonstige betriebliche Aufwendungen	534.201	527.296	506.724	6.905
6	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	2	
	davon aus verbundenen Unternehmen				
7	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	-2	0	2
8	Ergebnis nach Steuern	-43.639	-28.581	-19.841	-15.057
9	Sonstige Steuern	303	275	611	28
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-43.942	-28.856	-20.452	-15.085

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH (SEV) wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und mehrfach fortgeführt, Ende des Jahres 2016 letztmalig um zwei Jahre bis zum 31.12.2018 verlängert. Anschließend wird die Gesellschaft liquidiert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Düsseldorf, mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2018

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag der „Letter of Intent (LOI) über die Standortentwicklung Vogelsang IP für die Jahre 2017 und 2018“ von August 2016, in dem auf der Grundlage eines Verwertungsplanes vorrangig die vollständige Verwertung der Teilflächen der Liegenschaft Vogelsang bis Ende des Jahres 2018 und die forcierte Entwicklung der Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendwaldheim erfolgen sollen.

Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2018 waren die Vermarktung der Bestandsimmobilien und die Verhandlungen zur Übertragung der Flächen für die Kernnutzungen Jugend-Waldheim und Nationalparkforstamt.

Nach wie vor ist es erklärter Wille des Landes NRW, die beiden öffentlichen Nutzungen Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt als Teil der 1. Entwicklungsstufe zeitnah auf dem Grundstück der Redoute zu realisieren. Die Verhandlungen zur Übertragung der hierfür erforderlichen Grundstücksflächen von insgesamt ca. 53 ha, Bauflächen an der Redoute und Umweltbildungsflächen, konnten allerdings nicht wie geplant im Jahr 2018 abgeschlossen werden. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages soll im Jahr 2019 erfolgen. Die Vorbereitungen zur Durchführung eines Investorenverfahrens für das Nationalparkforstamt und den Naturerlebnistreff sind angelaufen. Der Landesbetrieb Wald und Holz hat damit NRW.URBAN beauftragt, erste planerische Überlegungen sind erfolgt.

Erfolgreich war die Ausschreibung für das Grundstück am „Depot 31“. Eine Investorengemeinschaft will auf der Fläche eine Ferienwohnanlage mit bis zu 130 Betten realisieren. Die denkmalgeschützte Tankstelle und die Kasematten sollen revitalisiert werden. Der Kaufvertrag wurde Ende 2018 unterzeichnet. Nach der Schaffung von Baurecht soll mit der Umsetzung eines ersten Bauabschnittes im 2. Halbjahr 2019 begonnen werden. Für das ehemalige Kameradschaftshaus 8 konnte durch Anzeigenschaltungen ein Interessent gefunden werden, welcher die Einrichtung hochwertiger Ferienwohnungen in dem Gebäude geplant hat. Kurz vor Abschluss des Kaufvertrages zog der Interessent sein Angebot zurück, da die Finanzierung der Umbaukosten nicht gelang. Der provisorische Betrieb des Naturschutzhauses Eifel-Ardennen durch den NABU wurde fortgesetzt. Allerdings ist es dem Verein auch im Jahr 2018 nicht gelungen, die Gesamtfinanzierung zum Ankauf und Umbau des ehemaligen Kameradschaftshauses 9 zu sichern. Positiv entwickelt haben sich die Bemühungen der

SEV zur Ansiedlung eines Hotels. Ein Unternehmen hat ein Konzept für einen Hotelbetrieb im 4 Sterne-Segment in allen vier sog. Hundertschaftshäusern einschließlich des Gebäudes 48 vorgelegt. Mit der Umsetzung der geplanten 164 Zimmer würden am Standort die dringend benötigten Übernachtungskapazitäten geschaffen werden. Die Sicherstellung der Finanzierung soll im Frühjahr 2019 erfolgen.

Für die Immobilien Eingangsgebäude Malakoff und Fahrzeughof konnten ebenfalls Interessenten gewonnen werden. Die Verfeinerung der Nutzungskonzepte muss im 1. Halbjahr 2019 erfolgen. Für das ehemalige Kasernengebäude „Van Dooren“ incl. des 4 ha großen Grundstücks wurde im Rahmen eines Planungsworkshops im Februar 2019 eine Nutzungsperspektive entwickelt, auf dessen Grundlage im Weiteren ein Planungskonzept erstellt werden soll.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen wurde der dritte Bauabschnitt der Versorgungsleitungen im Hang realisiert. Die Baumaßnahmen zum Rückbau des ehemaligen Luftschuttraums vor Hundertschaftshaus 4a sowie die Sanierungsarbeiten in Gebäude 4a wurden im Sommer 2018 abgeschlossen. Die Pflege, der Unterhalt und die Sicherung aller „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragener Flächen des Standortes wurde im Jahr 2018 gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern und Eigentümern mit eigenem Personal fortgeführt.

Im Klageverfahren gegen die Eintragung der gesamten Liegenschaft Vogelsang als Baudenkmal wurden die Klagen des Kreises Euskirchen und der BlmA vom Verwaltungsgericht abgewiesen. Über den Antrag der BlmA auf Zulassung der Berufung wurde noch nicht entschieden.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Nach der Eröffnung des neuen „Forum Vogelsang IP“ im September 2016 war das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2016 noch ca. 218.000 betrug, im ersten vollen Betriebsjahr 2017 auf ca. 270.000 gestiegen. Dieser Wert wurde auch im Jahr 2018 erreicht, sodass zusammen mit den Besuchern der übrigen Nutzungen in den Jahren 2017 und 2018 das avisierte Gesamtaufkommen von 300.000 Besuchern pro Jahr erzielt wurde.

Diese Zahlen spiegeln die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist durch die überregional beachteten Veranstaltungen im Kulturkino Vogelsang IP weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationalen Platz“. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Laut Auskunft der Standortpartner waren Ende 2017 insgesamt 249 Personen in Vogelsang beschäftigt, davon 161 mit festen Arbeitsplätzen. Damit wurde das Ziel, die mit dem Weggang des belgischen Militärs weggefallenen 170 zivilen Arbeitsplätze neu zu schaffen, erreicht.

Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist nach der Zurückhaltung, der ersten Jahre wie im Jahr 2017 eine Belebung zu verzeichnen. Die Bereitschaft von privater Seite, in Vogelsang zu investieren, ist vorhanden. Mit dem Rotkreuz-Fluchthaus, der Fläche für den Wohnmobilpark und der Fläche für die Ferienwohnanlage am Depot 31 wurden drei weitere Immobilien veräußert. Chancen auf Realisierung durch private Investoren im Jahr 2019 werden für die Kameradschaftshäuser 8 und 9, die vier Hundertschaftshäuser und das Gebäude 48 sowie für das Eingangsgebäude Malakoff und den Fahrzeughof gesehen.

Wichtig für die weitere Gesamtentwicklung war es, dass das Leitprojekt „Forum Vogelsang IP“ mit den beiden zentralen Ausstellungen im September 2016 eröffnet wurde und seinen Regelbetrieb, erfolgreich aufgenommen hat. Für die beiden Kernnutzungen Naturerlebnistreff und Nationalparkforstamt sollte nunmehr im Jahr 2019 nach 13 Jahren Konversion endlich eine klare Umsetzungsperspektive geschaffen werden.

1.3 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Im Geschäftsjahr 2018 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft im Wesentlichen aus den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen. Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurde das Anlagevermögen (Büroausstattung) des Geschäftsbereichs Projektentwicklung an den Kreis Euskirchen veräußert, der die Projektentwicklung gemeinsam mit der BlmA, dem Land NRW (nur 2019) und der Stadt Schleiden in den Jahren 2019 und 2020 fortführt.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch als Umsatzerlöse ausgewiesene Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Da der operative Betrieb der Gesellschaft am 31.12.2018 endete, wurde die Organisation des Geländemanagements an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen und das Anlagevermögen dieses Geschäftsbereichs für einen Kaufpreis von 23.000,00 € an diese GmbH veräußert.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 28.856,25 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr verändert. Aufgrund der bevorstehenden Liquidation haben sich die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten geändert. Bei einer Bilanzsumme von 273.975,57 € (Vorjahr: 259.948,38 €) wird auf der Aktivseite ein langfristiges Vermögen von 0,00 € (Vorjahr: 31.008,00 €) und ein kurzfristiges Vermögen von 273.975,57 € (Vorjahr: 228.940,38 €) ausgewiesen. Auf der Passivseite steht dem Eigenkapital von 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €) ein Fremdkapital, bestehend aus sonstigen Rückstellungen und sonstigen Verbindlichkeiten von 113.543,08 € (Vorjahr: 55.574,30 €) gegenüber.

Die Bilanz der Gesellschaft ist somit auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 224.420,43 € (Vorjahr: 206.893,32 €) geprägt, die insbesondere aus Einnahmen aus den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBG) und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement entstanden. Auf der Passivseite bildet das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €) den wesentlichsten Posten.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2018 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 43.941,59 € gegenüber einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 28.856,25 € im Jahr 2017. Wesentlich für das negative Jahresergebnis sind die hohen Ausgaben bei den Fremdleistungen. Erträgen in Höhe von 619.798,68 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement), stehen Aufwendungen in Höhe von 663.740,27 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus den Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die größten Aufwandsposten betreffen mit 292.72,71 € (Vorjahr: 302.260,00 €) die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG und mit 135.989,07 € (Vorjahr: 66.675,04 €) Aufwendungen für bezogene Ingenieurs- und Marketingleistungen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 125.081,79 € (Vorjahr 124.080,08 €) im Jahr 2018 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Bei einer Bilanzsumme von 273.975,57 € (Vorjahr: 259.948,38 €) beträgt das Eigenkapital 160.432,49 € (Vorjahr: 204.374,08 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 59 % (Vorjahr: 79 %). Weiterhin bestanden am Abschlussstichtag flüssige Mittel von 224.420,43 € (Vorjahr: 206.893,32 €). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich vollständig um kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten; die Quote beträgt 41 % (Vorjahr: 21 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Chancen und Risiken

Nachdem mit dem Forum Vogelsang IP als zentrales Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum das Leitprojekt des Standorts im September 2016 eröffnet wurde, erreichten die Besucherzahlen auch im zweiten vollen Betriebsjahr 2018 die 300.000er Marke. Gleichzeitig wurde bereits im Jahr 2017 mit 161 festen Arbeitsplätzen das Ziel erreicht, mit der Konversion die 2005 mit dem Abzug der belgischen Militärverwaltung weggefallenen 170 Stellen neu zu schaffen. Vierzehn Nutzungen konnten bisher realisiert werden. Dafür wurden ca. 64 Millionen Euro investiert. Die reale Konversion, die vor dreizehn Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit zu einem guten Teil gelungen. Mit der Errichtung von Ferienhäusern auf dem Grundstück Depot 31 erhält die Standortentwicklung ab dem Jahr 2019 einen weiteren positiven Impuls. Wichtig für die Gesamtausrichtung des Standortes ist die zeitnahe Umsetzung der Kernprojekte Naturerlebnistreff und Nationalparkforstamt und damit auch die Bepflanzung der Umweltbildungsflächen. Gute Chancen des Ankaufs und Umbaus durch private Investoren bestehen für die beiden Kameradschaftshäuser Nr. 8 und Nr. 9. Die Realisierung eines hochwertigen Hotels in den Hundertschaftshäusern und im Gebäude 48 ist in greifbare Nähe gerückt. Auch für die Vermarktung des Eingangsgebäudes Malakoff und des Fahrzeughofs werden nach dreizehn Jahren erstmals realistische Chancen gesehen.

Mit der Realisierung der o. g. Projekte würden bis auf das ehemalige Kasernengebäude Van Dooren alle Immobilien am Standort eine leitbildkonforme Nutzung erhalten. Ziel ist es, im Jahr 2019 auch für diese Immobilie und die umgebende Freifläche eine Nutzungsperspektive zu entwickeln.

Nach der Inbetriebnahme der Flüchtlingsunterkunft „Schelde“ im Januar 2017 haben sich trotz vorheriger Befürchtungen bisher weder auf die Gesamtentwicklung noch auf den Besucherbetrieb negative Effekte gezeigt. Auch die Auswirkungen der Beleuchtung der Landeseinrichtung auf die Astronomie-Werkstatt sind nicht so gravierend, dass der Betrieb gefährdet wäre.

Durch den stabilen Betrieb des Forum Vogelsang IP in den ersten beiden Betriebsjahren nach Eröffnung und die damit einhergehenden vermehrten Bildungs- und Kulturangebote sowie hohen Besucherzahlen wurde und wird das Vertrauen des Marktes in den Standort weiter gestärkt und auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren gefestigt.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst wurden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestanden aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer wurden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer zum Großteil öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, wurden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

4. Prognose

Die Laufzeit der SEV wurde im Jahr 2016 letztmalig bis zum 31.12.2018 verlängert. Eine nochmalige Verlängerung der Gesellschaft wurde ausgeschlossen, sodass die Gesellschaft planmäßig liquidiert wird. Zum Liquidator wurde Herr Fischer-Reinbach durch die Gesellschafter bestellt. Erste Schritte der Liquidation wurden eingeleitet. Ziel ist es, die SEV GmbH nach dem Sperrjahr im Frühjahr 2020 zu löschen.

Da die Konversion durch die SEV bis Ende 2018 nicht abgeschlossen werden konnte, haben sich vier der bisherigen Gesellschafter, die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung (MHKBBG), der Kreis Euskirchen und die Stadt Schleiden in einem Letter of Intent darauf verständigt, die Standortentwicklung in den Jahren 2019 und 2020 in neuen Trägerstrukturen weiter zu führen. Die bisherigen Aufgabengebiete der SEV werden in dieser Übergangsphase durch Herrn Fischer-Reinbach und Herrn Leonhardt verantwortet. Dazu werden sie weiterhin vor Ort, d. h. in den ehemaligen Büroräumen der SEV tätig sein. Der Geschäftsbereich Geländemanagement wurde an die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH übertragen, die auch die bisher bei der SEV beschäftigten sog. Geländehausmeister übernommen hat.

Der Liquidator geht nach derzeitigem Stand davon aus, dass das vorhandene Vermögen ausreichen wird, um die Gesellschaft planmäßig zu liquidieren. Gemäß der Planungsrechnung der Gesellschaft verbleibt ein positiver Saldo, zur Verteilung an die Gesellschafter.

Schleiden, den 29.04.2019



Thomas Fischer-Reinbach Liquidator

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	7	6	5	-

H) Kennzahlen

./.

13. Vogelsang IP gGmbH

Vogelsang 70
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	70.000 €	70,000 %
Kreis Euskirchen	17.142 €	17,142 %
StädteRegion Aachen	4.286 €	4,286 %
Kreis Düren	2.857 €	2,857 %
Kreis Heinsberg	1.429 €	1,429 %
Stadt Schleiden	2.857 €	2,857 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.429 €	1,429 %
Gesamtsumme	100.000 €	100,000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt. Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 05.07.2016 haben die Gesellschafter ihren politischen Gremien zur Sicherstellung der Finanzierung der GmbH ab 2017 eine zunächst bis Ende 2019 befristete Anhebung des jährlichen maximalen Zuschussbetrags der Gesellschafter auf 850 TEUR vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wurde in 2016 durch die politischen Gremien aller Gesellschafter angenommen. Der Kreistag fasste hierzu am 05.10.2016 (V 235/2016) einen entsprechenden Beschluss. In der Sitzung am 18.10.2017 hat der Kreistag der Anhebung des maximalen Betriebskostenzuschusses an die Vogelsang IP gGmbH von maximal 850.000 € jährlich auf maximal 1.400.000 € jährlich zugestimmt. Der maximale Betriebskostenzuschuss des Kreises Euskirchen wurde damit auf 240.000 € festgesetzt (V 358/2017).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57104 07	176.494 €	238.033 €	147.081 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- c) Geschäftsführung

ordentliche Mitglieder

- 1. Manfred Poth (Stimmführer)
- 2. Josef Reidt (stv. Stimmführer)
- 3. Markus Ramers

Stellvertreter

- AV Günter Rosenke
- CDU Johannes Mertens
- SPD Wolfgang Heller

- Landrat
- CDU
- SPD

Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führt ein Vertreter bzw. eine Vertreterin des Kreises Euskirchen.

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

Die Geschäftsführung erhielt für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr insgesamt eine Vergütung von 154 T€.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Vogelsang ip gGmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	11.318	14.299	18.694	-2.981
Sachanlagen	44.630.633	45.763.632	45.533.085	-1.132.999
	44.641.951	45.777.931	45.551.779	-1.135.980
B Umlaufvermögen				
Vorräte	159.655	238.465	283.906	-78.810
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	979.646	916.902	1.291.621	62.744
Liquide Mittel	1.268.584	693.648	1.018.819	574.935
	2.407.885	1.849.015	2.594.346	558.869
C Rechnungsabgrenzungsposten	57.191	56.848	44.801	343
Summe Aktiva	47.107.027	47.683.794	48.190.927	-576.768
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	100.000	27.300	27.300	72.700
Kapitalrücklage	313.381	0	0	313.381
Bilanzverlust	-16.198	0	0	-16.198
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0	-16.198	-16.198	16.198
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	397.183	11.103	11.103	386.081
B Sonderposten	31.807.365	33.289.229	34.776.332	-1.481.864
C Rückstellungen	351.276	235.878	158.328	115.398
D Verbindlichkeiten	14.551.203	14.147.585	13.245.164	403.618
Summe Passiva	47.107.027	47.683.794	48.190.927	-576.768
Vogelsang ip gGmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -				
	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Position	€	€	€	€
1 Umsatzerlöse	2.154.068	2.161.985	918.318	-7.918
2 Bestandsveränderungen	-66.310	-50.586	251.024	-15.724
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	244.501	461.795	813.385	-217.294
4 Sonstige betriebliche Erträge	2.956.623	2.670.579	1.293.309	286.045
5 Materialaufwand, <u>davon:</u>	343.972	307.632	229.353	36.339
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	180.640	149.607	135.766	31.033
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	163.332	158.026	93.586	5.306
6 Personalaufwand, <u>davon:</u>	1.650.830	1.525.834	1.481.202	124.995
a) Löhne und Gehälter	1.363.291	1.263.894	1.239.741	99.397
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	287.539	261.941	241.461	25.598
7 Abschreibungen	2.025.255	1.995.094	777.591	30.161
8 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.147.551	1.201.538	738.682	-53.988
9 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	61.419	753	7.687	60.665
10 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	251.526	200.970	55.404	50.556
11 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6.239	13.457	1.492	-7.219
12 Sonstige Steuern	11.548	0	0	11.548
13 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-86.619	0	0	-86.619
14 Verlustvortrag aus dem Vorjahr	16.198	0	0	16.198
15 Entnahme aus der Kapitalrücklage	86.619	0	0	86.619
16 Bilanzverlust	16.197	0	0	16.197

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. GRUNDLAGEN DER GESELLSCHAFT

Die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH (im Folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Der Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

ZWECK UND GEGENSTAND DER GESELLSCHAFT

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von

- a) Wissenschaft und Forschung,
- b) Bildung und Erziehung,
- c) Kunst und Kultur,
- d) internationaler Gesinnung,
- e) Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
- f) Völkerverständigung,
- g) Umwelt- und Landschaftsschutz,
- h) Denkmalschutz
- i) Regionaler Identität sowie
- j) Demokratischen Gesellschaftsstrukturen.

Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Hierzu zählen ausschließlich

- a) die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
- b) die Durchführung eines regelmäßigen Gäste- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
- c) die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie
- d) die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den unter a) bis c) genannten Punkten stehen.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW und der Gemeinnützigkeit zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist verpflichtet, nach den Wirtschaftsgrundsätzen im Sinne des § 109 Abs. 1 Satz 1 GO NRW zu verfahren. Dabei ist die Gesellschaft so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird.

BETEILIGUNGSVERHÄLTNISSE

Im Jahr 2018 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- Landschaftsverband Rheinland (LVR) mit 70.000 € | (70 %)
- Kreis Euskirchen mit 17.142 € | (17,142%)
- StädteRegion Aachen mit 4.286 € | (4,286%)
- Kreis Düren mit 2.857 € | (2,857%)
- Kreis Heinsberg mit 1.429 € | (1,429%)
- Stadt Schleiden mit 2.857 € | (2,857%)
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 1.429 € | (1,429%)

Organe der Gesellschaft im Jahr 2018 waren die Gesellschaftsversammlung und die Geschäftsführung. Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führte satzungsgemäß ein Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland. Den stellvertretenden Vorsitz führte satzungsgemäß ein Vertreter des Kreises Euskirchen.

ÄNDERUNG DES GESELLSCHAFTSVERTRAGS ZUM 01.01.2018

Zum 01.01.2018 wurde eine Neufassung des Gesellschaftsvertrages beschlossen, die am 06.03.2018 ins Handelsregister eingetragen wurde. Wesentliche Punkte sind:

- Erhöhung des Stammkapitals auf 100.000 €, dabei neue Beteiligung des LVR i.H.v. 70% und quotale Reduzierung bei den anderen Gesellschaftern,
- Einzahlung in die Kapitalrücklage von 400.000 € nach den neuen Beteiligungsquoten,
- Entfall des in den früheren Betriebsjahren bestehende Organs Aufsichtsrat,
- Mehrheitserfordernis bei einzelnen wichtigen Beschlüssen von 85% (vgl. § 8 Abs. 4 des neuen Gesellschaftsvertrages)
sowie
- Erhöhung des Rahmens für den Verlustausgleich der Gesellschafter auf maximal 1,4 Mio. € p.a.

2. WIRTSCHAFTSBERICHT INKL. GESCHÄFTSVERLAUF UND VFE-LAGE

2.1 GESCHÄFTSVERLAUF

2.1.1 LAUFENDER BETRIEB

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH den Betrieb der zentralen Besucherinformation von Vogel-
sang IP sowie eine Vielzahl von Bildungsaktivitäten durch.

Dies umfasst als regelmäßige Aktivitäten u.a.

- den Betrieb des Informationszentrums im Forum Vogelsang IP mit Counter, Informationszone,
Bookshop, Gastronomie (Verpachtung), etc. mit täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
- das Angebot eines Netzes von Besucherrundwegen sowie zentralen Besucherparkplatzes,
- die Bereitstellung der Dauerausstellung „Bestimmung: Herrenmensch | NS-Ordensburgen zwi-
schen Faszination und Verbrechen“ (NS-Dokumentation) - seit Neueröffnung des Forums am
11.09.2016,
- die Organisation von täglichen offenen sowie zusätzlich individuell buchbaren Führungen, Semi-
naren, Workshops und andere Bildungsangeboten in der Jugend- wie der Erwachsenenbildung,
- die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie von Begleitpro-
grammen von Tagungen und Konferenzen
und
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Darüber hinaus vermietet die GmbH einen Teil der Forumflächen langfristig an den Landesbetrieb
Wald und Holz NRW zum Betrieb des Nationalpark-Zentrums Eifel und der dortigen Erlebnisausstellung
„Wildnis(t)räume“. Die Betreiberschaft des Nationalpark-Zentrums liegt beim Landesbetrieb Wald und
Holz NRW. Die Betriebsführung der beiden Ausstellungen erschießenden Besucherzentrums erfolgt im
Rahmen eines Geschäftsbesorgungsvertrags durch die Vogelsang IP gemeinnützige GmbH.

Nach Neueröffnung des Forums am 11.09.2016 war das Jahr 2018 das zweite durchgängige Normal-
jahr. Im Ergebnis waren folgende Nachfragewerte festzustellen:

- 270.500 Besucherinnen und Besucher insgesamt im Forum (d.h. geringfügig gestiegen gegen-
über dem Vorjahr)
- 2.039 Bildungsformate (zzgl. ca. 100 Sonderformate) mit 35.652 Teilnehmenden (zzgl. ca. 2.500
in Sonderformaten), davon 8.313 Schülern/Schülerinnen bzw. Jugendliche in überwiegend vertie-
fenden Angeboten im Bereich der Schulklassen- und Jugendgruppen (das sind bei den Schüle-
rinnen/Schülern bzw. Jugendlichen plus 16%, insgesamt minus 13% Bildungsformate im Ver-
gleich zum Vorjahr)

Hinzu kamen

- 34.524 Individual-Besucherinnen und -Besucher der Dauerausstellung „Bestimmung: Herren-
mensch ...“ (minus 3% gegenüber dem Vorjahr)

Die Nachfragewerte bewegen sich unverändert auf hohem Niveau, jedoch ist die mit 5% geplante Stei-
gerung der Nachfragewerte in 2018 gegenüber dem Vorj

ahr nur bei einem Teil der Erlösbereiche eingetreten. Besonders im 2. Halbjahr 2018 sind in einzelnen
Bereichen Rückgänge eingetreten.

Im Bildungsbereich wurden im Jahre 2018 erneut mehrere Sonderprojekte durchgeführt bzw. fortge-
führt. Hierzu zählten neben diversen Jugendbildungsprojekten mehrere geförderte Projekte - u.a. durch
die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), die Landeszentrale für politische Bildung (Lzpb), die
Stiftung Erinnerung, Verantwortung, Zukunft (EVZ) und den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
(AdB).

2.1.2 INVESTITIONSPROJEKTE

Bei den in den Vorjahren aus EU-, Bundes- und Landesmitteln sowie aus Eigenmitteln der Gesellschaf-
ter geförderten Maßnahmen „Forum Vogelang | Sanierung und Umbau“, „NS-Dokumentation | Ausstel-
lungsprojekt“ und „Besucherzentrum | Schaufenster Eifel | Ausstattung und Informationswelten“ stan-
den im Jahr 2018 eine Vielzahl von Restmaßnahmen und insbesondere diverse Mängelbeseitigungen
an.

Zur Finanzierung der über die Förderung hinausgehenden Mehrkosten dienen zwei bankenfinanzierte,
langfristige Darlehensrahmen von jeweils 5 Mio. € sowie ein langfristiges Gesellschafterdarlehen des
LVR.

2.1.3 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Geschäftsergebnis 2018 liegt bei einem Minus vor Gesellschafterverlustausgleich in Höhe von
1,09 Mio. € und damit um 87 T€ über dem Planwert von 1,005 Mio. €; die Überschreitung ist im We-
sentlichen bedingt durch im zweiten Halbjahr 2018 deutlich zurückgegangene Umsatzerlöse, den An-
stieg bei den Personalkosten sowie mehrere kleinteilige Einwicklungen.

Die Differenz zum Planwert soll lt. Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 27.11.2018 durch
die Inanspruchnahme der Kapitalrücklage aufgefangen werden; sie reduziert sich hierdurch von 400 T€
auf 313 T€.

Von der Geschäftsführung wurde vor diesem Hintergrund Ende 2018 ein Konsolidierungsprozess ein-
geleitet. Die Maßnahmen werden ab 2019 sukzessive durchgeführt und haben insbesondere folgende
Ziele:

- Steigerung der Umsatzerlöse durch Vertriebs- bzw. Kommunikationsoffensiven, Produkt- bzw.
Angebotsentwicklungen, einzelne Preiserhöhungen sowie eine Erhöhung der Besuchs- bzw.
Kaufanreize auf dem Gelände,

- Einwerbung von Spendengeldern / Sponsoring sowie
- eine Reihe von kleinteiligen Maßnahmen.

2.1.4 ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Der öffentliche Zweck wurde im Jahr 2018, wie in den Vorjahren, vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht.

Die weiter zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die Wirkung und Ausstrahlung als kultur-, bildungs- und wandertouristische Destination im Nationalpark Eifel, das neue Forum als Informationszentrums am Standort Vogelsang IP sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

In 2019 ist die Beantragung der Anerkennung als Bildungswerk nach dem Weiterbildungsgesetz und dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz NRW geplant.

2.2. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch

- Sachanlagen in Höhe von insgesamt 44.631 T€ (Vorjahr 45.764 T€; -2,5%), darüber hinaus durch das
- Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Vorräte in Höhe von 160 T€ (Vorjahr 238 T€; -33,0%), durch sonstige Vermögensgegenstände (hier vor allem Umsatzsteuerforderungen) von 394 T€ (Vorjahr 616 T€; -36,1%) und durch liquide Mittel in Höhe von 1.269 T€ (Vorjahr 694 T€; + 82,9%)

geprägt. Dem stehen auf der Passivseite insbesondere

- Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 31.807 T€ (Vorjahr 33.289 T€; -4,5%),
- Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von 9.328 T€ (Vorjahr 9.664 T€; -3,5%)
- Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (hier: Gesellschafterdarlehen LVR) in Höhe von 3.733 T€ (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“; Vorjahr 3.200 T€; + 16,7%),
- Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 437 T€ (Vorjahr 1.155 T€; - 62,2%),
- Rückstellungen in Höhe von 351 T€ (Vorjahr 236 T€; + 48,9%)

gegenüber.

Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 100 T€ ist in voller Höhe eingezahlt.

2.3 FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
- des investitionsbezogenen, kurzfristig aktivierbaren Kreditrahmens für ein Gesellschafterdarlehen des Landschaftsverbands Rheinland LVR von bis zu 4,5 Mio. €, sowie
- eingegangener Fördermittel im Bildungsbereich

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet. Der zusätzliche Kontokorrentrahmen des LVR in Höhe von maximal 1,0 Mio. € im Rahmen des Cash-Poolings wurde in 2018 nicht in Anspruch genommen.

Zum Ende des Jahres 2018 bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 406 T€, im Wesentlichen zum Stichtag vergebenen Aufträge für Umbauarbeiten.

Die Liquidität am Bilanzstichtag beträgt 1.269 T€ (Vorjahr 694 T€). Die Differenz zum Vorjahr resultiert vor allem aus den Darlehensaufnahmen und -tilgungen

2.4 ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb verlief im Jahr 2018 im Ergebnis schlechter als in 04/2018 durch die Wirtschaftsplanung definiert und von Gesellschafterversammlung freigegeben - primär auf Grund des weiter oben beschriebenen Umsatzverlaufs.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist zum 31. Dezember 2018 einen Verlust vor Gesellschafterverlustausgleich Höhe von 1.091 T€ (Vorjahr 848 T€) aus. Dieser Verlust liegt um 87 T€ über dem durch Beschluss der Gesellschafterversammlung im Rahmen der Wirtschaftsplanung gesetzten Rahmen für 2018 von maximal 1.005 T€, jedoch unter dem satzungsgemäßen Wert von 1,4 Mio. € als maximale Einzahlungsverpflichtung der Gesellschafter (vgl. § 16 Abs. 4 des Gesellschaftsvertrages).

Die das Ergebnis prägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2018 abgebildet. Folgende wesentlichen Veränderungen sind festzustellen (Werte = gerundet):

1. Umsatzerlöse | 2.154 T€ (Vorjahr 2.162 T€), d.h. -0,4%
2. Verminderung des Bestandes fertige/unfertige Erzeugnisse | 66 T€ (Vorjahr 51 T€), d.h. 31,1%
3. Andere aktivierte Eigenleistungen | 245 T€ (Vorjahr 462 T€), d.h. -47,1%
4. Sonstige betriebliche Erträge (inkl. Gesellschafter-Verlustausgleich) | 1.474,8 T€ (Vorjahr 1.183,5 T€), d.h.+24,6%

5. Materialaufwand | 344 T€ (Vorjahr 308 T€), d.h. +11,8%
6. Personalaufwand | 1.651 T€ (Vorjahr 1.533 T€), d.h. +7,7%
7. Abschreibungen | 2.025 T€ (Vorjahr 1.995 T€), d.h. +1,5%
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen 1.148 T€ (Vorjahr 1.202 T€), d.h. -4,5%
9. Zinserträge | 61 T€ (Vorjahr 1 T€)
10. Zinsaufwand | 252 T€ (Vorjahr 201 T€), d.h. +25,2%
11. Steuern | 18 T€ (Vorjahr 6 T€)

3. PROGNOSEBERICHT

Wesentliche operative Schwerpunkte 2019 werden sein:

- die Umsetzung der unter Punkt 2.1.3 beschriebenen Konsolidierungsmaßnahmen,
- die Durchführung eines Findungsverfahrens für eine neue Geschäftsführung,
- die Fortführung der Mängelbeseitigung sowie die Durchführung von Restmaßnahmen rund um das Forum,
- die Stabilisierung und der Ausbau des Akademiebetriebs, insbesondere durch Einführung neuer Angebote,
- die Durchführung mehrerer Vertriebs-/Kommunikationsoffensiven in Bezug auf verschiedene Zielgruppen und Regionen und
- die Antragstellung zum staatlich anerkannten Bildungswerk .

Für das Geschäftsjahr 2019 ist ein durch Gesellschafterverlustausgleich abgedecktes Ergebnis minus 1,11 Mio. € geplant. Hierbei liegen in verschiedenen Bereichen Unwägbarkeiten vor, insbesondere in Bezug auf

- den Erfolg der neuen Akademie-Angebote,
- die tatsächlich eintretende Nachfrageentwicklung (Besuchszahlen allgemein, Ausstellungsbesuche, Programmnachfragen) sowie
- die weitere Entwicklung des Aufwands für das Facility-Management.

4. CHANCEN-/RISIKOBERICHT

Die Wirtschaftsplanung 2019 beinhaltet insofern ein Risiko, als zum einen die genaue Entwicklung des Besucherverhaltens und der Nachfrage-, Erlös- und Aufwandswerte nicht exakt prognostizierbar ist. Hier spielen z.B. auch nicht beeinflussbare Faktoren wie Trends, Aktivitäten anderer Standortpartner und Wetterverhältnisse eine gewichtige Rolle.

Bei den geförderten Investitionsprojekten ist bis zum Ende der Zweckbindungsdauer grundsätzlich das Risiko von Rückforderungen von Zuwendungsgebern als Ergebnis von Prüfungen gegeben. Die bisherigen Prüfungen durch die Bezirksregierung Köln und den Landesrechnungshof NRW in 2017 haben zu keinen Rückforderungen geführt.

Weiterhin waren, wie vorhin beschrieben, Ende 2018 einzelne Baugewerke noch nicht abgeschlossen bzw. es laufen noch Auseinandersetzungen mit Firmen und Insolvenzverwaltern. Dadurch können bei den geförderten Investitionsprojekten ggf. weitere, über das in der Investitionsplanung prognostizierte Volumen von rd. 14 Mio. € hinausgehende Projektausgaben eintreten, z.B. durch weitere, als nicht werthaltig beurteilte Forderungen von Firmen im Rahmen laufender Maßnahmen.

Bei Bilanzierung und der Prognose der Investitionen wurden alle erkenn- bzw. absehbaren Mehrkosten auf der Grundlage vorliegender juristischer Stellungnahmen berücksichtigt.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird unverändert eine quartalsweise Zwischenbilanz durchgeführt und die Gesellschafterversammlung regelmäßig über wesentliche Entwicklungen und Abweichungen informiert. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung inkl. Personal- und Investitionsplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen, insbesondere in Bezug auf die Umsatzerlöse und die Liquidität, monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei werden die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zum Vergleich angelegt.

5. RISIKOBERICHTERSTATTUNG FINANZINSTRUMENTEN

Bei der GmbH werden keine Finanzinstrumente eingesetzt. Die Geldanlage erfolgt ausschließlich kurzfristig auf Tagesgeldkonten.

Schleiden, 17. Juni .2019
gez. Albert Moritz | Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	42	38	41	-

H) Kennzahlen

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Besucherzahlen	270.500	270.000	188.000	Eröffnung des Forums am 11.09.2016
Dauerausstellung „Bestimmung Herrenmensch“	34.524	35.534	14.280	Individualbesucher (seit 11.09.2016)
Erlebnisausstellung „Wildnis(t)räume“	21.611	18.266	7.666	Gästezahl seit 11.09.2016 (Nationalpark-Zentrum Eifel)

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.200 €	50,00 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Kreisstadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Blankenheim	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Nettersheim	1.200 €	4,55 %
Stadt Bad Münstereifel	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Dahlem	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die sich aus dem Wirtschaftsplan ergebenden Finanzierungsanteile werden als Abschlag jeweils zum 1. eines Quartals im Voraus an die Gesellschaft gezahlt.

Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

Aufgrund der Vorlage V 171/2015 hat der Kreistag beschlossen, die über die Deckelungsbeträge der kommunalen Gesellschafter (20.000 €) hinaus gehenden Beträge der Wirtschafts- und Finanzplanung 2016 ff. durch den Gesellschafter Kreis Euskirchen im Rahmen seines Deckelungsbetrages (260.000 €) abzudecken.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 12.07.2017 (V 334/2017) u.a. beschlossen, dass die Finanzierung des Gesamtzuschussbedarfs ab dem Jahre 2018 mit der Aufteilung und Übernahme zu 50 % durch den Kreis und zu 50 % durch die kommunalen Gesellschafter zu jeweils gleichen Anteilen (4,55 %) erfolgt. Gleichzeitig wurde der Beschluss über die Erhöhung der maximalen Finanzierungsbeträge des Kreises Euskirchen auf 310.000 €/a und der übrigen kommunalen Gesellschafter auf 25.000 €/a gefasst. Die entsprechende Änderung des Gesellschaftsvertrages erfolgte im Rahmen einer notariellen Beurkundung am 17.11.2017.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger 150 57104 01	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
		310.000 €	250.659 €	255.833 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Ingo Hessenius	GBL I
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Leo Wolter	CDU
3. Gerhard Stentrup (stv. Stimmführer)	SPD	Thilo Waasem	SPD

Die in die Gesellschafterversammlung entsandten Vertreter des Kreises erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

Bezüge 2018

7.657,20 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Nordeifel Tourismus GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	15.956	25.598	25.796	-9.642
Sachanlagen	14.165	18.166	7.191	-4.001
	30.121	43.764	32.987	-13.643
B Umlaufvermögen				
Vorräte	9.695	6.711	5.637	2.985
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	13.939	8.016	17.991	5.922
Liquide Mittel	49.205	67.052	102.754	-17.848
	72.838	81.779	126.382	-8.941
C Rechnungsabgrenzungsposten	1.233	4.129	2.088	-2.896
D Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	60.197	61.687	0	-1.490
Summe Aktiva	164.389	191.359	161.457	-26.970
Passiva				
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	26.400	26.400	26.400	0
Kapitalrücklage	3.647.810	3.104.479	2.628.083	543.331
Bilanzverlust	-3.734.407	-3.192.566	-2.121.574	-541.842
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	60.197	61.687	-441.815	-1.490
	0	-0	91.094	0
B Rückstellungen	105.152	109.420	29.046	-4.268
C Verbindlichkeiten	56.387	79.439	40.019	-23.052
D Rechnungsabgrenzungsposten	2.850	2.500	1.298	350
Summe Passiva	164.389	191.359	161.457	-26.970

Nordeifel Tourismus GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	324.383	304.973	208.683	19.410
2	Sonstige betriebliche Erträge	64.504	27.089	16.316	37.415
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	100.868	101.324	24.423	-456
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	100.868	101.324	24.423	-456
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	452.311	408.993	362.794	43.318
a)	Löhne und Gehälter	370.872	335.999	296.892	34.873
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	81.439	72.994	65.902	8.445
5	Abschreibungen	17.054	15.857	9.742	1.198
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	344.177	369.793	269.766	-25.616
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.500	3.000		-500
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.099	3.400	0	7.699
9	Ergebnis nach Steuern	-539.123	-570.305	-441.723	31.183
10	Sonstige Steuern	2.719	58.872	92	-56.153
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-541.842	-629.177	-441.815	87.335

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018 „I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Destinationsmanagementorganisation (DMO) tätig und fungiert im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm. Gemeinsam mit den benachbarten Organisationen Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. ist die Nordeifel Tourismus GmbH zusätzlich als Marketingverbund Erlebnisregion Nationalpark Eifel aktiv. Künftig wird sie auch in das Innovationsnetzwerk Tourismus im Rheinischen Revier einbezogen sein.

2. Ziele und Strategien

Im Sinne der Tourismusstrategie Eifel und zur Erreichung der im Gesellschaftervertrag verankerten Ziele agiert die Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC). Als TSC gilt eine touristische Organisation, die für die touristische Entwicklung einer (Teil)-Region federführend verantwortlich ist. Als TSC der Stufe III nimmt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Aufgaben für die Gesellschafter und die Region Nordeifel wahr:

Produktentwicklung, gesamtes Außenmarketing, Binnenmarketing, Vertrieb, Gästeinformation / Reservierung, Beratung und Planung bei der touristischen Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern¹, Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems, PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für touristische Großveranstaltungen der Gesellschafter, Betrieb der Tourismuswerkstatt Eifel, Beratung der Leistungsträger sowie betriebliches Qualitätsmanagement, Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd.

3. Forschung und Entwicklung

Ein vom Kreis Euskirchen in Auftrag gegebenes Gutachten an das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF), das den Wirtschaftsfaktor Tourismus für die Nordeifel beleuchtet und sich auf Zahlen aus dem Jahr 2017 bezieht, wurde im Frühjahr 2018 fertiggestellt und über Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bekannt gemacht. Gleiche Gutachten wurden bereits in den Jahren 2012 und 2015 erstellt. Insgesamt lässt sich ableiten, dass die touristische Entwicklung in der Region zu deutlich steigenden Effekten bei der Wertschöpfung geführt hat. Somit hat sich der Stellenwert der Tourismusbranche als Wirtschaftszweig im Kreis Euskirchen weiter erhöht.

¹ Funktionalpartner sind: Nationalparkforstamt Eifel, Naturparke Nordeifel und Rheinland, Kreis Euskirchen (Struktur- und Wirtschaftsförderung, Pressestelle, ÖPNV, Untere Landschaftsbehörde, Katasteramt und Fahrradbeauftragter des Kreises) und die Kommunen.

Im Zuge der Forschung und Entwicklung hat die Nordeifel Tourismus GmbH in Zusammenarbeit mit dem Projektbüro „Wanderwelt der Zukunft“ einen Lehrauftrag an die IUBH Internationale Hochschule Düsseldorf erteilt, um eine konzeptionelle Strategie für die 18 entstehenden, zertifizierten Wanderwege, die sog. „EifelSpuren“ entwickeln zu lassen. Studierende haben dem Auftraggeber die erarbeiteten Konzepte im August 2018 vorgestellt. Auszüge dieser Ideen werden auf Umsetzbarkeit im Projekt geprüft.

Zur dauerhaften Marktforschung wurden die Gästebefragungen in den Tourist-Informationen und bei Buchungen von Mehrtagesarrangements fortgesetzt. Zudem ist im Jahr 2018 eine erneute Evaluation der GästeCard Erlebnisregion Nationalpark Eifel erfolgt, die im Februar 2019 vom Verkehrsverbund Rhein-Sieg präsentiert worden ist.

Wie in den Vorjahren wurden eifelbezogene Marktforschungstätigkeiten durch Partner wie NRW Tourismus e.V., Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Eifel Tourismus GmbH und das Nationalparkforstamt Eifel veranlasst, welche die Nordeifel Tourismus GmbH auswertet.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen entwickelt sich weiterhin positiv. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Statistik, die NRW-Tourismus e.V. für das Jahr 2018 vorgelegt hat. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im Vergleich zum Jahr 2017 sowohl geringe Zuwächse bei den Gästeankünften (+ 1,8 %) als auch bei den Übernachtungen (+ 0,8 %) in Betrieben mit mehr als 10 Betten.

Im Kreis Euskirchen ist es sowohl bei den Gästeankünften (-3,6 %) als auch bei den Übernachtungen (-2,3 %) zu leichten Rückgängen gekommen. In den Kommunen Hellenthal, Schleiden und Zulpich sind Zuwächse zu verzeichnen.

Der Rückgang kann vor allem durch den in vollem Gange eingezogenen Strukturwandel in der Betriebswelt erklärt werden. Demnach haben verschiedene familiengeführte Hotels in der Region im Jahr 2018 ihren Betrieb eingestellt bzw. im Zuge der Übergabe ihre Kapazitäten deutlich reduziert.

Ein besserer Blick auf die gesamttouristische Situation und damit eine gute Einordnung der Lage wird deutlich bei Betrachtung der touristischen Entwicklung in den letzten zehn Jahren. Seit dem Jahr 2009 bis zum Jahr 2018 sind die Zahl der Gästeankünfte (+ 16,3 %) und Übernachtungen (+ 10,6 %) deutlich gestiegen.

Dabei fällt auch der Trend auf, dass sich die Aufenthaltsdauer tendenziell weiter verkürzt hat. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer beträgt aktuell 2,9 Tage und verdeutlicht die Bedeutung der Region als Kurzurlaubsziel.

Die Bedeutung des Wirtschaftsfaktors Tourismus, auch mit Berücksichtigung des Übernachtungstourismus in Betrieben unter 10 Betten sowie des Tagestourismus wird im bereits erwähnten aktuellen DWIF-Gutachten dargestellt.

Die Analyse, die sich auf Werte aus dem Jahr 2017 bezieht, untermauert deutlich die Position der Region als Tagesausflugs- und Kurzurlaubsdestination. Besonders imposant ist auch die positive Entwicklung, die mit Blick in vorangegangene Gutachten des DWIF aus den Jahren 2011 und 2014 nachvollzogen werden kann.

Für das Jahr 2017 ergeben sich insgesamt 1,29 Mio. Übernachtungen (2011: 1,04 Mio., 2014: 1,26 Mio.) in sämtlichen Betrieben von der Ferienwohnung bis zum 4-Sterne-Hotel und 10,2 Mio. Tagesausflüge (2011: 7 Mio., 2014: 7,4 Mio.). Vom Tourismus profitieren dem Gutachten zufolge das Gastronomie- und Beherbergungswesen mit 141,7 Mio. € (2011: 104 Mio. €, 2014: 118 Mio. €), der Einzelhandel mit 166,1 Mio. € (2011: 79,8 Mio. €, 2014: 96,4 Mio. €) und sonstige Dienstleistungen mit 70,6 Mio. € (2011: 38,7 Mio. €, 2014: 47,8 Mio. €).

Interessant ist weiterhin der Vergleich des Ausgabeverhaltens. Während Gäste, die in gewerblichen Betrieben mit mehr als 10 Betten übernachten, pro Tag und pro Person 98,90 € ausgeben, sind es bei Gästen in Ferienwohnungen durchschnittlich 70 €. Tagesgäste hingegen lassen rund 27,50 € pro Aufenthalt in der Region. Insgesamt ergibt sich durch Tages- und Übernachtungsgäste ein Bruttoumsatz in Höhe von 378,4 Mio. € pro Jahr (2011: 222,9 Mio. €, 2014: 262,5 Mio. €). Im Vergleich zu 2011 sind dies Steigerungen durch den Tagestourismus in Höhe von 89 % und im Übernachtungstourismus von 31 %.

Weitere wirtschaftliche Effekte für die Region ergeben sich durch das Steueraufkommen aus dem Tourismus. Alleine im Bereich der Mehrwertsteuer und Einkommenssteuer resultieren 34,7 Mio. € aus dem Tourismus. Ferner zeigt das Gutachten, dass der durch Tourismus generierte Einkommensbeitrag einem Beschäftigungsäquivalent von 7.010 Personen (2011: 4.910 Personen, 2014: 5.200 Personen) entspricht, die durch touristische Nachfrage im Kreis Euskirchen ein durchschnittliches Primäreinkommen von 24.502 € pro Kopf beziehen. Dieser Wert darf jedoch nicht mit der Anzahl der durch den Tourismus im Kreis Euskirchen Beschäftigten gleichgesetzt werden.

Angesichts der bestehenden Angebotsstruktur kann festgestellt werden, dass bei Übernachtungen in Betrieben mit mehr als 10 Betten, die in der offiziellen Statistik des Landes NRW ausgewiesen werden,

das stabile Niveau der Vorjahre gehalten werden konnte. Angesichts des Trends, den Urlaub im eigenen Land zu verbringen, ist davon auszugehen, dass bei einem qualitativ hochwertigeren und einem noch mehr auf die Zielgruppen zugeschnittenen Angebot deutlichere Zuwächse in der Nordeifel zu erwarten wären.

Durch Betriebsübernahmen und neue Übernachtungsangebote in Vogelsang und in Gemünd (DJH-Jugendherberge) sind positive Impulse zu erwarten. Mit Blick auf die amtliche Übernachtungsstatistik sei darauf hingewiesen, dass diese die touristische Entwicklung nur lückenhaft abbilden kann, da Übernachtungen in Betrieben unter 10 Betten, die in der Eifel die Basis im Übernachtungssegment bilden, nicht erfasst werden.

Entwicklung der Übernachtungszahlen für das Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 in NRW und im Kreis Euskirchen:

	Gäste		Übernachtungen		Aufenthaltsdauer
	Anzahl	Veränderung in %	Anzahl	Veränderung in %	
Nordrhein-Westfalen	23.700.657	+1,8	51.927.031	+ 0,8	2,0
Kreis Euskirchen	293.531	- 3,6	844.175	-2,3	2,9

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein Westfalen (IT.NRW) Februar 2019

Übernachtungsentwicklung im Kreis Euskirchen von 2009 bis 2018:

Jahr	Ankünfte	Veränderung der Ankünfte zum Vorjahr in %	Übernachtungen	Veränderung der Übernachtungen zum Vorjahr in %	durchsch. Aufenthaltsdauer in Tagen	Mittlere Auslastung der angebotenen Betten in %
2009	235.498	-0,6	753.923	-3,5	3,2	32,4
2010	236.466	0,4	737.527	-2,2	3,1	31,9
2011	251.539	6,5	749.179	1,6	3,0	31,9
2012	263.173	4,8	804.307	7,5	3,1	33,9
2013	276.835	5,2	841.199	4,6	3,0	35,3
2014	291.604	5,3	888.285	5,6	3,0	33,4
2015	293.627	0,7	871.982	-1,8	3,0	36,1
2016	283.861	-3,3	839.006	-3,8	3,0	35,2
2017	304.454	7,3	864.474	3	2,8	36,9
2018	293.531	-3,6	844.175	-2,3	2,9	36,1

Quelle: Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein Westfalen (IT.NRW) Februar 2019

Nach 10 Jahren Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH zeigt sich, dass die Gästeankünfte und die Übernachtungszahlen eine positive Entwicklung genommen haben und sich aktuell auf einem hohen, stabilen Niveau eingependelt haben. Angesichts der vorhandenen Angebotsstruktur bei Übernachtungsbetrieben ist davon auszugehen, dass bei gleichbleibendem Angebot dieses Niveau auf Dauer konstant bleibt.

2. Geschäftsverlauf 2018

Die Erreichung der Unternehmensziele und die Umsetzung der Strategie wurden im Jahresverlauf mit folgenden Maßnahmen verfolgt:

- Auf Basis konkreter Handlungsempfehlungen wurde das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020 weiter umgesetzt. Zur Umsetzung beigetragen haben
 - der Relaunch von Printprodukten
 - die Verbreitung des Leitbildes
 - die Mitarbeit im Projekt „Wanderwelt der Zukunft“
 - die Mitarbeit im Projekt „Unternehmensnachfolge im Gastgewerbe“
 - die Umsetzung des Projektes „Tourismuswerkstatt Eifel“
 - die Produktion eines Bewegtbildkonzeptes und von neuen Fotos

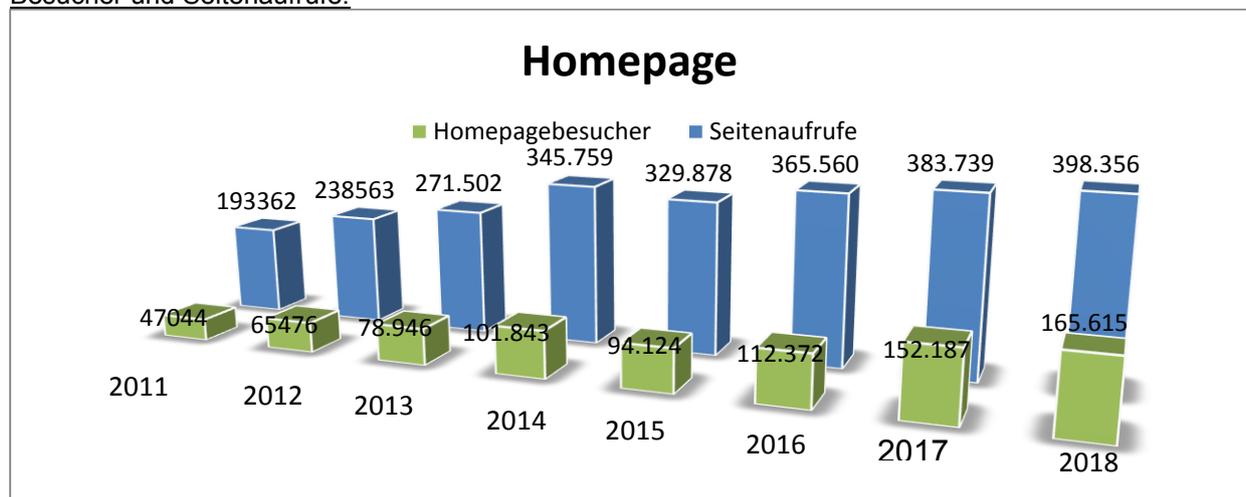
- die Fortführung des Eifelsteig-Wanderbusses als Regelangebot ab 2019 und die Initiierung des Eifel-Fahrradbusses in Zusammenarbeit mit dem Kreis Euskirchen
- die Mitarbeit am Radkonzept Eifel
- die Durchführung des vierten touristischen Netzwerk-Treffens „NeTWorking Nordeifel“ in der Nordeifel
- die Fortführung der GästeCard in den Jahren 2018 & 2019
- die Erarbeitung von Optimierungsvorschlägen für verbundübergreifende Buslinien innerhalb der Nationalpark-Region
- die Mitarbeit an der Tourismusstrategie Eifel der Eifel Tourismus GmbH
- die Federführung bei der Organisation der Krimitage „Nordeifel Mordeifel 2018“ sowie der Archäologietour Nordeifel 2018 & 2019
- die Produktentwicklung „Zeitreise“ in Zusammenarbeit mit dem LVR-Freilichtmuseum Kommern, der Tuchfabrik Müller und Vogelsang IP
- die Durchführung einer google-adwords-Kampagne zur unterstützenden Vermarktung der Mehrtagesarrangements
- die Nutzung von instagram als weiteres soziales Netzwerk
- Durchführung eines Teambuilding-Tags im April 2018
- Vorbereitung der Rezertifizierung der Geschäftsstelle als Qualitätsbetrieb „Servicequalität Deutschland“ für den Zeitraum 2019-2022
- Durchführung von Mitarbeitergesprächen im Jahresverlauf 2018
- Jahresgespräche mit folgenden Gesellschaftern: Gemeinde Kall, Gemeinde Nettersheim, Gemeinde Blankenheim, Stadt Bad Münstereifel, Gemeinde Weilerswist und Gemeinde Dahlem
- Präsentation des Gutachtens „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ im Fachausschuss Wirtschaftsförderung, Tourismus und Konversion Vogelsang des Kreises Euskirchen
- Präsentation der NeT GmbH im Fachausschuss der Stadt Zulpich und der Stadt Euskirchen
- Quartals-Treffen mit den touristischen Arbeitsgemeinschaften Rureifel und Monschauer Land
- Informationsveranstaltung und Workshop im Juli 2018 für touristische Akteure aus dem Gemeindegebiet Weilerswist
- Buchungsstelle für das Angebot Trekking Eifel
- Abstimmungsgespräche mit dem Naturpark Nordeifel über die Ausweitung des Trekking-Netzes in der Nordeifel. Die Nordeifel Tourismus GmbH bleibt nach Absprache mit der Rureifel und dem Monschauer Land für alle Plätze die einzige Buchungsstelle.
- Vertragsabschluss mit einem neuen Anbieter von Pedelecs- und Trekkingrädern im Nationalpark-Tor Gemünd ab April 2019
- Vorbereitung der erfolgreichen Auszeichnung der Wasserburgen-Routen mit 3 Sternen nach ADFC
- Eigene Gremienarbeit: Gesellschafterversammlung (3 x im Jahr 2018), Verkehrsamtsleiter-Beirat (5 x pro Jahr), Marketingausschuss (2 x pro Jahr)
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen / Gremien: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Vorstand Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Wasserburgen-Route, AG Nationalpark-Tore, AG Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Arbeitskreis-Sitzungen Nordeifel der Eifel Tourismus GmbH, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln, Expertenteam Deskline 3.0, Prüfungsausschuss der IHK Köln, LAG-Koordinierungskreise LEADER Eifel und Zulpicher Börde
- fortlaufende Optimierung der Homepage www.nordeifel-tourismus.de mit Arbeiten wie Textredaktion, Bild- und Videoauswahl, Suchmaschinenoptimierung und Google-Adwords-Kampagnen.
- Betrieb und laufende Optimierung von neun Homepages www.nordeifel-tourismus.de, www.roemerkanal-wanderweg.de, www.eifel-hoehen-route.de, www.die-wasserburgen-route.de, www.radundwanderbahnhoefe-nordeifel.de, www.sternenpark-nationalpark-eifel.de, www.erlebnis-region.de, www.nordeifel-mordeifel.de und www.eifelsteig-wanderbus.de
- Zusammenarbeit mit 150 Gastgebern in Deskline 3.0 sowie deren Betreuung
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Gästemagazins 2019
- Veröffentlichung der Printprodukte „Gästemagazin Nordeifel 2019“, Pocketguide „Radfahren in der Nordeifel“, Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Flyerkarte „Aktiv-Pauschalen“ 2019, Flyer „Nordeifel frühlingshaft“, „Nordeifel sommerlich“, „Nordeifel herbstlich“ und „Nordeifel winterlich“, Flyerkarte „Auf einen Blick“, Flyer Beratungstage 2019, Flyer touristische Mobilitätslinien
- Nachdruck diverser thematischer Broschüren
- Produktion des Sommerprogramms „Familienspaß 2018“ in Zusammenarbeit mit Sehenswürdigkeiten, Freizeiteinrichtungen und weiteren touristischen Akteuren
- Präsentation bei folgenden Veranstaltungen: NRW-Tag Essen, Innenstadteinsätze Köln, Essen, Maastricht und Bonn, Radaktiv Düsseldorf, Aktionstag Eifeler Sonntagsausflug, Flohmarkt Kronenburg, Euskirchener Burgenfahrt, Kräutertag Nettersheim, Country Homes in Mechernich, Gewerbe-

- schau in Kall, 10-Jahres-Feier Römerthermen Zülpich, Aktionstag zum Tag des offenen Denkmals in Blankenheim“, Radaktionstag Kyll-Radweg, Michaelsmarkt Bad Münstereifel
- Teilnahme an der Internationalen Tourismus-Börse Berlin (ITB) 2018, an der Tour Natur 2018 Düsseldorf und dem Deutschen Tourismustag 2018 in Bonn
 - Beteiligung am Aktionstag der Wirtschaft des Kreises Euskirchen
 - Durchführung von sechs Beratungstagen für touristische Betriebe in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen, 42 Erstberatungsfälle mit entsprechenden Folgeberatungen
 - Filmdreh WDR im März 2018 zum Thema Existenzgründung im Tourismus in der Nordeifel und Nachfolge in Gastronomie und Hotellerie. Zwei Live-Interviews in den Ausgaben der Lokalzeit Aachen und Bonn.
 - 61 Klassifizierungen für den Deutschen Tourismusverband e.V. (DTV) in Ferienwohnungen und Privatzimmern
 - 2 Schulungstermine für die Counterkräfte aller Tourist-Informationen: Produktschulung in Gemünd und Touristiker-Tag mit Fahrt mit dem Eifelsteig-Wanderbus in Blankenheim. Zusätzlich wurden für die Kommunen und Tourist-Informationen Seminare über die Tourismuswerkstatt Eifel angeboten.
 - Koordination und Durchführung des Aktionstages „Zu Gast in der eigenen Heimat“ mit 32 beteiligten Einrichtungen sowie Vorbereitung der Veranstaltungsreihe für 2019
 - Organisation und Durchführung des Aktionstages „Eifeler Sonntagsausflug“, Vorbereitung des Eifeler Sonntagsausflugs im Jahr 2019
 - vier Pressekonferenzen: „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Tourismuswerkstatt Eifel“ „Nordeifel Mordeifel“ und „Archäologietour Nordeifel“
 - Pressemitteilungen zu folgenden Themen: Beratungstage 2019, Veröffentlichung Pocketguide „Nordeifel Höhepunkte“, Aktionstag „Eifeler Sonntagsausflug“, Projekt „Wanderwelt der Zukunft“, vier jahreszeitliche Veranstaltungskalender, Veranstaltung „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Familienprogramm Sommer 2018“, Eifelsteig-Wanderbus, Deskline 3.0, Wasserburgen-Route, NeTWorking Nordeifel, Gästemagazin 2019, GästeCard, Gutachten Wirtschaftsfaktor Tourismus
 - Beratung potentieller Investitionsvorhaben
 - Auszeichnung der GästeCard mit dem Fahrtziel Natur Award 2018 im Herbst 2018
 - Unterstützung der Organisatoren bei der Vermarktung der zweiten Auflage des Megamarsches auf dem Römerkanal-Wanderweg
 - Veröffentlichung des Wandervideos „Einfach mal losgehen“ über Homepage, Youtube, Facebook und Partnerseiten
 - Mitarbeit am Wettbewerbsbeitrag des Naturparks Nordeifel für den Naturpark-Wettbewerb NRW 2021 (Siegerprojekt beim Landeswettbewerb)
 - Ausarbeitung von Kriterien für familienfreundliche Gastgeber und Vorbereitung einer Infoveranstaltung für Betriebe im Januar 2019 als Baustein der Tourismuswerkstatt Eifel
 - Mitarbeit an der Ausarbeitung eines Konzeptes für die barrierefreie Eifel, das der Naturpark Nordeifel über ein mögliches Förderprojekt umsetzen möchte
 - Mitarbeit bei der Umsetzung des Projektes „Römerinfozentrum Rheinbach und tour. Inwertsetzung des Römerkanal-Wanderwegs“
 - Erstellung einer Leistungsbeschreibung mit anschließender Preisanfrage bei renommierten Agenturen zur fachlichen Begleitung bei der Fortschreibung des Tourismus- und Marketingkonzeptes für den Zeitraum 2020-2025

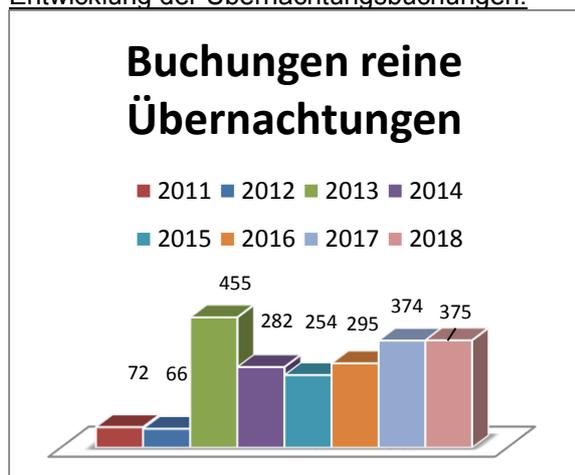
Statistische Erhebungen

Entwicklung der Besucherzahlen auf der Homepage www.nordeifel-tourismus.de bis zum 31.12.2018 im Vergleich zu den Jahren 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017, 2018 nach Besuchern und Seitenaufrufen:

Besucher und Seitenaufrufe:

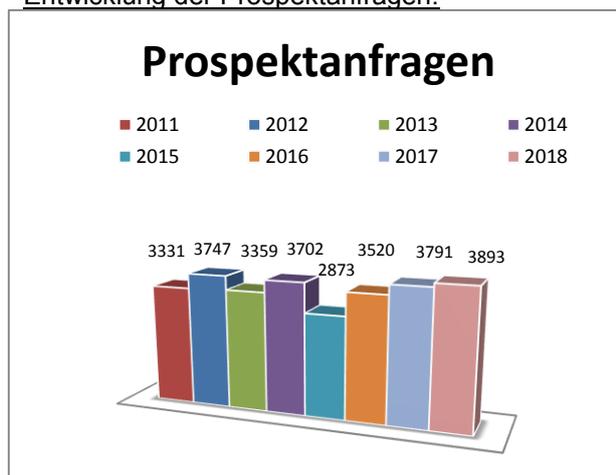


Entwicklung der Übernachtungsbuchungen:



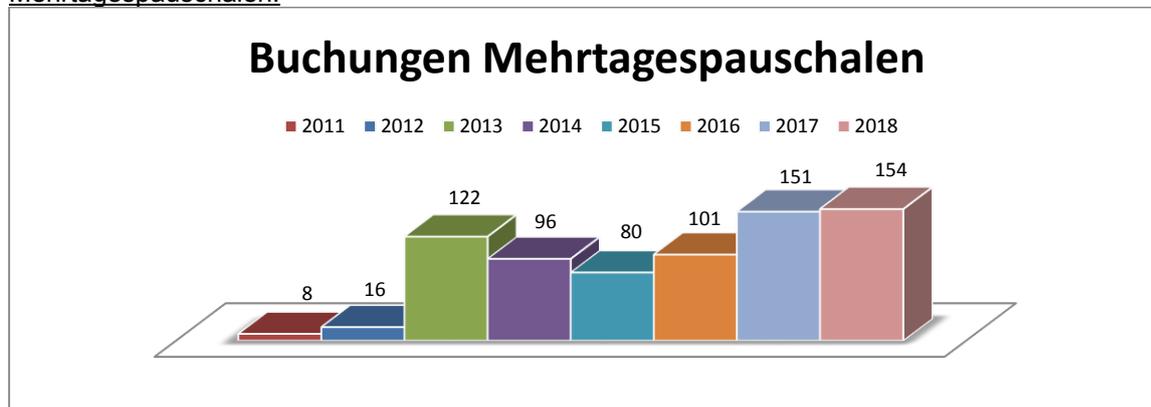
Eigene Erhebungen, Januar 2019

Entwicklung der Prospektanfragen:



Eigene Erhebungen, Januar 2019

Entwicklung der Buchungen von
Mehrtagespauschalen:



Eigene Erhebungen, Januar 2019

Besucher des Nationalpark-Tors in Schleiden-Gemünd im Jahresvergleich 2015, 2016, 2017 und 2018

Monat	2015	2016	2017	2018
Januar	1.031	1.261	1.125	1.409
Februar	1.389	1.340	1.361	1.407
März	2.174	2.443	2.177	1.946
April	3.285	2.473	4.105	4.203
Mai	4.543	4.168	4.076	5.882
Juni	3.840	2.707	4.508	4.158
Juli	4.187	4.875	5.871	5.404
August	5.222	5.292	5.747	5.369
September	3.537	4.453	4.196	4.807
Oktober	4.068	4.190	4.384	4.492
November	1.667	1.465	1.510	1.915
Dezember	1.527	1.593	1.296	1.589
Gesamt	36.470	36.260	40.356	42.581

Quelle: Nationalparkforstamt, Januar 2019

Erläuterungen zu den Statistiken:

Die statistischen Erhebungen verdeutlichen, dass großes Interesse von Gästen besteht, sich mittels Homepage und Broschüren sowie im Nationalpark-Tor in Gemünd über das touristische Angebot der Nordeifel zu informieren. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich sowohl die Besucher- als auch die Zugriffszahlen auf www.nordeifel-tourismus.de weiter erhöht. Durch eine laufende Suchmaschinenoptimierung, permanente Aktualisierung und Google-Adwords-Kampagnen wird die Homepage www.nordeifel-tourismus.de attraktiv gehalten.

Zusätzliche Prospektanfragen könnten von der Geschäftsstelle in Kall aus bearbeitet werden, wenn alle Gesellschafter ihre Prospektanfragen nach Kall weiterleiten würden. Diesem Kundenbereich könnte in diesem Zusammenhang auch der Newsletter der Nordeifel Tourismus GmbH angeboten werden.

Weitere Entwicklungen:

Seit dem Jahr 2011 bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und das STARTERCENTER NRW Kreis Euskirchen touristischen Betrieben die Beratungstage an. Ein Anlass für dieses Angebot sind Beobachtungen und Entwicklungen, dass zahlreiche Haus- und Wohnungseigentümer überlegen, ihre bislang privat genutzten Immobilien zukünftig an Gäste zu vermieten. Im Rahmen dieser Planung ergeben sich verschiedenste Fragestellungen und ein großer Beratungsbedarf. Als zusätzliche Handreichung wird seit Ende 2017 ein Leitfaden mit praktischen Tipps und Hinweisen zur Verfügung gestellt.

Seit Anfang 2014 werden aufgrund der hohen Nachfrage sechs Beratungstage pro Jahr angeboten. Das Konzept wurde seit Anfang 2015 erweitert um die Zielgruppe der bereits aktiven Leistungsträger und deren Betriebe, die sich im Bereich der Vermarktung, aber auch der Qualität beraten lassen können. Es sei angemerkt, dass neben den Beratungstagen im Wirtschaftsjahr 2018 weitere individuelle Termine mit touristischen Leistungsträgern stattgefunden haben.

Jahr	Anzahl der Beratungsfälle	Tatsächliche Betriebsgründungen
2011	17	7
2012	23	11
2013	24	13
2014	27	15
2015	33	14
2016	27	11
2017	38	15
2018	42	18
Gesamt	231	104

Eigene Erhebungen, Januar 2019

Vertrieb:

Die Anzahl der **Vertriebsstellen** wird sukzessive erweitert. Inbegriffen sind neben den Tourist-Informationen, größeren Übernachtungsbetrieben, Sehenswürdigkeiten und Freizeiteinrichtungen in der Region auch zahlreiche Stellen in den Quellmärkten der Gäste. Beispiele sind die Kundencenter der ASEAG Aachen (Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG), Dürener Kreisbahn (DKB) und Regionalverkehr Köln (RVK), der Sängerkhof in Meckenheim, die Schlösser Brühl, aber auch die beiden Globetrotter-Stores in Köln und Bonn.

Im Bereich der Kundenbindung ist die Entwicklung der **Newsletterabonnenten** auf über **3.500** im Dezember 2018 erwähnenswert. Auch die Anzahl der **Facebook-Fans** wächst stetig auf derzeit über 3.300 an.

Die Geschäftsführung beurteilt den Geschäftsverlauf insgesamt als positiv.

3. Lage

Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung für den Kreis Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Destinationsmanagementorganisation (DMO), so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

a) Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt überwiegend durch die beteiligten Kommunen Bad Münstereifel, Blankenheim, Dahlem, Euskirchen, Hellenthal, Kall, Nettersheim, Mechernich, Schleiden, Zulpich, Weilerswist und dem Kreis Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2018 **62,61 %** (Vorjahr 60,96 %).

Die Zuschüsse der Gesellschafter werden in das Eigenkapital eingestellt. Im Geschäftsjahr zahlten die Gesellschafter 543.331 € ein (Vorjahr 476.396 €).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

	2017	Wirtschaftsplan 2018	2018
Umsatzerlöse	304.972,72 €	254.450,00 €	324.382,80 €
Sonstige betriebliche Erträge inkl. Zinsen	27.088,73 €	90.063,00 €	64.503,77 €
Betriebsleistung	332.061,45 €	344.513,00 €	388.886,57 €

Im zehnten Jahr der Geschäftstätigkeit der Nordeifel Tourismus sind die Umsatzerlöse im Vergleich zu 2017 um 10.922,75 € gestiegen.

Die Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen in 2018 **324.382,80 €** (Vorjahr 304.972,72 €). Der Anstieg der Umsatzerlöse im Vergleich zum Wirtschaftsplan ist im Wesentlichen auf ein geändertes Buchungsverfahren im Bereich der Reiseleistungen ab dem Geschäftsjahr 2017 zurückzuführen, während bis einschließlich 2016 lediglich die erzielten Gewinnmargen (Saldo aus Erlösen und Aufwendungen) in der Position „Umsatzerlöse“ ausgewiesen wurden, werden ab dem Geschäftsjahr 2017 die Umsatzerlöse und der damit in Zusammenhang stehende Materialaufwand in voller Höhe in den Positionen „Umsatzerlöse“ und „Materialaufwand“ ausgewiesen. Das geänderte Buchungsverfahren kam erst nach Aufstellung des Wirtschaftsplans 2018 zum Ansatz. Lässt man das im WP 2018 noch nicht berücksichtigte, geänderte Buchungsverfahren außen vor, ergibt sich ein Umsatzerlös in Höhe von 277.123,62 €. Die Umsatzerlöse liegen somit **22.673,62 €** über dem Ansatz im Wirtschaftsplan. Wesentliche Erlöse stammen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0, dem Verkauf von Arrangements, durch Verkäufe im NLP-Shop, dem Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden sowie dem Projektbüro „Wanderwelt der Zukunft“.

In den sonstigen betrieblichen Erträgen ist u.a. neben einer Förderung der Stiftung der Kreissparkasse Euskirchen für das Projekt „Nordeifel-Mordeifel“ in Höhe von 10.000 €, die über den Förderverein des Eifelmuseums e.V. bezogen worden ist, ein Zuschuss des Landes Nordrhein-Westfalen zur Projektförderung für die „Tourismuswerkstatt Eifel“ in Höhe von 37.542,92 € enthalten. Weiterhin sind eine Korrektur der Abrechnung der GästeCard aus den Jahren 2015-2017 in Höhe von 4.580,82 € sowie Erstattungen zum Aufwendungsausgleichsgesetz und Versicherungsentschädigungen in Höhe von 8.447,01 € enthalten.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2017	Wirtschaftsplan 2018	2018
Materialaufwand	101.323,93 €	30.000,00 €	100.868,41 €
Personalaufwand	408.993,37 €	444.950,00 €	452.310,88 €
Abschreibungen	15.856,53 €	17.000,00 €	17.054,25 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen inkl. Zinsen	372.792,73 €	328.900,00 €	346.676,58 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	3.400,00 €	0,00 €	11.098,98 €
Aufwendungen für Betriebsleistung	902.366,56 €	820.850,00 €	928.009,10 €
Ergebnis nach Steuern	-570.305,11 €	-476.337,00 €	-539.122,53 €
sonstige Steuern	58.871,79 €	100,00 €	2.719,05 €
Jahresfehlbetrag	-629.176,90 €	-476.437,00 €	-541.841,58 €

Der Materialaufwand beträgt in 2018 100.868,41 € (Vorjahr 101.323,93 €). Der Anstieg des Materialaufwands im Vergleich zum Wirtschaftsplan ist im Wesentlichen auf ein geändertes Buchungsverfahren im Bereich der Reiseleistungen ab dem Geschäftsjahr 2017 zurückzuführen, während bis einschließlich 2016 lediglich die erzielten Gewinnmargen (Saldo aus Erlösen und Aufwendungen) in der Position „Umsatzerlöse“ ausgewiesen wurden, werden ab dem Geschäftsjahr 2017 die Umsatzerlöse und der damit in Zusammenhang stehende Materialaufwand in voller Höhe in den Positionen „Umsatzerlöse“ und „Materialaufwand“ ausgewiesen. Das geänderte Buchungsverfahren kam erst nach Aufstellung des Wirtschaftsplans 2018 zum Ansatz. Lässt man das im WP 2018 noch nicht berücksichtigte, geänderte Buchungsverfahren außen vor, liegt der Materialaufwand bei 59.826,45 €. Die Aufwendungen für die GästeCard sind nicht kalkulierbar. In 2018 betrug die Summe 8.541,32 €, in 2017 14.180,61 €, im Jahr 2016 waren es 6.930,09 €. Die Personalaufwendungen sind 7.360,88 € höher als im Wirtschaftsplan, resultierend unter anderem aus der Bildung von Rückstellungen für aufgelaufene Überstunden der Mitarbeiter. Die Abschreibungen liegen nahezu im Planbereich.

Die sonstigen Steuern beinhalten im Wesentlichen periodenfremde Aufwendungen (nicht abziehbare Vorsteuerbeträge der Jahre 2014-2016). Insgesamt beträgt der Jahresfehlbetrag -541.841,58 € (Wirtschaftsplan -476.437 €).

b) Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs von 67.052,32 € auf 49.204,54 € vermindert.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2018 4.075,26 € (Vorjahr 5.542,94 €).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Die flüssigen Mittel betragen mit 49.204,54 € rund 30 % der Bilanzsumme.

c) Vermögenslage

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 3.411,25 € laufende Abschreibungen in Höhe von 17.054,25 € gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag 30.121,00 € beträgt.

Die Nordeifel Tourismus GmbH weist zum Abschlussstichtag einen nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag von 60.196,85 € aus. Die buchmäßige Unterbilanz wird entsprechend der gesellschaftsvertraglichen Regelung in 2019 durch zusätzliche Einlagen der Gesellschafter in das Eigenkapital der Gesellschaft von 65 T€ gedeckt.

Insgesamt kann die wirtschaftliche Lage des Unternehmens für die Geschäftstätigkeit als angemessen bezeichnet werden.

d) Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Für die interne Unternehmenssteuerung berücksichtigen wir die Kennzahlen Umsatzrendite und Cash-Flow. Der Cash-Flow (aus laufender Geschäftstätigkeit) beträgt im Jahr 2018 -570 T€ (Vorjahr -486 T€). Die Umsatzrendite (Anteils des Gewinns am Umsatz) beträgt im Geschäftsjahr 2018 -167,0 % (Vorjahr -206,3 %). Zum Ausgleich des negativen Cash-Flow erfolgt eine Finanzierung aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter.

Aus nicht finanzieller Sicht weisen langjährige Beschäftigungsverhältnisse und die in den Mitarbeitergesprächen getätigten Äußerungen auf eine hohe Zufriedenheit und ausgeprägte Identifikation der Beschäftigten hin. Mit Einführung der einseitigen Arbeitgeberrichtlinie, rückwirkend zum 01. Januar 2017, wird die Betriebszugehörigkeit nun auch entsprechend monetär belohnt und somit ein motivationsfördernder Anreiz gegeben. Die Anzahl und Qualität der eingegangenen Bewerbungen zur Besetzung vakanter Stellen ist ein weiteres Indiz für die Beliebtheit und Attraktivität der Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber. Spätestens mit der notwendigen Fortschreibung der Arbeitgeberrichtlinie im Jahr 2021 müssen jedoch Anpassungen erfolgen, um die Nordeifel Tourismus GmbH als Arbeitgeber attraktiv zu halten.

Daneben lassen das von den touristischen Partnern entgegengebrachte Vertrauen und die geschätzte Fachkompetenz auf eine hohe Reputation schließen.

Aus Gastsicht sind die steigende Nachfrage nach Prospektmaterial, die Steigerung der Besucher auf der Homepage, die wachsende Anzahl an Facebook-Fans sowie Newsletterabonnenten eindeutige Indikatoren für eine erfolgreiche Marktdurchdringung.

Das Attribut Nachhaltigkeit, mit dem sich die Nordeifel durch die erfolgreiche Prämierung im Bundeswettbewerb einen Namen gemacht hat, wird nicht nur nach außen hin wirksam umgesetzt, sondern durch innerbetriebliche Maßnahmen von den Beschäftigten auch gelebt.

e) Gesamtaussage

Der Nordeifel Tourismus GmbH ist es nach 10 Jahren ihrer Existenz gelungen, sich gut aufzustellen, weiter zu entwickeln und damit nach innen und außen zu positionieren sowie den Bekanntheitsgrad der Erlebnisregion Nordeifel zu erhöhen. Sie bietet aktuell eine Vielzahl starker Produkte und Angebote in den Produktleitlinien Aktiv und Kulturelle Höhepunkte. Zudem ist sie als wichtiger Partner aktiv bei der Entwicklung und Umsetzung entscheidender Strukturförderprojekte eingebunden. Hier erfolgt eine intensive und gute Zusammenarbeit mit den wichtigen Funktionalpartnern in der Region.

Das Geschäftsjahr 2018 wurde geprägt durch verschiedenste Umsetzungsmaßnahmen des Tourismus- und Marketingkonzeptes 2015-2020 und einer intensiven Projektmitarbeit bei der „Tourismuswerkstatt Eifel“, der „Wanderwelt der Zukunft“ und „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“.

Ferner sind immer noch Auswirkungen nach der Auszeichnung als nachhaltige Tourismusdestination spürbar. In diesem Zusammenhang wird die Nordeifel vielfach als best practice-Beispiel zitiert, die Verantwortlichen als Referenten für Veranstaltungen verpflichtet und die Geschäftsstelle als Arbeitsplatz für Praktikanten oder als Partnerbetrieb für Abschlussarbeiten (Bachelor und Master) angefragt.

Strategisch setzt die Nordeifel Tourismus GmbH den eingeschlagenen Kurs fort, neben dem operativen Geschäft auch weiterhin „hinter den Kulissen“ intensive touristische Strukturförderung zu betreiben, um die Region und ihre Akteure touristisch zukunftsfit zu halten bzw. zu machen. Diese Aufgaben werden in Zukunft immer wichtiger. Die in Folge des Bundeswettbewerbs 2016/2017 „Nachhaltige Tourismusdestinationen“ erlangte Reputation soll überdies weiterhin genutzt werden und dem Thema Nachhaltigkeit eine wegweisende Bedeutung im neu zu erarbeitenden Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025 eingeräumt werden, dessen Fortschreibung zwischenzeitlich beschlossen worden ist.

III. Prognosebericht

Ausgehend von dem **Beschluss Nr. 155/2018** zur zukünftigen Wirtschafts- und Finanzplanung der Nordeifel Tourismus GmbH hat die Geschäftsführung im Winter 2018/2019 intensive Überlegungen angestellt, wie die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH mittelfristig gesichert werden kann, ohne

die Gesellschafter über die im Gesellschaftervertrag hinaus verankerte finanzielle Deckelung zu belasten. Zunächst muss festgestellt werden, dass die aktuelle Finanzlage auf den Auswirkungen des seit 2017 anhängigen Steuerprüfverfahrens basiert bzw. dadurch ausgelöst wurde.

Erschwerend für die gesamtstrategische Planung, weil nicht vollumfänglich kalkulierbar, sind die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht absehbaren Konsequenzen des laufenden Steuerverfahrens. Das Steuerverfahren verursachte mit seinen Kosten für Beratung und anwaltliche Begleitung das nahezu vollständige Aufbrauchen der Rücklagen der Nordeifel Tourismus GmbH, so dass ein Kontokorrentkredit für drei Monate in Anspruch genommen werden musste mit einer Summe von ca. 12 TEUR über den Jahreswechsel 2018/2019.

Wunsch der Gesellschafter ist es, die nunmehr jährlich in den Wirtschafts- und Finanzplanplan einzustellenden Finanzmittel für Steueraufwendungen und Beratungskosten durch Einsparungen zu kompensieren.

Gleichzeitig wurde den Gesellschaftern verdeutlicht, dass sich im Wirtschafts- und Finanzplan neben konstant bleibenden Positionen auch dynamische Positionen, wie u.a. Personalkosten, Umsatzerlöse etc. befinden, und ebenso inflationsbedingte Preissteigerungen bei zahlreichen Leistungen mitbedacht werden müssen.

Eine erste ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema Finanzierung hat in der 30. sowie in der 31. Gesellschafterversammlung stattgefunden. Die Geschäftsführung wurde in der 31. Sitzung damit beauftragt, bis zur Herbstsitzung 2019 der Gesellschafterversammlung ein Konzept für die zukünftige Finanzierung der NeT zu erarbeiten.

Um den Entwicklungsprozess der Nordeifel Tourismus GmbH anschaulich nachvollziehen zu können, ist ein Blick auf die Meilensteine seit Gründung 2009 hilfreich. Dabei ist das erweiterte Aufgabenspektrum gut erkennbar. Neben einer Kompetenzerweiterung wurde der zu bearbeitende Gesellschafterraum komplettiert und damit vergrößert. Die Nordeifel Tourismus GmbH ist als Submarke der Eifel im eifelweiten Vergleich die größte Teilregion der Eifel, die deshalb im Gegensatz zu anderen Teilregionen eine andere Rolle - mit zusätzlichen Zuständigkeiten und Verantwortungsbereichen - wahrnimmt, aber auch zusätzliche Verpflichtungen hat. Überdies hat sich die Nordeifel Tourismus GmbH im Laufe der vergangenen Jahre bei ihren Partnern einen guten Ruf erarbeitet. Nicht selten werden Maßnahmen und Projekte als Best-practice-Beispiele zitiert und teilweise auch übernommen sowie die Federführung bei regionalen Projekten bewusst bei der Nordeifel Tourismus GmbH angesiedelt. Dies zeichnet die Nordeifel Tourismus GmbH aus.

Vor der Gesellschaft liegen neue Herausforderungen, gleichzeitig bieten sich zahlreiche Chancen für die touristische Weiterentwicklung der Region, auch vor dem Hintergrund der ebenfalls neuen Tourismusstrategie für die Eifel und das Land NRW.

Weitere wichtige Betätigungen liegen in der Mitverantwortung im Projektmanagement des Projektes "Wanderwelt der Zukunft- Eifelschleifen & Eifelspuren", bei der Umsetzung der Tourismuswerkstatt Eifel, der Mitarbeit beim Radkonzept Eifel, touristischen Projektumsetzungen in den beiden LEADER-Regionen Eifel und Zülpicher Börde, der Stabilisierung der guten Übernachtungs- und Gästezahlen bei gleichzeitigem intensiven Strukturwandel innerhalb der Betriebswelt und nicht zuletzt die strategischen Überlegungen im Hinblick auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2020-2025. Auch im Hinblick auf die entstehende Zukunftsregion Rheinisches Revier kann die Nordeifel Tourismus GmbH sich mit einem Engagement einen Profit erhoffen.

Bezüglich dem Fundament des touristischen Angebotes, den Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, bestehen nach wie vor berechtigte Sorgen dahingehend, dass zahlreiche Betriebe, darunter auch strategisch bedeutsame Schlüsselbetriebe, vor einer ungeklärten Nachfolgeregelung stehen und / oder sich aus anderen Gründen eine Betriebsaufgabe ergibt. Ebenso problematisch sind die mitunter enormen Investitionsstaus in Gastronomie- und Übernachtungsbetrieben, aber auch die Probleme bei der Gewinnung und dauerhaften Beschäftigung von Fachkräften. Weitere Aspekte sind aufkommende Versorgungslücken an beliebten Rad- und Wanderwegen sowie der Mangel an Betrieben, die Gruppen ab 50 Personen aufnehmen können.

Diese Umstände treffen die Nordeifel Tourismus GmbH in besonderem Maße, da sie ohne funktionierende Leistungsträger in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt wird, z.B. in der Produktentwicklung und in der Gesamtvermarktung für die Region. Die privaten Leistungsträger bilden die wichtigste Basis für die Aufgabenerfüllung der NeT und tragen in erheblichem Maße zur Wertschöpfung in der Tourismusbranche bei. Daher ist es unerlässlich, die Qualitätsoffensive zur Stärkung der Betriebe, zu deren Erhalt und zur Unterstützung bei der Übergabe weiter fortzuführen und auch dem Fachkräftemangel mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Mit konkreten Maßnahmen über die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt „Unternehmensnachfolge in Hotellerie und Gastronomie“ und die Beratungstage bieten die Nordeifel Tourismus GmbH und ihre Partner Unterstützung an.

Bedauerlicherweise wird in Nordrhein-Westfalen kleinen und mittelständischen Unternehmen auf absehbare Zeit keine einzelbetriebliche Förderung gewährt. Aufgrund eines solchen Angebotes in anderen Bundesländern aber auch in direkter Nachbarschaft durch die GRW-Förderkulisse entsteht eine deutliche Schieflage.

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (ca. 63 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen finanziell eingeschränkt sind.

Ein mittelbares Risiko für die Gesellschaft in Bezug auf einen möglichen Akzeptanzverlust seitens der Gesellschafter stellt die durch die am 08.09.2015 vom Finanzamt Aachen angeordnete steuerliche Außenprüfung mit dem Prüfungsinhalt der Dauerverlusttätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH und dem Nachforderungsbescheid des Finanzamtes Schleiden vom 5. Januar 2017 mit der Aufforderung zur Zahlung von Kapitalertragssteuer für den Zeitraum 2010 bis 2014 i.H. von 246.105,02 Euro dar. Damit verbunden waren zusätzliche finanzielle Verpflichtungen für die Gesellschafter. Zur Finanzierung der Steuerschuld hat die Gesellschafterversammlung eine Vorfinanzierung durch die Gesellschafter beschlossen, zeitgleich wurde ein Einspruchsverfahren eingeleitet sowie Schadensersatzansprüche gegenüber dem seinerzeit beauftragten Steuerbüro gestellt. Da die Einsprüche als unbegründet zurückgewiesen worden sind, wurde im November 2017 Klage beim Finanzgericht eingereicht. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liegen keine neuen Erkenntnisse in dieser Angelegenheit vor.

Seit Aufnahme der Geschäftstätigkeit im Jahr 2009 ist die Nordeifel Tourismus GmbH dauerdefizitär. Verluste wurden stets über Gesellschaftereinlagen aus Mitteln der kommunalen Haushalte ausgeglichen. Die Finanzierung könnte somit gegen das EU-Beihilfeverbot im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV verstoßen.

Im Auftrag des Kreises Euskirchen hat eine Rechtsanwaltskanzlei aus Köln in einem im Jahr 2018 veröffentlichten Gutachten untersucht, inwiefern die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH aus öffentlichen Mitteln unter dem Aspekt des EU-Beihilfenrechts erfolgt.

Im Ergebnis ist festzustellen, dass, wenn überhaupt, nur in den Jahren 2015 und 2016 in geringem Umfang Beihilfen für wirtschaftliche Betätigungen, nämlich für Reisevermittlungsdienste und das betriebliche Qualitätsmanagement für kleinere und mittlere Unternehmen des Tourismusgewerbes, zugunsten der Nordeifel Tourismus GmbH festzustellen sind.

Anhand der aktuellen Entscheidungspraxis der europäischen Institutionen lässt sich nicht mit letzter Gewissheit herausarbeiten, ob die wenigen defizitären wirtschaftlichen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH in den Jahren 2015 und 2016 überhaupt Beihilfen im Sinne des Art. 107 Abs. 1 AEUV darstellen, weil sie möglicherweise keinen Effekt auf den grenzüberschreitenden Handel aufweisen. Im Falle der Nordeifel Tourismus GmbH sprechen jedoch die Grenznähe und die Tatsache, dass zumindest die Vermittlungsleistungen der Nordeifel Tourismus GmbH von Unterkünften tatsächlich von ausländischen Gästen genutzt werden, für eine potentiell beihilfenrelevante Handelsbeeinträchtigung. Deswegen sollte sicherheitshalber von dem Vorliegen von Beihilfen ausgegangen werden.

Soweit es sich um Beihilfen handeln sollte, können diese jedoch gemäß der De-minimis-Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Art. 107 und 108 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (De-minimis-VO) vom Beihilfenverbot befreit werden.

Voraussetzung dafür ist, dass sowohl von der Nordeifel Tourismus GmbH als auch vom Kreis Euskirchen noch bestimmte, in der De-minimis-VO geforderte formale Transparenz- und Dokumentationspflichten nachgeholt werden, um die Freistellung vom Beihilfenverbot sicherzustellen. Die dafür notwendigen Schritte werden im Gutachten beschrieben und wurden zwischenzeitlich von der Nordeifel Tourismus GmbH und dem Kreis Euskirchen umgesetzt.

Alle anderen ausgleichsbedürftigen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH sind hingegen nach der aktuellen Entscheidungspraxis der EU-Kommission eindeutig nicht beihilfenrechtsrelevant, weil die nicht-einnahmeschaffende Wahrnehmung von Aufgaben einer Destinations-Management-Organisation unabhängig von der zivilrechtlichen Rechtsform der Nordeifel Tourismus GmbH nicht das Tatbestandsmerkmal eines wirtschaftlichen Unternehmens erfüllen. Verbotene Beihilfen können jedoch nur an Unternehmen im beihilfenrechtlichen Sinne gewährt werden.

Daher war und ist ein Ausgleich der mit diesen Betätigungen verbundenen Aufwendungen auch ohne eine Genehmigung der EU-Kommission bzw. ohne Freistellung vom Beihilfenverbot weiterhin zulässig, soweit der Ausgleich gemäß den Ergebnissen der Trennungsrechnung allein den nichtwirtschaftlichen Betätigungen der Nordeifel Tourismus GmbH zugutekommt, bzw. solange Ausgleichsleistungen gemäß der Trennungsrechnung für die wirtschaftlichen Tätigkeiten der Nordeifel Tourismus GmbH unterhalb der Bagatellschwelle von 200.000 Euro innerhalb von drei Steuerjahren bleiben.

Da die Freistellung gemäß der De-minimis-VO von der Nordeifel Tourismus GmbH in Anspruch genommen wird, sind sowohl die Nordeifel Tourismus GmbH als auch der Kreis Euskirchen den Transparenz- und Dokumentationspflichten des Art. 6 der De-minimis-Verordnung nachgekommen.

2. Chancenbericht

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat den Status eines Tourismus-Service-Centers (TSC) und konzentriert sich inhaltlich auf das Tourismus- und Marketingkonzept 2015-2020.

Das Aufgabenportfolio, die Kompetenzen und das Verantwortungsgebiet haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht. Gleichzeitig trägt das von den Gesellschaftern entgegenbrachte Vertrauen dazu bei,

dass sich die Nordeifel Tourismus GmbH strategisch und operativ professionell auf die touristische Arbeit konzentrieren kann. Die Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern und Tourist-Informationen im Gesellschafterraum funktioniert reibungslos.

Ziel der Arbeit in den nächsten Jahren wird es sein, die im Tourismus- und Marketingkonzept dargestellten Chancenfelder „Nachhaltigkeit“ und „Qualifizierung & Beratung“ sukzessive mit innovativen Projekten und Angeboten zu „bespielen“. Dabei muss der Schaffung eines klaren Profils (nach innen wie nach außen) sowie einer eindeutigen Positionierung zu den Kernthemen weiterhin hohe Priorität eingeräumt werden. Immer stärker übernimmt die Nordeifel Tourismus GmbH eine beratende Funktion bei den regionalen Akteuren. Sie sollte sich ihrer neuen Rolle und den damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen stellen und diese aktiv im Sinne der Netzwerkbildung und gemeinsamen Profilierung und Vermarktung der Nordeifel nutzen. Der nach innen gerichtete Leitbildprozess muss auf diesem Weg weiter fortgesetzt werden.

Akteure zu motivieren und zu gewinnen wird die Kernaufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH sein. Eine Tourismusorganisation ist in zahlreichen Belangen von Entscheidungen Dritter abhängig. Sie wird daher immer nur so erfolgreich arbeiten können, wie auch die Leistungsträger (Betriebe aus Gastronomie und Hotellerie) sowie weitere touristische Partner sich qualitativ weiterentwickeln, und für eine Zusammenarbeit mit der NeT gewinnen lassen. Gleiches gilt für die Entwicklung der touristischen Infrastruktur, die entsprechend der Gästewünsche stetig angepasst und optimiert werden muss.

Voraussetzung zur Erfüllung sämtlicher Aufgabenbereiche ist eine deutlichere Investitionsbereitschaft der touristischen Leistungsträger, hohe Kooperationsbereitschaft, das Überwinden von „Kirchturmdenken“ und eine uneingeschränkte, vertrauensvolle Unterstützung durch die Gesellschafter, touristischen Akteure und Sponsoren.

Das Thema Nachhaltigkeit sollte den Kern der zukünftigen Ausrichtung bilden. Dabei sind Ansätze wie die GästeCard, die Sternenregion Eifel, die Tourismuswerkstatt Eifel, das Projekt Wanderwelt der Zukunft und das touristische Mobilitätskonzept weiterzuerfolgen. Ebenso sollen auch die Themen Barrierefreiheit und Trekking intensiv weiterbearbeitet werden.

Die etablierten Veranstaltungskonzepte „Zu Gast in der eigenen Heimat“, „Nordeifel Mordeifel“ und Archäologietour Nordeifel bereichern das kulturelle Angebot und wurden in 2018 durch weitere Impulse gestärkt. Zur Intensivierung des Binnenmarketings und zum Austausch der touristischen Leistungsträger untereinander findet jährlich „NeTWorking Nordeifel“, ein regionales Netzwerk-Treffen, sowie der Aktionstag „Zu Gast in der eigenen Heimat“ statt. Für die kulturtouristische Weiterentwicklung sollen in 2019 neue Formen einer impulsgebenden Zusammenarbeit gefunden werden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten. Darüber hinaus erfolgt die Finanzierung durch Gesellschafterzuschüsse. Forderungsausfälle sind die absolute Ausnahme.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

VI. Bericht über die Zweigniederlassungen

Seit dem 01.01.2013 betreibt die Nordeifel Tourismus GmbH das Nationalpark-Tor in Gemünd. Die Betriebsführung erfolgt per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden. Dieser Entwicklungsschritt bedeutete zusätzlichen Kompetenzaufbau im Counterbereich.

Die Tourist-Information im Nationalpark-Tor erhielt im Dezember 2016 erneut die sog. i-Marke, ein Qualitäts- und Servicesiegel, das der Deutsche Tourismusverband (DTV) nach einem umfangreichen unangekündigten Qualitätscheck an touristische Informationsstellen vergibt. Bemerkenswert ist erneut das hervorragende Ergebnis der Zertifizierung mit 108 von 120 möglichen Punkten. Damit liegt das Nationalpark-Tor sowohl über dem Bundes- als auch über dem Landesdurchschnitt von Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Es sei angemerkt, dass die Schließung der DJH-Jugendherberge Gemünd im Jahr 2017 infolge des Neubaus sowie die weitere Etablierung der attraktiven Nationalparkausstellung in Vogelsang IP zu keinem Rückgang der Besucherzahlen im Nationalpark-Tor Gemünd geführt hat.

Aufgrund der guten Zusammenarbeit wurde der Dienstleistungsvertrag zum Betrieb des Nationalpark-Tors mit der Stadt Schleiden bis zum 31.12.2022 verlängert.

Die Umsatzerlöse im Nationalpark-Tor wurden gemäß Wirtschaftsplan auf 156.650 € prognostiziert, im Ergebnis wurden **176.361,86 €** erreicht.

Kall, den 02. Juli 2019

Iris Poth
Geschäftsführerin“

G) Personalbestand				
Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	13	11	11	-

H) Kennzahlen				
Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
Gästeankünfte	293.531	304.454	252088	-
Übernachtungen	844.175	864.747	714.980	-
Ø Aufenthaltsdauer	2,9	2,8	3,0	Tage
Prospektanfragen	3.893	3.791	3.520	-
Buchungsgeschäft	375	374	295	-
Homepagebesuche	165.615	152.187	112.372	-
Seitenaufrufe	398.356	383.739	365.560	-

15. Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) – künftig: Zukunftsagentur Rheinisches Revier GmbH (ZRR GmbH)

Karl-Heinz-Beckurts-Str. 13
52428 Jülich

Internet: <http://www.rheinisches-revier.de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Wirtschaftsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO ist gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter 01.01.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	1.000,00 €	4,00 %
IHK Aachen	1.750,00 €	7,00 %
IHK Köln	1.750,00 €	7,00 %
IHK Mittlerer Niederrhein	1.000,00 €	4,00 %
HWK Aachen	1.500,00 €	6,00 %
HWK Köln	1.500,00 €	6,00 %
HWK Düsseldorf	1.500,00 €	6,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.10.2018 dem Beitritt der Stadt Mönchengladbach und der Änderungen des Gesellschaftsvertrages der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) zugestimmt. Die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH wurden zu entsprechenden Beschlussfassungen ermächtigt. Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wurde ebenfalls erteilt (V 475/2018).

Gesellschafter 31.12.2018	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	2.000,00 €	8,00 %
Rhein-Erft-Kreis	2.500,00 €	10,00 %
Rhein-Kreis Neuss	2.500,00 €	10,00 %
Kreis Heinsberg	2.000,00 €	8,00 %
Kreis Düren	2.000,00 €	8,00 %
StädteRegion Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Stadt Mönchengladbach	2.500,00 €	10,00 %
Zweckverband Region Aachen	2.000,00 €	8,00 %
Industriegewerkschaft Bergbau und Energie	750,00 €	3,00 %
IHK Aachen	1.500,00 €	6,00 %
IHK Köln	1.500,00 €	6,00 %
IHK Mittlerer Niederrhein	1.500,00 €	6,00 %
HWK Aachen	750,00 €	3,00 %
HWK Köln	750,00 €	3,00 %
HWK Düsseldorf	750,00 €	3,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Gesellschaft ergibt sich aus § 20 des Gesellschaftsvertrages. Die Gesellschaft teilt ihre Tätigkeit in die Geschäftsbereiche „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ und „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ auf. Die Gesellschafter leisten für den Geschäftsbereich „Netzwerkaktivitäten/Betrieb der Geschäftsstelle“ einen jährlichen Zuschuss, der den notwendigen Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 Euro deckt. Ein höherer Betrag kommt nur in Betracht, wenn er im Wirtschaftsplan beschlossen wurde. Gesellschafter, die der Beitragserhöhung nicht zugestimmt haben, leisten keinen Zuschuss zum beschlossenen Erhöhungsbetrag. Den dann offenen Anteil des Erhöhungsbetrages tragen die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Weitere Zuschusspflichten bestehen nicht.

Der Eigenanteil für die „Durchführung einzelner Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“, einschließlich des entstehenden projektbezogenen zusätzlichen Aufwands für die Geschäftsstelle, wird ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Der Eigenanteil jedes Gesellschafters wird im Teilbudget festgelegt. Über den festgelegten Betrag hinaus bestehen keine Zuschusspflichten. Der Eigenanteil kann bei entsprechendem Beschluss der Gesellschafterversammlung durch Personalgestellung, entsprechend dem im Teilbudget festgelegten Personalaufwand, erfolgen.

Der Kreistag hat am 21.10.2015 zum einen beschlossen, Mittel für einen jährlichen Gesellschafterzuschuss gem. § 20 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag (Geschäftsbereich 1 „Netzwerkaktivitäten/ Betrieb der Geschäftsstelle“) in Höhe von max. 12.000 €/Jahr über das Jahr 2017 hinaus auch in 2018 bereitzustellen, und zum anderen, dass anteilige Projektfinanzierungen im Sinne des Geschäftsbereiches 2 „Projekte im Bereich der Strukturentwicklung“ (§ 20 Abs. 3 Gesellschaftsvertrag) darüber hinaus einer gesonderten Beschlussfassung durch den Kreistag bedürfen (V 158/2015).

Durch Beschluss des Kreistages vom 10.10.2018 wurde der durch die Gesellschaft vorgeschlagene Änderung des § 20 Gesellschaftsvertrag zugestimmt. Hiernach soll sich die Tätigkeit der Gesellschaft in drei (bisher zwei) Geschäftsbereiche aufteilen. Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 1 soll über den von der Gesellschafterversammlung zu beschließenden Wirtschaftsplan sichergestellt werden. Der Verteilungsschlüssel richtet sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile. Die bisherige Begrenzung der Gesellschafterzuschüsse auf den Eigenanteil zum Beitrag des Landes Nordrhein-Westfalen sowie den nicht-förderfähigen Ausgaben in Höhe von maximal 25.000 € soll mit dieser Regelung wegfallen.

Die Finanzierung des Geschäftsbereichs 2 stellt sich unverändert dar. Die Mittel werden ausschließlich von den Gesellschaftern aufgebracht, die in der Gesellschafterversammlung für die Durchführung gestimmt haben. Zum Geschäftsbereich 3 soll festgelegt werden, dass soweit diese Aufgabenwahrnehmung nicht durch eine 100% Finanzierung des Bundes abgesichert wird, diese durch die Gesellschafterversammlung im jeweiligen Wirtschaftsplan zu beschließen ist. Durch die Anpassung ergibt sich ein höherer Finanzierungsbedarf der Gesellschaft. Aufgrund des vorgelegten Entwurf des Wirtschaftspla-

nes für das Jahr 2019 sollte sich für den Kreis Euskirchen ein Finanzierungsanteil für die Jahre 2019 bis 2021 in Höhe von 20.000 € p.a. ergeben (V 475/2018).

nachrichtlich:

Aufgrund von gemeindefinanzrechtlichen Bedenken im Rahmen des kommunalen Anzeigeverfahrens waren weitere Anpassungen des Gesellschaftsvertrages erforderlich, welche dazu führten, dass für die Zuschüsse an die künftige ZRR GmbH ab dem Jahr 2020 bis zu 60.000 € in Haushalt des Kreises bereitgestellt werden (V 585/2019). Die Änderung des Gesellschaftsvertrages ist bis zum Berichtszeitpunkt noch nicht erfolgt.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
	150 57104 15	12.986 €	12.986 €	12.986 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (15 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

ordentliche Mitglieder		Stellvertreter	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Urban-Josef Jülich	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Der Kreis Euskirchen wird gem. § 12 Abs. 1 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) vertreten.

Angaben zur Vergütung sind dem Jahresabschluss nicht zu entnehmen.

c) Geschäftsführung

Ralph Sterck

Bezüge 2018

115.666,74 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	1.486	2.497	2.577	-1.011
	1.486	2.497	2.577	-1.011
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	435.925	950.111	1.457.745	-514.187
Liquide Mittel	164.758	144.181	176.034	20.577
	600.682	1.094.292	1.633.780	-493.609
C Rechnungsabgrenzungsposten	570	1.256	1.239	-686
Summe Aktiva	602.739	1.098.045	1.637.596	-495.306
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	25.000	25.000	25.000	0
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	39.974	46.757	36.885	-6.783
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.693	-6.783	9.872	10.476
	68.667	64.974	71.757	3.693
B Rückstellungen	27.837	37.429	47.768	-9.592
C Verbindlichkeiten	506.235	995.642	1.509.321	-489.407
D Rechnungsabgrenzungsposten	0	0	8.750	0
Summe Passiva	602.739	1.098.045	1.637.596	-495.306

IRR - Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	70.000	130.240	73.844	-60.240
2	Sonstige betriebliche Erträge	933.908	854.206	695.222	79.703
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	341.842	341.842	252.422	0
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	341.842	341.842	252.422	0
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	479.396	479.769	380.792	-373
	a) Löhne und Gehälter	334.236	334.691	314.119	-455
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	145.160	145.078	66.674	82
5	Abschreibungen	1.011	1.011	996	
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	176.269	169.017	141.290	7.252
7	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3	3	0	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	477	477	195	
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.224	3.799	152	-2.575
10	Ergebnis nach Steuern	3.693	-11.465	-6.783	15.158
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	3.693	-11.465	-6.783	15.158

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Geschäftsverlauf, Lage der Gesellschaft und zukünftige Chancen und Risiken

Die IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH hat ihren Geschäftsbetrieb am 01.04.2014 aufgenommen und seitdem stetig fortentwickelt. Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Gestaltung der Strukturentwicklung im Rheinischen Revier, die Entwicklung von Leitbildern, Innovationsstrategien und Handlungskonzepten. Das Unternehmen unterstützt der Strukturentwicklung dienende Projekte mit wirtschaftsfördernder, ökologischer sowie bildungspolitischer Ausrichtung oder führt sie in eigener Regie durch. Es betreibt die Akquise der hierzu erforderlichen Finanzmittel. Die Gesellschafter haben ihre Stammeinlage in voller Höhe eingezahlt. Das Stammkapital beträgt zum 31.12.2018 25.000,00 €.

Der Zweck der Gesellschaft ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet. Die Aufgabenerfüllung der IRR GmbH wird im Wege der Durchführung öffentlich geförderter Innovationsprojekte finanziert.

Mit einer Laufzeit bis zum Oktober 2018 wurde das Projekt „Präventive Transformation“ durchgeführt. Das Projekt wurde kostenneutral bis Dezember 2018 verlängert. Die in diesem Projekt anfallenden Kosten wurden – soweit sie förderfähig waren – zu 80% durch das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW (MWIDE) sowie den europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) getragen. Die übrigen 20% wurden aus Zuschüssen der Gesellschafter bestritten. Zusätzlich zum Projekt „Präventive Transformation“ organisierte die IRR GmbH mit einer Laufzeit bis Dezember 2018/Januar 2019 das Projekt „Ressourceneffiziente Stadt- und Industrieregion – Kreislaufwirtschaft Bauen“. 80 % der Kosten trägt das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (MKULNV) sowie der europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die übrigen 20% tragen 7 der 14 Gesellschafter.

Für die nicht-förderfähigen oder nicht-erstattungs-fähigen Kosten gilt eine Regelung im Gesellschaftsvertrag, wonach die Gesellschafter diese Ausgaben bis zu max. 25.000 Euro decken. Somit sind die durch die IRR GmbH durchgeführten Projekte grundsätzlich vollumfänglich refinanziert.

Dem Gesellschaftsvertrag entsprechend werden die Projekte in der internen Rechnungslegung, innerhalb der Wirtschaftspläne und im Jahresabschluss jeweils getrennt bzw. in getrennt auszuweisenden Teilbudgets dargestellt. Im Geschäftsjahr 2018 erhielt die Gesellschaft eine Spende in Höhe von 70.000,00 € von der RWE Power AG. Die 2018 erfolgswirksam verbuchten Bundes-, Landes- und Gesellschafterzuwendungen belaufen sich auf **933.908,32 €**. Insgesamt ergab sich für das Jahr 2018 ein Jahresüberschuss in Höhe von 3.692,94 € der auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. In Ermangelung von weiteren erzielbaren externen Gewinnen bleibt die Kapitaldecke für den Fall von eventuell auftretenden strukturellen Schwierigkeiten, überraschenden Aufwendungen etc. jedoch eher dünn.

Nach Abschluss des Geschäftsjahres wird die Gesellschaft in Anlehnung an den GRW-Koordinierungsrahmen über LHO mit dem Projekt „Regionalmanagement Strukturwandel Rheinisches Revier“ gefördert. Fördervolumen: 500.000 € p.A. (250.000 Land / 250.000 Gesellschafter). Laufzeit: 1.1.2019 – 31.12.2021.

2. Prognosebericht

Mit dem Empfehlungsbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission WSB von Januar 2019 und den daran angeschlossenen Gesetzgebungsprozess zur Absicherung der künftigen Förderkulisse ist für die Gesellschaft eine neue Situation entstanden. Die Gesellschaft wird unter neuer Firmierung (Zukunftsagentur Rheinisches Revier) zur zentralen koordinierenden Instanz und soll als solche, ab 2020 institutionell und auskömmlich durch das Land finanziert werden.

3. Risikobericht

Das größte Risiko für den Fortbestand der Gesellschaft beruht darin, dass der laufende Gesetzgebungsprozess rund um das „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ nicht abgeschlossen wird. Für den Fall muss mit dem Land NRW ein Alternativszenario entwickelt werden.

4. Abschlussvermerk

Der Jahresabschluss 2018 der IRR Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH wurde aufgrund der vorgelegten Unterlagen und der erteilten Auskünfte von dem Steuerbüro Wobbe & Partner in 52072 Aachen erstellt.

Jülich, den 3.9.2019



Ralph Sterck
Geschäftsführer



Boris Linden
Prokurist“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	8	8	8	-

H) Kennzahlen

./.

Teil C – Angaben zu den einzelnen Anstalten des öffentlichen Rechts

1. d-NRW AöR

Rheinische Straße 1
44137 Dortmund

Internetw: <https://www.d-nrw.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informations-technische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten. Sie unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen. Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz über die Errichtung einer Anstalt des öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ (Errichtungsgesetz d-NRW AöR) vom 25.10.2016.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.000,00 €	0,08 %
Land Nordrhein-Westfalen	1.000.000,00 €	81,43 %
227 weitere Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände des Landes NRW	227.000,00 €	18,49 %
Gesamtsumme	1.228.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Träger unterstützen die Anstalt bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit der Maßgabe, dass ein Anspruch der Anstalt gegen die Träger oder eine sonstige Verpflichtung der Träger, der Anstalt Mittel zur Verfügung zu stellen, nicht besteht. Die Anstalt erhebt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2018	2017	2016	Erläuterung
Kreis	010 11117	0 €	1.000 €		Der Beitritt erfolgte zum 04.08.2017

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

b) Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp

Bezüge 2018

135.167 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Gesellschaft

Wegen der geringen Bedeutung der Anstalt für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

2. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Winterstraße 19
50354 Hürth

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500,00 €	5,83 %
Land NRW	90.000,00 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500,00 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500,00 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500,00 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rheinisch-Bergischer Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500,00 €	5,83 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche

Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

Finanzbeziehung zu Kreis	Produkt / Kostenträger 020 12204	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
		359.907,20 €	354.638 €	352.459 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

ordentliches Mitglied		Stellvertreter	
Heinz Rosell	GBL II	Dr. Jochen Weins	AbtL 39

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Vergütung der Verwaltungsratsmitglieder zu entnehmen.

b) Vorstand

Frau Pauly-Mundegar (Vorstandsvorsitzende)
Herr Lankes

Bezüge 2018

94.879,64 €
72.124,62 €

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Anstalt

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	49.692	27.664	38.110	22.028
Sachanlagen	20.315.119	21.376.166	22.088.604	-1.061.046
Finanzanlagen	416.054	416.054	0	0
	20.780.865	21.819.883	22.126.713	-1.039.018
B Umlaufvermögen				
Vorräte	41.398	45.022	41.778	-3.624
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	8.653.966	7.940.113	7.266.295	713.854
Liquide Mittel	2.832.723	2.028.289	1.762.189	804.435
	11.528.088	10.013.423	9.070.262	1.514.665
C Rechnungsabgrenzungsposten	84.666	58.229	57.283	26.437
Summe Aktiva	32.393.618	31.891.535	31.254.258	502.084
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	300.000	300.000	300.000	0
Gewinnrücklagen	4.942.988	4.942.988	4.662.770	0
Ergebnisvortrag	-631.928	0	0	-631.928
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-659.681	-631.928	280.218	-27.753
	3.951.380	4.611.061	5.242.988	-659.681
B Rückstellungen	16.248.462	14.533.561	12.592.681	1.714.901
C Verbindlichkeiten	11.941.764	12.495.534	13.418.589	-553.770
D Rechnungsabgrenzungsposten	252.013	251.380	0	633
Summe Passiva	32.393.618	31.891.535	31.254.258	502.084

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	9.534.550	9.417.896	9.315.749	116.654
2	Sonstige betriebliche Erträge	223.745	191.594	130.282	32.151
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	1.524.227	1.545.300	1.454.914	-21.073
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	324.658	345.365	294.683	-20.708
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.199.569	1.199.934	1.160.231	-365
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	5.772.783	6.256.301	5.207.199	-483.518
a)	Löhne und Gehälter	4.478.004	4.260.961	4.045.356	217.043
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.294.779	1.995.340	1.161.843	-700.562
5	Abschreibungen	1.310.322	1.298.500	1.027.154	11.822
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	955.473	877.348	1.259.532	78.126
7	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	416.054	0	-416.054
	davon aus verbundenen Unternehmen				
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	979.427	550.122	136.816	429.305
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.833.235	1.228.784	352.468	604.451
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	-658.319	-630.566	281.580	-27.753
11	Sonstige Steuern	1.362	1.362	1.362	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-659.681	-631.928	280.218	-27.753

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Grundlagen des Unternehmens

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet. Sitz der Anstalt ist Hürth.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel werden aufgrund des öffentlich-rechtlichen Vertrages weiterhin im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Gemäß der Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes vom 16. November 2016 wurde die Schwerpunktbildung mit in Kraft treten zum 1. Januar 2017 umgesetzt. Das CVUA Rheinland ist seitdem Kompetenzzentrum für Erzeugnisse der Weinwirtschaft und Spirituosen, Schokolade, Kakao, Kaffee, Würz-

mittel, Gewürze und Kosmetische Mittel. Weiterhin Schwerpunktlabor für MCPD und -Ester, Glycidol und -Ester und Mykotoxine.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

Vorstandsvorsitz:	Dagmar Pauly-Mundegar
Vorstandsmitglied:	Rainer Lankes

Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

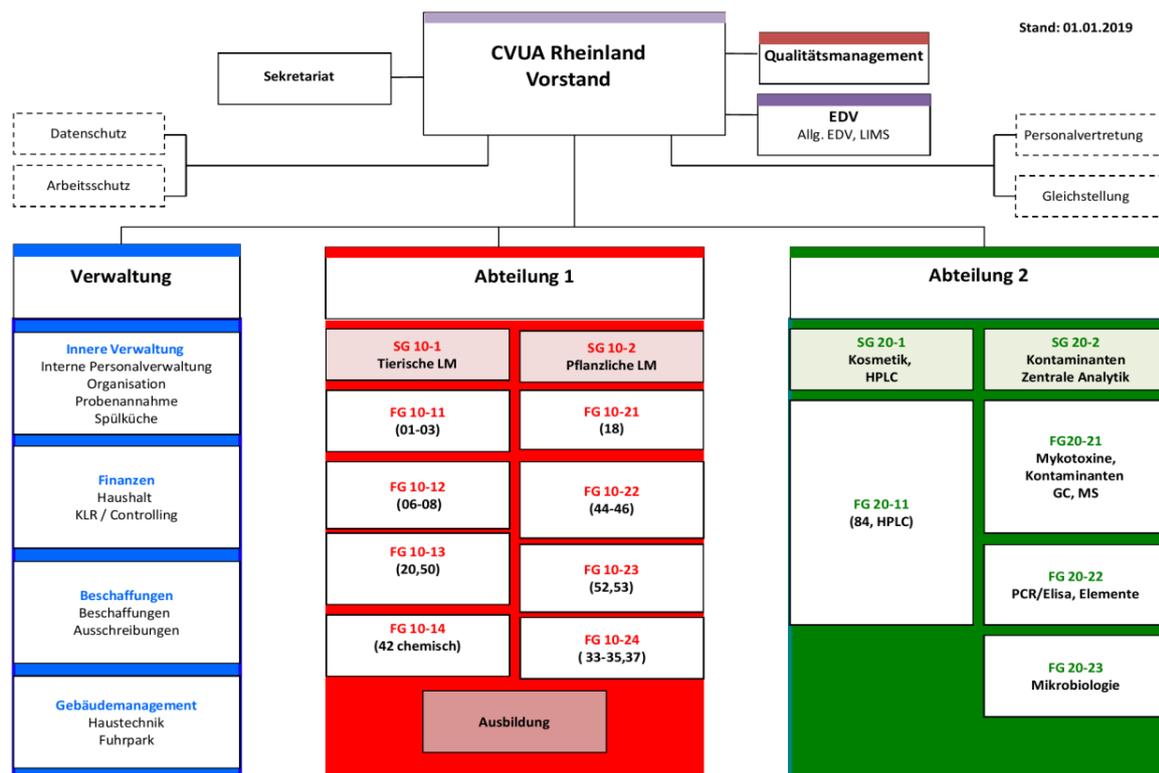
Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt.

Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation am Standort Hürth ist dem nachfolgenden Organigramm (Stand: 01.01.2019) zu entnehmen.



2. Wirtschaftsbericht

2.1 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen durch Entgelte von den Trägern. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- €, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- € eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- €.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2.2 Geschäftsverlauf

2.2.1 Personal

Die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland unterliegen dem TVÖD-VKA. Die Untersuchungsanstalt ist Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

Im Berichtsjahr schieden insgesamt 6 Mitarbeitende aus. 2 Sachverständige schieden durch Pensionierung aus, eine Sachverständige durch Eigenkündigung. Alle Stellen wurden nachbesetzt. Im Bereich Verwaltung schied ein Mitarbeiter durch Eigenkündigung aus, auch diese Stelle wurde nachbesetzt. Im Bereich Labor schieden 2 technische Mitarbeiter durch Eigenkündigung bzw. Ende der Befristung aus. Eine Nachbesetzung erfolgte nicht.

2.2.2 Fachliche Tätigkeiten

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Dieser ist auch auf der Home-Page unter www.cvua-rheinland.de abrufbar. In 2018 wurden insgesamt 13.536 (Vorjahr: 13.678) amtliche Proben zur Untersuchung und Beurteilung eingereicht. 1.578 (Vorjahr: 1.180) Proben wurden im Rahmen der Untersuchungsschwerpunkte nur analytisch bearbeitet.

Die Zusammenarbeit des Vorstands mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Der Wirtschaftsplan für 2018, der vom Verwaltungsrat am 7. Dezember 2017 beschlossen wurde, sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.640 T€ im Vermögensplan vor. Das Investitionsvolumen betrug 420 T€ für allgemeine Investitionen. Ausgewiesen war ein Verlust von 212 T€.

Das Geschäftsjahr wurde mit einem Fehlbetrag von 660 T€ abgeschlossen.

Die Entgelte für Untersuchungen nach § 4 Abs. 1 IUAG NRW betragen gemäß der vom Verwaltungsrat am 07. Dezember 2017 beschlossenen Entgeltordnung 9.516 T€ (Vj.: 9.407 T€). Daneben wurden Erstattungen für Versorgungslasten in Höhe von 209 T€ (Vj.: 141 T€) und sonstige Erträge in Höhe von 32 T€ (Vj.: 51 T€) vereinnahmt.

Die Personalkosten stellten bei den Aufwendungen mit 5.773 T€ (Vj.: 6.256 T€) den größten Posten. Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug ca. 60 %. Hierbei wurde das Entgelt an die CVUA-RRW für die Durchführung seiner Leistungen in Höhe 1.190 T€ berücksichtigt.

Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 483 T€ gesunken. Dies ist auf den Wegfall der Einmaleffekte bei den Pensions- und Beihilferückstellungen (Einstellung eines Beamten) zurückzuführen. Insgesamt liegen die Personalausgaben damit unter dem Planansatz für 2018. Die Aufwendungen zur Sicherstellung der Versorgungsleistungen für die beamteten Beschäftigten und Versorgungsempfänger führen jedoch zu einer erheblichen Belastung des Ergebnisses. Bei einer anhaltenden Niedrigzinsphase wird dies auch in den kommenden Jahren zu einer Belastung für den Wirtschaftsplan.

Große Aufwandsposten bleiben die Materialkosten mit 325 T€ (Vj.: 345 T€) und die Energiekosten mit 357 T€ (Vj.: 233 T€). Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 129 T€ (Vj.: 132 T€), der Personalverwaltung in Höhe von 39 T€ (Vj.: 33 T€), für Reparaturen und Instandhaltungen 191 T€ (Vj.: 199 T€), für Versicherungen in Höhe von 26 T€ (Vj.: 26T€) und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen), Porto, Telefon und Bürobedarf in Höhe von 15 T€ (Vj.: 17 T€).

Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 1.310 T€ (Vj.: 1.298 T€).

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2018 fällt der ausgewiesene Verlust um 448 T€ höher aus. Während die Personalaufwendungen hinter dem Wirtschaftsplanansatz zurückbleiben, führen nahezu ausschließlich die hohen Zinsbelastungen für die Pensions- und Beihilfeverpflichtungen durch das niedrige gesamtwirtschaftliche Zinsniveau zur Ausweisung des Jahresfehlbetrages.

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	31.12.2017	31.12.2018
Bilanzsumme	31.891.534,82 €	32.393.618,45 €
Anlagevermögen	21.819.882,89 €	20.780.865,05 €
Vorratsvermögen	45.021,88 €	41.397,89 €
Stammkapital	300.000,00 €	300.000,00 €
Eigenkapital	4.611.060,72 €	3.951.379,75 €
Eigenkapitalquote	14,5 %	12,2 %
Rückstellungen	14.531.560,71 €	16.248.462,01 €
Liquide Mittel	2.028.288,65 €	2.832.723,45 €
Verbindlichkeiten	12.495.533,89 €	11.941.764,10 €
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	12.304.166,62 €	11.620.833,26 €
Dynamischer Verschuldungsgrad	14,7 %	13,3 %

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 31.892 T€ auf 32.394 T€ erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich im Wesentlichen aus der Erhöhung der Erstattungsan-

sprüche nach § 107 b BeamtVG und der Verringerung des Anlagevermögens. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Pensionsrückstellungen. Im Geschäftsjahr wurden 314 T€ investiert. Dazu wurden Zuschüsse von 4 T€ gewährt. Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 16.248 T€ (Vj.: 14.534 T€) gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 15.764 T€. Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 8.644 T€ (Vj.: 7.919 T€).

3. Prognosebericht

3.1 Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

3.1.1 Schwerpunktbildung NRW

Die Schwerpunktbildung zum 1.1.2017 hat alle CVUÄ vor große Herausforderungen gestellt. Zum einen wurden Warenobergruppen abgegeben, auf der anderen Seite erhöhte sich die Anzahl der Proben jener Warenobergruppen, für die das CVUA Rheinland Kompetenzzentrum wurde. Damit verbunden waren vielfältige Änderungen in der Organisation einzelner Einheiten und die Notwendigkeit, neues Fachwissen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufzubauen. Zu dem mussten neue Untersuchungsmethoden eingeführt und etabliert werden.

Als Kompetenzzentrum für Wein, Weinerzeugnisse und Spirituosen, Schokolade, Kakao und Kaffee, Würzmittel und Gewürze sowie für Kosmetik und als Schwerpunktlabor für MCPD und -ester, Glycidol und -ester und Mykotoxine musste und muss das CVUA Rheinland weiteres Knowhow aufbauen und in diesen Bereichen die Untersuchungstiefe vergrößern.

Insgesamt ist die Schwerpunktbildung ohne größere Schwierigkeiten umgesetzt worden und bewährt sich. Auch die Probenplanung durch das LANUV (RioppLM) und die Organisation des Probenverkehrs durch die CVUÄ haben sich mittlerweile zu einer routinemäßigen Abwicklung entwickelt.

Im Laufe des Jahres 2017 hatte die Kooperation Düsseldorf/Mettmann die Gespräche mit dem CVUA-RRW wieder aufgenommen, um über einen Beitritt zu verhandeln. Im November 2018 stimmte der Verwaltungsrat des CVUA-RRW dem Beitritt zu. Nach den noch erforderlichen Beschlussfassungen der betroffenen Kommunen, sieht der Zeitplan den Beitritt der Städte Düsseldorf und Mönchengladbach sowie der Kreise Kleve, Mettmann, Rheinkreis Neuss, Viersen und Wesel zum 01.01.2020 vor.

Ca. 4.000 Proben/Jahr aus dieser Kooperation betreffen Warenobergruppen der Schwerpunktbildung, wodurch eine Anpassung der Schwerpunktbildung innerhalb der CVUÄ NRW erforderlich wird, um mit der neuen Aufgabenverteilung zum 01.01.2022 beginnen zu können.

Das stellt die CVUÄ vor eine große Herausforderung, da hierdurch die derzeitige Schwerpunktbildung in Frage gestellt wird. Eine erneute Änderung im Zuschnitt der Aufgaben und damit in der Arbeitsorganisation innerhalb eines so kurzen Zeitabstandes ist kritisch zu betrachten. Die Mitarbeiterinteressen der Beschäftigten, die bereits großen Umstrukturierungen unterworfen waren, müssen vorrangig im Blickfeld unserer Aufmerksamkeit liegen.

3.1.2 Akkreditierung

Ab 2010 müssen die Mitgliedstaaten gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG belien und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Vom 19.02. - 22.02.2018 fand die Re-Akkreditierung durch die DAkkS statt. Nach fristgerechter Beseitigung nicht kritischer Abweichungen wurde die unbefristete Akkreditierung im November 2018 mit Ausstellung der Akkreditierungsurkunde erteilt.

Im August 2019 ist im Rahmen des Überwachungsaudits durch die DAkkS neben einer Änderung des Geltungsbereiches der Akkreditierung auch die Umstellung des bestehenden QM-Systems auf die Anforderungen der aktualisierten Norm DIN EN ISO/IEC 17025:2018 geplant.

3.2 Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2019, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 13. Dezember 2018 verabschiedet wurde, weist einen Verlust von rd. 353 T€ aus. Es wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.895 T€ im Vermögensplan und ein Investitionsvolumen von 620 T€ beschlossen.

4. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.
Hürth, den 9. April 2019

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

gez. Rainer Lankes“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	90	90	89	-

H) Kennzahlen

./.

3. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite.org>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000,00 €	30,00 %
Kreisstadt Euskirchen	5.000,00 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000,00 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Kreditinstituten. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist abgegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von insgesamt 18,4 Mio. € haften werden.

Nach § 14 Abs. 2 Kommunalunternehmensverordnung (KUV) ist ein etwaiger Jahresverlust, soweit er nicht aus Haushaltsmitteln der Gemeinde ausgeglichen wird, auf neue Rechnung vorzutragen, wenn hierdurch die erforderliche Eigenkapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet wird. Eine Verbesserung der Ertragslage ist anzustreben. Ein nach Ablauf von fünf Jahren nicht getilgter Verlustvortrag soll durch Abbuchung von den Rücklagen ausgeglichen werden, wenn dies die Eigenkapitalausstattung zulässt; ist dies nicht der Fall, so ist der Verlust aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag der LEP-AöR betrug zum 31.12.2014 785.390,53 €. Da die Finanzierung des Vorhabens insgesamt durch die v. g. endfälligen Darlehen sichergestellt ist, wurde bislang die Auffassung vertreten, dass die Kapitalausstattung des Kommunalunternehmens nicht gefährdet ist. Die Bestimmungen des § 14 Abs. 2 KUV sind identisch mit den Regelungen des § 10 Abs. 6 Eigenbetriebsverordnung. Hierzu vertritt die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen die Auffassung (Stand März 2016), dass die Eigenkapitalausstattung bei Ausweis eines nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrages gefährdet sei und weitere Verlustvorträge gemäß § 10 Abs. 6 S. 1 EigVO NRW nicht mehr zulässig seien, so dass im Rahmen der LEP AöR-Jahresabschlüsse 2015 ff. bei entsprechender Auslegung des § 14 Abs. 2 KUV Forderungen gegen die Trägerkommunen eingebucht werden. Diese Forderungen werden zunächst als kurzfristige Forderungen ausgewiesen.

Da die Liquidität des Kommunalunternehmens während der Projektlaufzeit (bis 30.06.2020) über die Darlehensfinanzierung des Gesamtprojektes sichergestellt ist, wird die Fälligkeit dieser Forderungen bis zum Ende der Projektlaufzeit hinausgeschoben (gestundet).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	2018	2017	2016	Erläuterung
Kreis	150 57104 00	53.513 €	68.295 €	60.942 €	Aufwand
		0 €	0 €	0 €	Auszahlung

Höhe der gestundeten Forderung am 31.12.2018: 509.941,78 €

Die Differenz zwischen dem Gesamtaufwand des Kreises (509.516 €) und der zum 31.12.2018 gestundeten Forderung gegenüber dem Kreis Euskirchen in der Bilanz der LEP-AöR ergibt sich daraus, dass das tatsächliche Jahresergebnis 2018, welches zu einer Auflösung der Rückstellung für den Verlustausgleich der LEP-AöR führen wird, beim Kreis Euskirchen erst im Haushaltsjahr 2019 Berücksichtigung finden wird.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

b) Vorstand

	<u>Vergütung 2018</u>
Josef Forstner (bis 30.06.2018)	7.033
Martin Reichwaldt (ab 01.07.2018)	0 €
Ingo Hessenius	0 €
Oliver Knaup (Vorsitzender)	0 €

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffenden Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Karsten Stickeler (Stimmführer)	CDU	Günter Weber	CDU
3. Michael Höllmann (stv. Stimmführer)	SPD	Norbert Häger	SPD

Die Mitglieder des Projektbeirates erhielten für ihre Tätigkeit im Berichtsjahr keine Vergütung.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 10.04.2019 vor Ablauf der Wahlzeit des amtierenden Verwaltungsrates der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR in 2019 für die verbleibende Wahlperiode als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Günter Weber (CDU) und Michael Höllmann sowie als dessen Stellvertreter Manfred Poth (AV), Karsten Stickeler (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Verwaltungsrat wurde Günter Weber (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt. Gleichzeitig wurde für die verbleibende Wahlperiode in den Projektbeirat der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Karsten Stickeler (CDU) und Michael Höllmann (SPD) sowie als dessen Vertreter Manfred Poth (AV), Günter Weber (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Projektbeirat wurden Karsten Stickeler (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt (V 530/2019).

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage der Anstalt

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Sachanlagen	839	0	0	839
	839	0	0	839
B Umlaufvermögen				
Vorräte	14.185.093	14.317.636	14.288.063	-132.543
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.270.180	3.488.758	2.956.147	781.422
Liquide Mittel	92.299	94.172	108.839	-1.873
	18.547.572	17.900.566	17.353.049	647.006
Summe Aktiva	18.548.411	17.900.566	17.353.049	647.845
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Stammkapital	10.000	10.000	10.000	0
Bilanzverlust	-10.000	-10.000	-10.000	0
	0	0	0	0
B Rückstellungen	24.436	25.646	17.896	-1.209
C Verbindlichkeiten	18.508.458	17.859.404	17.319.636	649.054
D Rechnungsabgrenzungsposten	15.517	15.517	15.517	0
Summe Passiva	18.548.411	17.900.566	17.353.049	647.845

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	144.348	51.044	49.581	93.304
2	Sonstige betriebliche Erträge	863	139	0	724
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	323.942	0	0	323.942
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	0	0	0	
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	323.942	0	0	323.942
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	4.349	13.236	7.036	-8.887
a)	Löhne und Gehälter	3.340	10.750	5.400	-7.410
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.010	2.486	1.636	-1.476
5	Abschreibungen	55	0	0	55
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	73.780	61.081	60.046	12.699
7	Erträge aus Verlustübernahme	781.448	532.611	512.650	248.837
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
8	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	11	0	-11
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	497.479	482.434	468.095	15.045
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
10	Ergebnis nach Steuern	27.053	27.053	27.053	
11	Sonstige Steuern	27.053	27.053	27.053	
12	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,

- alle hiermit zusammenhängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z. B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen € zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.,
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV),
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Im Jahr 2018 konnte ein Grundstückstausch vertraglich vereinbart werden, der dazu dient, eine zusammenhängende Fläche von 80 ha im Eigentum der öffentlichen Hand zu erhalten. Die Verhandlungen für einen weiteren Grundstückstausch waren zum Jahresende noch nicht abgeschlossen.

Weitere Flächen wurden nicht erworben. Zusammen mit den ca. 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist stehenden Flächen können damit ca. 144 ha für Ansiedlungen zur Verfügung gestellt werden. Alle Grundstücke werden weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Primäres Ziel bleibt, im Zentrum des Gebietes eine vermarktungsfähige Fläche in einer Mindestgröße von 80 ha zu arrondieren. Geeignete Flächen außerhalb des LEP-Gebietes für Eigentümer, die ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Tausch ihrer Grundstücke gegen Ersatzland erklärt haben, konnten auch im Jahre 2018 nicht erworben werden. Der Markt für landwirtschaftliche Grundstücke in der Region ist weiterhin durch eine deutliche Verknappung des Angebotes und gestiegene Preise gekennzeichnet, die sich mittlerweile im zweistelligen Bereich pro Quadratmeter befinden. Zur fehlenden Verkaufsbereitschaft bei gleichzeitig erhöhter Nachfrage tragen offensichtlich die deutlich gesunkenen Renditen für übliche Geldanlagen bei.

Dem Ziel, eine zusammenhängende Fläche von 80 ha zu erhalten, konnte sich durch einen Grundstückstauschvertrag genähert werden (siehe 1.2.2). Ein weiterer Tauschvertrag wurde vorbereitet und beschlossen, konnte jedoch im abgelaufenen Wirtschaftsjahr noch nicht abgeschlossen werden.

Bodenordnung

Die eingeleitete Bodenordnungsmaßnahme (Umlegung) wurde 2018 nicht fortgeführt. Allen betroffenen Eigentümern liegen unterschriftsreife Kauf- und Tauschvertragsentwürfe vor. Da inzwischen eine zusammenhängende Fläche von 80 ha gebildet werden kann, bei der sich nur noch zwei Grundstücke in einer Größe von ca. 2,3 ha in Privateigentum befinden, soll diese Fläche zur Planreife entwickelt werden, bevor die Umlegung weiter verfolgt wird.

Neuaufstellung des Landesentwicklungsplans

Der Landesentwicklungsplan und die Verordnung über den Landesentwicklungsplan wurden am 25.01.2017 im Gesetz- und Verordnungsblatt NRW (Nr. 4/2017) veröffentlicht; sie sind am 08.02.2017 in Kraft getreten. Der Landesentwicklungsplan 2017 ist als Rechtsverordnung des Landes verbindlich bei der Entwicklung der LEP-Fläche zu berücksichtigen. Leider wurde die Chance verpasst, die Erfolgsaussichten unserer Ansiedlungsbemühungen durch eine Flexibilisierung der Vorschriften des Landesentwicklungsplanes entsprechend unserer Anregungen zu verbessern.

In Folge des Regierungswechsels auf Landesebene haben die Träger der LEP-AöR in 2017 die Regierungsfractionen angeschrieben und eine Anpassung der Vorgaben für die LEP-Flächen angeregt. Das Landeskabinett hat am 19.12.2017 im Rahmen des sog. Entfesselungspaketes II beschlossen, die im Landesentwicklungsplan vorgegebene Mindestfläche für Erstansiedlungen an Standorten, die für landesbedeutende flächenintensive Großvorhaben reserviert sind, von 80 ha auf 50 ha abzusenken. Das zur Änderung des LEP erforderliche Verfahren ist noch nicht abgeschlossen.

Vermarktung

Schwerpunkt der Aktivitäten des Vorstandes im Geschäftsjahr 2018 war die Bereitstellung und Vermarktung einer mindestens 80 ha großen zusammenhängenden Fläche für eine Ansiedlung entsprechend der Vorgaben des Landesentwicklungsplanes. Nachdem in 2016 festgestellt wurde, dass die Fläche für Produktionsstätten im Bereich der zukunftssträchtigen Elektromobilität und Batterieproduktion hervorragend geeignet ist, hat NRW.INVEST in 2017 in Abstimmung und unter Mitfinanzierung der LEP-AöR eine Machbarkeitsstudie zur Standortanalyse hinsichtlich einer Batteriezellenproduktion beauftragt. Die Studie liegt mittlerweile vor. Sie bestätigt die Eignung der Fläche für eine Batteriezellenfertigung. Auf Basis dieser Studie versucht NRW.INVEST, die Fläche unter dem Label „Green Battery Park“ zu vermarkten. Das Projekt konnte zudem im offenen Projektspeicher der Strukturentwicklung der Region Aachen platziert werden.

NRW.INVEST ist in 2018 und 2019 mit Investoren aus dem Bereich Batteriezellenproduktion an die LEP-AöR herangetreten, die die Fläche in Augenschein genommen haben und mit denen unter Beteiligung der LEP-AöR Gespräche geführt wurden. Die LEP-AöR ermittelt und bereitet jeweils für die Gespräche, die NRW.INVEST führt, die erforderlichen Unterlagen, Daten und sonstigen Angaben auf. Einer der Investoren hat sich im Laufe des Jahres 2018 für einen anderen Standort entschieden. Ferner wurden seitens NRW.INVEST die Gespräche mit Investoren aus dem Bereich Elektromobilität fortgeführt, die aber bisher nicht zu einer Ansiedlung geführt haben.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Nach Abschluss der bodenarchäologischen Erkundungen durch die Firma Troll Archäologie GbR wurde mit dem Amt für Bodendenkmalpflege des LVR vereinbart, dass eine der im 80 ha Kernbereich liegenden Flächen vom LVR und die andere Fläche im Auftrag der LEP-AöR archäologisch untersucht wird. Da nur eine der beiden Flächen in das Eigentum der LEP-AöR übernommen werden konnte, hat die LEP-AöR diese Fläche untersuchen lassen. Es wurden keine besonderen Befunde festgestellt. Die Fläche wurde vom LVR mit Schreiben vom 16.11.2018 freigegeben. Die Untersuchung der anderen Fläche musste um ein weiteres Jahr zurückgestellt werden.

Bauleitplanung

Aufgrund der in 2015 und 2016 geführten Gespräche mit Projektentwicklern zur vermarktbareren Größenordnung wurde Ende 2016 ein erneuter Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan für eine 80 ha große Fläche im Stadtgebiet Euskirchen vom zuständigen Ausschuss des Rates der Stadt Euskirchen gefasst. Die Größe von 80 ha resultiert aus den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes in der Fassung 2017. Ansonsten spiegelt der Planentwurf die Konzeptvorstellungen der Projektentwickler wieder. Für den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 14 A müssen die Gutachten angepasst werden, was in 2018 geschehen ist. Es wurde ein Verkehrsgutachten abgeschlossen. Es kommt zum Ergebnis, dass der verkehrliche Anschluss an die Straße Am Silberberg kein Problem darstellt, jedoch die Leistungsfähigkeit der Landstraße L182 Richtung Autobahn A61 an einigen Knotenpunkten sowie am Autobahnanschluss selbst heute bereits an die Kapazitätsgrenze stößt. Insofern ist das Land aufgefordert, eine Verbesserung vorzunehmen. Hierzu wurde das Gutachten dem Leiter der Niederlassung Eifel-Ville übergeben. Außerdem wurde in Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde des Kreises und der Biologischen Station im Kreis Euskirchen eine Artenschutzenerhebung auf der gesamten LEP-Fläche von 205 ha und weiteren rund 600 ha nördlich und nordöstlich der LEP-Fläche erhoben. Dies sollte dazu dienen nicht nur den Bestand, sondern auch die möglichen Potenziale zur Verlagerung von Brutrevieren geschützter Vogelarten (Grauammer, Kiebitz, Lerche) festzustellen. Das Gutachten hat ergeben, dass erstaunlicherweise die Populationsdichte von Kiebitz und Feldlerche auf der LEP-Fläche gegenüber den umliegenden Flächen signifikant höher ist. Der Gutachter konnte dieses Phänomen nicht erklären. Die deutlich geringere Populationsdichte im Umfeld lässt jedoch erwarten, dass eine Umsiedlung (Verdrängung) in die nähere Umgebung möglich ist. Dazu müsste ein Bewirtschaftungsmanagement mit den bewirtschaftenden Landwirten organisiert werden. Hierzu ist jedoch die LEP-AöR weder fachlich noch personell in der Lage. In 2019 ist ein Gespräch mit der Rheinischen Stiftung vereinbart, um auszuloten, ob diese ein solches Management organisieren kann.

Sonstige Entwicklungen

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 11.06.2018 und am 07.12.2018. Der Jahresabschluss 2017 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 11.06.2018 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2017 erteilt. Der Jahresabschluss 2017 war ausgeglichen. Der Verwaltungsrat entschied, den verbleibenden Bilanzverlust zum 31.12.2017 auf neue Rechnung vorzutragen. In seiner Sitzung am 07.12.2018 hat der Verwaltungsrat den Wirtschaftsplan für das Jahr 2019 und die Fortschreibung des Zeit- und Maßnahmenplanes sowie der Kosten- und Finanzierungsübersicht beschlossen. Im Jahre 2018 fanden 7 Sitzungen des Vorstandes statt. Vorstand und Hauptverwaltungsbeamte führten im Geschäftsjahr 2018 darüber hinaus Gespräche mit Herrn Staatssekretär Dammermann im April sowie mit Herrn Minister Dr. Pinkwart im Juni über die weitere Entwicklung und die Perspektiven der Fläche.

Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium über das ab dem 30.06.2020 zu gestaltende Vertragsverhältnis wurden 2018 aufgenommen, konnten aber bis Ende März 2019 aufgrund von Terminschwierigkeiten auf Landesseite nicht fortgeführt werden.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2018 (18.548.411 €) besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (14.185.093 €) und den Ansprüchen zum Verlustausgleich gegen das Land NRW (2.564.709 €) und die Träger der LEP-AöR (1.699.806 €). Das Stammkapital in Höhe von 10.000 € (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 07.12.2017 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2018 ergaben sich folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	Wirtschaftsplan in €	GuV in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	751.000	144.347,86	- 606.652,14
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	680.000	95.246,00	- 584.754,00
b) Erträge aus un bebauten Grdst.	71.000	49.101,86	- 21.898,14
2. sonstige betriebliche Erträge	0	862,92	+ 862,92
3. Materialaufwand (für unerschlossene Grdst.)	-800.000	-323.941,80	+ 476.058,20
4. Personalaufwand	-8.000	-4.349,44	+ 3.650,56
5. Abschreibungen	0	-55,42	- 55,42
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-70.000	-73.780,38	- 3.780,38
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0,00	+ 0,00
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-608.000	-497.478,73	+ 110.521,27
a) Kreditzinsen	-544.000	-452.463,98	+ 91.536,02
b) Bürgschaftsentgelte	-64.000	-45.014,75	+ 18.985,25
9. Ergebnis nach Steuern	-735.000	-754.394,99	- 19.394,99
10. sonstige Steuern	-50.000	-27.053,23	+ 22.946,77
11. Erträge aus Verlustübernahme	785.000	781.448,22	- 3.551,78
12. Jahresüberschuss	0	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000	-10.000,00	+ 0,00

Im Vermögensplan sind folgende wesentliche Abweichungen zu verzeichnen:

Vermögensplan	Wirtschaftsplan in €	Abschluss in €	Differenz
1. Einzahlungen aus Krediten (netto)	8.152.000	649.502,39	- 7.502.497,61
2. Grunderwerb einschl. Nebenkosten/Entsch.	-5.700.000	132.542,65	+ 5.832.542,65
3. Vorbereitende Maßnahmen	-1.667.000	0,00	+ 1.667.000,00
4. Zunahme Forderungen gegen das Land NRW	-471.000	-468.868,93	+ 2.131,07
5. Zunahme Forderungen gegen Trägerkommunen	-314.000	-312.579,29	+ 1.420,71

Die dargestellten Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Angesichts des eingeplanten Grunderwerbs, der in 2018 nicht realisiert wurde, bleiben verschiedene Positionen, insbesondere im Erfolgsplan die Erträge aus un bebauten Grundstücken (Pachten), Zinsen, Bürgschaftsentgelte sowie sonstige betriebliche Aufwendungen und im Vermögensplan die Auszahlungen für den Grunderwerb, vorbereitende Maßnahmen sowie die Krediteinzahlungen, deutlich unterhalb des Planansatzes.

Erträge

Die 2018 erzielten Erträge resultieren im Wesentlichen aus der Bilanzierung der Verpflichtungserklärung des Landes zur anteiligen Verlustübernahme, des Verlustausgleichs der Trägerkommunen nach § 14 Abs. 2 KUV und der Pachten für die bereits erworbenen landwirtschaftlich genutzten Grundstücke. Umsatzerlöse aus dem Verkauf bzw. Tausch un bebauter Grundstücke fielen ebenso wie der Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke aufgrund des oben erwähnten Grundstückstauschvertrages an.

Materialaufwand

Materialaufwand für unerschlossene Grundstücke fiel aufgrund des oben erwähnten Grundstückstauschvertrages an.

Zinsaufwand und Entgelte

Die erhebliche Zinersparnis ist auf die im Vergleich zur Planung wesentlich geringere Kreditaufnahme zurück zu führen. Durch die Aufnahme sehr zinsgünstiger kurzfristiger Liquiditätskredite wurden weitere Einsparungen erzielt. Der durchschnittliche Jahreszins für die Liquiditätskredite betrug ca. 0,14 % p.a. (zum Vergleich: Zinsen und Bürgschaftsentgelt für den Investitionskredit: ca. 3,55 % p.a.).

Einzahlungen aus Krediten / Grunderwerbenaufwand

Im Wirtschaftsplan waren ausreichende Mittel vorgesehen, um alle noch zu erwerbenden Grundstücke zu kaufen. Da wegen der fehlenden Veräußerungsbereitschaft der Eigentümer kein Grunderwerb möglich war, reduzierten sich die Einnahmen aus Kreditaufnahmen und die Ausgaben für den Grunderwerb entsprechend.

Gegenüber dem Vorjahr ergeben sich in der Gewinn- und Verlustrechnung folgende Veränderungen:

Erfolgsplan	GuV 2017 in €	GuV 2018 in €	Differenz
1. Umsatzerlöse	51.043,88	144.347,86	+ 93.303,98
a) Umsatzerlöse aus Verkauf unb. Grdst.	0,00	95.246,00	+ 95.246,00
b) Erträge aus unbebauten Grdst.	51.043,88	49.101,86	- 1.942,02
2. sonstige betriebliche Erträge	138,76	862,92	+ 724,16
3. Materialaufwand	0,00	-323.941,80	- 323.941,80
4. Personalaufwand	-13.236,20	-4.349,44	+ 8.886,76
5. Abschreibungen	0,00	-55,42	- 55,42
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-61.081,02	-73.780,38	- 12.699,36
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	10,58	0,00	- 10,58
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-482.434,17	-497.478,73	- 15.044,56
a) Kreditzinsen	-438.838,33	-452.463,98	- 13.625,65
b) Bürgschaftsentgelte	-43.595,84	-45.014,75	- 1.418,91
9. Ergebnis nach Steuern	-505.558,17	-754.394,99	- 248.836,82
10. sonstige Steuern	-27.053,23	-27.053,23	+ 0,00
11. Erträge aus Verlustübernahme	532.611,40	781.448,22	+ 248.836,82
12. Jahresüberschuss	0,00	0,00	+ 0,00
13. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00
14. Bilanzverlust	-10.000,00	-10.000,00	+ 0,00

Zur weiteren Erläuterung wird auf den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen € (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Am 31.12.2018 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 14.957.201 € (Vorjahr: 14.509.572 €). Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) nahezu ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. €) war am 31.12.2018 mit 3,5 Mio. € in Anspruch genommen (Vorjahr: 3,3 Mio. €).

Den Verbindlichkeiten stehen liquide Mittel in Höhe von 92.299 € (Vorjahr: 94.172 €) gegenüber. Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weitere Entwicklung des Gebietes hängt im Wesentlichen davon ab, wie flexibel die landesplanerischen Vorgaben im Landesentwicklungsplan im Interesse einer baldigen Vermarktung der Fläche gehandhabt werden. Vorrangig ist weiterhin die Arrondierung der Flächen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A der Stadt Euskirchen. Für diese ca. 80 ha große Fläche wird ein Standortprofil entwickelt. Das Bauleitplanverfahren wird von der Stadt Euskirchen weitergeführt, sobald die Ausgleichsproblematik gelöst werden kann und sich ein Investor findet. Denn die Bauleitplanung soll möglichst passgenau auf das Großvorhaben festgesetzt werden. Angestrebt wird die Ansiedlung einer landesbedeutsamen Großinvestition im Sinne der Nr. 6.4. des Landesentwicklungsplanes auf dem Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 14 A bis spätestens 2019. Sollte die vorrangige Entwicklung nicht gelingen, ist die Verlängerung oder Beendigung des Projektes mit dem Land zu vereinbaren. Bis zum vereinbarten Projektabschluss am 30.6.2020 verbleibt nur noch wenig Zeit, so dass es misslich ist, dass die angebotenen und vereinbarten Abstimmungstermine vom Land nicht wahrgenommen wurden.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

In der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 07.12.2018 gebilligt wurde, ist ein Betrag zur Risikoabdeckung (Zinssteigerungsrisiko Schadensersatzpflichten aus Bodenuntersuchungen, ungewisse Aufwände bei der Aufstellung der Bauungspläne etc.) in Höhe von 2.350.000 € einkalkuliert.

Die Attraktivität als Standort für eine industrielle Großansiedlung wurde durch mehrere Projektentwickler im Rahmen von Workshops bei NRW.INVEST in den Jahren 2015/16 bestätigt, die Rahmenbedingungen des Landesentwicklungsplanes aber als große Hürde angesehen. Des Weiteren zeigen die Gespräche mit Investoren, die die NRW.INVEST führt, dass ein weiteres Risiko besteht, den erforderlichen Kaufpreis, der sich nach Kosten- und Finanzierungsübersicht in Höhe von 20,51 €/m² ergibt, zu erzielen. Der Vorstand der LEP-AöR ist der Auffassung, dass dieses Risiko alleine vom Land getragen werden muss, da die Belegenheitskommunen weder in der Lage sind noch in der Pflicht stehen, aus Landesinteressen bedingte Verluste zu übernehmen.

Das Risiko, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen, ist in der Vereinbarung NRW berücksichtigt. Sie enthält deshalb Regelungen zur Risikominimierung wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw.

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Das Land NRW hat sich durch eine schriftliche Erklärung vom 07.01.2015 verpflichtet, rückwirkend ab Gründung der LEP-AöR 60 % des im Jahresabschluss der LEP-AöR ausgewiesenen Jahresfehlbetrages vor Berücksichtigung des Ertrages aus dieser Ausgleichsforderung nach Verrechnung mit Gewinnvorträgen auszugleichen. Für die Jahre 2009 bis einschließlich 2018 ergab sich für das Land NRW eine Verlustübernahme in Höhe von 2.564.708,84 €, welche im Rahmen der Jahresabschlüsse ab 2014 ertragswirksam berücksichtigt wurde. Die Fälligkeit der Forderung wurde entsprechend der vorgenannten Verpflichtungserklärung bis zum Ende der Projektlaufzeit hinaus geschoben.

Seit dem Wirtschaftsjahr 2015 wird – entsprechend § 14 Abs. 2 KUV – eine Forderung gegen die Trägerkommunen bilanziert (Summe bis einschließlich 2018: 1.699.805,90 €), da die Eigenkapitalausstattung der LEP-AöR durch einen Verlustvortrag gefährdet wird. Zukünftige Verluste sind in entsprechender Weise durch die Trägerkommunen auszugleichen.

In 2014 wurde einem privaten Grundstückseigentümer von der LEP-AöR und der Gemeinde Weilerswist ein notarielles Angebot zum Abschluss eines Grundstückskaufvertrages unterbreitet (befristet bis 31.12.2029). Hieraus ergibt sich eine finanzielle Verpflichtung von 866.000 € zuzüglich in Zukunft darauf entfallender Anschaffungsnebenkosten. Durch Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, der Gemeinde Weilerswist und dem Land NRW vom 24.03.2014 ist geregelt, dass die Gemeinde Weilerswist nur auf Anforderung der LEP-AöR in die Kaufverpflichtung eintritt, und dass das Land NRW - im Rahmen seiner Bürgschaftserklärung - einen 60 %igen Anteil trägt, sofern es überhaupt zu einem Zahlungseintritt der LEP-AöR kommt. Die Beteiligten gehen von einer guten Vermarktbarkeit des Grundstücks aus und erwarten einen mindestens die Aufwände deckenden Verkaufserlös. Sofern die Gemeinde Weilerswist Eigentum am Grundstück erlangt, wird sie der LEP-AöR den Kaufpreis und die Anschaffungsnebenkosten sowie hälftig darüber hinaus gehende Weiterverkaufserlöse erstatten.

Aufgrund der jüngeren bundesweiten Entwicklung mit Einsetzung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung („Kohlekommission“), die Vorschläge und Maßnahmen erarbeiten soll, wie den negativen Auswirkungen des Strukturwandels begegnet werden sollte, ergibt sich neben den Chancen, an etwaigen Programmen partizipieren zu können, auch ein höherer Konkurrenzdruck in der eigenen Region. Das Risiko der Nichtveräußerbarkeit steigt hierdurch.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. € gesichert. Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

Durch die erste Tranche des am 30.06.2020 gesamt fälligen Darlehens sind Investitionen von 12 Mio. € einschließlich der darauf entfallenden Zinslasten durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.

Wann die nächste Tranche des Investitionsdarlehens abgerufen wird, ist nach Lage des Kapitalmarktes zu entscheiden. Darüber hinaus ist die ständige Zahlungsfähigkeit der LEP-AöR durch Liquiditätskredite sichergestellt.

Euskirchen, den 29.03.2019

Der Vorstand

Oliver Knaup
Vorstandsvorsitzender

Martin Reichwaldt
Vorstandsmitglied

Ingo Hessenius
Vorstandsmitglied“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	1	1	1	-

H) Kennzahlen

./.

Teil D Angaben zu den einzelnen Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform – eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur (kdvz)

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten
4. Beratung und Unterstützung bei der Bereitstellung oder Vermittlung von elektronischen Systemen zur Identifizierung und zum Identitätsnachweis sowie Verfahren zum Identitätsmanagement als verantwortliche Stelle
5. Unterstützung bei der Problembekämpfung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
6. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
7. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
8. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind der Kreis Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 31 kreisangehörige Städte und Gemeinden.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	010 11117	616.893 €	583.860 €	552.790 €

E) Zusammensetzung der Organe

a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)

b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten des Rhein-Erft-Kreises und der Kreise Düren und Euskirchen)

c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Karsten Stickeler	CDU	Emmanuel Kunz	SPD

Die Mitglieder der Verbandsversammlung erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wurde bis zum 13.07.2018 im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

Seit 13.07.2018 wird der Kreis Euskirchen durch Herrn Ingo Hessenius, Geschäftsbereichsleiter I, als stellvertretender Verbandsvorsteher im Verwaltungsrat vertreten. Zum gleichen Zeitpunkt scheidet Herr Johannes Adams aus dem Verwaltungsrat aus.

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten für ihre Tätigkeit keine Aufwandsentschädigung.

c) Verbandsvorsteher

Dr. Patrick Lehmann (1. Beigeordneter, Stadt Frechen)

Stellvertreter:

Axel Buch (Bürgermeister, Gemeinde Hürtgenwald)

Johannes Adams bis 13.07.2018 (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Ingo Hessenius ab 13.07.2018 (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Der Verbandsvorsteher und seine beiden Stellvertreter erhalten jährlich insgesamt eine Aufwandsentschädigung von 2.748 €.

Besoldung 2018

137.784 €

Geschäftsführer: Christian Völz

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur				
- Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	€	€	€	€
Aktiva				
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.318.069	1.489.903	1.812.606	-171.834
Sachanlagen	4.540.195	4.225.813	4.232.992	314.382
Finanzanlagen	13.371.766	11.571.766	10.571.766	1.800.000
	19.230.030	17.287.482	16.617.365	1.942.548
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.159.052	1.028.907	3.403.047	130.145
Liquide Mittel	1.266.312	2.975.030	69.339	-1.708.718
	2.425.364	4.003.936	3.472.386	-1.578.572
C Rechnungsabgrenzungsposten	658.207	673.727	618.113	-15.521
Summe Aktiva	22.313.601	21.965.146	20.707.863	348.455
Passiva				
A Eigenkapital				
Gewinnrücklagen	1.227.043	1.227.043	0	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	1.227.043	1.227.043	0	0
B Rückstellungen	17.619.835	17.404.230	16.940.647	215.605
C Verbindlichkeiten	3.466.723	3.333.873	3.767.216	132.850
Summe Passiva	22.313.601	21.965.146	20.707.863	348.455

Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur					
- Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	16.185.238	15.530.986	13.593.345	654.251
2	Sonstige betriebliche Erträge	1.250.373	2.692.511	500.612	-1.442.138
3	Materialaufwand, <u>davon:</u>	2.010.076	2.307.564	1.363.422	-297.489
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.307.940	1.604.119	704.760	-296.180
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	702.136	703.445	658.662	-1.309
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	9.118.880	8.207.780	6.887.553	911.100
	a) Löhne und Gehälter	5.319.690	5.069.487	4.638.006	250.204
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.799.190	3.138.294	2.249.548	660.896
5	Abschreibungen	1.274.849	1.230.980	1.128.259	43.869
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.988.253	5.203.170	4.676.436	-214.917
7	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42.406	45.697	37.047	-3.291
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
8	Ergebnis nach Steuern	1.147	1.228.306	1.241	-1.227.159
9	Sonstige Steuern	1.147	1.263	1.241	-116
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	1.227.043	0	-1.227.043
11	Einstellung in Gewinnrücklagen	0	1.227.043	0	-1.227.043
12	Bilanzgewinn	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„KDVZ-PORTRAIT

Gründung

20.04.1966

BGB-Gesellschaft "Kommunale elektronische Datenverarbeitungsanlage im Landkreis Köln"

01.07.1978

Zweckverband "Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur"

Sitz

50226 Frechen

Bonnstraße 16-18

Rechtsform

Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG)

Organe

Verbandsversammlung

Karsten Stickeler (Vorsitzender)

Verwaltungsrat

Verbandsvorsteher: Dr. Patrick Lehmann 1. Beigeordneter der Stadt Frechen

1. stv. Verbandsvorsteher: Axel Buch Bürgermeister der Gemeinde Hürtgenwald

2. stv. Verbandsvorsteher: Ingo Hessenius Geschäftsbereichsleiter I Kreis Euskirchen

Geschäftsführer: Christian Völz

Aufgaben

Die kd vz Rhein-Erft-Rur ist als kommunaler Zweckverband IT-Dienstleister für 33 Kommunalverwaltungen in den Kreisen Düren, Euskirchen und Rhein-Erft-Kreis. Die Bereitstellung von Fachanwendungen sowie eines hochperformanten und ausfallsicheren Netzes gehören ebenso zu ihrem Kerngeschäft wie der Betrieb eines professionellen Rechenzentrums. Die Evaluation neuer Technologien, Consultingleistungen und ein umfassender T-Support bilden zusätzliche Tätigkeitsschwerpunkte. Der Zweckverband bedient neben den Verbandsmitgliedern auch weitere Kunden mit Leistungen aus seinem Produktportfolio.

1. GESCHÄFTSVERLAUF

Der Geschäftsverlauf des Wirtschaftsjahres 2018 stellt sich im Vergleich mit den Werten des Vorjahres wie folgt dar:

	Gewinn- und Verlustrechnung		Abweichung
	2018	2017	
	T€	T€	T€
Umsatzerlöse	16.185,2	15.531,0	654,3
darin Kostenweiterbelastungen	-1.251,8	-1.561,7	309,9
bereinigte Umsatzerlöse	14.933,4	13.969,3	964,1
Neutrale Erträge	1.250,4	2.692,5	-1.442,1
Personal- und Versorgungsaufwendungen	-9.118,9	-8.207,8	-911,1
Abschreibungen	-1.274,8	-1.231,0	-43,9
Übrige Aufwendungen	-6.998,3	-7.510,7	512,4
davon Kostenweiterbelastungen	1.251,8	1.561,7	-309,9
bereinigte übrige Aufwendungen	-5.746,5	-5.949,1	202,5
Finanzergebnis	-42,4	-45,7	3,3
Ergebnis vor Steuern	1,1	1.228,3	-1.227,2
Steuern	-1,1	-1,3	0,1
	0,0	1.227,0	-1.227,0

INVESTITIONEN

Der Verband hat im Wirtschaftsjahr 2018 Investitionen in Höhe von 3.217,5 T€ getätigt, welche sich wie folgt in den Anlageklassen wiederfinden:

DV-Software	525,2 T€
Betriebsgebäude	112,9 T€
Maschinen und technische Anlagen	169,5 T€
Betriebs- und Geschäftsausstattung	609,9 T€
Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>1.800,0 T€</u>
	<u>3.217,5 T€</u>

Gemäß der obigen Darstellung lag das Investitionsvolumen im Wirtschaftsjahr 2018 über dem freien Cash Flow, welcher sich wie folgt ermittelt:

ordentliches Jahresergebnis	0,0 T€
ordentliche Abschreibungen	1.274,8 T€
Veränderungen der langfristigen Rückstellungen	<u>215,6 T€</u>
Cash Flow	<u>1.490,5 T€</u>

KAPITALFLUSSRECHNUNG

Die kdVz Rhein-Erft-Rur hat im Wirtschaftsjahr 2018 einen Kapitalfluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit in Höhe von 1.661,9 T€ erzielt. Hieraus wurden Investitionen sowie die Tilgungen für Investitionskredite vorgenommen, die einzelnen Zahlungsströme des Wirtschaftsjahres sind in den nachfolgenden Rechnungen dargestellt:

Mittelveränderung aus der lfd. Geschäftstätigkeit	
Jahresergebnis	0,0 T€
Abschreibungen	1.274,8 T€
Zunahme der Rückstellungen	215,6 T€
Anlagenabgänge	0,1 T€
Abnahme der Vorräte und sonstigen Aktiva	119,9 T€
Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten und sonstigen Passiva	<u>51,4 T€</u>
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	<u>1.661,8 T€</u>

Mittelveränderung aus der Investitionstätigkeit	
Investitionen	- 1.417,5 T€
Zugang Finanzanlagen (Beteiligungen und Pensionsfonds)	<u>-1.800,0 T€</u>
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit	<u>- 3.217,5 T€</u>

Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit	
Darlehensaufnahmen	0,0 T€
Darlehensstilgungen	- 153,0 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	<u>- 153,0 T€</u>

Veränderung des Finanzmittelbestandes	2.975,0 T€
Finanzmittel zum 01.01.2018	1.661,8 T€
Cash Flow aus der lfd. Geschäftstätigkeit	- 3.217,5 T€
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit	- 153,0 T€
Finanzmittel zum 31.12.2018	<u>1.266,3 T€</u>

Planabweichungsanalyse auf Basis des Jahresabschlusses 2018 und zukünftige Entwicklung

	Ergebnis	Plan	Abweichung	zukünftige Entwicklung 2019
1. Umsatzerlöse (ohne Ergebnis der Kostenabrechnung)	16.494.223,38 €	14.852.031 €	1.642.193 €	16.310.581 €
2. Gesamtleistung	16.494.223,38 €	14.852.031 €	1.642.193 €	16.310.581 €
3. sonstige betriebliche Erträge				
a) Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- €	- €	- €	- €
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.221.347,54 €	- €	1.221.348 €	- €
c) sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	29.025,60 €	743.410 €	- 714.384 €	686.785 €
4. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.307.939,82 €	204.000 €	1.103.940 €	215.850 €
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	702.136,09 €	865.305 €	- 163.169 €	942.929 €
5. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	5.319.723,43 €	5.295.681 €	24.043 €	5.601.552 €
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	3.799.156,35 €	2.557.999 €	1.241.157 €	2.737.695 €
	9.118.879,78 €	7.853.680 €	1.265.200 €	8.339.247 €
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.274.849,38 €	1.347.303 €	- 72.453 €	1.463.922 €
7. sonstige betriebliche Aufwendungen				
a) ordentliche betriebliche Aufwendungen				
aa) Raumkosten	219.729,13 €	291.200 €	- 71.471 €	298.500 €
ab) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	67.607,63 €	68.820 €	- 1.212 €	69.875 €
ac) Reparaturen und Instandhaltungen	119.636,11 €	101.300 €	18.336 €	76.900 €
ad) Fahrzeugkosten	19.298,14 €	21.500 €	- 2.202 €	17.000 €
ae) Werbe- und Reisekosten	25.505,90 €	33.500 €	- 7.994 €	33.500 €
afa) Pflege/Miete Software und Hardware	3.099.785,73 €	3.057.217 €	42.569 €	3.567.809 €
afb) Datenübermittlung	432.954,87 €	450.077 €	- 17.122 €	496.877 €
afc) Consulting und Beratung	319.789,50 €	488.722 €	- 168.933 €	485.979 €
afd) Porto u. Beförderungsentgelte	449.523,42 €	400.000 €	49.523 €	480.000 €
ag) verschiedene betriebliche Kosten	234.277,43 €	360.817 €	- 126.540 €	456.978 €
ah) Rückstellungen aus lfd. Verfahren	- €	- €	- €	- €
b) Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	144,96 €	- €	145 €	- €
c) sonstige Aufwendungen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	- €	- €	- €	- €
	4.988.252,82 €	5.273.152 €	- 284.899 €	5.983.418 €
8. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	- €	- €	- €	- €
9. Abschreibungen auf Finanzanlagen	- €	- €	- €	- €
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	42.406,05 €	52.000 €	- 9.594 €	52.000 €
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	310.132,58 €	0 €	310.133 €	0 €
12. sonstige Steuern	- 1.147,00 €	- €	- 1.147 €	- €
13. Erträge aus satzungsmäßigen Finanzbedarfsumlagen für Vorjahre	- €	- €	- €	- €
14.1 Jahreszwischenenergebnis	308.985,58 €	0 €	308.986 €	0 €
14.2 Ergebnis der Kostenabrechnung für 2018	- 308.985,58 €			
14.3 Jahresüberschuss	0,00 €			

Finanzstruktur

	2018 in T€	2017 in T€	Veränderung
Eigenkapital	1.227,0	1.227,0	0,0
Rückstellungen	17.619,8	17.404,2	215,6
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.169,1	2.322,2	- 153,0
Übrige Verbindlichkeiten	1.297,6	1.011,7	285,9
(davon gegenüber Verbandsmitgliedern)	(543,55)	(411,8)	(131,75)
Summe	22.313,6	21.965,1	348,5

Vermögensstruktur

	2018 in T€	2017 in T€	Veränderung
Immaterielle Anlagen	1.318,1	1.489,9	- 171,8
Sachanlagen	4.540,2	4.225,8	314,4
Finanzanlagen	13.371,8	11.571,8	1.800,0
Anlagevermögen	19.230,1	17.287,5	1.942,5
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.159,1	1.028,9	130,1
(davon gegen Verbandsmitglieder)	(932,03)	(885,7)	(46,33)
Flüssige Mittel	1.266,3	2.975,0	- 1.708,7
Abgrenzungsposten	658,2	673,7	- 15,5
Summe	22.313,6	21.965,1	348,5

2. SCHWERPUNKTTHEMEN AUS DEN GESCHÄFTS- UND FACHBEREICHEN

2.1 IT-Anwendungen

Im Bereich **Finanzwesen** stand auch in 2018 der Ausbau der Support- und Beratungsleistungen rund um das Softwareprodukt **newsystem®** der Fa. Axians Infoma im Fokus. Hier setzte sich der positive Trend der Vorjahre weiter fort: Die Services der kdVz sind nahezu für alle Modulbereiche verfügbar und werden flächendeckend abgenommen. Zunehmender Beliebtheit erfreut sich das Full-Service-Angebot der kdVz in Sachen „Jahreshauptveranlagung“. Hier werden inzwischen von nahezu allen Verbandsmitgliedern sowie einem Großteil der externen Kunden Dienstleistungen unterschiedlicher Güte abgenommen; vom reinen Druckgeschäft bis hin zur „Rundum-Sorglos-Betreuung“. Eine besondere Herausforderung für die kdVz war der Umstieg der Stadt Elsdorf als erste Kommune im Verbandsgebiet von deren bisheriger Lösung „DATEVkommunal“ zu „Infoma newsystem“. Neben dem reinen Wechsel der Finanz- bzw. Steuersoftware galt es gleichzeitig erste Schritte in Richtung „Digitalisierung“ zu gehen. So wurde mit Produktivgang der Finanzsoftware am 02.01.2019 zeitgleich auch der elektronische Rechnungsworkflow 3.0 des Softwareherstellers mit in Betrieb genommen, welcher künftig einen papierlosen Belegfluss innerhalb der Verwaltung garantiert. Durch die Übergabe der Belege an ein Dokumentenmanagement wird der digitale Prozess abgerundet. Als erster Meilenstein im neuen Jahr wurde die Jahreshauptveranlagung, erstmalig mit der neuen Software, weitestgehend störungsfrei produziert und an die Bürgerinnen und Bürger ausgeliefert. Trotzdem noch einige Nacharbeiten erforderlich sind, lässt sich insgesamt resümieren, dass das Projekt - auch dank des großen Engagements aller Beteiligten - planmäßig durchgeführt und erfolgreich umgesetzt werden konnte. Aufgrund ihrer hohen fachlichen Expertise im Finanzwesen betreut die kdVz auch Kunden außerhalb des Verbandsgebietes. Als weiteren Baustein der Kooperation zwischen civitec aus Siegburg und kdVz konnte zum 02.01.2018 die Stadt Königswinter als Neukundin der kdVz gewonnen werden, die sowohl das Hosting als auch den fachlichen Support ihres Finanzverfahrens an die kdVz Rhein-Erft-Rur übertragen hat. Analog hat mit der Gemeinde Eitorf ein weiteres civitec-Mitglied zum Jahreswechsel 2018/2019 die kdVz Rhein-Erft-Rur mit Betrieb und Anwenderbetreuung ihres Finanzwesens beauftragt. Ein weiteres Highlight des abgelaufenen Jahres war das erste eigene „Axians Infoma“-Anwendertreffen der kdVz. Unter dem Titel „Kommunales Finanzwesen - den Wandel gestalten“ konnten sich die rd. 80 Teilnehmer in verschiedenen Fachvorträgen über Entwicklungen in den Bereichen „Digitalisierung“, „Prozessoptimierung“ und „Mobiles Arbeiten“ informieren. Abgerundet wurde das Programm durch Fachvorträge der Hersteller Axians Infoma GmbH und Axians IKVS GmbH, welche ihrerseits Neuentwicklungen vorstellten. Aufgrund der positiven Resonanz der Besucher, sowohl aus dem Verbandsgebiet der kdVz wie auch seitens der externen Kunden, ist eine Neuauflage in 2019 geplant. Im laufenden Jahr stehen zwei Themenkomplexe insbesondere im Fokus. Zum einen hat sich die kdVz Rhein-Erft-Rur erneut entschlossen als Pilotanwenderin für die nächste Generation der „Infoma newsystem“-Software zu fungieren. Mit der Gemeinde Hellenthal und der Stadt Meckenheim werden abermals zwei Verwaltungen mit Erfahrung als Pilotkommune gemeinsam mit der kdVz frühzeitig den Migrationsweg beschreiten und bereits Wochen vor dem eigentlichen Release mit „Infoma newsystem“ in der Version 19 starten. Zum anderen wird die Digitalisierung in der kommunalen Finanzwirtschaft weiter forciert. Insbesondere die Einführung weiterer Workflows sowie der „eRechnung“, in NRW auf Basis des Standards „XRechnung“, werden wesentlich das Tagesgeschäft bestimmen. Die kdVz ist im Expertengremium des Landes zu Entwicklung und Betrieb von „Xrechnung“ vertreten. Bisher beiläufig betrachtete Themen der Prozessdigitalisierung - z. B. durch die Anbindung des „ePortals“ - werden stärker in den Blickpunkt rücken und das Arbeiten innerhalb der Kommunen nachhaltig verändern.

Die elektronische Verwaltungsführung ist nach wie vor eine der großen Digitalisierungstreiberinnen in der Kommunalverwaltung. Entsprechend hoch ist der Nutzungsgrad an Dienstleistungen rund um das **Dokumentenmanagementsystem** (DMS) der kdVz. Drei Kommunen sind im vergangenen Jahr neu in das Thema DMS eingestiegen, insgesamt war das DMS damit zum Ende des Wirtschaftsjahres bei 21 Kunden mit einer Vielzahl an unterschiedlichen Aktenarten im Einsatz. Neu entwickelt wurden beispielsweise die Kassenakte, die Abfallakte und die Versicherungsakte; zudem realisierte die kdVz das Modul „Bekanntmachungsakte“ mit einer Integration in das Content-Management-System (CMS) der Firma Sitepark. Für und mit der Stadt Frechen hat die kdVz eine digitale Bewerbermanagement-Lösung auf Basis des DMS geschaffen, die das Handling von Bewerbungen und die Kommunikation zu den Bewerbern wesentlich erleichtert und die sich durch die hohe Integration in die elektronische Personalakte, ebenfalls auf Basis des DMS, auszeichnet. Der „Major-Release Wechsel“ auf die aktuelle Version 8.1 des Fachverfahrens schließlich konnte für weitere Kommunen erfolgreich umgesetzt werden. Die Migrationsarbeiten werden in diesem Jahr ihren Abschluss finden.

Der Hersteller der Software zur **Personalbewirtschaftung** hat Ende 2017 den Umstieg auf eine neue Softwareplattform und hiermit verbunden Änderungen im Lizenzierungs- und Abrechnungsmodell angekündigt. Dies würde einen Wechsel hin zu einem Mietmodell mit signifikant höheren Kosten unter Nutzungsmöglichkeit aller Bestandteile/Module der Software bedeuten. Der Vertragswechsel muss laut Hersteller spätestens zum 31.12.2020 erfolgt sein. Diese sich abzeichnende Entwicklung verbunden mit einer wachsenden Unzufriedenheit mit Software und Anbieter über die letzten Jahre hat die kdVz zum

Anlass genommen, sich am Markt nach Alternativen umzusehen. Vor diesem Hintergrund erfolgte in 2018 eine intensive Begutachtung und Bewertung verschiedener Softwareprodukte für die Personaladministration unter Berücksichtigung funktionaler und kaufmännischer Aspekte. Im Ergebnis und auf Basis des umfangreichen Produktvergleichs kristallisierte sich, auch aus Sicht der Verbandsmitglieder, die Softwarelösung „Kommunal Master Personal“ des Anbieters ITEOS (vormals Datenzentrale Baden-Württemberg) als wirtschaftliche und funktional beste Alternative heraus. Nachdem der Verwaltungsrat der kdVz in seiner 154. Sitzung die Leitentscheidung zum Produktwechsel getroffen hat, läuft in diesem Jahr das Projekt zum Umstieg auf die neue Lösung mit dem ambitionierten Ziel die Personalabrechnung für Januar 2020 bereits mit dem Kommunal Master zu realisieren. Im Zuge der Bewertung und Auswahl alternativer Zeiterfassungssysteme wurde die Lösung MATRIX der Fa. dormakaba bei zwei Kommunen eingeführt und in Betrieb genommen. Für das Online-Bewerbermanagementtool der Fa. BITE haben sich drei weitere Verwaltungen aus dem Zweckverband, ein Kunde der regio iT sowie ein Kunde der civitec entschieden.

Die Kompetenz der kdVz im **Sitzungsdienst** hat sich auch in 2018 weiter verfestigt. So hat etwa die Stadt Erftstadt als konsequente Weiterentwicklung des papierlosen Sitzungsdienstes den elektronischen Vorlagen-Workflow eingeführt. Der Genehmigungsprozess von Sitzungsunterlagen wird nun komplett digital durchgeführt. Weitere Kommunen haben für 2019 Interesse an der Einrichtung dieses Moduls gezeigt. Darüber hinaus konnte die Kooperation mit dem Rechenzentrum regio iT im Jahr 2018 weiter ausgebaut werden; seit Mitte November 2018 werden alle 13 Mandanten bei der kdVz in Frechen gehostet. Weiterhin wurde das Programm SD.NET bei der Stadt Solingen und diversen Tochtergesellschaften eingerichtet.

Die IT-seitige Begleitung von **Wahlen** verlief in 2018 in eher ruhigen Fahrwassern. Insgesamt wurden die Kommunen bei zwei Bürgermeisterwahlen, zwei Bürgerentscheiden, einem Ratsbürgerentscheid, drei Volksinitiativen und einem Volksbegehren unterstützt. Der Fokus wird sich in diesem Jahr wieder ungleich deutlicher auf das Thema „Wahlen“ richten, da u. a. im Mai die Europawahl stattfinden wird. Die technischen Vorarbeiten hierzu sind bereits in vollem Gange.

Die Inanspruchnahme **digitaler Verwaltungsdienste** in unterschiedlichsten Facetten nimmt sukzessive zu; dementsprechend hat die kdVz hier in 2018 umfängliche Unterstützungsleistungen erbracht. Im Bereich **Content-Management-System (CMS)/Internetpräsentationen** ist das Interesse an einer Neugestaltung kommunaler Internetauftritte im Hinblick auf das sog. „Responsive Webdesign“ (RWD) - der Orientierung des grafischen Aufbaus einer Website an die Anforderungen des jeweiligen Gerätes, insbesondere was die Anordnung und Darstellung einzelner Elemente wie Navigation, Seitenspalten und Texte betrifft - nach wie vor hoch. Die Webseiten mehrerer Verwaltungen wurden vor diesem Hintergrund im letzten Jahr von Grund auf neu konzipiert; neben dem neuen technischen Ansatz wurden strukturelle Anpassungen und Änderungen redaktioneller Prozesse umgesetzt. Das Inkrafttreten der EU- Datenschutzgrundverordnung im Mai letzten Jahres machte die diesbezügliche Anpassung aller Webseiten an die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen erforderlich.

Im **Einwohnerwesen** wurden im letzten Jahr geänderte rechtliche Rahmenbedingungen in der Software umgesetzt. Die kdVz fungierte auch weiterhin als „Back-office“ für einzelne Kommunen, bearbeitete den Nachrichtenkorb und eingehende Anfragen zu Melderegisterauskünften. Der Datenaufbau inklusive Datenlieferung zur Übermittlung an den GEZ-Beitragsservice wurde für alle Kommunen fristgerecht erledigt inkl. einer weiteren Datenlieferung zum Zensus 2021. Auf technischer Seite erfolgte in 2018 eine Datenbankmigration von Oracle auf MS SQL; damit konnte die technische Umgebungsaktualisierung der Fachapplikation abgeschlossen werden.

Ein ganz besonderes Highlight im abgelaufenen Jahr war sicherlich der **Technologietag** der kdVz Rhein-Erft-Rur, den der Zweckverband unter dem Leitgedanken „Digitalisierung: Anders. Denken.“ im Rathaus der Kreisstadt Bergheim für seine Kunden ausgerichtet hat. Die knapp 120 Besucher hatten die Gelegenheit sich über unterschiedliche Digitalisierungstrends in der kommunalen IT-Welt zu informieren. Thematische Schwerpunkte waren beispielsweise Innovationen im Sitzungsdienst, Open Data, das Internet of Things und Prozessdigitalisierung in der Verwaltung. Der Leitgedanke war dabei Rahmen und Programm zugleich: Nicht nur inhaltlich war „querdenken“ angesagt, auch hinsichtlich der Präsentationsformen haben sich die Referenten von Gewohntem gelöst; so wurde u. a. eine Ideenschmiede gebeten, es gab Workshops, Spotlights, Rollenspiele und eine Podiumsdebatte zum Thema „RatsTV“. Die im Bergheimer Rathaus zur Verfügung gestellte Fläche bot gleichermaßen Raum für eine begleitende Ausstellung zu Themen wie Content- und Dokumentenmanagement, Sitzungsdienst oder Digitales Diktieren.

2.2 Projekte

Die Projekte für 2018 wurden mit den Verbandsmitgliedern abgestimmt und in wesentlichen Inhalten wie folgt realisiert:

Geschäftsprozessoptimierung mit dem Formularserver

Nach der Einführung des Formularservers im Jahr 2017 hat sich der Nutzungsgrad aufgrund der hohen Praktikabilität der Lösung rasant gesteigert; im Jahr 2018 konnten insgesamt elf weitere Kunden gewonnen werden. Inzwischen ist der Formularserver somit praktisch im gesamten Verbandsgebiet im Einsatz. Das Projekt wurde im Verlauf des Jahres dazu genutzt zentrale E-Government-Komponenten

über Schnittstellen an den Formularserver anzubinden. Im Fokus stand hierbei zunächst die Anbindung des Dokumentenmanagementsystems. Durch die umfangreiche Integration wurde die Gestaltung von digitalen Prozessen vielfach vereinfacht und führte in der Folge zu weitestgehend digitalen Prozessen bis hin zur Sachbearbeitung. Ein wichtiger Schritt in Bezug auf Basiskomponenten im Bereich E-Government konnte auch durch die Anbindung des „Servicekonto.NRW“ getan werden. Durch die Nutzung des Servicekonto.NRW ist der Formularserver in der Lage, die vom Land NRW präferierte Identifikationsmöglichkeit über den elektronischen Personalausweis bereitzustellen. Somit ist der Formularserver auch für zukünftige Entwicklungen im Bereich der eIDAS-Verordnung sowie des Onlinezugangsgesetzes gut aufgestellt. Ferner wurde die vollständig medienbruchfreie Bereitstellung des Dienstes „Bestellung von Personenstandsunterlagen“ auf Basis der Software AutiSta des Verlags für Standesamtswesen umgesetzt. Die im Jahr 2018 aufgekündigte, zentrale Lösung durch den Verlag für Standesamtswesen konnte so übergangslos auf die Nutzung über den Formularserver umgestellt werden. Dies beinhaltet auch die Möglichkeit die anfallenden Gebühren online mit allen gängigen Zahlungsmethoden zu zahlen. Darüber hinaus konnten kundenindividuelle Formulare realisiert werden, wie etwa die An-, Ab- und Ummeldung zur Hundesteuer sowie ein Bewerberformular, jeweils mit Anbindung an ein DMS, Einkommensnachweise für die Übermittlung an das entsprechende Fachverfahren, OGS-Anmeldungen inkl. Gebührenrechner oder ein Widerspruchsformular im Rahmen des eGovernment-Gesetzes.

eRechnung

In Fortführung der Arbeit des Vorjahrs konzentrierte sich die Arbeit im Projekt „e-Rechnung“ in 2018 darauf, Wege aufzuzeigen, wie Kommunen bis zum gesetzlich vorgeschriebenen Stichtag (01. April 2020) elektronische Rechnungen annehmen und verarbeiten können. Der IT-Planungsrat bezeichnet die XRechnung als das eRechnungsformat für die öffentliche Verwaltung. Damit hat man sich für ein rein elektronisches Format ohne menschenlesbare Visualisierung entschieden, das nun von der kommunalen Verwaltung verarbeitet werden muss. Es bietet sich daher an, die eRechnung in elektronische Rechnungsworkflowsysteme einzuspeisen, wie sie bei vielen Verbandskommunen bereits im Einsatz sind. In Rahmen dieses Projekts wurden integrierte Lösungen von Anbietern von Finanzwesen-Systemen betrachtet, die die Annahme von eRechnungen per Email bis zur Verarbeitung im elektronischen Rechnungsworkflow und der anschließenden Archivierung im Dokumentenmanagementsystem ermöglichen. Darüber hinaus wurden kommerzielle eRechnungsportal-Lösungen beleuchtet, die u. a. die Annahme von eRechnungen in beliebigen Formaten sowie die anschließende Konvertierung in ein für die Kommune verarbeitbares Format anbieten. Zusätzlich decken solche eRechnungsportale eine Reihe von Empfangskanälen wie E-Mail und ggf. Web-Formulare ab. Allerdings gibt es gerade auf dem Markt der eRechnungsportale sehr viel Bewegung. Auch ist der gesetzliche Rahmen für die Umsetzung der EU-Richtlinie in NRW noch nicht vollständig gegeben die entsprechende Rechtsverordnung steht noch aus. Daher hat sich die kdVz entschieden, diese Entwicklungen auch im nächsten Jahr weiter zu beobachten, um eine eventuelle Empfehlung für eine Portallösung auf einer fundierteren Entscheidungsgrundlage treffen zu können.

Umsetzung eIDAS-Verordnung

Im Rahmen des Projektes „Umsetzung eIDAS-Verordnung“ wurden die einzelnen Elemente hinsichtlich ihrer Umsetzung bei der kdVz betrachtet. Hierbei ging es im Wesentlichen um die folgenden Bestandteile:

- Elektronische Identifikation (eID)
- Vertrauensdienste
 - Elektronische Signaturen und Siegel
 - Elektronische Einschreiben
 - Validierung von Website-Zertifikaten
- Bewahrungsdienste

Die kdVz hatte bereits vor Beginn des Projektes in einzelnen Bereichen Lösungen im Produktiveinsatz. Für das Bürgerserviceportal bzw. den Formularserver war die Nutzung des elektronischen Personalausweises von Beginn an möglich. Die Interoperabilität mit anderen europäischen Identifizierungssystemen wird dabei durch das Servicekonto.NRW sichergestellt. Bei elektronischen Einschreiben gilt für Deutschland die De-Mail als gesetzt. Durch die Versandoptionen „Versandbestätigung“ sowie „Eingangsbestätigung“ erfüllt die De-Mail die Voraussetzungen zur Zustellung von elektronischen Einschreiben. Ein wichtiger Bestandteil des Projektes war hierbei eine Evaluationsphase der Software „Governikus MultiMessenger“. Die Software ist eine Kommunikationsplattform, die regelbasiert sämtliche Nachrichtenkanäle der Verwaltungen bearbeiten kann. Zentrale Elemente der Software sind hierbei die Prüfung und Protokollierung eingehender Nachrichten. Darauf aufbauend bildet die Software, durch die differenzierte Nutzung verschiedener Kommunikationssysteme, die Zugangseröffnung durch externe Kommunikationspartner ab und entspricht somit den Anforderungen des E-Government-Gesetzes NRW. Das Projekt wird im Jahr 2019 weitergeführt, da nicht alle relevanten Bestandteile des Systems getestet werden konnten.

Auswahl einer Bürgerbeteiligungssoftware

Zu Beginn des Projektes hatte die kdVz einen Anforderungskatalog an eine Bürgerbeteiligungssoftware entwickelt, mit der eine Marktsichtung diverser Lösungen begonnen wurde. Insgesamt wurden 15 Pro-

dukte in die Auswahl genommen; bei allen entstand oftmals ein und dieselbe Problemstellung, dass der Fokus von den jeweiligen Herstellern auf ein nachfolgendes Projektgeschäft gelegt wurde. Hierdurch würden die Bürgerbeteiligungsprojekte jeweils sehr teuer werden. Im Laufe der Markterkundung ist die kdVz auf die Bürgerbeteiligungsplattform des Landes Sachsen gestoßen. Der Fokus bei dieser Lösung liegt auf dem Leitgedanken „Eine Plattform für das ganze Land“. Nach Aussage der Landesverwaltung sei die Bedienung so intuitiv, dass jede Kommune die Plattform ad hoc und ohne zusätzliches Consulting nutzen könne. Vor diesem Hintergrund wurde entschieden, das Projekt im Jahr 2019 unter besonderer Betrachtung der Landeslösung Sachsen fortzuführen und den Verbandsmitgliedern der kdVz einen Weg zu eröffnen, die Lösung bei Bedarf und ohne größeren Aufwand einsetzen zu können

Open Data

Zu Beginn des vergangenen Jahres konnten die beiden Projekte „Transparenzportal für Gremiendaten“ und „Mein Stadtarchiv“ im Rahmen des Open.NRW-Pilotprojektes „Kommunales Open Government in NRW“, an denen die kdVz beteiligt war, formal abgeschlossen werden. Das Open Data-Portal der kdVz erfuhr in 2018 einen umfassenden Relaunch, der Datenbestand wurde sukzessive um Datensätze aus den Bereichen Standesamt, Verkehr und Wahlen erweitert. Derzeit umfasst das Portal 21 Verwaltungen mit 331 Datensätzen und insgesamt 2.888 Objekten. Gemeinsam mit Kunden wurden Projekte in unterschiedlichen Themenfeldern initiiert, beispielsweise mit der Gemeinde Merzenich und der Bundesstadt Bonn zum Thema „Offener Haushalt“, mit der Gemeinde Vettweiß zur Verkehrszählung oder die Entwicklung eines interaktiven Gemeindeplans mit OpenSource-Produkten. Darüber hinaus hat sich spätestens seit den Wahlen im Jahr 2017 der Trend verfestigt, dass auch Wahldaten für die sog. „Community2“, aber auch für viele Bürgerinnen und Bürger und z. B. Forschungseinrichtungen von großem Interesse sind. Ein Problem bei der gewünschten (Weiter-)Verwendung der Wahldaten ist oftmals, dass diese keinem Standard unterliegen und somit häufig eine heterogene Datenstruktur aufweisen. Im Zuge ihrer Open Data-Strategie hat die kdVz in 2018 ein Projekt gestartet mit dem Ziel Wahldaten in einem größeren Verbund standardisiert bereitzustellen und damit einen weiteren, nicht unbedeutenden Schritt in Richtung „offene Verwaltung“ zu gehen. Partner in diesem Projekt sind der Hersteller des Wahlverfahrens, das bei der kdVz eingesetzt wird, die Städte Bonn, Düsseldorf und Köln, ein weiterer IT-Dienstleister sowie Vertreter der Open Data-Community. Am 04. September 2018 fand die erste Kommunale Open Government Konferenz NRW in Köln statt. Die kdVz Rhein-Erft-Rur war, neben beispielsweise den Städten Bonn, Düsseldorf und Köln, sowie den benachbarten kommunalen IT-Dienstleistern civitec und regio iT, Partnerin der Veranstaltung, die mit rund 200 Teilnehmern sehr gut besucht war. Gleichmaßen ist die kdVz Partnerin der „Open Data Region Rheinland“, einer interkommunalen Kooperation gemeinsam mit den Städten Düsseldorf, Köln und Bonn. Ziel der informellen Zusammenarbeit ist die gemeinsame Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung mit dem inhaltlichen Schwerpunkt „Open Data und Civic Tech“ auf kommunaler Ebene. Gemeinsam möchten die Kooperationspartner für Open Data Standard-Veröffentlichungen festlegen, die verwendeten Metadaten harmonisieren sowie die Schnittstellen behördlicher Fachverfahren fördern und abstimmen. Weitere vereinbarte Handlungsfelder sind die Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, die Entwicklung von Schulungskonzepten für die Mitarbeiter und die Stärkung des digitalen Ehrenamts. Im gegenseitigen Erfahrungsaustausch sollen Fragestellungen und Herausforderungen bei der Weiterentwicklung von Open Data gebündelt und gemeinsam zu realisierbaren Lösungen geführt werden.

2.3 Netze

Das **Wide Area Network** (WAN) der kdVz Rhein-Erft-Rur als eine zentrale Infrastrukturkomponente hat sich auch in 2018 als ausfallsicheres und hochverfügbares Netz gezeigt; die Verfügbarkeit des Verbandsnetzes lag bei nahezu 100%. Im letzten Jahr wurden einige Verbandsleitungen erhöht und zum Teil durch Richtfunkstrecken ersetzt. In Summe beträgt die Bandbreite aller Primär-Verbandsleitungen nun 1.140 Mbit/s. Die Umstellung des WAN auf den neuen TDN-Vertrag erfolgte im 1. Halbjahr. Im Rahmen dieser Umsetzungen wurden die Primärleitungen auf eine neue, leistungsfähigere Zentrale bei der kdVz aufgeschaltet und die Backupleitungen auf neue Technik migriert. Im Zuge der Migration wurden die zentralen Cisco-Router und auch wenige Verbandsrouter ausgetauscht, um den gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Im Jahr 2018 wurde ein Richtfunkprojekt für die Anbindung der Rathäuser in Zülpich, Kreuzau, Jülich und Langerwehe realisiert, bei dem auch die Richtfunkstandorte Nideggen Mausauel und Sophienhöhe ausgebaut und in Betrieb genommen wurden. In diesem Jahr werden die Möglichkeiten zur Umsetzung einer verbandsweiten Richtfunklösung erneut betrachtet, um aufgrund der steigenden Bandbreitenanforderungen eine wirtschaftliche Alternative zum derzeitigen leitungsgebundenen Verbandsnetz zu überprüfen und ein Konzept zu erarbeiten.

Das **Internet** bleibt als weltweites Informations- und Kommunikationsmedium für die Kunden der kdVz Rhein-Erft-Rur unverzichtbar; nicht zuletzt aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung steigt der Nutzungsgrad kontinuierlich an. Die durchschnittliche Datenrate auf der Internet-Leitung innerhalb 24 Stunden ist von ca. 50 Mbit/s auf ca. 75 Mbit/s gestiegen, was einem Anstieg von 50% entspricht. Während der Geschäftszeiten beträgt die Leitungsauslastung im Schnitt ca. 170 Mbit/s. Gleichzeitig ist das Internet aber immer noch das sicherheitskritischste Netz, regelmäßige Anpassungen an den zentralen Sicherheitssystemen sind unumgänglich. Durch die Zunahme des Datenverkehrs und die Implementierung neuer Funktionen zur Gefahrenabwehr in das zentrale Firewallsystem wurde dieses durch eine

leistungsfähigere Hardware ersetzt. Gleichermaßen wurde für die Veröffentlichung von Webseiten ein weiteres Sicherheitssystem implementiert, das Server besser vor Angriffen aus dem Internet schützt und den Exchange-Kunden einen sicheren Zugriff auf die Daten ermöglicht. Damit wurde das bisherige Microsoft-Gateway abgelöst, das nicht mehr weiterentwickelt wird.

Die Anbindung an das **Netz des Bundes** („NdB-Verbindungsnetz“) - vormals DOI-Netz - ist und bleibt ein wichtiger Kommunikationsweg für die Verbandsmitglieder der kdVz; sei es zur verschlüsselten eMail-Kommunikation mit dem Land NRW und anderen an das NdB-VN angebotenen Stellen oder zur Nutzung von Anwendungen, die über dieses Netz zur Verfügung gestellt werden. Im abgelaufenen Jahr wurde ein Datenvolumen von ca. 2,8 Terabyte über das NdB-Verbindungsnetz transportiert; die Nutzung hat sich durch neue Dienste im Vergleich zum Jahr 2017 mehr als verdreifacht. Auch Nicht-Verbandsmitglieder nutzen den Zugang zu diesem Netz über die kdVz.

Das Angebot der **W(ireless)-LAN**-Nutzung in Rathäusern und anderen Verwaltungsgebäuden steigt weiter an. In 2018 wurden bei weiteren Verbandsmitgliedern WLAN-Komponenten installiert. Mittels WLAN-fähiger Geräte (Laptop, Smartphone, Tablet etc.) haben Nutzer dort die Möglichkeit auf das lokale Netzwerk und/oder das Internet zuzugreifen. Da der Netzwerkzugang bzw. die Authentisierung höchsten Sicherheitsstandards genügen müssen, stellt die kdVz ihren Kunden zentrale Authentisierungs- und Benutzerverwaltungs-Systeme zur Verfügung. Der sog. „Public Spot“ der kdVz wird mittlerweile an diversen Standorten angeboten; so sind etwa viele Rathäuser, Asylbewerberunterkünfte oder andere kommunale Einrichtungen entsprechend ausgestattet. Aktuell ist der Public Spot an 20 Standorten aktiviert. Zum Teil wird hier noch die Registrierung über SMS verwendet, zum Teil wird bereits aufgrund der erfolgten Änderung des Telemediengesetzes bezüglich der Störerhaftung die Hot Spot-Lösung der kdVz ohne Registrierung verwendet. In Zusammenarbeit mit der Fa. NetCologne konnte ein Public Spot-Projekt zur Errichtung eines freien Hot Spots in der Fußgängerzone der Stadt Wesseling erfolgreich realisiert werden.

Die Vorteile einer **IP-basierten Telefonanlage** haben im vergangenen Jahr weitere Kommunen überzeugt. Die Stadt Frechen, die Feuer- und Rettungswache Frechen, die Feuerwehr Hürth und die Gemeinde Kall haben ihre TK-Anlage in 2018 auf eine Voice over IP Anlage von Swyx umgestellt. Insgesamt werden von der kdVz nun 20 Swyx-TK-Anlagen betreut.

Ebenfalls im vergangenen Jahr wurde eine Erneuerung des **Servernetzwerkes** projektiert; die Migration wird voraussichtlich im 1. Quartal 2019 abgeschlossen werden können. Damit stehen dann die dringenden benötigten Kapazitäten aufgrund der gestiegenen Anforderungen im Netzwerkbereich zur Verfügung.

2.4 IT-Services

Die steigende Komplexität von IT-Infrastrukturen hinsichtlich Hard- und Software, Sicherheit, Verfügbarkeit sowie Personaleinsatz forciert nach wie vor das Interesse im Zweckverband nach Unterstützung bei der **Re-Zentralisierung von IT-Einrichtungen**. Durch die gemeinschaftliche und zentralisierte Bereitstellung von Ressourcen kann hier eine wirtschaftliche Lösung geschaffen, die Komplexität zurück ins Rechenzentrum verlagert werden. Die kdVz unterstützt die Kunden bei der Analyse des eigenen Umfelds, der Konzeption, der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung sowie der Umsetzung. Etwa 2.100 Benutzer aus 14 Kommunen erhalten bereits heute ihren kompletten Arbeitsplatz (Desktop inkl. Anwendungen) zentral über die kdVz. Mit der Gemeinde Kreuzau und der Stadt Zülpich haben im letzten Jahr zwei Kommunen ihre IT-Infrastrukturen zum Zweckverband verlagert, gleiches gilt für die Feuerwehren Hürth und Frechen. Aktuell befinden sich die Stadt Frechen und die Gemeinde Weilerswist in der Umsetzungsphase. In diesem Jahr sind weitere Zentralisierungsprojekte geplant, konkretes Interesse haben die Städte Pulheim, Heimbach und Hürth sowie die Gemeinde Titz artikuliert. Das umfassende und individuell abgestimmte Angebot der kdVz an technischen Dienstleistungen wurde auch im abgelaufenen Jahr umfänglich in Anspruch genommen. Immer mehr Verwaltungen setzen dabei auf die zentrale Bereitstellung von Standard- sowie Individual-Softwarelösungen. Die kdVz stellt demzufolge für ihre Kunden in steigender Anzahl kommunale Fachanwendungen zentral als Service („Software as a Service“ - SaaS) bereit. Zum Ende des abgelaufenen Jahres nutzten ca. 6.000 Benutzer zentral bereitgestellte Anwendungen des Zweckverbandes. Die steigende Nachfrage an den Dienstleistungen des Zweckverbandes manifestiert sich u. a. in der Entwicklung der Serverzahl im Rechenzentrum der kdVz. Diese stieg bis Ende 2018 auf ca. 850 an, wobei der Anteil an virtuellen Servern bei gut 88% lag.

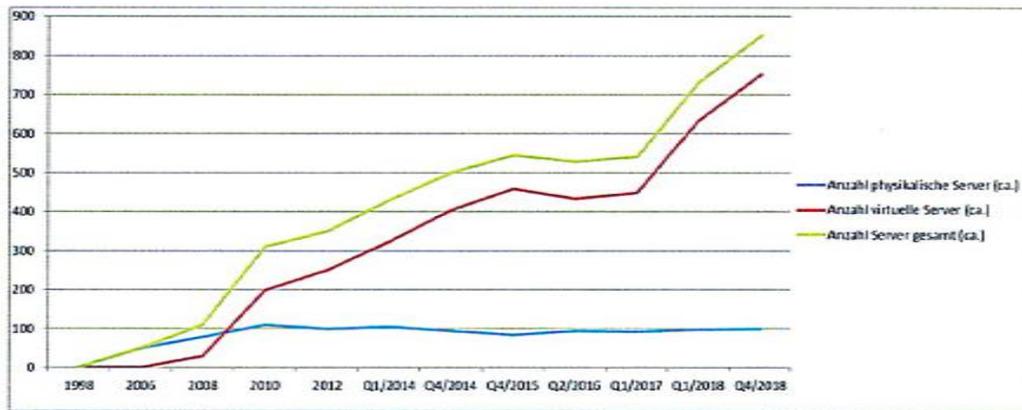


Abb. 1: Entwicklung Serveranzahl (physikalisch / virtuell)

Die technischen Anforderungen an den sicheren zentralen **Betrieb der Content-Management-Systeme (CMS)** haben, seit der Inbetriebnahme in 2011, beständig zugenommen. Ebenfalls verwendet der Softwarehersteller neue Technologien für die uneingeschränkte geräteübergreifende Darstellung der Inhalte, die innerhalb der CMS-Administration eine Überarbeitung oder Neugestaltung der bisherigen Kunden-Layouts erforderlich machen. Zu diesem Zweck hat die kdVZ in enger Abstimmung mit dem Softwarehersteller, parallel zur vorhandenen Infrastruktur, eine neue Systemumgebung konzipiert; die letzten Kunden sollen bis Ende dieses Jahres auf die neue Infrastruktur gehoben werden.

Serviceverträge über die Nutzung des **zentralen Virenschutzes** existieren mit 26 Mitgliedsverwaltungen für insgesamt ca. über 3.900 Endgeräten, insgesamt hostet die kdVZ 4.100 **MS-Exchange-Postfächer** von 25 Kommunen zentral in ihrem Rechenzentrum.

Seitdem die kdVZ im Jahr 2002 gemeinsam mit der Stadt Jülich eine „Konzeption für den Einsatz von Medien und Informationstechnologie in den städtischen Schulen“ für deren neun allgemeinbildende Schulen entwickelt hatte, habe sich Bedarf und Umfang an Dienstleistungen des **IT-Schulsupports** beständig weiterentwickelt. Mit den Gemeinden Inden, Merzenich und Vettweiß sind im letzten Jahr drei weitere Kommunen der interkommunalen Zusammenarbeit unter dem Dach des Zweckverbandes beigetreten. Darüber hinaus gibt es aktuell bei einigen Verwaltungen im Kreis Euskirchen ebenfalls das Bestreben das Thema „IT-Support in Schulen“ gemeinsam anzugehen und ein ähnliches Modell wie im Kreis Düren zu etablieren. Entsprechende Gespräche mit den interessierten Kommunen finden derzeit statt.

Die kdVZ verfügte bis zum Jahr 2018 über eine IT-Hotline, in der Probleme und Anfragen von Kunden aufgenommen und an die Spezialisten im Hause weitergeleitet wurden; in einem begrenzten Umfang wurden im sog. First-Level-Support ad hoc Probleme gelöst. Mit dem Ziel einer deutlichen Qualitätssteigerung und einer spürbaren Entlastung des Fachpersonals im technischen Bereich wurde im vergangenen Jahr damit begonnen, eine Konzeption für einen **IT-ServiceDesk** zu erarbeiten, die in 2019 auch zur Umsetzung kommen sollte. Merkmale dieser Einrichtung sind u. a. eine durchgängige Erreichbarkeit während definierter Zeiten, eine hohe Problemlösungskompetenz der mit diesen Aufgaben betrauten Mitarbeiter und damit verbunden eine entsprechend hohe Erstlösungsquote sowie eine stringente Dokumentation gemeldeter Anfragen und Vorfälle. Die neue Organisationseinheit der kdVZ hat am 01.02.2019 ihre Arbeit aufgenommen.

2.5 Weitere Themen

Die Herausforderungen in den Bereichen **Informationssicherheit** und **Datenschutz** nehmen mit jedem neuen Datenskanal zu. Die Bedrohungsszenarien durch Viren, Trojaner und ähnliche Schadsoftware werden komplexer und vielfältiger, die Anforderungen an den Datenschutz steigen auf der anderen Seite stetig an. Nicht zuletzt die mediale Präsenz sorgt dafür, dass auch die Verantwortlichen in den Kommunen hochsensibilisiert sind, was Gefährdungspotentiale, aber auch Haftungsfragen angeht. Die kdVZ bietet ihren Kunden, auch außerhalb des Verbandsgebietes, qualifizierte und zertifizierte Unterstützungsleistungen an; 15 Verwaltungen werden beim Aufbau und Betrieb eines notwendigen Informationssicherheitsmanagements durch die kdVZ begleitet, für acht Kommunen stellt die kdVZ den behördlichen Datenschutzbeauftragten. Im letzten Jahr lag überdies eine besondere Herausforderung in der Umsetzung der europäischen **Datenschutzgrundverordnung (DSG-VO)**, die am 26. Mai in Kraft trat. Für die kdVZ bedeutete dies, sowohl hausintern die notwendigen organisatorischen Regularien - von der Datenschutzerklärung auf der Website bis zur Verpflichtungserklärung neuer Beschäftigter - anzupassen, wie auch die Interaktion mit Kunden und Lieferanten auf die Anforderungen der DSGVO hin auszurichten – Stichwort „Auftragsdatenverarbeitung“. Letztlich konnte das interne Projekt in den wesentlichen Facetten zum avisierten Zeitpunkt erfolgreich beendet werden.

Ein Aufgabenschwerpunkt des Rechnungsprüfungsamtes (RPA) der kdVZ liegt in der **Prüfung finanzwirksamer Verfahren**. In Erfüllung des Auftrages der Verbandsmitglieder hält das RPA seinen Zertifizierungskatalog jeweils auf dem aktuellen Stand. Eine zusätzliche Bedeutung erhalten die Zertifizierungen durch den Einsatz von NKF bei den Mitgliedskommunen: In den Fällen, in denen externe Wirt-

schaftsprüfer mit der Prüfung der Bilanzen beauftragt sind, wird von diesen auch eine Bescheinigung über die fachliche Richtigkeit der eingesetzten Software gefordert. Dieser Anforderung wird u. a. mit der Zertifizierung durch das kdVz-eigene Rechnungsprüfungsamt entsprochen. Das Volumen der Programmprüfung hat im letzten Jahr deutlich zugenommen; insgesamt acht finanzwirksame Fachverfahren wurden im letzten Jahr in nahezu 100 Versionsständen geprüft und entsprechend zertifiziert. Im Rahmen der **begleitenden Vergabeprüfung** hat das RPA im vergangenen Jahr 194 Prüfungen mit einem Gesamtauftragswert von nahezu 3,7 Mio. € vorgenommen.

Projektorientiertes Handeln ist insbesondere auf dem IT-Sektor maßgebend, wenn es darum geht individuelle, einmalige Anforderungen mithilfe einer spezifischen Organisationsform in produktive Lösungen umzusetzen. Die kdVz Rhein-Erft-Rur agiert insofern projektorientiert und orientiert sich dabei an eigenen Richtlinien zum Vorhabens- und Projektmanagement. Unverzichtbarer Bestandteil dieser Organisationsform ist ein funktionierendes **Projektcontrolling**.

Im abgelaufenen Jahr hat das Projektcontrolling der kdVz insgesamt 11 Projekte unterschiedlicher Größe und Komplexität begleitet

3. NICHTFINANZIELLE LEISTUNGSINDIKATOREN

Im Berichtsjahr betrug die durchschnittliche Mitarbeiterzahl 101,58. Bei der Berechnung wurden die Ausbildungskräfte nicht berücksichtigt.

Die Altersstruktur des Personalkörpers ergab zum Stichtag 31.12.2018 folgendes Bild:

	unter 30	30 - 50	51 - 60	älter als 60
AT'ler		1		
höherer Dienst		1	2	
gehobener Dienst	6	30	26	13
mittlerer Dienst	8	3	5	2
einfacher Dienst			1	

4. CHANCEN UND RISIKEN / GESAMTSITUATION

Die kdVz Rhein-Erft-Rur blickt in 2018 nicht nur auf eine 40-jährige Unternehmenshistorie als Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit, sondern insgesamt auch auf ein stabiles Geschäftsjahr zurück. Die Nachfrage an Produkten und Dienstleistungen des Zweckverbandes war und ist nach wie vor unvermindert hoch, in einigen Bereichen wie etwa der Zentralisierung kommunaler IT-Infrastrukturen ist gegenwärtig eine Dynamik zu verzeichnen, die die aktuellen Ressourcen der kdVz sukzessive an ihre Grenzen bringt. In den verbandsangehörigen Kommunen setzt sich, bedingt durch die weiter zunehmende Komplexität in der Informationstechnologie und den sich verstärkenden Mangel an IT-Fachkräften, immer spürbarer die Erkenntnis durch, dass IT keine originäre Verwaltungsaufgabe ist. Entsprechend wird der IT-Dienstleister vermehrt in die Verpflichtung genommen, seine Kunden mit hochwertigen und wirtschaftlichen Lösungen zu versorgen. Parallel greifen Digitalisierungserfordernisse von Verwaltungsprozessen - eRechnung und elektronische Aktenführung seien beispielhaft erwähnt -, auch auf Grundlage geänderter bzw. neuer gesetzlicher Rahmenbedingungen, zunehmend Raum, so dass die kdVz auch hier als Innovationspartnerin ihrer Verbandsmitglieder gefragt ist.

Was die strategische Ausrichtung der kdVz angeht, wurde an die erfolgreiche Strategie der vergangenen Jahre angeknüpft und weiterentwickelt.

In einer Bestandsaufnahme anlässlich einer Sitzung des Verwaltungsrates im Sommer des vergangenen Jahres kommt der Geschäftsführer zu folgenden Kernaussagen:

- die kdVz befindet sich in einer guten wirtschaftlichen Lage
- die Eigentümer, Kunden und Kooperationspartner sind mit den angebotenen Produkten und Dienstleistungen zufrieden
- die kdVz verfügt über gute Produkte und betreibt zukunftsorientierte Projekte
- im Verband herrscht eine positive Grundstimmung und die kdVz genießt ein hohes Maß an Vertrauen
- Kooperationen werden zum Nutzen der kdVz eingesetzt
- die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kdVz sind engagiert und identifizieren sich stark mit ihrer Arbeit und ihrem Arbeitgeber

Diese Faktoren bieten eine stabile Basis für die zukünftige Evolution und Reife der kdVz Rhein-Erft-Rur. Für die Weiterentwicklung des Zweckverbandes stellt die Geschäftsführung insbesondere Effizienz, qualitativ gute und preiswerte Produkte und vor allem den Nutzen und die Zufriedenheit der Kunden in den Fokus der Betrachtung. Vor diesem Hintergrund wurde im letzten Jahr ein strategischer Planungsprozess initiiert, in dem wesentliche Handlungsfelder - beispielsweise unternehmensstrategischer, IT-technischer oder personalwirtschaftlicher Art - identifiziert und mit Maßnahmen unterlegt wurden, die in definierten Zeiträumen umzusetzen sind. Die Weiterentwicklung der Unternehmensstrategie erfolgt unter regelmäßiger Beteiligung der Verbandsorgane.

Mit Blick auf das aktuelle Wirtschaftsjahr 2019 ist folgerichtig der kontinuierliche Evolutionsprozess der KdVZ fortgeschrieben. Dies meint zum einen die Entwicklung und Innovation in Produkten, zum anderen eine Zunahme an Kundenaufträgen; insgesamt geht der Zweckverband von einem gesunden, weil moderaten Wachstum aus.

Frechen, den 16.09.2019
Dr. Lehmann
Verbandsvorsteher

Im Auftrag:
Völz
Geschäftsführer“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	109	105	97	-

H) Kennzahlen

./.

2. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbandes

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach § 5 Abs. 1 ÖPNVG NW (Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen übernimmt sie zudem Aufgaben als Dienstleister für diese. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Mitgliedschafts- und Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	120 54701	15.000 €	15.000 €	15.000 €

Die Zuschüsse werden durch den Zweckverband erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

- Verbandsversammlung
- Verbandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

- Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)
- Aufsichtsrat
- Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)
- Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

- Verbandsversammlung
- Vergabeausschuss
- Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge
- Hauptausschuss
- Verbandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

- a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)
- b) Aufsichtsrat
- c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>Bezüge</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	<u>Bezüge 2018</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach* ¹ (CDU)	1.416,80 €	Hans Schmitz (SPD)	398,20 €

*¹ gleichzeitig 1. Vorsitzender der Verbandsversammlung

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)

Stellvertreter: Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

Vorsitzender: Bernd Kolvenbach (CDU)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	(SPD)	Achim Blindert	(GBL V)
Bernd Kolvenbach	(CDU)	geborenes Mitglied (Vorsitzender der Verbandsversammlung ZV VRS)	

Die Mitglieder des Aufsichtsrats bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 6,6 T€.

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL V) vertreten.

Die Mitglieder des Beirates erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr Vergütungen in Höhe von insgesamt 7,9 T€.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

	<u>Vergütung 2018</u>
Michael Vogel	174,3 T€
Dr. Norbert Reinkober	147,3 T€

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

<u>ordentliche Mitglieder</u>	<u>Vergütung / Verdienstausschlag</u>	<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	<u>Vergütung / Verdienstausschlag 2018</u>
1. LR Günter Rosenke	0,00 €	Achim Blindert (GBL V)	0,00 €
2. Bernd Kolvenbach (CDU)	2.024,00 €	Hans Schmitz (SPD)	1.214,40 €

3b) Vergabeausschuss

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL V)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Vergabeausschuss zu entnehmen.

3c) Betriebsausschuss Eigenbetrieb Fahrzeuge

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>	
1. Achim Blindert	(GBL V)	Bernd Kolvenbach	(CDU)
2. Hans Schmitz	(SPD)		

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Betriebsausschuss zu entnehmen.

3d) Hauptausschuss des ZV NVR

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter (gebundene Vertretung)</u>
Bernd Kolvenbach, Vorsitzender	(CDU)	Hans Schmitz (SPD)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter im Hauptausschuss des ZV NVR zu entnehmen.

3e) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

1. Stellvertreter: Landrat Wolfgang Spelthahn (Kreis Düren)
2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster (Rhein-Sieg-Kreis)
3. Stellvertreter: Städtereionsrat Tim Grüttemeier (StädteRegion Aachen)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers zu entnehmen.

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR
Landrat Stephan Santelmann (Rheinisch Bergischer Kreis)

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Gesellschafterversammlung zu entnehmen.

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

<u>ordentliches Mitglied</u>	<u>Stellvertreter</u>	
Der Kreis Euskirchen ist im Aufsichtsrat nicht durch ein ordentliches Mitglied vertreten	Achim Blindert	(GBL V)
	Bernd Kolvenbach	(CDU)
	Hans Schmitz	(SPD)

Die Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. deren Vertreter erhielten für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr 2018 Vergütungen in Höhe von 6,4 T€.

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober
Michael Vogel
Heiko Sedlaczek

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführer beliefen sich in 2018 auf 98,0 T€.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Finanzanlagen	516.087	516.087	516.087	0
	516.087	516.087	516.087	0
B Umlaufvermögen				
Liquide Mittel	3.851.374	2.930.426	8.227.427	920.948
	3.851.374	2.930.426	8.227.427	920.948
Summe Aktiva	4.367.462	3.446.513	8.743.514	920.948
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	641.599	641.599	641.599	
Ausgleichsrücklage	70.247	70.247	70.247	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0	0	0	0
	711.845	711.845	711.845	0
B Rückstellungen	7.000	7.000	6.000	0
C Verbindlichkeiten	3.648.616	2.727.668	8.025.669	920.948
Summe Passiva	4.367.462	3.446.513	8.743.514	920.948

Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allg. Umlagen	7.221.069	7.539.929	8.070.503	-318.860
2	Sonstige Transfererträge	300.000	300.000	300.000	
3	Sonstige ordnetliche Erträge	0	0	50	
4	Transferaufwendungen	7.461.561	7.775.472	8.299.242	-313.912
5	Sonstige ordentliche Aufwendungen	53.312	57.748	71.311	-4.436
6	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	6.196	6.709		-512
7	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	835.019	1.122.332	1.169.856	-287.313
Sachanlagen	760.879	760.294	672.626	585
Finanzanlagen	4.433.727	4.503.264	1.430.613	-69.537
	6.029.625	6.385.890	3.273.095	-356.265
B Umlaufvermögen				
Vorräte	6.328	7.981	8.726	-1.653
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1.084.379	856.031	826.545	228.348
Sonstige Wertpapiere	0	0	3.500.000	
Liquide Mittel	39.940.761	28.683.105	21.323.647	11.257.656
	41.031.468	29.547.117	25.658.918	11.484.351
C Rechnungsabgrenzungsposten	213.163	203.873	209.760	9.290
Summe Aktiva	47.274.256	36.136.880	29.141.772	11.137.376
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	240.000	240.000	240.000	0
	240.000	240.000	240.000	0
B Sonderposten	723.164	816.318	750.710	-93.154
C Rückstellungen	3.985.192	3.220.351	3.053.096	764.841
D Verbindlichkeiten	42.323.801	31.858.233	25.096.113	10.465.568
E Rechnungsabgrenzungsposten	2.098	1.977	1.854	121
Summe Passiva	47.274.256	36.136.880	29.141.772	11.137.376

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	20.368.601	16.779.339	15.295.375	3.589.262
2	Sonstige betriebliche Erträge	225.512	283.648	170.763	-58.136
3	Materialaufwand	11.149.260	8.764.635	7.319.609	2.384.625
4	Personalaufwand, <u>davon:</u>	6.290.136	5.529.264	5.375.575	760.873
a)	Löhne und Gehälter	4.717.332	4.387.558	4.190.713	329.775
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.572.804	1.141.706	1.184.862	431.098
5	Abschreibungen	793.525	624.457	677.524	169.069
6	Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.822.239	1.839.808	1.885.800	-17.569
7	Erträge aus Beteiligungen	0	6.549		-6.549
	davon aus verbundenen Unternehmen				
8	Erträge aus anderen Wertpapieren	40.420	45.184	56.507	-4.765
	davon aus verbundenen Unternehmen				
9	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	211	
	davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0	
10	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	36.159	12.632	7.716	23.527
11	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	353.771	260.200	213.391	93.571
12	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	189.441	83.724	43.242	105.717
13	Ergebnis nach Steuern	0	0	0	
14	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	0	0	0	0

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS)

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW –Auszug–

1. Aufgabe des Zweckverbandes und Geschäftsverlauf

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den kreisfreien Städten Köln, Bonn, Leverkusen und der kreisangehörigen Stadt Monheim am Rhein sowie dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch Bergischen Kreis im Jahr 1986 gegründet. Der Kreis Euskirchen wurde Mitglied des ZV VRS zum 1.1.1996. Der Zweckverband nimmt Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahr, er ist die zuständige Behörde nach der VO (EU) 1370 im Hinblick auf den Verbundtarif und hat seinen Sitz in Köln. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bedient er sich seiner 100 %igen Tochtergesellschaft, der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH. Der ZV VRS neben dem ZV AVV einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland. Beschlüsse des Zweckverbandes werden soweit sie nicht in die originäre Zuständigkeit des Verbandsvorstehers fallen von der Verbandsversammlung gefasst. Im Geschäftsjahr 2018 wurden drei Verbandsversammlungen abgehalten, zu denen fristgerecht und ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Wirtschaftliche Lage

Die Bilanzsumme des ZV VRS beträgt zum Stichtag 31.12.2018 4.367.461,64 €, gegenüber dem Vorjahr (3.446.513,17 €) ist dies eine Reduktion um 920.948,47 €. Die Bilanzverlängerung ist ausschließlich darauf zurückzuführen, dass eine verminderte Weiterleitung der Zuwendungen zum Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets an die Verkehrsunternehmen stattfand. Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland. Die liquiden Mittel des ZV VRS betragen zum Stichtag 3.851.374,42 €, davon entfallen 3.815.958,33 € auf die vom Land NRW erhaltenen Zuwendungen zur Förderung des Verkaufs des MobilPass-Tickets.

3. Geschäftsverlauf

Der ZV VRS finanziert sich ausschließlich aus Zuwendungen. Im Haushaltsjahr 2018 erhielt der ZV VRS eine Zuwendung des ZV NVR aus Finanzmitteln nach § 11 Absatz 1 ÖPNVG NRW in Höhe von 60.004,00 € zur Deckung seiner Eigenaufwendungen sowie eine Zuwendung in Höhe von 7.161.560,56 € zur Förderung des MobilPass-Tickets. Die Zuwendung zur MobilPassförderung muss bis 30.06.2019 vollständig ausgekehrt werden. Als alleiniger Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband sich angemessen an der Finanzierung der Aufwendungen der Gesellschaft zu beteiligen. Dazu hat die Verbandsversammlung wie in den Vorjahren eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € nach einem in der Verbandsatzung festgelegten Schlüssel unter den Zweckverbandsmitgliedern beschlossen. Die Kommunalaufsicht hat diese Umlage am 09.02.2018 genehmigt.

4. Prognose

Im Haushaltsjahr 2019 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für den ZV VRS weitgehend unverändert. Im Jahr 2019 erhält der ZV VRS seitens des Zweckverband Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von 74.000,00 Euro zur Abdeckung seiner Eigenaufwendungen. Auch für das Haushaltsjahr 2019 erhebt der ZV VRS bei seinen Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage in Höhe von 300.000,00 € zur Finanzierung eines Teils der Aufwendungen der Beteiligungsgesellschaft. Die Förderung des MobilPass-Tickets wird mindestens bis 31.12.2019 fortgesetzt. Im Haushaltsplan für 2019 ist daher wiederum ein Förderbetrag in Höhe von 7.500.000,00 € angesetzt. Der Vorstandsvorsteher geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen ein ausgeglichenes Ergebnis für 2019 erzielt werden kann.

Bestätigt:
Köln, den 19. April 2019
Schuster
Verbandsvorsteher“

Aufgestellt:
Im Auftrag
Michael Vogel

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln

„1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100 % in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg. Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeaufteilungsregelungen. Im Wirtschaftsjahr 2018 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

2.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31. Dezember 2018 eine Bilanzsumme von 47,274 Mio. Euro aus (Vorjahr: 36,137 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus der Steigerung des Umlaufvermögens um 11,484 Mio. Euro, es beträgt zum Stichtag 31. Dezember 2018 41,031 Mio. Euro (Vorjahr 29,547 Mio. Euro). Ursächlich für das gestiegene Umlaufvermögen ist im Wesentlichen der Anstieg des Guthabens bei den Kreditinstituten/Kassenbestand im Umfang von 11,258 Mio. Euro. Im Vergleich zum Vorjahr (28,683 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 39,941 Mio. Euro. Dem steht ein Zuwachs der sonstigen Verbindlichkeiten von 8,947 Mio. Euro auf 38,999 Mio. Euro (Vorjahr: 30,052 Mio. Euro) gegenüber. Das Auslaufen langfristiger Wertpapiere reduzierten die Wertpapiere des Anlagevermögens auf 4,411 Mio. Euro (Vorjahr 4,481 Mio. Euro). Diese Wertpapiere dienen u.a. der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

2.2 Finanzlage

Der Gesellschaft standen ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um den kurzfristigen Finanzbedarf zu decken. Dies setzt allerdings stets voraus, dass die im Wesentlichen seitens des Landes, des ZV NVR und des ZV VRS zu zahlenden Zuschüsse an die Gesellschaft fristgerecht erfolgen.

2.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2018 ein Gesamtvolumen von 20,594 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (17,063 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 3,531 Mio. Euro bzw. 20,7 %. Der Sachaufwand lag mit 11,149 Mio. Euro (Vorjahr: 8,765 Mio. Euro) um 2,384 Mio. Euro bzw. 27,20 % über dem Vorjahreswert. Der höhere Sachaufwand leitet sich überwiegend durch Kostensteigerungen im Bereich der Medienerstellung zur Kundeninformation, der gesteigerten Aktivitäten im Bereich des Mobilitätsmanagements und durch die in 2018 beginnende Verkehrserhebung ab. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr von 5,529 Mio. Euro um ca. 761.000 Euro bzw. 13,8 % auf 6,290 Mio. Euro erhöht. Ursächlich hierfür sind die Anpassung des TVöD zum 1.2.2018 um durchschnittlich 3,19 %, tarifvertraglich vereinbarte Stufensprünge und Höhergruppierungen. Außerdem wurden 8 neue Stellen geschaffen, um die anfallenden Mehrarbeiten, insbesondere durch Förderprojekte, bewältigen zu können. Der Personalaufwand bleibt damit aber weiterhin unter dem im Wirtschaftsplan 2018 genehmigten Planansatz von 6,553 Mio. Euro für Personal. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen im Berichtsjahr 1,822 Mio. Euro (Vorjahr: 1,840 Mio. Euro). Die Reduktion um ca. 0,018 Mio. Euro resultiert vor allem aus der gesunkenen Miete für Bürogeräte. Die im Geschäftsjahr 2018 nicht verbrauchten Finanzmittel werden im Folgejahre zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

3. Chancen- und Risikobericht

Im Rechtsstreit über die Bewertung der Ergebnisse der Verkehrserhebung 2009 als verbindliche Abrechnungsgrundlage für die Einnahmenaufteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg zwischen der Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH und der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (Az.: 88 O 81/14) bzw. anderen Verkehrsunternehmen haben die Streitparteien mit Ausnahme der privaten Bus-Verkehrsunternehmen im VRS am 30. Juni 2016 einen Vergleichsvertrag zur Beilegung des Konfliktes geschlossen. Auf Basis der im Vergleichsvertrag getroffenen Regelungen wurde im Jahr 2018 mit der Durchführung einer neuen Verkehrserhebung (VE) im Rahmen einer nationalen Vergabe an die Firma Ingenieurgruppe IVV Aachen/Berlin begonnen. Diese wird voraussichtlich in 2019 abgeschlossen werden und bildet dann die Abrechnungsgrundlage für die Jahre 2018 bis 2021. Der Rechtsstreit mit den privaten Verkehrsunternehmen wurde weiter geführt. Der Verhandlungstermin am Landgericht Köln fand am 01.06.2017 statt (Az.: 88 O 77/14). Die Klage der privaten Verkehrsunternehmen wurde abgewiesen. Da die privaten Verkehrsunternehmen Rechtsmittel eingelegt haben, kam es am 13.06.2018 zum Berufungsverfahren vor dem OLG Köln. Auf die derzeit angewandten Abrechnungsmodalitäten in der Einnahmenaufteilung (Vergleichsparteien auf Basis VE 2009, private Busunternehmen auf Basis VE 2004/05) hatte das Urteil keinen Einfluss. Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

4. Prognosebericht

Im Jahr 2019 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH voraussichtlich weitgehend unverändert. Im Jahr 2019 erhält die Gesellschaft seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland Zuwendungen in Höhe von insgesamt 4,184 Mio. Euro. Entsprechende Zuwendungsbescheide liegt seit 01.04.2019 vor. Ebenso verhält es sich mit den Zuwendungsbescheiden zur Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen“ mit Förderbeträgen in Höhe von 1,497 bzw. 1,864 Mio. Euro. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2019 wurde beantragt und liegt seit 21.03.2019 vor. Die Verbandsversammlung des ZV VRS hat die dazu erforderliche Haushaltssatzung bereits am 30. November 2018 beschlossen. In der Gesellschaft wird der Tarifvertrag TVöD angewendet. Der aktuelle Tarifvertrag endet zum 28.02.2021; zum 01.03.2018 sah der Vertrag eine durchschnittliche Anpassung von 3,19 % vor. Der aktuelle Tarifabschluss sieht für den TVöD je nach Entgeltgruppe folgende Steigerungen vor:

Ab 01.04.2019: durchschnittlich 3,09 %

Ab 01.03.2020: durchschnittlich 1,06 %

Die Geschäftsführung geht davon aus, dass mit den zur Verfügung stehenden Zuwendungen, den Erstattungen und den sonstigen betrieblichen Erträgen ein ausgeglichenes Wirtschaftsergebnis für 2019 erzielt werden kann.

Köln, 12.04.2019“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
VRS GmbH	88	83	77	ohne Geschäftsführer und Auszubildende

H) Kennzahlen

./.

3. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/KronenburgerSee>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll (bis 31.12.2018; ab 01.01.2019 Verbandsgemeinde Gerolstein), der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	130 55201	45.373 €	26.384 €	46.582 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	SPD	Johannes Mertens	CDU

b) Vorstandsvorsteher

Jan Lembach (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

4. Zweckverband Naturpark Rheinland

Lindenstraße 20
50354 Hürth

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	130 55402	45.244 €	45.437 €	45.341 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/eine Vertreterin pro Verbandsmitglied sowie die Hauptverwaltungsbeamten/Hauptverwaltungsbeamtinnen der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Achim Blindert	GBL V	Frank Fritze	AbtL 60
2. Rita Gerdemann	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Michael Höllmann	SPD	Heinrich Hettmer	SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Rita Gerdemann CDU

Stellvertreter

Michael Höllmann SPD

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder des Verbandsausschusses zu entnehmen.

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Leo Wolter CDU

Stellvertreter

Heinrich Hettmer SPD

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

ordentliche Mitglieder

1. Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher) Landrat
2. Heinrich Hettmer SPD

Stellvertreter

Karsten Stickeler CDU

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Mitglieder der Planungsausschüsse zu entnehmen.

d) Verbandsvorsteher

Landrat Michael Kreuzberg, Rhein-Erft-Kreis
Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge des Verbandsvorstehers und des Geschäftsführers zu entnehmen.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

Am 16.12.2015 hat der Kreistag einer Umlageerhebung des Zweckverbandes bis zu einem Gesamtbeitrag von 100 T€ p.a. (Anteil des Kreises Euskirchen: max. 67 T€ p.a.) zugestimmt. Die Leistung einer höheren Verbandsumlage bedarf einer erneuten Beratung und Beschlussfassung (V 168/2015).

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57102 02	-	-	-

E) Zusammensetzung der Organe

Organe

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. Manfred Poth (stv. Vorsitzender)	AV	Günter Rosenke	Landrat
2. Ute Stolz (Vorsitzende)	CDU	Dirk Jahr	CDU
3. Karsten Stickeler	CDU	Dominik Schmitz	CDU
4. Heinrich Hettmer	SPD	Emmanuel Kunz	SPD

Im Berichtsjahr wurden folgende Aufwandsentschädigungen an die Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes geleistet:

Heinrich Hettmer	7,20 €
Karsten Stickeler	12,00 €
Ute Stolz	127,50 €

b) Verbandsvorsteher

Jochen Kupp

Für seine Tätigkeit im Geschäftsjahr erhielt der Verbandsvorsteher eine Gesamt-Brutto-Vergütung in Höhe von 97.594,75 €.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	10.070	7.996	5.962	2.074
Sachanlagen	2.263.123	2.203.763	2.255.689	59.360
Finanzanlagen	0	1.790	1.790	-1.790
	2.273.193	2.213.548	2.263.440	59.644
B Umlaufvermögen				
Vorräte	118.127	122.947	106.855	-4.820
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	431.092	403.722	351.872	27.370
Liquide Mittel	9.078	4.174	5.935	4.904
	558.297	530.842	464.662	27.454
C Rechnungsabgrenzungsposten	4.247	2.072	150	2.175
Summe Aktiva	2.835.736	2.746.462	2.728.252	89.274
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Gezeichnetes Kapital	825.225	825.225	825.225	0
Allgemeine Rücklage	1.608.842	1.423.391	1.271.716	185.451
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	157.942	185.451	151.676	-27.509
	2.592.009	2.434.067	2.248.616	157.942
B Rückstellungen	135.666	99.958	79.088	35.709
C Verbindlichkeiten	102.102	207.983	398.616	-105.880
D Rechnungsabgrenzungsposten	5.958	4.455	1.931	1.503
Summe Passiva	2.835.736	2.746.462	2.728.252	89.274

Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen - Gewinn- und Verlustrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Umsatzerlöse	4.047.289	3.777.888	3.202.920	269.400
2	Andere aktivierte Eigenleistungen	16.573	11.548	25.324	5.025
3	Sonstige betriebliche Erträge	118.503	138.551	135.137	-20.048
4	Materialaufwand, <u>davon:</u>	339.300	336.389	245.087	2.912
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	339.300	336.389	245.087	2.912
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0	
5	Personalaufwand, <u>davon:</u>	2.857.685	2.591.541	2.253.443	266.144
a)	Löhne und Gehälter	2.234.779	2.002.113	1.742.211	232.666
b)	Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	622.906	589.428	511.232	33.478
6	Abschreibungen	242.630	216.351	206.616	26.279
7	Sonstige betriebliche Aufwendungen	580.962	593.754	500.082	-12.792
8	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.819	2.856	5.473	-37
	davon an verbundene Unternehmen	0	0	0	
9	Ergebnis nach Steuern	158.970	187.097	152.680	-28.126
10	Sonstige Steuern	1.029	1.645	1.004	-617
11	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	157.942	185.451	151.676	-27.509

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Grundlagen des Unternehmens

a) Geschäftsmodell des Unternehmens

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts in Form eines Zweckverbandes. Die Mitglieder des Zweckverbandes sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen.

Der Zweckverband hat die Aufgabe, ein Berufsbildungszentrum zu betreiben und zu unterhalten sowie die persönlichen und sächlichen Voraussetzungen für einen den Anforderungen der Praxis entsprechenden Berufsbildungsbetrieb zu schaffen. Das BZE ist durch die CERTQUA GmbH zertifiziert nach DIN EN ISO 9001:2015 und hat die Träger- und Maßnahmenezulassung nach der „Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung“ AZAV.

Organe sind die Versammlung und der Vorstand. Seit Geltung der Verbandssatzung (in der Fassung vom 14.03.2018) erledigt der Vorstand die Betriebsleitung allein.

b) Ziele und Strategien

Der Zweckverband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele im Sinne des §52 der Abgabenordnung in der jeweils geltenden Fassung. Der Verband ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

Das BZE führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- überbetriebliche Unterweisungen von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks
- berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche, Erwachsene und Menschen mit Behinderung
- Maßnahmen zur beruflichen Umschulung
- Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung
- Maßnahmen zur beruflichen Eingliederung von schwerbehinderten Menschen
- Maßnahmen zur beruflichen und sprachlichen Integration von Asylbewerbern
- sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen

Der überwiegende Teil der Bildungsmaßnahmen im BZE wird unter Inanspruchnahme unterschiedlicher öffentlicher Fördergelder und Zuschüsse des Landes oder der Bundesagentur für Arbeit durchgeführt. Des Weiteren bewirbt sich das BZE regelmäßig an ausgewählten Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit und des Jobcenters, die über das Regionale Einkaufszentrum NRW öffentlich ausgeschrieben werden.

Etwa 16% (Vorjahr 17%) der erzielten Umsatzerlöse entfallen auf die überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Industrie. Hier werden die anfallenden Kosten direkt durch die Ausbildungsbetriebe getragen und sind aus diesem Grund durch das BZE in einem gewissen Rahmen verhandelbar.

Die Entgeltsätze pro Teilnehmer zur Durchführung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung (ÜLU) Handwerk sind hingegen festgelegt und werden je nach Kurs durch unterschiedliche Förderbeträge des Bundes und des Landes aufgestockt.

2. Wirtschaftsbericht

a) Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen hat im Bereich der gewerblich-technischen (überbetrieblichen) Ausbildung ein Alleinstellungsmerkmal in einigen Berufsfeldern im Kreis Euskirchen. Die privatwirtschaftlichen Mitbewerber verfügen über keine entsprechenden Werkstätten in den im Berufsbildungszentrum Euskirchen angebotenen Berufsfeldern.

Das Berufsbildungszentrum Euskirchen bietet in seinen Werkstätten berufsbildende Maßnahmen in folgenden Gewerken an:

- Metall
- Maler und Lackierer
- Holz
- Kraftfahrzeugtechnik
- Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik
- Schweißen
- Elektrik und Elektronik

Je nach konjunktureller Lage schwankt in diesen Berufen die Zahl der Auszubildenden. In den letzten Jahren ist die Anzahl der Auszubildenden in den o.a. Gewerken recht konstant.

Insgesamt ist aufgrund des demografischen Wandels davon auszugehen, dass die Anzahl der Ausbildungsverträge im gewerblich-technischen Bereich in den kommenden Jahren weiter leicht sinken wird. Dies hat zur Folge, dass unsere Erträge in diesen Bereichen mittelfristig entsprechend sinken werden. Kompensieren wollen wir dies durch andere – freiwillige Kurse – z.B. Prüfungsvorbereitungen etc.

Dem oben dargestellten Sachverhalt folgend werden auch Asylsuchende für den Arbeits- und Ausbildungsmarkt interessant. Seit Ende 2015 führen wir Maßnahmen für diesen Kundenkreis durch. Im Jahr 2018 sind die Umsätze in diesem Bereich rapide gesunken. Betragen die Umsätze in diesem Geschäftsfeld im Jahr noch knapp 400 T€ so waren es im Jahr 2018 nur noch 60 T€. Die Ursache liegt

darin, dass von Seiten des Jobcenters und der Arbeitsagentur in diesem Bereich keine Ausschreibungen erfolgten.

b) Geschäftsverlauf

Das Jahr 2017 war das vierte Jahr in Folge mit einem positiven Geschäftsergebnis. Nachstehend ein Vergleich der letzten Jahre

	2015	2016	2017	2018
Jahres-Ergebnis	117.140,36 €	151.675,50 €	185.451,01 €	157.941,66 €

In den vergangenen 4 Jahren wurden Gewinne in Höhe von 612,2 T€ erwirtschaftet. Dadurch wurden die verlustreichen Jahre 2012-2014 fast ausgeglichen. Unser Hauptziel war eine Konsolidierung der Finanzen und die Stabilisierung der Umsätze. Beide Ziele wurden erreicht. Die Liquiditätslage wurde seit 2014 um gut 800 T€ verbessert. Zusätzlich sind Investitionen in Höhe von mehr als 700 T€ in den letzten 4 Jahren aus Eigenmitteln getätigt worden.

Bezeichnung	2014	2015	2016	2017	2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	704,6	630,8	537,3	300,0	148,2
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	550,0	591,4	580,4	652,0	637,2
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	377,0	332,9	363,0	339,0	311,5
Fortbildungsmaßnahmen	137,1	72,3	82,4	77,7	171,7
Umschulung	87,0	246,8	293,0	306,7	287,0
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	798,7	900,7	1152,2	1880,7	2213,2
a) BvB - Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	316,5	276,9	285,5	267,0	245,7
aa) BvB Reha				132,4	401,1
b) Produktionsschule Jobzeit pro	0,0	119,1	361,4	302,4	195,5
c) Jugend in Arbeit	21,0	28,9	37,4	37,5	38,2
d) BO - Berufsorientierung KAOA - BoP / Potentialanalyse	374,2	432,6	101,0	70,8	135,9
e) Vermittlungsprovisionen	5,5	32,0	5,5	24,0	26,7
f) Start klar	61,7			0,0	0,0
g) externe Umschüler			30,5	0,0	0,0
h) neue Kurse mit Asylbewerbern		5,2	326,7	396,1	60,0
f) SBG II	19,8	0,0	0,0	0,0	0,0
g) Werkstattjahr	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
h) BerEb				27,2	0,0
i) ESB				55,4	0,0
j) IndAC				86,5	0,0
k) Jump!				370,2	0,0
l) KompAS				11,6	0,0
m) Potentialanalyse				96,1	0,0
n) Sprungbrett					364,6
o) Förderzentrum Jump!					519,7
Sonstige Erlöse Maßnahmen					215,2
Sonstiges (Ferienfreizeit/Ausbildungsbörse)	6,6	6,0	4,2	3,5	10,6
Sonstige Nebenerlöse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		153,8	194,6	181,7	11,7
Erlöse 19% Ust. (Schweißen / Führungskräfte)				40,1	45,4
Einnahmen Kantine					80,7
Mieterträge					140,7
Umsatzerlöse	2661,0	2928,7	3202,9	3777,9	4047,3
aktivierte Eigenleistungen	0,0	27,2	25,3	11,5	16,6
Sonstige betriebliche Erträge	176,2	64,9	135,1	138,5	118,5
Gesamtumsatz	2837,2	3020,8	3363,3	3927,9	4182,4

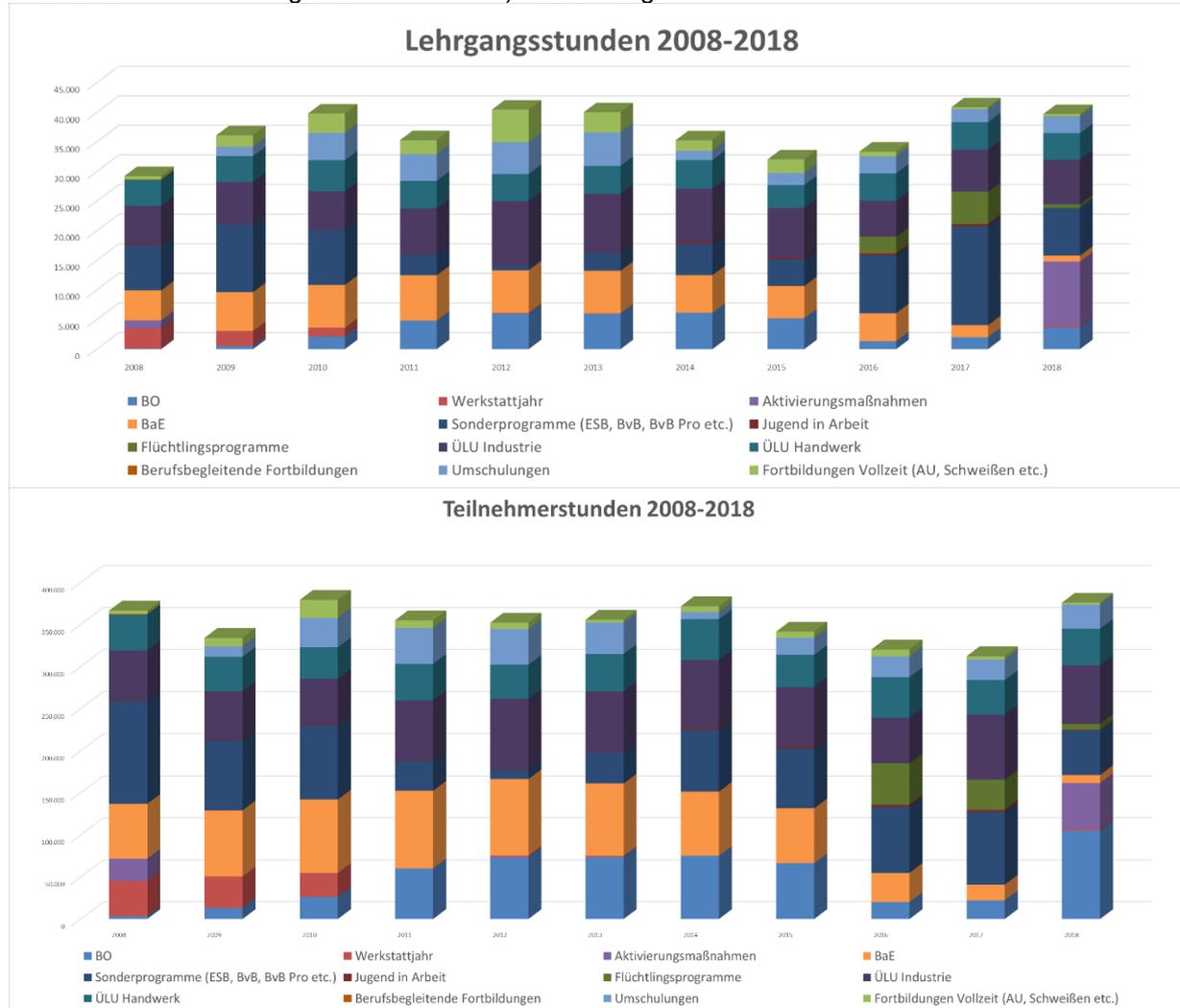
Im Berichtsjahr 2018 sind die Erträge aus dem Maßnahmenbetrieb gegenüber dem Vorjahr um 270 T€ (+ 7,13 %) gestiegen. Insbesondere lag dies daran, dass wir deutlich marktgerechter und flexibler agieren. Wir nehmen die Herausforderungen des Marktes an und führen auch Maßnahmen durch, die früher undenkbar gewesen wären. Im vergangenen Jahr waren unsere Hauptumsatzträger die beiden großen Aktivierungsmaßnahmen „Sprungbrett“ und „Jump“, die insgesamt Umsätze von fast 900 T€ generiert haben. Durch die Durchführung dieser Maßnahmen konnten die Umsatzverluste aus dem Maßnahmen-geschäft mit geflüchteten Menschen (- 336 T€ bzw. -84%) und aus unserer ehemals größten Maßnahme BaE integrativ (wurde nicht mehr ausgeschrieben mehr als kompensiert werden).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um 20 T€ gesunken. Dies war dadurch bedingt, dass die Umbauarbeiten für die LVR-Förderschule, die über den Mietvertrag abgerechnet wurden, inzwischen ausgeglichen sind und sich dadurch die monatliche Miete reduziert. Alle anderen sonstigen Erträge sind recht konstant geblieben.

Die Gesamterlöse konnten insgesamt um 254,5 T€ (+ 6,48 %) gesteigert werden. In den letzten 5 Jahren stiegen die Erträge insgesamt um 1.345,2 T€ (+ 47,41 %).

Lehrgangsstunden / Teilnehmerstunden

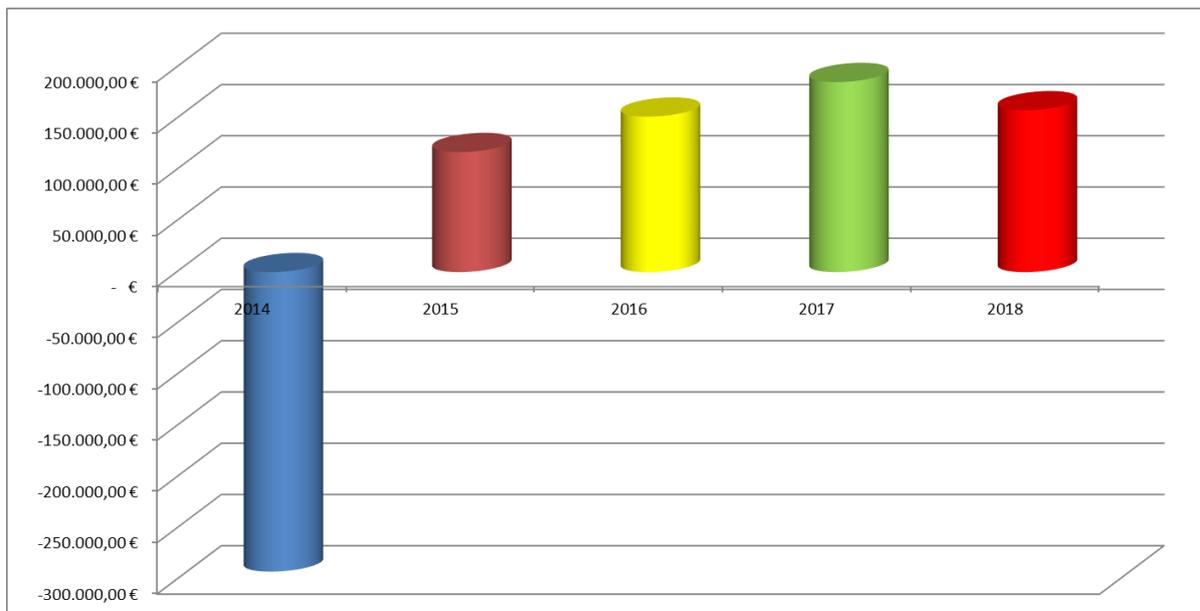
In der Abbildung 1 „Lehrgangsstunden“ sind die tatsächlichen Lehrgangsstunden aufgeführt, die im Berufsbildungszentrum absolviert wurden. In der Abbildung 2 „Teilnehmerstunden“ sind die Lehrgangsstunden mit der Anzahl der Teilnehmer multipliziert. Die Statistik hat aber nur eine geringe Aussagekraft auf die Ertragslage, da es z. B. sein kann, dass Maßnahmen mit erhöhtem Betreuungsaufwand (und daraus resultierend weniger Stundenanzahl) besser vergütet werden.



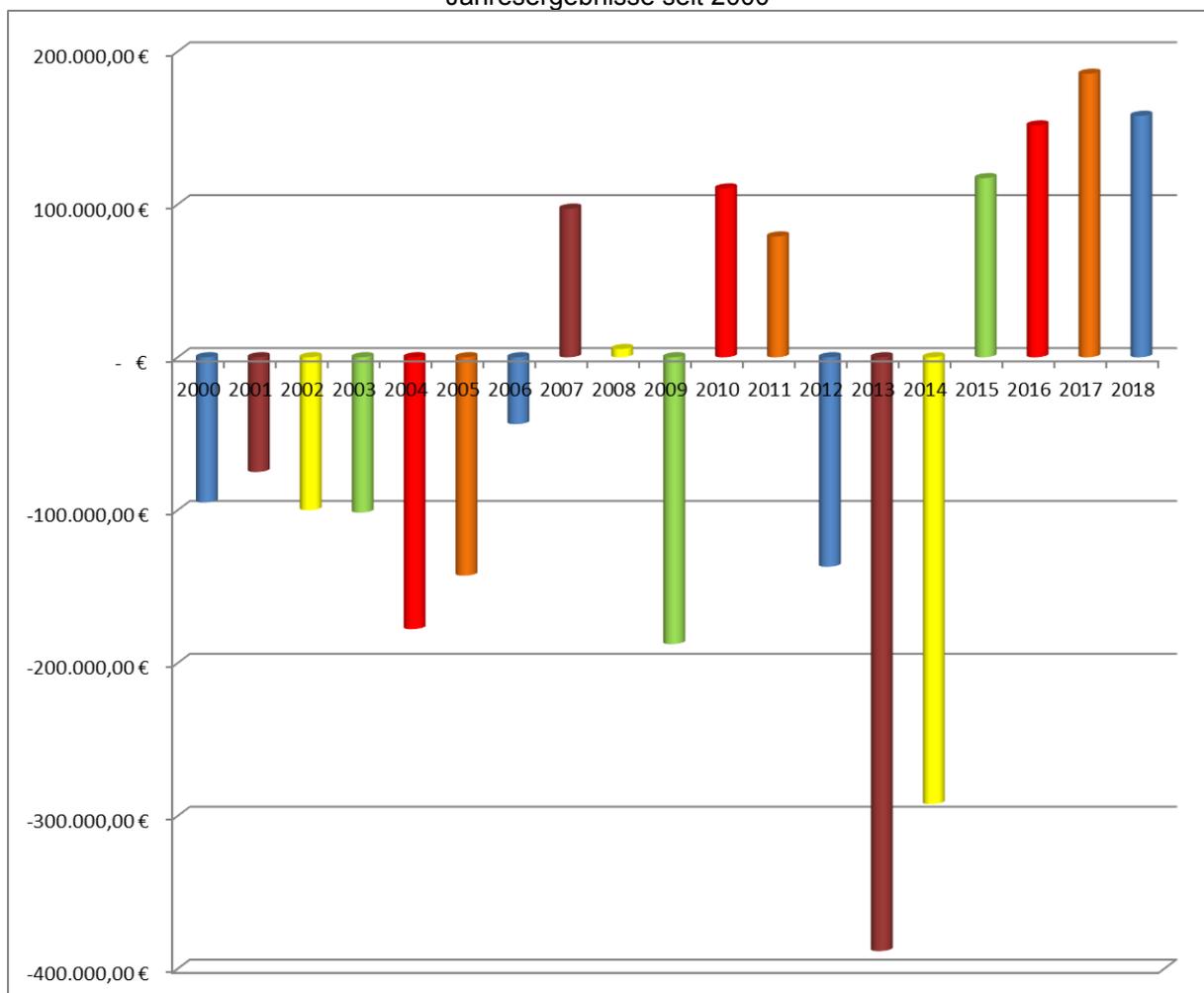
c) Ertragslage

Die positiven Ergebnisse aus den Jahren 2015-2017 konnten fortgeführt werden und wir haben auch in 2018 wieder einen Gewinn in Höhe von 157.941,66 € erzielt. Folgende Entwicklung der Jahresüberschüsse / Fehlbeträge zeigt sich in den letzten 5 Jahren:

	2014	2015	2016	2017	2018
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	-292,2	+117,1	+151,7	+185,5	+157,9



Jahresergebnisse seit 2000



Folgende Faktoren haben das Jahresergebnis positiv beeinflusst:

- Durchführung von neuen Maßnahmen (Jump, Sprungbrett)
- Deutliche Umsatzsteigerung im Bereich Fortbildungen
- Konstante Umsätze bei den ÜLU-Maßnahmen Industrie und Handwerk
- Konstante Erträge im Bereich zu aktivierende Eigenleistungen, Spenden und Mieterträge
- Eigenbewirtschaftung der Kantine

Die Gesamterlöse lagen um insgesamt 270 T€ (+ 7,13 %) über dem Vorjahresumsatz und um ca. 696,4 T€ über dem prognostizierten Umsatz. Insbesondere bedingt durch höhere Personalkosten (durch neue

Maßnahmen und die Tarifierhöhungen) und höheren Materialverbrauch liegen die Gesamtaufwendungen um ca. 11,53% % höher als im Vorjahr.

Bezeichnung	2016	2017	2018	Abweichung 2017-2018	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Materialverbrauch	245,1	336,4	339,3	2,9	0,86%
Personalaufwand					
a) Löhne, Gehälter, Rückstellungen ATZ	1742,2	2002,2	2234,8	232,6	11,62%
b) soziale Abgaben und Aufwendungen AV	511,0	589,5	622,9	33,4	5,67%
Abschreibungen	206,6	216,4	242,6	26,2	12,11%
Sonstige betriebliche Aufwendungen					
a) Raumkosten (Energie, Reinigung, Wasser, Inst. Geb.)	157,9	165,0	158,8	-6,2	-3,76%
b) Grundstücksaufwendungen	19,1	22,0	23,7	1,7	7,73%
c) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	40,1	41,3	44,0	2,7	6,54%
d) Reparaturen und Instandhaltungen	28,3	28,7	35,2	6,5	22,65%
e) Fahrzeugkosten	18,0	18,5	23,5	5,0	27,03%
f) Werbe- und Reiskosten	16,9	16,1	21,6	5,5	34,16%
g) fremdes Ausbildungspersonal	26,3	50,3	50,3	0,0	0,00%
h) verschiedene betriebliche Kosten	179,2	228,4	224,0	-4,4	-1,93%
Sonstige Aufwendungen / Zinsen / Forderungsverluste / Verluste aus Abgang des AV	20,1	26,0	2,8	-23,2	-89,23%
Aufwendungen	3210,8	3740,8	4023,5	812,7	21,73%
sonstige Steuern	0,8	1,7	1,0	-0,7	-87,50%
Gesamtaufwendungen	3211,6	3742,5	4024,5	282,0	7,54%

d) Finanzlage (Kapitalstruktur, Investitionen, Liquidität)

Kapitalstruktur

Das Stammkapital des Zweckverbandes beträgt 825.225,10 €. Dieses entfällt zu je gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

Etwaige Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall des Ausscheidens.

Der Vorjahresgewinn in Höhe von 185,5 T€ wurde der allgemeinen Rücklage hinzugeführt, die zum Stichtag mit 1.608,8 T€ ausgewiesen ist. Der Gewinn wird der allgemeinen Rücklage hinzugeführt.

Unter Berücksichtigung des für 2018 ausgewiesenen Jahresgewinnes ergibt sich ein Eigenkapital in Höhe von 2.592,0 T€ (Vorjahr 2.434,1 T€), was einer Eigenkapitalquote von 91,4% (Vorjahr 88,6%) entspricht. Dementsprechend konnten wir, wie in den drei Vorjahren, wieder Eigenkapital aufbauen.

Das Fremdkapital ist insgesamt als kurz- bis mittelfristig anzusehen und aus den laufenden Erträgen zu tilgen. Unterstellt man die Abschreibungen als nicht zahlungswirksam abgeflossenen Aufwand, so ergibt sich bei deren Hinzurechnung zum Jahresfehlbetrag im Berichts- und Vorjahr ein positiver Cash-Flow, der zur Tilgung der Verbindlichkeiten und für Reinvestitionen eingesetzt werden kann. Die Bankkreditlinien konnten deutlich gesenkt werden.

Wesentliche Verbindlichkeiten sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit 47,0 T€ (Vorjahr 45,7 T€). Insgesamt beläuft sich das Fremdkapital 97,2 T€ (Vorjahr 207,9 T€) Das Fremdkapital konnte innerhalb der letzten 3 Jahren um 90% gesenkt werden.

Der Finanzbedarf soll durch Entgelte, die für die Durchführung von Bildungsmaßnahmen erhoben werden, unter Berücksichtigung des Kostenverursachungsprinzips gedeckt werden. Soweit die erzielten Einnahmen zur Deckung des Finanzbedarfs und eventueller Fehlbeträge nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel und auf die Industrie- und Handelskammer Aachen und die Handwerkskammer Aachen jeweils ein Sechstel entfallen.

Zum Abschlussstichtag weist die Bilanz des BZE eine Bilanzsumme in Höhe von 2.835,8 T€ (Vorjahr 2.746,5 T€) aus.

Investitionen

In 2018 wurden insgesamt 306,6 T€ investiert. Investitionen in die Gebäude wurden in Höhe von 4,1 T€ aktiviert. In die EDV wurde 80,4 T€ investiert. Für die Büro-, Geschäfts-, Kantinen- und Werkstattausstattung wurden insgesamt 99,3 T€ aktiviert. In technische Anlagen, Maschinen und Werkzeuge/Geräte flossen Investitionen in Höhe von 21 T€. Für den Fuhrpark wurden insgesamt 22,2 T€, andere Anlagen/GWG 64,6 T€, sowie für Anlagen im Bau 15 T€ aktiviert.

Den Investitionen stehen Abschreibungen in Höhe 242,6 T€ (Vorjahr 216,4 T€) gegenüber.

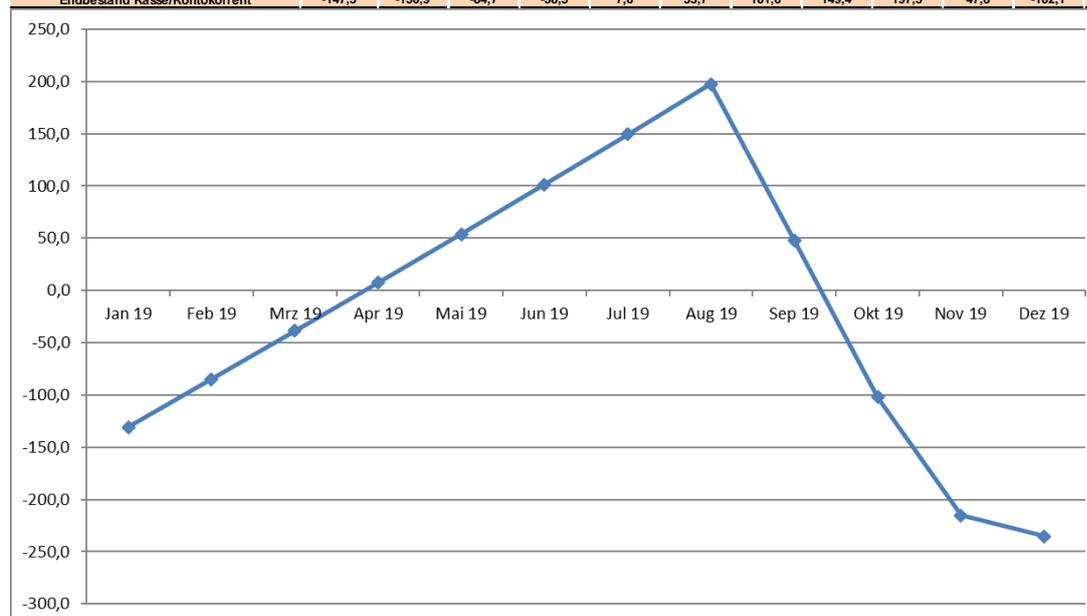
Für die kommenden Jahre sind weitere Investitionen geplant. Ein detaillierter Investitionsplan der kommenden 5 Geschäftsjahre ist in den Wirtschaftsplan 2019 integriert

Liquidität

Die Liquidität des BZE verbessert sich kontinuierlich. Die Kreditlinie des Kontokorrentkredites beträgt 300 T€ und war zum Bilanzstichtag zu ca. 8,5 % ausgereizt. Laut unserer Liquiditätsplanung aus dem Wirtschaftsplan 2018 ergeben sich folgende Daten:

Liquiditätsplanung 2019

	2019	Jan 19	Feb 19	Mrz 19	Apr 19	Mai 19	Jun 19	Jul 19	Aug 19	Sep 19	Okt 19	Nov 19	Dez 19
Anfangsbestand Kasse/Kontokorrent	-60,0	-147,5	-130,9	-84,7	-38,5	7,6	53,7	101,6	149,4	197,3	47,8	-102,1	-215,0
betriebliche Einzahlungen													
aus Umsatz Dez 17 bis Nov 18	3807,5	346,1	346,1	346,1	346,1	346,1	346,1	346,1	346,1	173,1	173,1	346,1	346,1
aus sonstigen Erträgen	280,0	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5	25,5	12,7	12,7	25,5	25,5
Saldo betriebliche Einzahlungen	4087,5	371,6	371,6	371,6	371,6	371,6	371,6	371,6	371,6	185,8	185,8	371,6	371,6
betriebliche Auszahlungen													
für Materialaufwand	289,0	24,0	24,0	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1	24,1
für bezogene Fremdleistungen	258,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	17,5	29,0	29,5	30,0	30,0
für Instandsetzung / Reparaturen	52,0	4,4	4,4	4,4	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3	4,3
für Auszubildende / Lohn (in Maßnahmen)	10,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
für Personalaufwand	2992,5	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	230,2	390,0	300,6
für KFZ Steuern / Versicherungen / KFZ-Kosten	67,5	32,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
für Werbe- und Reisekosten	21,1	1,7	1,7	1,7	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
für sonstige betriebliche Aufwendungen	205,0	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1	17,1
Saldo betriebliche Zahlungen	3895,6	329,2	300,1	300,2	300,2	300,1	298,1	298,1	298,1	309,6	310,1	470,5	381,1
Einzahlungen aus Zinsen													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Einzahlungen													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
stg. Neutrale Auszahlungen													
0,5	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo neutrale Zahlungen	-0,5	-0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Einzahlungen aus Abgängen des AV													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Auszahlungen für Investitionen in das AV													
273,4	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	25,0	13,4	10,0
Saldo Zahlungen Investitionsbereich	-273,4	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-25,0	-13,4	-10,0
Darlehensaufnahmen													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Kapitaldienst													
5,5	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Saldo Zahlungen Finanzierungsbereich	-5,5	-0,3	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6	-0,6
Einlagen													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Entnahmen													
0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Saldo Einlagen/Entnahmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Endbestand Kasse/Kontokorrent	-147,5	-130,9	-84,7	-38,5	7,6	53,7	101,6	149,4	197,3	47,8	-102,1	-215,0	-235,1



Die Darstellungen stammen aus dem Wirtschaftsplan 2019 – durch die sehr hohen Umsätze in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 hat sich der Kontostand nochmals verbessert.

e) Vermögenslage

Die Aktivseite der Bilanz ist geprägt von den langfristig gebundenen Werten in Höhe von 2.273,2 T€ (Vorjahr 2.211,8 T€) = 80,28 % der Bilanzsumme (Vorjahr 80,59%). Die ursprünglichen Anschaffungskosten von Grundstücken und Gebäuden (umfassend saniert in 1999 und 2012) mit einem Buchwert in Höhe von 1.555,7 T€ belaufen sich auf 4.999 T€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der technischen Anlagen und Maschinen, die mit einem Buchwert von 236,3 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 1.902,7€. Die ursprünglichen Anschaffungskosten der anderen Anlagen und der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die mit einem Buchwert von 451,2 T€ ausgewiesen sind, belaufen sich auf 2.359,3 €.

Im kurzfristigen Bereich sind als wesentliche Posten die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen mit 422,3 T€ (Vorjahr 401,4 T€) zu nennen, z. B. gegenüber dem Jobcenter oder der Agentur für Arbeit für durchgeführte Arbeitsmarktprogramme.

f) finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

finanzielle Leistungsindikatoren

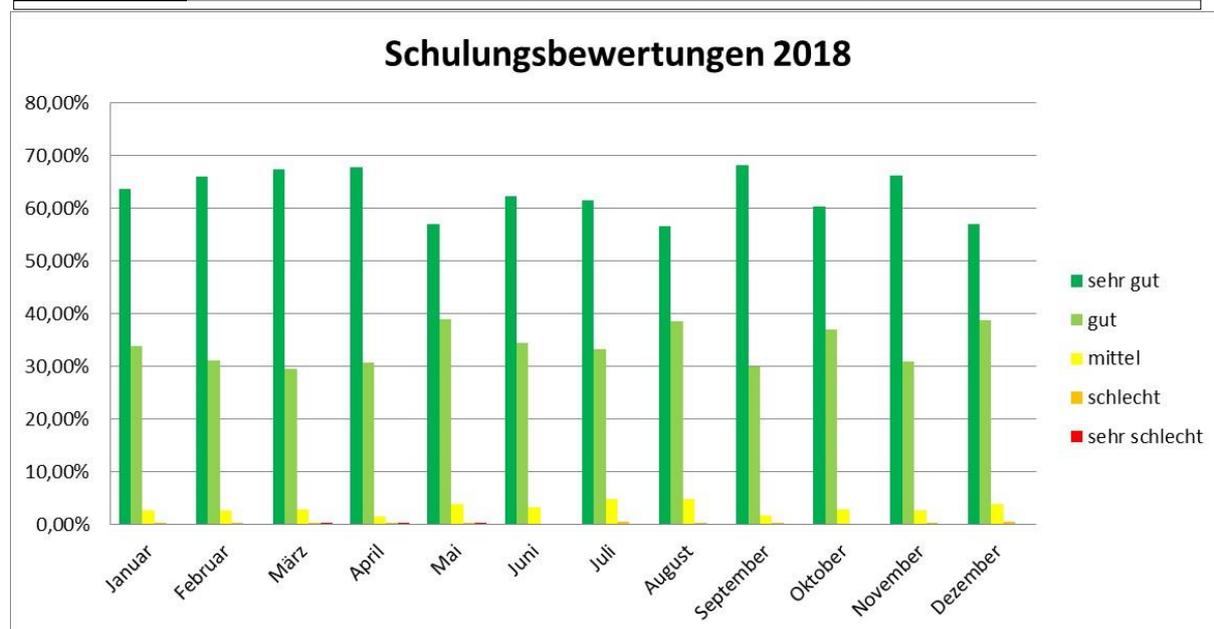
Aufgrund der Gesellschaftsform und des gemeinnützigen Zwecks der Gesellschaft spielen die finanziellen Leistungsindikatoren eine sekundäre Rolle. Die Eigenkapitalrentabilität stellt sich wie folgt dar:

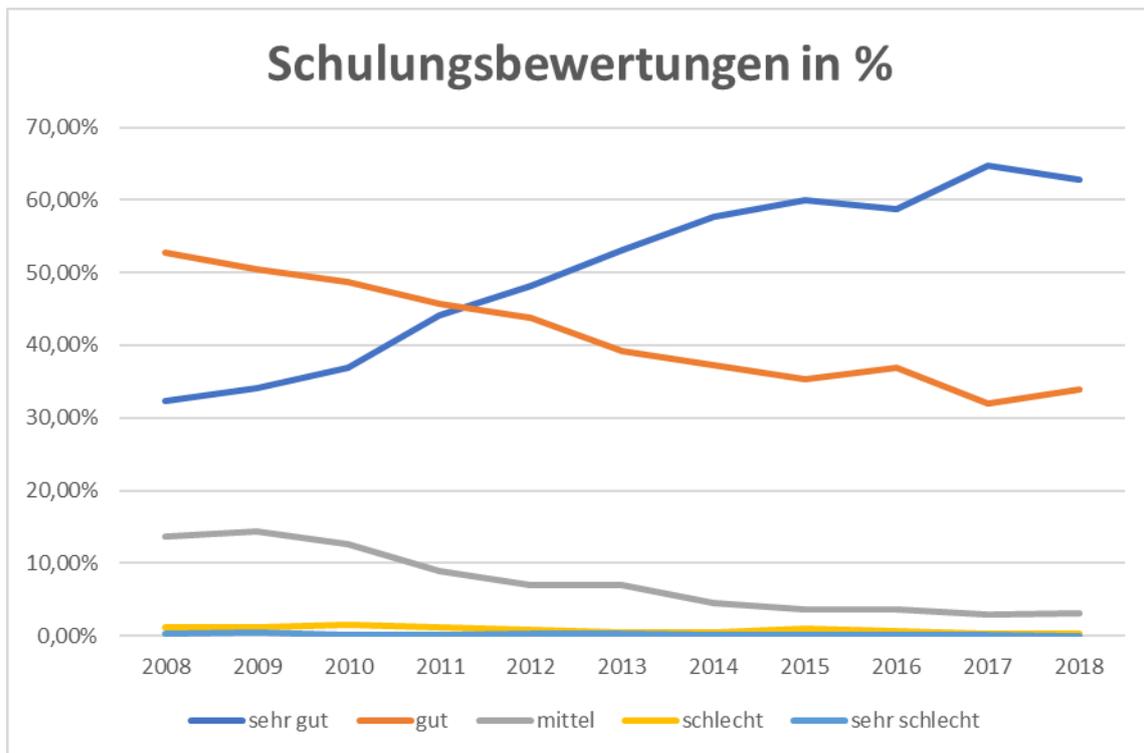
	2014	2015	2016	2017	2018
Eigenkapitalrentabilität	-14,7 %	+ 5,6 %	+ 6,7 %	+ 7,6 %	+ 6,1 %

nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Das BZE ermittelt die Zufriedenheit seiner Kunden (Lehrgangsteilnehmer) in den unterschiedlichen Bildungsmaßnahmen jeweils nach Kursende anhand eines Fragebogens. Die gesammelten Daten werden anhand der QM-Richtlinien ausgewertet und zur Sicherung und Verbesserung der Qualität verwendet. Es zeigt sich, dass über 60% aller Teilnehmer die Kurse mit „sehr gut“ bewerten und der Anteil der „schlechten“ Bewertungen bei nur 0,28% liegt.

Jahr	Bewertungen	sehr gut	gut	mittel	schlecht	sehr schlecht
2008	639	32,34%	52,68%	13,68%	1,10%	0,25%
2009	982	34,10%	50,50%	14,35%	1,12%	0,40%
2010	960	36,99%	48,78%	12,58%	1,48%	0,16%
2011	1343	44,06%	45,63%	8,91%	1,23%	0,17%
2012	1504	48,16%	43,80%	7,04%	0,75%	0,25%
2013	1703	53,09%	39,17%	6,97%	0,55%	0,28%
2014	1285	57,65%	37,28%	4,57%	0,45%	0,06%
2015	1273	60,00%	35,31%	3,63%	0,92%	0,14%
2016	1504	58,68%	36,86%	3,67%	0,63%	0,16%
2017	1952	64,73%	32,03%	2,90%	0,28%	0,06%
2018	1923	62,79%	33,87%	3,06%	0,25%	0,03%





3. Prognose, Risiko- und Chancenbericht

Prognose

Die Gesamtentwicklung des BZE in den letzten Jahren ist erfreulich und lag deutlich über den Erwartungen in entsprechenden Wirtschaftsplänen. Die großen Verluste der Jahre 2012-2014 (= insgesamt 800 T€) konnten zum Großteil durch die Gewinne in den letzten vier Jahren kompensiert werden. Der Kassenkredit wurde um ca. 400 T€ gesenkt. Derzeit werden kaum noch Kassenkredite in Anspruch genommen. Das Konto befindet sich in der Regel dauerhaft im positiven Bereich

Seit dem 1. November 2014 leitet Herr Jochen Kupp als hauptamtlicher Vorstandsvorsteher die Geschäfte des Zweckverbandes. Seine Stellvertretung obliegt seit dem 1. September 2017 Frau Nadine Esser.

Der Restrukturierungsprozess des Berufsbildungszentrums wurde in 2015 begonnen und die Personalsituation sowie die Abläufe optimiert. Das BZE stellt sich aktiv dem Bildungsmarkt und reagiert schnell und kompetent auf Marktveränderungen.

Wir führen verstärkt Arbeitsmarktmaßnahmen für das Jobcenter EU-Aktiv und die Agentur für Arbeit durch. Hier bewerben wir uns auf alle Ausschreibungen, die in unser Portofolio und unsere Leistungskapazitäten passen. Dadurch konnten wir Umsatzrückgänge aus nicht mehr ausgeschriebenen Maßnahmen mehr als kompensieren. So war z.B. 2015 die Maßnahme BaE integrativ der Hauptumsatzträger in Höhe von gut 800 T€. Diese Maßnahme wurde nicht mehr ausgeschrieben und läuft für uns im Juni 2019 aus.

An folgenden Ausschreibungen haben wir uns bis zum Berichtszeitpunkt beteiligt:

- Förderzentrum Perf-W für weibliche Geflüchtete (Zuschlag erhalten)
- Ausbildungsprogramm NRW (Zuschlag erhalten)
- Assistierte Ausbildung AsA (Zuschlag erhalten)
- Bewerbungs- und Sozialtraining BOGIVA (Zuschlag erhalten)
- Aktivierungsmaßnahme für Südkreis EU (Zuschlag erhalten)
- Aktivierungsmaßnahme für Nordkreis EU (Zuschlag erhalten)
- Potentialanalysen gemeinsam mit BRW (Zuschlag erhalten)
- BvB-Reha (Ergebnis steht noch aus)
- BvB (Ergebnis steht noch aus)
- BaE kooperativ (Ergebnis steht noch aus)

Ferner wurde für das Werkstattjahr und die Maßnahme Sprungbrett die Option gezogen. Bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes waren die Maßnahmen teilweise noch nicht bekannt, daher haben wir hier pauschale Einschätzungen getroffen. Wir erwarten aber deutliche Umsatzsteigerungen aufgrund der vielen Zuschläge für das Wirtschaftsjahr 2019:

Bezeichnung	IST	Plan	Plan	Abweichung	
	2017	2018	2019	2018-2019	
	TEUR	TEUR	TEUR	absolut	relativ
Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen	300,0	158,8	22,6	-136,2	-85,8%
Überbetriebliche Ausbildung - Industrie	652,1	699,7	740,0	40,3	5,8%
Überbetriebliche Ausbildung - Handwerk	339,0	350,5	346,9	-3,6	-1,0%
Fortbildungsmaßnahmen	83,2	102,0	110,0	8,0	7,8%
Umschulung	306,7	287,7	230,3	-57,4	-20,0%
Berufsvorbereitende Bildungsangebote	957,4	1123,0	1115,6	-7,4	-0,7%
- BvB- Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme	267,0	241,9	229,9	-12,0	-5,0%
- BvB-Reha Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme REHA	132,4	401,8	368,3	-33,5	-8,3%
- Produktionsschule jobzeit pro	302,4	180,0	0,0	-180,0	-100,0%
- Werkstattjahr			133,0	133,0	0,0%
- Jugend in Arbeit	37,5	38,2	0,0	-38,2	-100,0%
- BO- Berufsorientierung	131,9	100,0	89,5	-10,5	-10,5%
- Praxiskurse	35,0	35,0	42,0	7,0	20,0%
- Ausbildungsprogramm NRW	0,0	0,0	62,9	62,9	0,0%
- BerEb - Berufseinstiegsbegleitung	27,2	111,1	170,0	58,9	53,0%
- Vermittlungsprovisionen	24,0	15,0	20,0	5,0	33,3%
Ind. Aktivcenter	86,4	0,0	0,0	0,0	0,0%
ESB - Eingliederung Schwerbehinderter	55,3	4,6	0,0	-4,6	-100,0%
Förderzentrum Jump	370,3	310,0	444,7	134,7	43,5%
Förderzentrum Sprungbrett		100,0	497,0	397,0	397,0%
Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern	407,7	353,0	137,6	-215,4	-61,0%
- Integrationskurse		30,0	27,6	-2,4	-8,0%
- Jugend-Integrationskurse		35,0	0,0	-35,0	-100,0%
- Job-Integration (Transfermaßnahme)		103,0	0,0	-103,0	-100,0%
- BoF - Berufsorientierung für Flüchtlinge		100,0	30,0	-70,0	-70,0%
- Umschulung mit Flüchtlingen/Asylbewerbern		85,0	80,0	-5,0	-5,9%
- KompAS	11,6	0,0	0,0	0,0	0,0%
Ausbildungsbörse	0,0	5,0	0,0	-5,0	-100,0%
Führungskräfteseminare (ex TAE)	34,6	30,0	30,0	0,0	0,0%
Förderprogramm berufliche Entwicklung			7,0	7,0	0,0%
Ferienfreizeit	3,5		6,0	6,0	0,0%
Neue Maßnahmen		0,0	135,0	135,0	0,0%
1. Umsatzerlöse	3596,2	3524,3	3822,7	298,4	8,5%
2. andere aktivierte Eigenleistungen	11,5	25,0	25,0	0,0	0,0%
Gesamtleistung	3607,7	3549,3	3847,7	298,4	8,4%
Erfolgsplan Gesamterträge	3928,0	3811,5	4143,7	332,2	8,7%

Zu den einzelnen durchgeführten Maßnahmen gelten die nachstehenden Erläuterungen aus dem Wirtschaftsplan 2018 (mit aktuellen Hinweisen per 04. Mai 2018):

Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen BaE

Zur Zielgruppe gehören junge Menschen ohne berufliche Erstausbildung, die die allgemeine Schulpflicht erfüllt haben. Dazu zählen Lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte junge Menschen, die wegen der in ihrer Person liegenden Gründen auch mit ausbildungsfördernden Leistungen nicht in einem Betrieb bestehen können sowie Auszubildende, deren Ausbildungsverhältnis vorzeitig gelöst wurde.

Momentan ist über die Maßnahmenjahre 2014 - 2015 insgesamt 1 Platz belegt. Es werden auch nur die belegten Plätze bezahlt. Bei Bestehen der Abschlussprüfungen verlässt uns der Teilnehmer im Juni 2019 und die Maßnahme ist damit beendet.

Überbetriebliche Ausbildung – Industrie

Die Ausbildungszahlen in der Industrie sind in unserer Region – nach vielen rückläufigen Jahren – für 2018 recht konstant. Aufgrund von Neuakquisition und Schaffung von neuen Kursen (insbesondere Prüfungsvorbereitungskursen) gehen wir von deutlichen Umsatzsteigerungen in diesem Bereich aus. Ferner werden wir hier eine Preisanpassung – durch gestiegene Löhne – vornehmen.

Überbetriebliche Ausbildung – Handwerk

Im Handwerksbereich ist die Zahl der neu abgeschlossenen Berufsausbildungsverträge (in unseren Gewerken) im Vergleich zu den Vorjahren recht konstant geblieben. Wir gehen auch hier von recht konstanten Umsätzen im nächsten Jahr aus.

Umschulung

Zurzeit führen wir folgende Umschulungen durch:

Nach mehreren rückläufigen Jahren entwickelt sich der Bereich „Umschulung“ derzeit recht positiv.

Zurzeit führen wir folgende Umschulungen durch:

- 9 Maschinen- und Anlagenführer (3x bis Januar 2020, 6x bis Juni 2020)
 - diese Umschulung ist am stärksten nachgefragt. Wir gehen hier auch wieder von einem neuen Maßnahmenstart im Sommer 2019 mit mindestens 6 Teilnehmern aus
- 4 Industriemechaniker (4x bis Januar 2021)
 - Umschulungen zu Industriemechanikern sind seitens Agentur für Arbeit und Jobcenter momentan nicht mehr nachgefragt. Hier werden verstärkt Bildungsgutscheine / Aktivierungs- und Vermittlungsgutscheine für die etwas niederschwelligere Maßnahme „Umschulung zum Maschinen- und Anlagenführer“ vergeben, da hier die Nachfrage auf dem regionalen Arbeitsmarkt größer ist. Zudem ist der aktuelle Kundenkreis von Agentur für Arbeit und Jobcenter nicht unbedingt geeignet, diese anspruchsvolle Ausbildung zu durchlaufen.
 - Hier wird auch für das Jahr 2019 weiter Akquise betrieben, sodass zumindest 3 bis 4 TN eine Umschulung in diesem Bereich beginnen.
- 6 Elektroniker für Betriebstechnik (1x bis Juni 2019 / 4x bis Januar 2020 / 1x bis Januar 2021)
 - ab Sommer 2019 planen wir einen neuen Umschulungsstart in diesem Bereich

Unsere drei neuen Umschulungsmaßnahmen (Fachkraft für Metalltechnik, Fachkraft für Möbel-, Küchen-, und Umzugsservice sowie Fachlagerist) sind bislang nicht – trotz verstärkter Werbung – nachgefragt worden. Der sehr gute regionale Arbeitsmarkt führt dazu, dass die Umschulungen grundsätzlich deutlich weniger nachgefragt sind.

Fortbildungsmaßnahmen

Unter Fortbildungsmaßnahmen zählen wir insbesondere Schweißkurse und AU-Lehrgänge. Die AU-Lehrgänge sind recht konstant, da diese für die KFZ-Unternehmern verpflichtend sind.

Bei den Schweißlehrgängen gibt derzeit eine sehr gute Nachfrage. Hier werden wir die Umsatzzahlen zum Vergleichsjahr deutlich steigern können.

Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen

Die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen sind ein wichtiger Bestandteil in unserem Unternehmensportfolio. Der Umsatzanteil der berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen beträgt fast 30% des Gesamtumsatzes. Unter der Bezeichnung fassen wir im weitesten Sinne untenstehende Maßnahmen und Projekte zusammen:

- BvB – Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Die BvB richtet sich an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter fit für den Ausbildungsstart gemacht.

Die BvB läuft aktuell im sechsten Jahr im BZE. Im Sommer 2017 haben wir erneut den Zuschlag für 2 weitere Jahre (mit Option für 2 weitere Jahre) erhalten. In den vergangenen Durchläufen können wir bereits auf sehr gute Vermittlungserfolge blicken. Von den insgesamt 45 Teilnehmerplätzen sind derzeit 33 belegt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 32 Teilnehmern wird durchgängig finanziert. Durch die geringe Auslastung der Plätze liegen wir im Durchschnitt unter der Mindestteilnehmerplatzzahl. Seitens der Agentur für Arbeit wurde uns mitgeteilt, dass daher die Option - trotz einer guten Arbeit - nicht gezogen werden kann.

Die BvB ist im Frühjahr 2019 mit reduzierten Mindestteilnehmerplätzen in die Ausschreibung gegangen. Wir haben uns an der Ausschreibung beteiligt und hoffen auf den Zuschlag.

- BvB – Reha Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme

Die BvB-Reha richtet sich genau wie die BvB an junge Menschen bis 25 Jahre, die aufgrund multipler sozialer Hemmnisse nicht über die nötige Ausbildungsreife verfügen und zusätzlich meist Lernbehinderungen aufweisen. Sie werden hier unterstützt, gefördert, sozialpädagogisch begleitet und mittels geschulter Ausbilder und Anleiter für eine Ausbildung oder eine spezielle Einrichtung für behinderte Jugendliche fit gemacht.

Die BvB-Reha läuft seit September 2017. Wir haben die Ausschreibung für diese Maßnahme gewonnen und den Zuschlag für 2 Jahre (mit Option für 2 weitere Jahre) erhalten. Von den insgesamt 36 Teilnehmerplätzen sind derzeit 25 belegt. Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 36 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

Durch die unzureichende Auslastung wird auch hier 2019 - trotz einer guten Arbeit - nicht die Option gezogen.

Die BvB Reha ist im Frühjahr 2019 mit reduzierten Mindestteilnehmerplätzen in die Ausschreibung gegangen. Wir haben uns an der Ausschreibung beteiligt und hoffen auf den Zuschlag.

- Werkstattjahr

Das Werkstattjahr „impuls“ ist ein Angebot für Jugendliche unter 19 Jahre, welches berufliche Orientierung mit praktischen produktionsorientierten Tätigkeiten verbindet.

Im Jahr 2018 wurden seitens des Jobcenters 18 Plätze für das Werkstattjahr (Vertragslaufzeit vom 01.09.2018 – 31.08.2019) ausgeschrieben. Die Maßnahme wird mit ESF Fördermitteln kofinanziert. Aktuell befinden sich 11 Teilnehmer im Werkstattjahr. Es werden mindestens 9 Plätze (Mindestteilnehmerplatzzahl) finanziert.

Die Maßnahme verlängert sich einmalig um ein Jahr, wenn die erneute Kofinanzierungszusage vorliegt.

- Ausbildungsprogramm NRW

Ziel der Initiative „Ausbildungsprogramm NRW“ mit Förderung durch ESF-Mittel ist die Gewinnung von jährlich bis zu 1000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Betriebe, die zusätzliche Ausbildungsplätze einrichten, erhalten in den ersten beiden Jahren ab Programmstart einen Zuschuss zur Ausbildungsvergütung in Höhe von 400,00 EUR im Monat. Um Betriebe bei der Ausbildung zu unterstützen und den Jugendlichen individuelle Hilfestellungen zu geben, erfolgt die Betreuung und Begleitung durch das BZE. Für den Kreis Euskirchen können bis zu 24 Teilnehmerplätze gefördert werden.

Für das beim Träger eingesetzte Personal erfolgt eine Anteilfinanzierung von maximal 90% pro Monat und Vollzeitkraft an der Funktionspauschale „Projektmitarbeiter“ (Betreuungsschlüssel 1:24; 90% Anteilfinanzierung der Pauschale entspricht einer Summe von 5.778,00 €/Monat).

Aktuell konnten mit unserer Unterstützung 4 Jugendliche eine Ausbildung im Rahmen des Ausbildungsprogrammes NRW aufnehmen.

Für den neuen Durchlauf der Maßnahmen haben wir den Zuschlag erhalten. Diese startet am 1. Juni 2019

- BO-Berufsorientierung

Potenzialanalysen

Die Potenzialanalysen sind 2019 planungsgemäß in die Ausschreibung gegangen. Wir haben gemeinsam mit unserem Kooperationspartner BRW den Zuschlag für 3 Jahre erhalten. Wir rechnen mit insgesamt ca. 2000 Potentialanalysen an Schülerinnen und Schülern der Jahrgangsstufe 8.

Bei der Potenzialanalyse werden Stärken und Schwächen der Jugendlichen nach standardisierten Testverfahren losgelöst vom Schulalltag beleuchtet. Der Teilnehmer erhält im Anschluss ein ausführliches Feedback.

Der Zuschlagszeitraum erstreckt sich vermutlich wieder auf 3 Jahre bis 2021. Die Durchführung der Potenzialanalysen beginnt generell nach den Sommerferien und muss bis Januar des Folgejahres abgeschlossen sein. Zur Durchführung werden wir auf unsere Honorarkräfte zurückgreifen.

Berufsfelderkundung - BFE

Die Berufsfelderkundung im Rahmen von KAoA ist vorgesehen für ca. 150 Schüler im Kreis Euskirchen mit einer jeweiligen Dauer von 1 - 3 Tagen. In den Bereichen Elektro, Kfz, Holz, Maler, Metall, Lager/Handel, Wirtschaft/Verwaltung, Hotel/Gaststätten und Kosmetik/Körperpflege erfahren die Schülerinnen und Schüler das praktische Arbeiten und können sich selbst an unterschiedlichen Schwierigkeitsstufen erproben.

Für den Integrationsfachdienst (IFD) führen wir seit einigen Jahren separat abrechenbare Berufsfelderkundungen durch. Hier handelt es sich aber lediglich um zwei Kurse pro Jahr mit insgesamt ca. 20 Teilnehmern.

- Praxiskurse

Innerhalb der Praxiskurse wird Schülern und Schülerinnen ab Jahrgangsstufe 9 die Möglichkeit gegeben, ihre praktischen Erfahrungen in einem Berufsfeld bzw. ihre fachlichen und sozialen Kompetenzen mit Bezug auf Anforderungen in mehreren Ausbildungsberufen zu vertiefen. Sie ähneln Qualifizierungsbausteinen im Bereich der Berufsvorbereitung und orientieren sich an Anforderungen des ersten Ausbildungsjahres.

Für 2019 sind ca. 150 Plätze für Praxiskurse geplant.

KAoA-kompakt

KAoA-kompakt kombiniert folgende Elemente von KAoA:

- eine zweitägige, auf die Zielgruppe zugeschnittene Potenzialanalyse
- drei Tage Berufsfelderkundungen, bei Bedarf inkl. einer Orientierung zum deutschen Ausbildungssystem am dritten Tag
- drei Tage Praxiskurse

Für 2019 sind ca. 50 Plätze im Bereich KAoA-kompakt geplant.

- Berufseinstiegsbegleitung (BerEb)

Die Berufseinstiegsbegleitung richtet sich an junge Menschen, die voraussichtlich Schwierigkeiten haben werden, den Abschluss der allgemeinbildenden Schule zu erreichen und/oder den Übergang in eine Berufsausbildung zu bewältigen. Die Berufseinstiegsbegleitung beginnt in der Regel mit dem Besuch der Vorabgangsklasse und endet in der Regel ein halbes Jahr nach Beginn einer Berufsausbildung. Die Schüler werden bei der Berufsorientierung und Berufswahl unterstützt, besuchen Bewerbungstrainings und erhalten Unterstützung bei der Praktikums- und Ausbildungsplatzsuche sowie in lebenspraktischen Alltagsfragen.

Die Maßnahme startete am 01.09.2017 und endet am 31.07.2022. Für den Vertragszeitraum 2017 (Beginn 01.09.2017) gibt es 37 Teilnehmerplätze. Diese Plätze werden bis zum 31.03.2020 durchgängig finanziert. Für den Vertragszeitraum 2018 (Beginn 01.09.2018) sind 40 Teilnehmerplätze bis zum 31.03.2021 durchgängig finanziert.

Förderzentrum jump

Im März 2017 hat das Projekt „Förderzentrum jump“ gestartet. Ursprünglich sollte die Maßnahme mit max. 40 Teilnehmern durchgeführt werden. Aufgrund der hohen Kapazitäten wurden aber bis zu 60 Teilnehmer bis zum Sommer 2019 eingebucht. Dies führt zu einer sehr guten Ertragssituation für uns.

Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 26 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

Es sollen vorwiegend ältere Kunden aus dem Leistungsbereich in den Berufsfeldern Lager/Handel und Hoga/Hauswirtschaft in den Arbeitsmarkt integriert werden. Für die Maßnahme wurde die erste Option bis zum 29. Februar 2020 gezogen. Hier besteht noch die Möglichkeit einer zweiten Optionsziehung.

Förderzentrum Sprungbrett

Im Frühjahr 2018 hat das Projekt „Förderzentrum jump“ gestartet. Ursprünglich sollte die Maßnahme mit max. 36 Teilnehmern durchgeführt werden. Aufgrund der hohen Kapazitäten wurden aber bis zu 60 Teilnehmer bis zum Sommer 2019 eingebucht. Dies führt zu einer sehr guten Ertragssituation für uns.

Die Mindestteilnehmerplatzzahl von 26 Teilnehmern wird durchgängig finanziert.

Es sollen vorwiegend jüngere Kunden aus dem Leistungsbereich in den Berufsfeldern Tierschutz, Metall / Hauswirtschaft / Hoga in den Arbeitsmarkt integriert werden. Für die Maßnahme wurde die erste Option bis zum Februar 2021 gezogen. Hier besteht noch die Möglichkeit einer zweiten Optionsziehung.

NRW Förderprogramm „Beratung zur beruflichen Entwicklung“

Mit dem Angebot soll Arbeitnehmenden, sowie Berufsrückkehrenden eine neun-stündige kostenlose Beratung zu ihrer beruflichen Entwicklung ermöglicht werden. Die Beratung wird mit 55,00 EUR einschließlich Vor- und Nachbereitungszeit bezuschusst. Weiter wurde diese Beratung um die Fachberatung zur beruflichen Anerkennung erweitert. Hier wird mit den Ratsuchenden geprüft, ob ein Anerkennungsverfahren für den beruflichen Weg sinnvoll ist.

Kurse mit Flüchtlingen/Asylbewerbern

- Integrationskurse

Nach über einjähriger Wartezeit haben wir im Frühjahr 2017 die Zulassung für die Durchführung von Integrationskursen erhalten.

Für 2019 planen wir die Durchführung eines Integrationskurses. Zusätzlich können wir Kurse zur Vertiefung des Spracherwerbs anbieten (C1 – C2). Diese werden wir bei entsprechendem Bedarf durchführen.

- BoF – Berufsorientierung für Flüchtlinge

Das Programm BoF ist eine Berufsorientierungsmaßnahme für Flüchtlinge ausgeschrieben über das BMBF. Hier findet über einen Zeitraum von 13 Wochen eine berufliche Orientierung statt. Dieses Programm kann nur in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte durchgeführt werden. BOF gliedert sich in Werkstatttage und eine anschließende Betriebsphase.

Leider sind die Zugangsvoraussetzungen für BoF recht stringent. Es können nur Personen teilnehmen, die bereits eine Berufsorientierung, einen Integrationskurs und eine Sprachprüfung C1 absolviert haben. Daher konnte leider 2016, 2017 und 2018 kein Kurs gestartet werden. Die zugesagten Mittel in Höhe von ca. 450 T€ konnten nicht abgerufen werden. Wir planen für 2019 den Start von einem Kurs mit 12 Teilnehmern.

- Umschulung mit Flüchtlingen / Asylbewerbern

Von Seiten des Jobcenters wurde uns zugesagt, dass wir eine Umschulung zum Maschinen- und Anlagenführer durchführen könnten. Insgesamt sollen 12 Bildungsgutscheine für diesen Personenkreis zur Verfügung gestellt werden. Wir werden diesbezüglich Mitte 2019 in die Akquise gehen, damit der Kurs zu Stande kommen kann.

Führungskräfteseminare

Die Führungskräfte-seminare haben wir in 2017 von der TAE übernommen. Die Umsätze stagnieren, bzw. fallen leicht. Derzeit ist Procter & Gamble, Euskirchen unser einziger Kunde. Weitere Kunden sind für diese Reihe nicht in Sicht. Wir gehen derzeit davon aus, dass diese Seminare in ca. 2-3 Jahren auslaufen werden.

Ferienfreizeit

Seit 2 Jahren führen wir in der ersten Ferienwoche eine Ferienfreizeit für Kinder und Jugendliche bis 15 Jahren durch. Die Freizeit wird sehr gut angenommen – letztes Jahr waren über 100 Jugendliche hier und wir werden dies auch im nächsten Jahr fortführen

Prognose 2018 – 2022 (aus Wirtschaftsplan 2019)

Bezeichnung	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
	2019	2020	2021	2022	2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse	3822,7	3718,3	3811,2	3906,5	4004,2
2. andere aktivierte Eigenleistungen	25,0	20,0	20,0	20,0	20,0
Gesamtleistung	3847,7	3738,3	3831,2	3926,5	4024,2
Erfolgsplan Gesamterträge	4143,7	4032,9	4131,5	4232,6	4336,2
3. Materialaufwand	289,0	294,8	300,7	306,7	312,8
4. Bezogene Fremdleistungen	258,5	253,3	255,9	263,5	271,4
5. Instandsetzung / Reparaturen	52,0	53,0	53,6	55,2	56,8
6. Auszubildene Lohn	10,0	10,0	10,2	10,4	10,6
Rohrertrag	3238,2	3127,1	3210,9	3290,7	3372,5
7. Sonst. Betr. Erlöse gesamt	280,0	285,6	291,3	297,1	303,1
Betrieblicher Rohertrag	3518,2	3412,7	3502,2	3587,8	3675,5
8. Personalaufwand	3007,7	2882,9	2940,6	2999,4	3059,3
9. betriebliche Steuern	0,6	0,6	0,6	0,6	0,7
10. Versicherungen / Beiträge	42,0	43,1	43,5	44,3	44,8
11. KFZ Kosten	25,5	26,1	26,4	26,9	27,2
12. Werbe-/ Reisekosten	21,1	21,6	21,8	22,3	22,5
13. Abschreibungen	215,6	221,0	223,2	227,6	229,9
14. sonstige betriebliche Aufwendungen	205,0	210,1	216,4	216,4	222,9
Betriebsergebnis	0,7	7,3	29,7	50,3	68,2
15. Zinsaufwand	2,0	2,1	2,1	2,1	2,2
16. sonstige Steuern	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
17. sonstiger neutraler Aufwand	1,7	1,7	1,8	1,8	1,9
18. sonstiger neutraler Ertrag	16,0	9,0	9,0	9,0	9,0
19. Jahresüberschuss (+) / Jahresfehlbetrag (-)	12,5	12,0	34,3	54,8	72,7

In den prognostizierten Jahresergebnissen ist keine Verbandsumlage enthalten.

Risikobericht

Die Risiken für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des BZE und damit für seine zukünftige Entwicklung, sind in erster Linie in einem Rückgang der Teilnehmerzahlen zu sehen, welcher aufgrund der demografischen Entwicklung und in Folge konjunktureller Schwankungen eintreten könnte. Das BZE reagiert schnell und kompetent auf die Marktbedingungen, so dass das Risiko minimiert werden kann.

Die Ausschreibungsseiten der Bundesagentur für Arbeit werden regelmäßig dahingehend untersucht, welche Maßnahmen im Wettbewerb neu vergeben werden sollen. Bei der Erstellung entsprechender Angebote wird in erster Linie darauf geachtet, dass die ausgeschriebenen Platzzahlen verwirklicht werden können und die vorhandene Infrastruktur der Geforderten entspricht. Werden weniger Plätze aus-

geschrieben, müssen alternative Angebote am Markt platziert werden, um vorhandene Ressourcen und Kapazitäten zu erhalten. Hierzu sind dann verstärkte Akquisitionen mit der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter oder potentiellen Kunden notwendig.

Als wirkungsvolles Instrument der Risikoüberwachung dient die tägliche Kontrolle der Liquidität. Auch die Analyse der durchgeführten Maßnahmen erfolgt zeitnah. Die Mitglieder der Verbandsversammlung werden vierteljährlich über Soll-Ist-Vergleiche (anhand Vergleichsrechnungen mit dem Wirtschaftsplan) informiert.

Die Kapitalstruktur ist sicherlich als Risiko für unser Berufsbildungszentrum anzusehen. Die hohen Verluste der Jahre 2012 - 2014 wurden nicht von den Trägern ausgeglichen, sondern durch die Gewinnrücklagen verrechnet. Dadurch hatte sich die Liquidität verschlechtert. Durch die Gewinne der letzten drei Jahre konnte die Liquidität deutlich verbessert werden. Es besteht ein Kontokorrentkredit in Höhe von 300 T€ der zum Ende des Wirtschaftsjahres zu ca. 8,5 % ausgelastet war. Durch den relativ geringen Zinssatz für den Kontokorrentkredit (1,75 %) ist der Kapitaldienst derzeit relativ gering.

Als weiteres Risiko betrachten wir den Investitionsstau in unseren Gebäuden und Maschinenanlagen. In den Jahren 2005 – 2014 wurde so gut wie keine Investition getätigt. Seit 4 Jahren haben wir langsam angefangen die Gebäude und Maschinen zu modernisieren. Derzeit arbeiten wir an mittelfristigen Investitionskonzepten für die Zukunft. Wir schätzen den Investitionsbedarf in den nächsten 5 Jahren auf ca. 1 – 1,5 Mio €. Um diese Investitionen tätigen zu können, akquirieren wir derzeit auch mögliche Fördertöpfe von Bund und Land.

Chancenbericht

Das BZE ist eng mit der Region verknüpft und genießt einen sehr guten Ruf über die Grenzen des Kreises Euskirchen hinaus. Engagierte und hochmotivierte Mitarbeiter sind unser größtes Kapital. Wir sind mit allen Akteuren des Bildungsgeschäftes und der Wirtschaft eng und aktiv verknüpft. Durch ständige Gespräche mit unseren Hauptkunden (Agentur für Arbeit, Jobcenter, Integration Point) können wir schnell auf Marktveränderungen reagieren.

Das Jahr 2019 ist bereits positiv angelaufen. Wir konnten viele wichtige Ausschreibungen gewinnen:

- Förderzentrum Perf-W für weibliche Geflüchtete
- Ausbildungsprogramm NRW
- Assistierte Ausbildung AsA
- Bewerbungs- und Sozialtraining BOGIVA
- Aktivierungsmaßnahme für Südkreis EU
- Aktivierungsmaßnahme für Nordkreis EU
- Potentialanalysen gemeinsam mit BRW

Alleine diese Ausschreibungen haben kurz- und mittelfristig ein sehr großes Auslastungspotential. Wenn wir von den jetzt noch abgegebenen Ausschreibungen BvB / BaE mindestens noch zwei Zuschläge erhalten, wird die Mitarbeiterzahl auf ca. 80 steigen.

Für die beiden großen Aktivierungsmaßnahmen (Süd- und Nordkreis) werden wir Räumlichkeiten in Schleiden und in Euskirchen zur Durchführung anmieten.

Der zentrale Standort des BZE mit der eigenen Infrastruktur ist ein wichtiger Garant für den langfristigen Erhalt – und auch die kostendeckende Arbeit – des Berufsbildungszentrums.

Euskirchen, den 6. Mai 2018

Jochen Kupp
- Verbandsvorsteher –“

G) Personalbestand

Geschäftsjahr	2018	2017	2016	Erläuterung
	55 (15)	51 (13)	45 (10)	Ø davon in Klammern gewerbliche Mitarbeiter

H) Kennzahlen

ÜLU Industrie	7.488	7.075	6.084	Lehrgangsstunden
ÜLU Industrie	69.670	77.095	54.101	Teilnehmerstunden
ÜLU Handwerk	4.524	4.641	4.610	Lehrgangsstunden
ÜLU Handwerk	43.516	41.341	48.376	Teilnehmerstunden
Lehrgangsstunden	39.688	40.487	33.357	insgesamt
Teilnehmerstunden	376.189	312.519	398.162	insgesamt

6. Zweckverband Region Aachen

Rotter Bruch 6
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

Der Zweckverband Region Aachen ist am Stammkapital (25.000 €) der Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH (IRR GmbH) mit 2.000 € (8 %) beteiligt. Nähere Angaben hierzu sind Teil B Nr. 15 „Innovationsregion Rheinisches Revier“ zu entnehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06. des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

Hinsichtlich des Umgangs mit den vom GrenzInfoPunkt seit 2012 erzielten Überschüssen im Rahmen des Jahresabschlusses 2017 des Zweckverbandes stimmte der Kreistag dem Abschluss einer Forde-
rungsvereinbarung über einen quotalen Anteil des Kreises Euskirchen in Höhe von 30.993,54 € zum Ausgleich des ansonsten entstehenden Jahresfehlbetrages des Zweckverbandes Region Aachen in Höhe von 203.815,86 € zu (V 453/2018). Vereinbarungsgemäß wird der Zweckverband die Mehrbelastung der Gebietskörperschaften über einen Zeitraum von 8 Jahren (beginnend ab dem Haushaltsjahr 2019) durch Einsparungen wieder kompensieren.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	150 57104 10	193.056 €	179.662 €	178.723 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>ordentliche Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter/innen</u>	
1. Günter Rosenke	Landrat	Manfred Poth	AV
2. Urban-Josef Jülich	CDU	Karsten Stickeler	CDU
3. Bernd Kolvenbach	CDU	Josef Reidt	CDU
4. Franz-Josef Nießen	CDU	Clas Kohlheyer	CDU
5. Hans-Erhard Schneider	CDU	Dominik Schmitz	CDU
6. Hans Peter Wasems	CDU	Frank Weimbs	CDU
7. Michael Höllmann	SPD	Stefanie Seidler	SPD
8. Emmanuel Kunz	SPD	Hans Schmitz	SPD
9. Wolfgang Heller	SPD	Dr. Peter Schweikert-Wehner	SPD
10. Hans Reiff	FDP	Bernd Lübke	Fraktionslos
11. Dorothee Kroll	B90/Grüne	Nathalie Konias	B90/Grüne
12. Franz Troschke	UWV	Michael Mondorf	BüFo

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Vertreter in der Verbandsversammlung zu entnehmen.

nachrichtlich:

Der Kreistag hat am 10.04.2019 dem Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Region Aachen wie folgt zugestimmt: 1. bisheriges ordentliches Mitglied Emmanuel Kunz – neues ordentliches Mitglied Andreas Schulte und 2. bisheriges ordentliches Mitglied Michael Höllmann – neues ordentliches Mitglied Markus Ramers (A 178/2019).

Seit 01.08.2019 gehört Michael Mondorf nicht mehr dem Kreistag an. Seit 25.09.2019 gehört Bernd Lübke der AfD-Kreistagsfraktion an.

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Stephan Pusch, Kreis Heinsberg

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

Oberbürgermeister Marcel Philipp, Stadt Aachen

Städteregionsrat Dr. Tim Grüttemeier, StädteRegion Aachen

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Verbandsvorsteher zu entnehmen.

Geschäftsführerin: Prof. Dr. Christiane Vaeßen

Dem Jahresabschluss sind keine Angaben zur Höhe der Bezüge der Geschäftsführung zu entnehmen.

F) Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen, Lage des Zweckverbandes

Zweckverband Region Aachen - Bilanz -				
Werte zum 31. Dezember	2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
Aktiva	€	€	€	€
A Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	2	8	187	-6
Sachanlagen	6.457	3.418	2.161	3.039
Finanzanlagen	2.000	2.000	2.000	0
	8.459	5.426	4.348	3.033
B Umlaufvermögen				
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	990.395	832.282	501.936	158.112
Liquide Mittel	421.940	79.406	94.382	342.534
	1.412.335	911.688	596.318	500.647
Summe Aktiva	1.420.794	917.115	600.666	503.679
Passiva	€	€	€	€
A Eigenkapital				
Allgemeine Rücklage	63.362	49.003	52.987	14.359
Ausgleichsrücklage	0	0	13.592	0
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-18.467	14.359	-17.576	-32.827
	44.894	63.362	49.003	-18.467
B Rückstellungen	47.590	36.985	30.500	10.605
C Verbindlichkeiten	1.328.310	816.768	521.164	511.542
Summe Passiva	1.420.794	917.115	600.666	503.679

Zweckverband Region Aachen - Ergebnisrechnung -					
		2018	2017	2016	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr
	Position	€	€	€	€
1	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.833.873	2.834.870	2.542.894	-997
2	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	7.331	0	-7.331
3	Sonstige ordentliche Erträge	304.262	242.679	15.465	61.584
4	Personalaufwand	1.763.041	1.747.248	1.624.051	15.793
5	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.954	18.352	23.350	2.603
6	Abschreibungen	5.042	1.139	1.231	3.903
7	Transferaufwendungen	31.950	159.555	70.433	-127.605
8	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.332.638	1.140.696	854.604	191.941
9	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.978	3.530	2.267	-552
10	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	-18.467	14.359	-17.576	-32.827

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2018

„1. Allgemeines

Das Haushaltsjahr 2018 stellt das sechste operative Geschäftsjahr des Region Aachen Zweckverband dar. Mitglieder des Region Aachen Zweckverband sind die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg, die StädteRegion Aachen sowie die Stadt Aachen und mit beratender Stimme der Landschaftsverband Rheinland. Entsprechend der Satzung organisiert der Region Aachen Zweckverband die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region.

Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,

- c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW) sowie die Beratung von Antragstellern.
- 5. Die Weiterentwicklung der Bildungs-, Wissens- und Gesundheitsregion.
- 6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
- 7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
- 8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung.
- 9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

Organe des Region Aachen Zweckverband sind die Verbandsversammlung, die Präsidentin/der Präsident des Zweckverbandes und die Verbandsvorhersteherin/der Verbandsvorsteher.

- a) Die Verbandsversammlung hat 61 Mitglieder und besteht aus den Vertreterinnen und Vertretern der Verbandsmitglieder - 12 Mitglieder je Gebietskörperschaft zuzüglich einer Vertreterin/eines Vertreters des Landschaftsverbands Rheinland als beratendes Mitglied. Als Vorsitzenden wählte die Verbandsversammlung turnusmäßig am 22. September 2017 Herrn Raoul Pöhler, SPD Fraktion, der in dieser Funktion Frau Ulla Thönnissen, CDU Fraktion, ablöst. Die Zweckverbandsversammlung beschließt grundsätzlich über alle wesentlichen Angelegenheiten des Verbandes. Zur fachlichen Beratung hat der Region Aachen - Zweckverband als beratende Gremien vier Fachausschüsse:

Ausschuss für:

(eu)regionale Wirtschaft, Strukturentwicklung und Tourismus

Vorsitz: Dr. Ralf Nolten, CDU Fraktion

(eu)regionale Arbeit und Fachkräftesicherung

Vorsitz: Ilse Lungen, SPD Fraktion

(eu)regionale Kultur, Bildungs- und Wissensregion

Vorsitz: Dr. Margarethe Schmeer, CDU Fraktion

(eu)regionale Gesundheit

Vorsitz: Dr. Hanno Kehren, CDU Fraktion

- b) Präsidentin des Region Aachen - Zweckverband ist die Kölner Regierungspräsidentin Gisela Walsken. Die Zweckverbandspräsidentin vertritt vorrangig die Interessen der Aachener Region in den Gremien der EUREGIO Maas-Rhein.

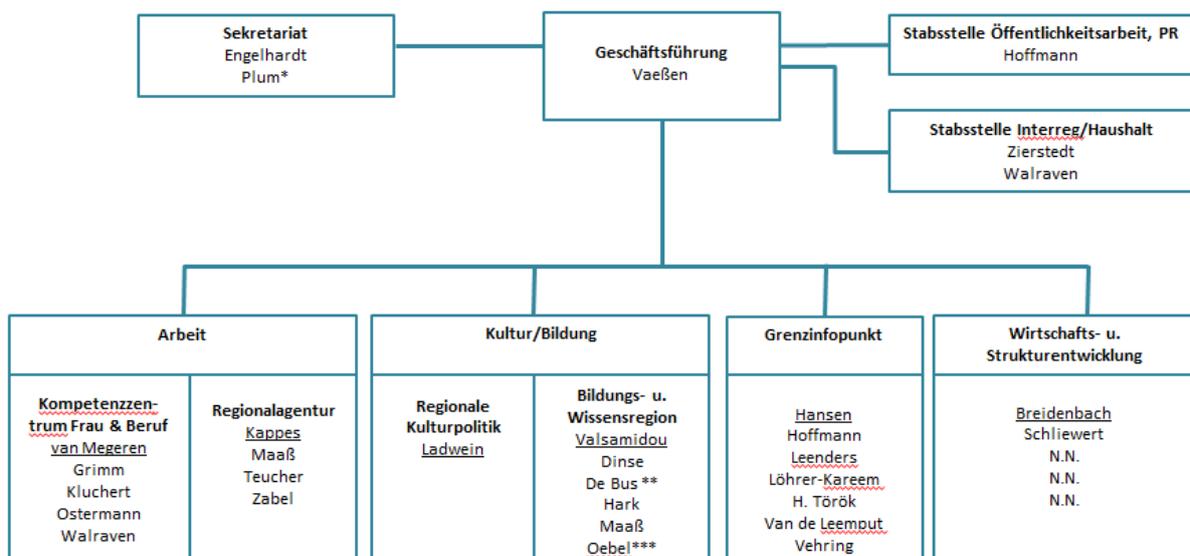
- c) Verbandsvorsteher des Region Aachen Zweckverband ist der Landrat des Kreises Heinsberg Herr Stephan Pusch, der ebenfalls am 22. September 2017 gewählt wurde und turnusmäßig den Dürener Landrat Herr Wolfgang Spelthahn ablöst. Der Verbandsvorsteher/die Verbandsvorsteherin führt die Geschäfte des Zweckverbandes und vertritt diesen gerichtlich und außergerichtlich. Er wird hierbei durch eine Geschäftsstelle unterstützt.

Die Geschäftsstelle

Die laufenden Geschäfte werden durch die Geschäftsstelle des Region Aachen Zweckverband umgesetzt. Geschäftsführerin ist Frau Prof. Dr. Christiane Vaeßen.

Die Gliederung der Geschäftsstelle richtet sich nach folgendem Organigramm:

Organigramm Region Aachen Zweckverband – Stand: Dezember 2018



* abgeordnet von der BZR Köln

** abgeordnet von der BZR Köln bis Juli 2019 für Euregioprofilschulen

*** abgeordnet von der BZR Köln bis Januar 2019 für Euregioprofilschulen

**** Mitarbeiter der Energieagentur NRW

Das Team Wirtschafts- und Strukturentwicklung wird im Arbeitsbereich „Energie und Klima“ unterstützt durch: Müller-Lutz ****

Erläuterungen zur Haushaltsrealisierung

Nachfolgend sind zu den verschiedenen Sachkonten die wichtigsten Abweichungen erläutert.

- 459100 Abschluss der Forderungsvereinbarung zum Grenzinforpunkt Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Mitgliedsgebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden). Erträge im Rahmen von regionalen Kulturkooperationsprojekten.
- 500400 Personalgestellung an den Grenzinforpunkt Aachen-Eurode wurde unter 541100 verbucht.
- 540202 Die Abweichung erklärt sich im Wesentlichen durch die Kündigung des Kopierer-Leasingvertrages mit dem bisherigen Dienstleister (vgl. dazu im Anhang „Verpflichtungen aus Leasing- und anderen Verträgen“). Die Ablösesumme von rund 9.500 Euro wurde dem Region Aachen Zweckverband je doch vom neuen Anbieter erstattet und unter der Ertragsart „459100 Andere sonstige ordentliche Erträge“ gebucht.
- 540203 Die Abweichung ist begründet durch die notwendige Erweiterung des Fallmanagementsystems im Produkt 1502.
- 540310 Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aufgrund von nicht erstatteten Projektaufwendungen vergangener Jahre, Rechtberatkungskosten, sonstigen Projektaufwendungen für die kein anderes Sachkonto verfügbar war, sowie der Erstellung des Strukturkonzeptes für die Region Aachen zur Positionierung und Aufstellung von Forderungen im Rahmen der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung. Letztere Position wurde von den Mitgliedsgebietskörperschaften des Region Aachen Zweckverband entsprechend des Verbandsumlageschlüssels erstattet und unter der Ertragsart „410100 Zuweisungen für lfd. Zwecke“ gebucht.
- 540312 Erhöhte Aufwendungen für die Künstlersozialkasse
- 540402 Jahresbeitrag für IMeG (Interessengemeinschaft Metropolitaner Grenzregionen); Erstattung Projektförderung EMR
- 541100 Personalgestellung an den Grenzinforpunkt Aachen-Eurode (vgl. 500400) sowie LBV-Pensionszahlungen
- 549900 Abschluss einer Forderungsvereinbarung zum Grenzinforpunkt Aachen-Eurode zwischen der Region Aachen und seinen fünf Gebietskörperschaften (vgl. Anhang Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden)

2. Jahresergebnis

Der Jahresabschluss zum 31.12.2018 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Jahresergebnis in Höhe von -18.467,45 Euro ab.

2.1 Ergebnishaushalt und Ergebnisrechnung

2.1.1 Ergebnislage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des Jahresergebnisses auf:

Ergebnisart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Ordentliche Erträge	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25
Ordentliche Aufwendungen	3.066.990,60	2.935.097,00	3.153.624,93	218.527,93
Ordentliches Ergebnis	17.888,70	4.500,00	-15.489,68	-19.989,68
Finanzergebnis	-3.529,61	-4.500,00	-2.977,77	1.522,23
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	14.359,09	0,00	-18.467,45	-18.467,45
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0
Jahresergebnis	14.359,09	0,00	-18.467,45	-18.467,45

Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis zeigt an, ob die ordentlichen Aufwendungen durch die ordentlichen Erträge gedeckt werden können oder ob bereits aus der ordentlichen Aufgabenwahrnehmung der Verwaltung neue Schulden entstehen.

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Ergebnis von -15.489,68 Euro ab.

Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben dem ordentlichen Ergebnis fließt das Finanzergebnis in Höhe von -2.977,77 Euro in das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit ein, das sich in Höhe von -18.467,45 Euro darstellt. Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit veränderte sich somit um 18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan 2018.

Jahresergebnis

Neben dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit fließt das außerordentliche Ergebnis, welches im Jahr 2018 mit 0,00 Euro abschließt, in das Jahresergebnis ein. Das Jahresergebnis beträgt -18.467,45 Euro. Das Ergebnis änderte sich somit um -18.467,45 Euro gegenüber dem Haushaltsplan

2018. Ein negatives Jahresergebnis muss zunächst durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden. Die Verpflichtung zur vorrangigen Inanspruchnahme zur Abdeckung eines Jahresfehlbetrages besteht auch dann, wenn die Mittel der Ausgleichsrücklage nicht zur Deckung ausreichen und zusätzlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen werden muss. Dazu wird nachfolgend die Entwicklung der Rücklagen dargestellt.

Rücklagen

Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Ergebnis, sowie in der Planung für das Berichtsjahr 2018:

Position	Ist 2014 in €	Ist 2015 in €	Ist 2016 in €	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €
Jahresergebnis	28.521	-12.901	-17.576	14.359	0	-18.467
Bestand der Ausgleichsrücklage zum 01.01.	16.986	26.493	13.592	0	14.359	14.359
Inanspruchnahme / Zuführung Ausgleichsrücklage	0	-12.901	-13.592	+14.359	0	-14.359
Endbestand Ausgleichsrücklage	26.493	13.592	0	14.359	14.359	0
Bestand der Allgemeinen Rücklage zum 01.01.	33.986	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003
Inanspruchnahme / Zuführung Allgemeine Rücklage	0	0	-3.984	0	0	-4.108
Endbestand der Allgemeinen Rücklage	52.987	52.987	49.003	49.003	49.003	44.895

2.1.2. Ertragslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

Ertragsart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.834.869,71	2.939.597,00	2.833.872,84	-105.724,16
Sonstige Transfererträge	0	0	0	0
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
Privatrechtliche Leistungserträge	0	0	0	0
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
Sonstige ordentliche Erträge	242.678,59	0	304.262,41	304.262,41
Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0	0
Ordentliche Erträge	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25
Finanzerträge	0	0	0	0
Außerordentliche Erträge	0	0	0	0
Summe	3.084.879,30	2.939.597,00	3.138.135,25	198.538,25

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist eine Abweichung von 198.538,25 Euro festzustellen. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedsgebietskörperschaften für den Grenzübergang Aachen-Eurode zurückzuführen sowie auf zusätzliche, zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung nicht vorhersehbare Projekterträge.

Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuwendungen und allgemeine Umlagen von 2.833.872,84 Euro sind die zentrale Ertragsart der Region Aachen. Die Finanzierung erfolgt als Grundfinanzierung durch die Umlage der Verbandsmitglieder in Höhe von 1.147.095 Euro (= 40,48%) sowie projektorientierter Fördermittel und sonstiger Zuschüsse von 1.686.777,84 Euro (= 59,52%). Die Verbandsumlage deckt damit lediglich die Kosten der engsten Kernaufgaben der allgemeinen Verwaltung ab. Des Weiteren wird die Verbandsumlage als Eigenmittel für Projektfinanzierungen eingesetzt, die notwendig sind, um die satzungsgemäßen Aufgaben wenigstens in den zentralen Aufgabenfeldern zu erfüllen. Der im Vergleich zu benachbarten Regionalmanagements überhohe Anteil an Projektfinanzierungen stellt für den Region Aachen Zweckverband ein stetiges Liquiditätsproblem dar, da der Mittelrückfluss durch die Fördermittelgeber i.d.R. zeitlich erst deutlich versetzt nach den tatsächlichen Ausgaben erfolgt (Kostenerstattungsprinzip). Weiterhin führt die geringe Grundfinanzierung dazu, dass eine Aufgabenwahrnehmung der satzungsgemäßen gesamtregionalen Aufgaben nur sehr schwierig zu gestalten ist: Bedingt durch einen hohen Anteil befristeter Personalstellen ist eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit an wichtigen regionalen Fragestellungen, wie im Rahmen der

informellen Regionalplanung und Strukturentwicklung nicht in der erforderlichen Qualität und Quantität möglich.

2.1.3. Aufwandslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Aufwendungen sowie die Abweichung zu den Planwerten 2018:

Aufwandsart	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Personalaufwendungen	1.747.248,40	1.549.051,00	1.326.682,82	222.368,18
Versorgungsaufwendungen	0	468.458,00	436.358,13	32.099,87
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.351,54	20.000,00	20.954,38	-954,38
Bilanzielle Abschreibungen	1.139,01	0	5.041,95	-5.041,95
Transferaufwendungen	159.555,18	50.600,00	31.950,00	18.650,00
Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.140.696,47	846.988,00	1.332.637,65	-485.649,65
Ordentliche Aufwendungen	3.066.990,60	2.935.097,00	3.153.624,93	-218.527,93
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.529,61	4.500,00	2.977,77	1.522,23
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0
Summe	3.070.520,21	2.939.597,00	3.156.602,70	-217.005,70

Gegenüber dem Planansatz 2018 ist eine Abweichung von -217.005,70 Euro festzustellen. Wie ebenfalls unter 2.1.2. Ertragslage dargestellt, ist die Abweichung im Wesentlichen auf die Forderungsvereinbarung zwischen der Region Aachen und ihren fünf Mitgliedsgebietskörperschaften für den Grenzfopunkt Aachen-Eurode zurückzuführen (178.315 €).

2.2. Finanzhaushalt und Finanzrechnung

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen:

	Ist 2017 in €	Plan 2018 in €	Ist 2018 in €	Abweichung Plan/Ist 2018 in €
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.564.108,03	2.939.597,00	2.726.948,72	212.648,28
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	2.710.010,63	2.939.597,00	2.251.271,10	688.325,90
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-145.902,60	0	475.677,62	475.677,62
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.216,96	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.216,96	0	0	0
Finanzmittelüberschuss/ -fehlbetrag	-148.119,56	0	475.677,62	475.677,62
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-133.143,51	0	0	0
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-133.143,51	0	0	0
Änderung Bestand eigener Finanzmittel	-14.976,05	0	475.677,62	475.677,62

Die Bilanzposition „Liquide Mittel“ erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um 475.677,62 Euro. Der Wert der liquiden Mittel zum 31.12.2018 beträgt 421.940,08 Euro.

3. Vermögens- und Schuldenlage

Die Bilanz gibt die Vermögens- und Schuldensituation zum Stichtag wieder (vgl. Bilanz zum 31.12.2018). Gegenüber dem Vorjahr erhöht sich die Gesamtbilanzsumme um 503.679,28 Euro auf 1.420.793,95 Euro. Wesentlichen Anteil an der Erhöhung hat der Kredit zur Liquiditätssicherung.

4. Kennzahlen

Mit Einführung des NKF wurde vom Ministerium für Inneres und Kommunales ein Kennzahlenset entwickelt. Die Analyse der Kennzahlen des Region Aachen Zweckverband wird dabei nur solche Kennzahlen näher erläutern, die für die Darstellung der haushaltswirtschaftlichen Gesamtsituation von größerer Bedeutung sind. Die Kennzahlen sind in Anlage 1 erläutert und entsprechend dem NKF-Kennzahlenset NRW ermittelt worden.

4.1 Kennzahlen und Analyse der Vermögens- und Schuldenlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Eigenkapitalquote 1	5,85	10,96	9,31	8,16	6,91	3,16

Die Eigenkapitalquote 1 misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital auf der Passivseite der Bilanz.

4.2 Kennzahlen und Analyse der Finanzlage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Liquidität 1. Grades	68,27	23,60	36,58	18,11	12,95	36,69
Liquidität 2. Grades	105,79	111,38	110,63	114,38	119,78	107,31

Die Liquidität 1. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 nicht in der Lage seinen kurzfristigen Zahlungsverbindlichkeiten nachzukommen. Die Liquidität 2. Grades zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können. Der Region Aachen Zweckverband war am Bilanzstichtag 2018 in der Lage seine kurzfristigen Verbindlichkeiten vollständig zu decken.

4.3 Kennzahlen und Analyse der Ertragslage

Kennzahl	Wert 2013 in %	Wert 2014 in %	Wert 2015 in %	Wert 2016 in %	Wert 2017 in %	Wert 2018 in %
Allgemeine Umlagequote	35,77	38,24	33,32	44,61	36,99	36,55
Zuwendungsquote	64,23	61,76	66,49	54,78	54,91	53,75
Personalintensität	69,03	72,15	67,83	63,10	56,97	55,91
Aufwandsdeckungsgrad	102,71	101,58	99,65	99,41	100,58	99,51

Die allgemeine Umlagequote gibt an, welchen Anteil die Verbandsumlage an den ordentlichen Erträgen hat. Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit der Region Aachen - Zweckverband von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist. Die Personalintensität zeigt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen. Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können.

5. Entwicklung des Region Aachen – Zweckverband

Gemäß § 48 GemHVO sind im Lagebericht die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Region Aachen Zweckverband darzustellen. Die Haushaltsstruktur des Region Aachen Zweckverband basiert auf zwei wesentlichen Einnahmequellen: die Verbandsumlage sowie Projektfinanzierungen. Auch im Jahr 2018 wird seitens der Geschäftsführung festgestellt, dass die Finanzierung des Zweckverbands mit seinen vielfältigen Aufgaben nicht auskömmlich ist. Ziel ist es, langfristig die Kernaufgaben und die zentralen inhaltlichen Aufgabenfelder nicht über Projekte, sondern über eine verlässliche Grundfinanzierung zu sichern. Dies bedeutet mittelfristig, dass die Zuwendungsquote auf mindestens 40 Prozent zu senken ist. Mit der Beschlussfassung über die Haushaltssatzung für das Jahr 2018 konnte keine Umlageerhöhung realisiert werden. Erstmals wurde auf Antrag der SPD-Fraktion für die Geschäftsstelle ein Personalbewirtschaftungskonzept erstellt, um diese sowohl inhaltlich als auch personell weiterzuentwickeln. Ein dauerhaftes Problem ergibt sich durch die späte Refinanzierung von Projektaufwendungen, insbesondere bei Interreg-finanzierten Projekten, die dazu führt, dass auch im Jahr 2018 eine Liquidität 1. Grades von lediglich rd. 37 Prozent vorliegt. Dem Region Aachen Zweckverband fällt insbesondere durch seine breite politische Legitimation eine zentrale steuernde Funktion zu. Gleichmaßen ist er schon jetzt in wichtigen Feldern der regionalen Entwicklung (Arbeit, Fachkräfte, Bildungs- und Wissensregion, Gesundheitsregion, euregionale Zusammenarbeit etc.) sowohl politisch-strategisch als auch in den o.g. regional wichtigen Themenfeldern operativ tätig. Dies erfolgt insbesondere durch eine intensive Zusammenarbeit mit dem NRW-Wirtschaftsministerium und der IRR innerhalb des Strukturwandels durch den Braunkohleausstieg. Die Struktur der regionalen Aufstellung der Aachener Region war auch im Jahr 2018 stark in Bewegung. Nach den strategischen Vorarbeiten im Jahr 2017 wurde im Sommer 2018 aufgrund der Einsetzung der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung eine regionale Task Force ins Leben gerufen. In ihr arbeiten Vertreterinnen und Vertreter der teilregionalen Verwaltungen, der Kammern, des DGB und der AGIT mbH gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden aller in der Verbandsversammlung vertretenen Fraktionen unter Federführung der Geschäftsstelle der Region Aachen an wichtigen gesamtregionalen strategischen Themenstellungen. Insbesondere die strategische Positionierung der Region Aachen innerhalb des Rheinischen Reviers wird auch zukünftig eine zentrale Aufgabe sein. Der Region Aachen Zweckverband hat sich im Netzwerk der strukturpolitischen

Regionen NRW als verlässlicher und engagierter Partner etabliert. Dies stellt auch im Jahr 2018 einen wesentlichen Pfeiler zur Sicherung der strukturpolitischen Ziele der Aachener Region dar. Die Mitarbeit innerhalb der Metropolregion Rheinland einerseits und die Stärkung des metropolitanen Kooperationsraums Euregio Maas-Rhein sind weitere Handlungsfelder. Im Jahr 2018 wurde die Geschäftsstelle der Euregio Maas-Rhein bei den Vorarbeiten zur Etablierung eines EVTZ intensiv unterstützt. Die im Jahre 2017 als neue Aufgabe hinzugekommene Erstellung eines Fachbeitrages im Rahmen der informellen Regionalplanung wurde fortgeführt. Bis zum Sommer 2018 wurde diese Arbeit inhaltlich unterstützt durch den Planungsdezernenten des Kreises Heinsberg. Im November 2018 wurde initiiert von der Region Aachen in Brüssel eine Veranstaltung der Interessengemeinschaft Metropolitaner Grenzregionen (IMeG) zum Thema grenzüberschreitende Planung in den Bereichen Fläche und Mobilität durchgeführt, die mit ca. 120 Teilnehmenden aus Deutschland und den Nachbarländern auf großes Interesse stieß. Zur Gewinnung weiterer dringend erforderlicher Finanzmittel wurde gemeinsam mit allen teilregionalen Akteuren im Rahmen des Förderauftrages regio.NRW ein Antrag zur Entwicklung von Crossinnovationen in den Bereichen Mobilität und Gesundheit erstellt. Die Weiterentwicklung des Aufbaus der Arbeitsstrukturen hin zu einer verbindlichen regionalen Zusammenarbeit der Verwaltungen der Zweckverbandsmitglieder und weiterer unverzichtbarer Akteure wurde im Jahr 2018 fortgesetzt. Dadurch war es möglich zu gesamtregional abgestimmten entscheidungsreifen Beschlussvorschlägen und strategischen Positionierungen innerhalb der Region zu gelangen. Nun ist es für die regionale Entwicklung der Aachener Region wichtig, den eingeschlagenen Weg konsequent zu verfolgen und diesen nicht durch erneute Diskussionen um strategische und organisatorische Anpassungen, gerade im Rahmen des Strukturwandels im Rheinischen Revier, zu gefährden. Prozesse der Regionalentwicklung sind langfristig angelegt und brauchen einen verlässlichen Rahmen mit einer vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Akteure.“

G) Personalbestand

./.

Den Jahresabschlüssen sind keine entsprechenden Daten zu entnehmen.

H) Kennzahlen

./.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	130 55201	148.629 €	147.671 €	139.339 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

<u>ordentliches Mitglied</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Hans Schmitz	SPD	Urban-Josef Jülich	CDU
		Karsten Stickeler (ab 01.05.2018)	CDU

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist durch Herrn Andreas Schulte (SPD) bis zum 30.04.2018 im Verbandsrat vertreten. Seit 01.05.2018 ist der Kreis Euskirchen durch Herrn Andreas Schulte (SPD) als stellvertretendes Mitglied im Verbandsrat vertreten.

c) Vorstand

Bauassessor Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt (bis 30.09.2018)

Dr. Bernd Bucher (ab 01.10.2018)

Ständiger Vertreter des Vorstands: Prof. Dipl.-Ing. Dipl.-Wirt.-Ing. Heinrich Schäfer

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.
Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbandlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	130 55201	373.930 €	370.060 €	374.470 €

E) Zusammensetzung der Organe

- Verbandsversammlung (insg. bis zu 101 stimmberechtigte Delegierte)
- Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Bezirksversammlung

Der Kreis Euskirchen ist bis zum 18.06.2018 in der Bezirksversammlung durch Herrn Johannes Esser (CDU) vertreten. Anschließend ist der Kreis Euskirchen nicht mehr in diesem Gremium vertreten.

b) Vertreter des Kreises im Bezirksrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesem Gremium nicht vertreten.

c) Vorstand

Dipl.-Ing. Joachim Reichert

Ständiger Vertreter des Vorstands: Dipl.-Ing. Robert Steegmans

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. AAV – Verband für Flächenrecycling und Altlastensanierung

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetz und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband im folgenden Fall zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV- Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts sowie deren Zusammenschlüsse, die sich zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband schriftlich verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreien Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitgliedes 0,06 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

Finanzbeziehung zu	Produkt / Kostenträger	geleistete Zahlungen		
		2018	2017	2016
Kreis	110 53701	11.475 €	11.470 €	11.448 €

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (bis zu 12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführung

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Dr. Roland Arnz

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.11.2019

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 10.04.2019

- Der Kreistag hat dem Antrag der SPD-Fraktion zur Umbesetzung in der Verbandsversammlung des **Zweckverbandes Region Aachen** wie folgt zugestimmt: 1. bisheriges ordentliches Mitglied Emmanuel Kunz – neues ordentliches Mitglied Andreas Schulte und 2. bisheriges ordentliches Mitglied Michael Höllmann – neues ordentliches Mitglied Markus Ramers (A 178/2019).
- Der Kreistag hat vor Ablauf der Wahlzeit des amtierenden Verwaltungsrates der **LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR** in 2019 für die verbleibende Wahlperiode als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Günter Weber (CDU) und Michael Höllmann sowie als dessen Stellvertreter Manfred Poth (AV), Karsten Stickeler (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Verwaltungsrat wurde Günter Weber (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt. Gleichzeitig wurde für die verbleibende Wahlperiode in den Projektbeirat der LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR), Karsten Stickeler (CDU) und Michael Höllmann (SPD) sowie als dessen Vertreter Manfred Poth (AV), Günter Weber (CDU) und Norbert Häger (SPD) gewählt. Zum Stimmführer bzw. dessen Stellvertreter im Projektbeirat wurden Karsten Stickeler (CDU) bzw. Michael Höllmann (SPD) gewählt (V 530/2019).

1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 10.07.2019

- Der Kreistag hat beschlossen, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der **e-regio GmbH & Co. KG** (Arbeitstitel vormals: „OneCo GmbH & Co. KG“) durch 2 Personen vertreten werden soll. Für die Dauer der Wahlzeit wurden als ordentliche Mitglieder Günter Rosenke (LR) und Thilo Waasem (SPD) sowie als Stellvertreter Ingo Hessenius (GBL I) und Dr. Markus Milz (FDP) gewählt. Von den ordentlichen Mitgliedern wurde Thilo Waasem (SPD) zum Stimmführer und Günter Rosenke (LR) zum stellvertretenden Stimmführer gewählt. Im Aufsichtsrat der e-regio GmbH & Co. KG wird der Kreis für die Dauer der Wahlperiode durch Johannes Esser (CDU) vertreten (V 547/2019).
- Der Kreistag hat der Beteiligung der **Energie Nordeifel GmbH & Co. KG** (ENE) an der „**EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG**“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 1.500.000 € (bis zu 50%) zugestimmt. Die prozentuale Beteiligung kann sich im Zuge der Kapitalerhöhung durch den Beitritt von weiteren Kommanditisten zur „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ reduzieren. Ebenfalls von der Zustimmung erfasst ist eine etwaige spätere Veräußerung von Kommanditeilen der ENE an der „EWP Rohr-Reetz GmbH & Co. KG“ an neu hinzukommende Kommanditisten bis auf eine bei der ENE verbleibende Sockelkommanditeinlage in Höhe von 360 T€. Der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ENE) an der „**EWP Blankenheimerdorf GmbH & Co. KG**“ [Arbeitstitel] als Kommanditistin mit einer Kommanditeinlage von bis zu 400.000 € (bis zu 50 %) und der Beteiligung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG an der persönlich haftenden Gesellschafterin der beiden vorgenannten Betreiber-Gesellschaften, der „**EWP Verwaltungs-GmbH**“ [Arbeitstitel], mit einem Stammkapital von bis zu 12.500 €, was einer prozentualen Beteiligung von 50 % entspricht, wurde ebenfalls zugestimmt (V548/2019).

1.3 Beschlüsse des Kreistages vom 09.10.2019

- Auf Basis des Antrags der FDP-Kreistragsfraktion (A 165/2018) hat der Kreistag hinsichtlich der Belastungen des **BZE** für Dienstleistungen Dritter am 09.10.2019 beschlossen, den Landrat zu beauftragen, weitere Gespräche mit der FH Aachen zur Zukunft des Standortes am BZE zu führen. Ziel soll die Schaffung von kurzfristiger Planungssicherheit für das BZE sein. Dies impliziert auch das mögliche Herbeiführen einer Kündigung des Mietverhältnisses durch die FH Aachen. Ferner wurde die Verwaltung beauftragt, nach adäquaten Partnerschaften Ausschau zu halten, die eine Ausdehnung eines Studienangebotes im ländlichen Raum und ggfls. auch Ansiedlungsmöglichkeiten für Start-ups ermöglichen (A 165/2018).
- Der Kreistag hat die Änderungen des Gesellschaftsvertrages der **Innovationsregion Rheinisches Revier GmbH** (IRR GmbH, künftig ZRR GmbH) in der aktuellsten Fassung der als Anlage der Beschlussvorlage beigefügten Synopse dargestellten Version vom 03.05.2019 zustimmend zur Kenntnis genommen und hat die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung der IRR GmbH (künftig ZRR GmbH) zur entsprechenden Beschlussfassung ermächtigt. Der Zuschuss an die zukünftige ZRR GmbH beträgt somit ab dem Jahr 2020 bis zu 60.000 € jährlich und wird ab dem Haushaltsjahr 2020 bereitgestellt (V 585/2019).

2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 30.11.2019

